



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Privatisierte Sicherheit. Fluch oder Segen?“

verfasst von / submitted by

Timotheus Torner, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Dr. Helmut Krieger

Abkürzungsverzeichnis

ADA	Austrian Development Agency
CARE	Cooperative for Assistance and Relief Everywhere
CIMIC	Civil-Military Cooperation
DfID	Department for International Development
ECHO	European Commission Civil Protection and Humanitarian Aid Operations
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization
ICRC	International Committee of the Red Cross
IFRC	International Federation of the Red Cross and Red Crescent Societies
IOM	International Organization for Migration
MSF	Médecins Sans Frontières (Ärzte ohne Grenzen)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-Governmental Organization
NRC	Norwegian Refugee Council
OCHA	Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
PMC	Private military companies
PMF	Private military firm
PMSC	Private military and security companies
PRT	Provincial Reconstruction Teams

PSC	Private security companies
RUF	Revolutionary United Front
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNDP	United Nations Development Programme
UNFPA	United Nations Population Fund
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine
US	United States
USAID	United States Agency for International Development
WFP	World Food Programme
WHO	World Health Organization
ZMB	Zivil-militärische Beziehungen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Security Triangle. Melanie Haas 2016.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	7
1.1	Forschungsfrage und Gliederung.....	8
1.2	Methode.....	10
1.3	Auswertung.....	12
2	Humanitarismus – eine Definition.....	13
2.1	Ein kurzer historischer Überblick über humanitäre Arbeit.....	15
2.2	Humanitäre Prinzipien und Richtlinien.....	18
2.2.1	Neutralität.....	19
2.2.2	Unabhängigkeit.....	21
2.2.3	Menschlichkeit.....	22
2.2.4	Unparteilichkeit.....	23
2.2.5	Code of Conduct.....	24
3	Humanitarismus in der Krise?.....	26
3.1	Instrumentalisierung: Die Politik und die Hilfsorganisationen.....	26
3.2	Kommerzialisierung: Der „aid market“.....	29
3.3	Militarisierung: Humanitäre SoldatInnen.....	30
3.4	Sicherheit, eine Hürde für Hilfe?.....	32
4	Hilfsorganisationen in „complex emergencies“.....	36
4.1	Was sind complex emergencies?.....	37
4.2	Risikojob „aid worker“ – Ist die Welt gefährlicher geworden?.....	38
4.3	Das Security Triangle.....	40
5	Private Sicherheitsfirmen im humanitären Kontext.....	42
5.1	Von SöldnerInnen zu ManagerInnen?.....	42
5.2	PSC, PMC oder PMSCs?.....	45
5.3	Gefährliche Partnerschaft? – PMSCs und Hilfsorganisationen.....	47
5.4	Richtlinien für die Kooperation – Das Montreux-Dokument.....	50
6	Empirische Untersuchung – NGOs und PMSCs.....	52
6.1	Humanitäre Organisationen.....	54
6.1.1	Österreichisches Rotes Kreuz/Rotkreuzbewegung.....	54
6.1.2	Médecins Sans Frontières Österreich.....	55
6.1.3	CARE International.....	56
6.1.4	Caritas Österreich.....	56

6.1.5 UNHCR.....	57
6.2 Zwischen Gewalt und Hilfe	58
6.3 Legitimation – Die Schuld des Marktes?.....	61
6.4 Das Sicherheitsmodell Akzeptanz.....	63
6.5 Das Problem mit der Neutralität und Unabhängigkeit.....	65
6.6 Sicherheitskonzepte – Von Protokollen, Trainings und Wachen.....	68
6.7 Policy versus Praxis.....	75
6.8 Sicherheit bei UN-Organisationen – Ein Problem für NGOs?.....	79
6.9 Sicherheit auslagern? – Risk transfer.....	81
6.10 Exkurs: Eine menschenrechtliche Perspektive.....	82
7 Fazit & Ausblick.....	85
Literaturverzeichnis.....	89
Abstract (Deutsch).....	100
Abstract (Englisch).....	101
Anhang.....	102

1 Einleitung

Im Februar 2013 stürmen mehrere Bewaffnete zwei Kliniken in Nigeria und erschießen acht MitarbeiterInnen einer lokalen Hilfsorganisation, die im Auftrag der UN (United Nations) für ein Impfprogramm gearbeitet haben. Sieben MitarbeiterInnen von verschiedenen Hilfsorganisationen werden im September 2014 in der Zentralafrikanischen Republik beim Ausheben eines Wassergrabens durch einen Granatenangriff schwer verletzt. Im Juni 2015 greifen Unbekannte einen Wohn- und Bürokomplex in Zare (Afghanistan) an – dabei werden neun Angestellte einer NGO (Non-Governmental Organization) getötet. Im Juli 2016 dringen in der Nähe von Juba (Südsudan) mehrere Täter in einen Hotelkomplex ein, vergewaltigen fünf Mitarbeiterinnen einer internationalen Hilfsorganisation, töten einen ihrer Kollegen und misshandeln und verletzen neun weitere Angestellte dieser NGO.¹

Überall dort, wo menschliches Leid auftritt, wo Menschen geholfen werden muss, weil sie sich selbst nicht mehr helfen können, weil die äußeren Bedingungen es nicht mehr erlauben – überall dort arbeiten andere Menschen, um diese Hilfe zu gewährleisten. MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen gehen dann in Orte, wenn andere alles daransetzen, diese schnellstmöglich zu verlassen. Leid, Gewalt und kriegerische Auseinandersetzungen gehören zum Alltag ihres Arbeitslebens.

Die Gründung des International Committee of the Red Cross (ICRC) im Jahr 1863 markiert in der Geschichte der Menschheit insofern einen Wendepunkt, als dass sie als die Geburtsstunde der institutionalisierten humanitären Arbeit gesehen werden kann. Seit damals, noch angetrieben vom ewigen Traum eines gerechten, „menschlicheren“ Krieges und damit allem voran für die Versorgung von SoldatInnen und Kriegsgefangenen gedacht, hat sich das Arbeitsumfeld humanitärer AkteurInnen fundamental geändert. Die großen zwischenstaatlichen Kriege, ausgetragen auf den Schlachtfeldern Europas, die die Initialzündung für die Gründung der frühen Hilfsorganisationen waren, gibt es nicht mehr. Die veränderten politischen Rahmenbedingungen haben, vor allem im letzten Jahrhundert, das Wesen und die Art der Konflikte geändert. Auch die humanitäre Arbeit hat einen stetigen Wandel durchgemacht und konzentriert sich heute in erster Linie auf die Versorgung der Zivilbevölkerung: auf Menschen, die Opfer von bewaffneten Konflikten, Kriegen, Umwelt- oder Naturkatastrophen oder einer Mischung aus allem geworden sind. Die Grundintention ist aber seit Jahrzehnten die gleiche und hat ihren Ursprung in den

¹ Von der Aid Worker Security Database dokumentierte Vorfälle. Abrufbar unter: <https://aidworkersecurity.org/incidents>

Gründungsstatuten des ICRC. Die sogenannten humanitären Prinzipien Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit sind immer noch das maßgebliche, identitätsstiftende Kriterium aller Organisationen – sowohl für das Selbstverständnis als auch für die Wahrnehmung von außen. Nur auf Basis dieser Prinzipien ist es, so der Tenor, möglich, humanitäre Arbeit zu leisten.

Die geopolitischen Veränderungen, insbesondere das Ende des Kalten Krieges, haben nicht nur die ganze Weltordnung auf den Kopf gestellt, sondern auch zu tief greifenden Veränderungen für die Arbeit von humanitären Organisationen geführt. Mit Beginn der 90er-Jahre konnten zwei Branchen, die auf den ersten Blick eigentlich nicht viel gemein haben, ein enormes Wachstum verzeichnen: der Sektor der humanitären Organisationen und die gesamte private Sicherheitsbranche. Beide sind als Ergebnis der Auswüchse des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems zu betrachten. Die zunehmende Ungleichheit und die Folgen der Globalisierung auf allen Ebenen machen humanitäre Arbeit nötiger denn je. Gleichzeitig hat sich der Trend, staatliche Aufgaben mehr und mehr der privaten Wirtschaft zu überlassen, durchgesetzt und auch vor dem staatlichen Gewaltmonopol keinen Halt gemacht. Sicherheit ist käuflich und muss in bestimmten Kontexten käuflich erworben werden.

In bestimmten Gebieten und Regionen ist es aufgrund dieser Entwicklungen zunehmend schwerer geworden, überhaupt humanitäre Arbeit zu leisten, ohne sich einem unkalkulierbaren Risiko auszusetzen und dies etwa mit dem Leben von humanitären AkteurInnen zu bezahlen. So hat sich die Sicherheitsstrategie, mit der einige Hilfsorganisationen ins Feld gehen, fundamental geändert und sich eine Praxis etabliert, die auch in der Forschung immer mehr berücksichtigt wird: die Zusammenarbeit von humanitären Organisationen und privaten Sicherheitsfirmen. Als Folge von fehlender Staatlichkeit, die eigentlich für den Schutz der auf ihrem Gebiet lebenden Menschen zuständig ist, hat die private Sicherheitsindustrie ein lukratives Geschäftsfeld gefunden, das immer größere Ausmaße annimmt.

1.1 Forschungsfrage und Gliederung

Ausgehend von der eben beschriebenen Themenstellung ist das Hauptziel dieser Arbeit, die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Branchen zu untersuchen und die Auswirkungen zu analysieren. Somit lautet die grundlegende Forschungsfrage dieser Arbeit:

Welche Auswirkungen für humanitäre Arbeit hat die Zusammenarbeit zwischen internationalen Hilfsorganisationen und privaten Sicherheitsfirmen?

Um die vorliegende Forschungsfrage beantworten zu können, gilt es zunächst, die Wurzeln und die Ursprünge von humanitärer Arbeit genauer zu beleuchten, um den nötigen Kontext zu verstehen.

Im Folgenden werden die humanitären Prinzipien, die das Regelwerk für humanitäre Arbeit darstellen, einzeln analysiert. Hier wird auch auf erste Problematiken eingegangen, die diese Prinzipien mit sich bringen. Dies geschieht im zweiten Kapitel.

Kapitel drei befasst sich mit den theoretischen Arbeiten zur Frage einer möglichen Krise des Humanitarismus und ist in vier Teile gegliedert. In den ersten drei Teilen werden die in der Forschung bereits ausführlich diskutierten Punkte der Politisierung, Kommerzialisierung und Militarisierung der Hilfe genauer beleuchtet. Der vierte Teil widmet sich – ausgehend von der theoretischen Arbeit von Mark Duffield – einer möglichen Krise des Humanitarismus durch Sicherheitskonzepte von Hilfsorganisationen.

Der vierte Abschnitt beschäftigt sich ausführlich mit dem Thema Sicherheit aus der Sicht von Hilfsorganisationen. Hier wird der Begriff „complex emergencies“ ausführlich erläutert und der Frage nachgegangen, wie sich die Arbeitsbedingungen für Hilfsorganisationen gewandelt haben. Abschließend folgt noch ein Blick auf das Security Triangle, das die Basis für die Sicherheitsstrategien von Hilfsorganisationen ist.

In Kapitel fünf geht es um private Sicherheitsfirmen im Kontext der humanitären Arbeit. Es folgt ein kurzer historischer Abriss über die Entstehung der gesamten Branche und den Wandel, den sie in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat. Anschließend wird anhand bereits veröffentlichter Studien gezeigt, inwieweit private Sicherheitsfirmen schon in den Sektor der humanitären Arbeit vorgedrungen sind und wo es bereits Kooperationen gab beziehungsweise immer noch gibt. Schließlich folgt noch ein Blick auf die rechtliche Stellung dieser Unternehmen.

Der sechste Abschnitt, der sich mit den theoretischen Arbeiten zur Frage einer möglichen Krise des Humanitarismus beschäftigen soll, ist in vier Teile gegliedert. In den ersten drei Teilen werden die in der Forschung bereits ausführlich diskutierten Punkte der Politisierung, Kommerzialisierung und Militarisierung der Hilfe genauer beleuchtet. Der vierte Teil widmet sich – ausgehend von der theoretischen Arbeit von Mark Duffield – einer möglichen Krise des Humanitarismus durch Sicherheitskonzepte von Hilfsorganisationen.

Im folgenden Teil werden die für diese Arbeit geführten Interviews anhand des dargelegten theoretischen Rahmens analysiert und diskutiert. Der erste Abschnitt beschreibt ausführlich die

untersuchten Hilfsorganisationen und stellt die jeweiligen InterviewpartnerInnen vor. Anschließend wird die Gefahrenlage für Hilfsorganisationen aus Sicht der VertreterInnen der jeweiligen Organisationen und ExpertInnen betrachtet. Danach werden die Sicherheitskonzepte und die damit verbundenen Probleme beleuchtet. Darauffolgend steht der Umgang der Organisationen mit dem Thema selbst im Vordergrund. Abschließend folgt noch eine Analyse der Auswirkungen der Sicherheitskonzepte der Vereinten Nationen und ein Blick aus der menschenrechtlichen Perspektive auf das Thema.

1.2 Methode

Schon zu Beginn des Forschungsprozesses stand fest, dass, um das Forschungsvorhaben umzusetzen, auf qualitative Methoden zurückgegriffen werden muss. Eine breit angelegte quantitative Studie zu diesem Thema wäre ebenso interessant gewesen, hätte aber die gesamte Perspektive des Forschers und den Forschungsprozess in einem Ausmaß verändert, das dem Ziel dieser Arbeit nicht gerecht hätte werden können. Auch war es unbedingt notwendig, die Zielgruppe selbst zu Wort kommen zu lassen und auch die subjektive Sicht der Einzelnen zu erfassen. Dies ist nur mit einer qualitativen Forschungsmethode möglich.

Als Datenerhebungsmethode wurde eine Unterform des qualitativen Leitfadeninterviews ausgewählt. Das Leitfadeninterview zeichnet sich dadurch aus, dass im Gegensatz zu offenen Interviews die Themen für alle Interviews bereits im Vorhinein festgelegt sind und eine gewisse Struktur vorhanden ist (Dannecker und Vossemer 2014: 158). Zusätzlich wird durch den Leitfaden ein gewisses Gerüst für die Datenerhebung und die Analyse erreicht, das auch verschiedene Interviews vergleichbar macht (Bortz und Döring 2009: 314). Da das Thema eine höhere Sensibilität verlangt und es nicht erwünscht war, die InterviewpartnerInnen in ein enges Fragenkorsett zu drängen, wurde entschieden, die Methode des halb-standardisierten Leitfadeninterviews – auch teilstandardisiertes Interview (Hopf 2010: 349f) genannt – anzuwenden. Diese Form von Interviews lässt ein hohes Maß an Flexibilität zu. So wird zwar vom Interviewer eine bestimmte Struktur vorgegeben, aber es lässt

„[...] genügend Spielraum, spontan aus der Interviewsituation heraus neue Fragen und Themen einzubeziehen oder bei der Interviewauswertung auch Themen herauszufiltern, die bei der Leitfadenkonzeption nicht antizipiert wurden“ (ebd.).

Der Leitfaden wurde anhand des Erkenntnisinteresses des Forschungsvorhabens aufgebaut und sollte den Interviews eine gewisse Struktur geben. Gleichzeitig sollte es aber dem Interviewer stets möglich sein, gewisse Fragen anders zu formulieren, die Reihenfolge der Fragen zu verändern oder

auch ganz neue Fragen zu stellen. Im Laufe des Forschungsprozesses hat sich diese Methode durchaus bewährt. Aber auch den Befragten wird mit dieser Methode die Freiheit gegeben, offen über ein Thema zu sprechen, weiter auszuholen und auch selbst Themen in das Interview einzubringen, die im Leitfaden nicht angedacht waren.

Am Anfang des Forschungsprozesses war geplant, VertreterInnen von internationalen Hilfsorganisationen und privaten Sicherheitsfirmen zu befragen. Da sich die Ergebnisse der ersten Interviews mit VertreterInnen von Hilfsorganisationen nur zum Teil mit den bereits vorhandenen Forschungsergebnissen gedeckt haben, wurde entschieden, die möglichen InterviewpartnerInnen auch auf ehemalige MitarbeiterInnen und ExpertInnen² auszuweiten. So sollte quasi eine zweite Folie geschaffen werden, die über die Ergebnisse der Interviews mit den Hilfsorganisationen gelegt werden kann, um dadurch wiederum möglichst nahe an der Realität verortete Forschungsergebnisse zu erlangen. Das schien nur mit der Einführung dieser zweiten Ebene möglich. Schließlich gilt es immer zu beachten, dass die Befragten, in diesem Fall die VertreterInnen von Hilfsorganisationen, in gewissen Machtverhältnissen eingebettet sind und auch als offizielle VertreterInnen ihrer jeweiligen Organisation ein eigenes Interesse haben, nur bestimmte Praktiken und Informationen an die Öffentlichkeit weiterzugeben.

Grundsätzlich war die Suche nach InterviewpartnerInnen schwieriger als erwartet. Zum einen lag das daran, dass angedacht war, persönliche Gespräche zu führen und nur wenige international und in complex emergencies operierende Hilfsorganisationen Niederlassungen oder Büros in Österreich haben. Andererseits lag es an den angefragten InterviewpartnerInnen selbst. Da von Anfang an klar war, dass eine Konzentration auf die in Österreich residierenden Organisationen zu beschränkt ist, wurden weltweit Interviewanfragen verschickt, auf die in der Regel ablehnend oder gar nicht reagiert wurde. Das kann zum einen am Thema selbst liegen oder schlicht an der Tatsache, dass Anfragen von Studierenden generell abgelehnt werden. Da auch vonseiten privater Sicherheitsfirmen alle Anfragen negativ beschieden wurden, musste auch hier auf ehemalige MitarbeiterInnen zurückgegriffen werden.

Insgesamt wurden für die vorliegende Arbeit neun Interviews geführt. Das Setting war jeweils unterschiedlich. Sechs fanden im Rahmen persönlicher Treffen in Wien statt. Zwei wurden via Skype und eines wurde schriftlich via E-Mail geführt. Sieben Interviews konnten mittels Aufnahmegerät aufgezeichnet werden und wurden anschließend transkribiert. Von einem wurde mittels Gedächtnisprotokoll eine Mitschrift angefertigt, da es aufgrund äußerer Umstände nicht

² ExpertInnen definieren sich „über den Wissenszugang oder den Status in der Wissensproduktion, der den InterviewpartnerInnen unterstellt wird“ (Dannecker und Vossemer 2014: 161)

möglich war, das Gespräch aufzuzeichnen. Das schriftliche Interview wurde nach Abschluss zu einem Dokument zusammengefasst.

1.3 Auswertung

Die Auswertung der vorhandenen Daten hat sich an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring orientiert. „Ziel der qualitativen Inhaltsanalyse ist es, die manifesten und latenten Inhalte des Materials in ihrem sozialen Kontext und Bedeutungsfeld zu interpretieren, wobei vor allem die Perspektive der Akteure herausgearbeitet wird“ (Bortz und Döring 2009: 329). Mayring beschreibt für die Auswertung von Materialien verschiedene Techniken: die Zusammenfassung, die Explikation und die Strukturierung (Mayring 2003: 58). Für die Zusammenfassung muss das Material auf wesentliche Inhalte reduziert werden. Bei der Explikation wird zusätzliches Material herangezogen, um bestimmte, erklärungsbedürftige Aspekte zu erläutern. Bei der Strukturierung werden wesentliche Inhalte aus dem Material herausgehoben und ein Querschnitt durch das Material gelegt (ebd.).

Für die Auswertung in diesem Forschungsprojekt wurde die Methode der Strukturierung gewählt. „Ziel dieser Analyse ist es, bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern, unter vorher festgelegten Ordnungskriterien einen Querschnitt durch das Material zu legen oder das Material aufgrund bestimmter Kriterien einzuschätzen“ (Mayring 2003: 58). Kernstück dieser Analysetechnik ist das Einordnen des Materials in vorab festgelegte Kategorien. Mayring unterscheidet in der Strukturierung ein weiteres Mal zwischen vier verschiedenen Techniken. Für die hier erfolgte Auswertung wurde die typisierende Strukturierung ausgewählt. Die zu erarbeitende Struktur wird ausgerichtet an Suche und Beschreibung von herausstechenden Materialmerkmalen, also Merkmalen, die extreme Ausprägungen annehmen, von besonderem theoretischen Interesse sind oder häufig vorkommen (Mayring 2003: 92).

2 Humanitarismus – eine Definition

Was ist gemeint, wenn von „Humanitarismus“ die Rede ist? Dem Begriff liegen mehrere Deutungen zugrunde, die eine eindeutige, klare Definition unmöglich machen. Sehr wahrscheinlich ist, dass er vom französischen „humanitarisme“ übernommen wurde, der Bezeichnung für eine seit 1839 bestehende Gruppe, welche „[...] soziale Missstände abschaffen wollte, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern“ (Duden 1977: 1294). Die Begriffe „Humanität“, vom lateinischen *Humanitas*, also der Menschlichkeit, und davon wiederum abgeleitet „humanitär“, also menschenfreundlich beziehungsweise wohltätig, bilden sozusagen das Umfeld, in welchem sich der Begriff „Humanitarismus“ bewegt. In der deutschen Sprache liegt dem Begriff eine negative Konnotation inne, was sich vor allem auf die Auseinandersetzung verschiedenster deutscher PhilosophInnen mit der Idee und dem Begriff des „Humanitarismus“ seit dem 19. Jahrhundert zurückführen lässt (Delikostantis 1982: 8ff).

Diese zutiefst philosophischen Diskussionen sind jedoch für die vorliegende Arbeit nicht weiter von Relevanz. Sie könnten aber einer der Gründe sein, weshalb der Begriff sich im deutschen Sprachgebrauch nicht als Synonym für humanitäre Arbeit oder auch humanitäre Hilfe durchgesetzt hat. Anders im englischsprachigen Raum, wo „humanitarianism“ eigentlich sinngleich mit „humanitarian action“ oder „humanitarian aid“ verwendet wird (Barnett und Weiss 2008; Donini 2010). Womit der englische Begriff „humanitarianism“ dem deutschsprachigen Adjektiv humanitär eigentlich näher ist als der direkten Übersetzung Humanitarismus. Wollen sie doch beide in diesem Sinne dasselbe ausdrücken bzw. bedeuten, und zwar: „[...] innerhalb der Menschheitsfamilie denen, die in Not geraten sind, Hilfe zukommen zu lassen“ (Lieser 2013: 13). Hier gilt es aber zu beachten, dass auch der englische Begriff „humanitarianism“ keineswegs eindeutig ist. In seiner Ganzheit ist er ähnlich mehrdeutig und vielschichtig wie seine deutsche Übersetzung. Diese Arbeit aber soll sich an einer Definition von Michael Barnett orientieren, die im Folgenden vorgestellt wird. Anzumerken ist noch, dass Barnett wie auch andere AutorInnen darauf hinweist, dass es nicht möglich ist, von dem einen humanitarianism zu sprechen (Barnett 2011, Davies 2012). Eine Definition kann also immer nur einen Ausschnitt all jener Dinge wiedergeben, die in dem Begriff stecken.

Der Grundgedanke, Menschen, die in Not geraten sind, zu helfen, also humanitär zu handeln, ist wohl so alt wie die Menschheit an sich. Für Barnett unterscheidet sich der heutige humanitarianism von dem, was im Allgemeinen als Wohltätigkeit, Menschenfreundlichkeit oder Barmherzigkeit

verstanden wird, vor allem dadurch, dass er organisiert ist. Barnett formuliert neben der Eigenschaft des Organisiertseins drei weitere prägende Charakteristika, welche für seine Vorstellung von Humanitarismus entscheidend sind: „[...] part of governance, connects the immanent to the transcendent, and is directed at those in other lands“ (Barnett 2011: 21).

Mehrere AutorInnen verweisen wie Barnett darauf, dass, um Hilfe für Menschen in Notsituationen dem Terminus humanitarianism zuordnen zu können, die Handlung über das eigene nahe Umfeld und im Falle von Staaten über Grenzen hinweg stattfinden muss. Die Pflege eines Verwandten oder die Hilfe eines Staates für die eigene Bevölkerung bei Naturkatastrophen lässt sich nicht als Humanitarismus definieren. Solches Handeln fällt unter eine erwartete Pflicht beziehungsweise Verantwortung. Mit der Transzendenz von Humanitarismus will Barnett weniger die sicherlich vorhandene, enge Verbindung von Humanitarismus mit Religion aufzeigen, sondern vielmehr, dass im Humanitarismus eine transzendente Ebene vorhanden ist, die sich wie folgt ausdrückt: „[...] the desire to demonstrate and create a global spirit“ (ebd.: 20).

War Hilfe die längste Zeit der Menschheitsgeschichte in der Regel eine private Angelegenheit, führten die gesellschaftlichen Veränderungen des 19. und 20. Jahrhunderts dazu, dass das, was Barnett unter humanitarianism versteht, auch „part of governance“ geworden ist. Inwiefern das möglicherweise zu Problemen führt, wird im Verlauf der Arbeit noch besprochen. Letztlich ist humanitarianism in diesem Verständnis die Institutionalisierung des Konzeptes der Hilfe. Wie es aus historischer Sicht zu diesem Verständnis kam, soll im folgenden Kapitel kurz erörtert werden.

Wie sich zeigt, geht es bei dieser Definition von Humanitarismus um humanitäre Arbeit, humanitäres Helfen. In diesem Sinne wird der Begriff auch in der Arbeit verwendet werden. Damit soll sichergestellt werden, dass es um etwas geht, das über jenes, was als humanitäre Hilfe verstanden wird, hinausgeht. Mit Barnetts Definition des englischen Begriffs humanitarianism soll dieser Brückenschlag gelingen. Sich nur an dem deutschen Begriff „humanitäre Hilfe“ zu orientieren, wäre zu kurz gegriffen. Was unter anderem daran liegt, dass der hier untersuchte Forschungsgegenstand nicht auf Aktionen der humanitären Hilfe beschränkt ist. Als Unterschied von humanitärer Hilfe und sogenannter Entwicklungshilfe oder Entwicklungszusammenarbeit wird von vielen AutorInnen eine zeitliche Komponente herangezogen. Humanitäre Hilfe ist kurzfristig, Entwicklungszusammenarbeit langfristig. Sie beginnt dann, wenn die humanitäre Hilfe bereits abgeschlossen ist und es um den Wiederaufbau oder den grundsätzlichen Aufbau bestimmter Strukturen geht (Shurke und Ofstad 2005). Eine solche Trennlinie wird der Sache aber nicht gerecht. Können Aktionen humanitärer Hilfe auch Jahrzehnte andauern und durchaus mit dem

Aufbau von Strukturen zusammenhängen? Auch die in dieser Arbeit untersuchten Organisationen definieren sich nicht ausschließlich als humanitäre Hilfsorganisationen, humanitäre HelferInnen. Sie haben sich aber dennoch strikt dem Grundgedanken des humanitarianism verschrieben.

Deshalb soll hier von humanitärer Arbeit gesprochen werden. Auch wenn, wie sich im nächsten Kapitel zeigen wird, die historische Betrachtung meist als Geschichte der humanitären Hilfe verstanden wird.

2.1 Ein kurzer historischer Überblick über humanitäre Arbeit

Bevor es zu der von Barnett angesprochenen Institutionalisierung von humanitarianism kam, gab es bereits unzählige Formen humanitärer Bewegungen und Arbeit. Wie bereits erwähnt, ist die Geschichte vom humanitären Handeln so alt wie der Mensch an sich. So lassen sich viele Beispiele bereits in der Frühgeschichte der Menschheit finden, die durchaus vergleichbar mit dem sind, was wir heute unter einer humanitären Aktion verstehen (Von Pilar 2013: 30). Wobei zwei Triebkräfte im Besonderen hervorzuheben sind, die maßgeblich zu den Entwicklungen beigetragen haben und sich in allen Teilen der Welt finden lassen: Religion und diverse Versuche, Regeln in Kriegen aufzustellen.

Forschungen haben hervorgehoben, dass bei allen großen Religionen Wohltätigkeit und karitatives Handeln eine wichtige Rolle einnehmen und immer schon entscheidende Tugenden darstellten. Auch die Versuche, Regeln für die Kriegsführung aufzustellen, reichen über Jahrtausende zurück. So finden sich solche nicht nur im antiken Griechenland oder Rom, sondern auch bereits im alten Ägypten oder bei Sun Tzu, jenem chinesischen General und Philosophen, dem das Werk „Die Kunst des Krieges“ zugeschrieben wird. Auch in den Grundsätzen des Hinduismus und des Islam finden sich vergleichbare Regeln, die zu humanitärem Handeln in Kriegen aufrufen (Sinha 2005; Cockayne 2002). Die Wurzeln dessen, was auch als moderner Humanitarismus bezeichnet wird und für das heutige Verständnis maßgeblich ist, finden sich aber erst deutlich später: im frühen 19. Jahrhundert. Dort setzten die meisten AutorInnen in der Regel auch an.

Verschiedene AutorInnen haben sich bereits daran versucht, eine solche chronologische Geschichte der modernen humanitären Arbeit auszuarbeiten. Im Grunde sind diese Arbeiten alle ähnlich, setzen aber unterschiedliche historische Marker und Schwerpunkte. Michael Barnett schlägt für seine chronologische Einteilung drei Zeitalter des Humanitarismus vor:

„[...] an imperial humanitarianism, from the early nineteenth century through World War II ; a neo-humanitarianism, from World War II through the end of the Cold War; and a liberal humanitarianism, from the end of the Cold War to the present“ (Barnett 2011: 29).

Jedes der drei ist geprägt von bestimmten Kräften, Ereignissen und Ideologien. Das „Age of imperial humanitarianism“ steht im Zeichen des Kolonialismus, der großen Kriege und der weltweiten Ausbreitung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Grundlagen für humanitäres Handeln waren das Christentum und der Glaube an die grundsätzliche Überlegenheit der westlichen Zivilisation, was sich in den Ideen der Missionierung und Zivilisierung deutlich zeigt. Humanitäres Handeln ist in diesem Zeitalter in der Regel noch eine private Angelegenheit, erst nach dem Ersten Weltkrieg werden Staaten immer mehr involviert. Im darauffolgenden „Age of neo-humanitarianism“ waren, nach Barnett, der Kalte Krieg und die Dekolonisation die treibenden Kräfte. Die durch die Dekolonisation entstandenen Machtvakua in den entsprechenden Ländern wurden durch internationale und Nichtregierungsorganisationen gefüllt. Das Ziel hieß Entwicklung: ganz im Sinne der modernisierungstheoretischen Ansätze, des wirtschaftlichen Wachstums. Der grundsätzliche Leitgedanke für humanitäres Handeln war, geprägt von den Ereignissen im Zweiten Weltkrieg, die Idee der universellen Gleichheit aller Menschen. Es ist auch das Zeitalter der Entstehung der großen internationalen Organisationen, welche Staaten noch mehr involvierten, und der festen Etablierung von Nichtregierungsorganisationen. Das aktuelle Zeitalter „Age of liberal humanitarianism“, das nach Barnett mit dem Ende des Kalten Krieges begonnen hat, kennzeichnet die Versuche, eine neue liberale, demokratische Weltordnung und Frieden zu etablieren, wodurch vor allem auch das Thema der Sicherheit immer mehr in die Agenda drang. Die globalisierte, kapitalistische Welt hat nicht nur Sieger hervorgebracht. Der Aufbau von Staatlichkeit in sogenannten „failed states“ und die wirtschaftliche Entwicklung in wirtschaftlich schwachen Regionen sind ins Zentrum gerückt, um Sicherheit zu gewährleisten. Im humanitären Leitgedanken verortet Barnett eine Verlagerung auf einen menschenrechtsbasierenden Ansatz, womit die Menschenrechte die treibende Kraft für humanitäres Handeln geworden sind. Weiteres Kennzeichen dieser Phase ist für Barnett die immer engere Zusammenarbeit von Staaten mit Nichtregierungsorganisationen bei der humanitären Arbeit.

Dieser kurz dargestellte Ansatz von Barnett ist nur einer von vielen. Andere AutorInnen, wie Walker und Maxwell, sehen die zwei großen Weltkriege als entscheidende historische Einschnitte und bezeichnen die Zeit des Kalten Krieges als die Phase von „Gnade und Manipulation“ und die aktuelle Periode als die „Globalisierung von Humanitarismus“ (Walker und Maxwell 2009). Für

den französischen Politikwissenschaftler Philippe Ryfman liegt der Schwerpunkt wiederum woanders. In seiner Darstellung der Geschichte des Humanitarismus konzentriert er sich insbesondere auf den Kalten Krieg als Scheidepunkt und hebt hier vor allem den Biafra-Krieg hervor. Er konzentriert sich also noch mehr nur auf die letzten Jahrzehnte (Ryfman 2008). Hinzuzufügen ist solchen Ansätzen einer Periodisierung von Humanitarismus in aufeinanderfolgenden Epochen, dass sie von einigen ForscherInnen sehr kritisch betrachtet werden.

Johannes Paulmann gehört zu den KritikerInnen, die sich gegen eine Periodisierung aussprechen. Dadurch werden entscheidende Überschneidungen, Kontinuitäten und gegebenenfalls historische Zufälligkeiten schlichtweg übersehen, so Paulmann (Paulmann 2013: 222). Am Ansatz von Barnett kritisiert er vor allem:

„Above all, the sequence of three periods is problematic, as it ignores humanitarian criticism of imperial rule before 1945 and neglects the persistence and transformation of imperial dimensions of humanitarianism afterward“ (ebd.).

Nicht zuletzt wird auch immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Narrative von westlichem Denken geprägt sind und historische Entwicklungen im globalen Süden meistens zur Gänze ausblenden.

Es zeigt sich, dass die chronologischen Ansätze alle ähnlich vorgehen. Sie bieten einen allgemeinen Überblick über die letzten 200 Jahre und heben entscheidende Wendepunkte hervor. Auch wenn die Schwerpunkte unterschiedlich gesetzt werden. Liegt der Fokus hier auf der Geschichte der humanitären Arbeit und nicht bei der Arbeit von Einzelnen, sondern eben bei der angesprochenen Institutionalisierung von Humanitarismus (beziehungsweise Hilfe), sind sich die ForscherInnen aber einig, dass in der Gründung des International Committee of the Red Cross 1863 die Wurzeln dieser Geschichte zu finden sind (Oberleitner 2007: 24f).

Die Gründung des ICRC geht auf den Schweizer Geschäftsmann Henry Dunant zurück, der 1859 auf einer Reise das italienische Dorf Solferino passierte. Kurz zuvor hatte dort noch eine Schlacht zwischen den österreichisch-ungarischen und französischen Truppen stattgefunden. Geschockt von der Tatsache, dass die SoldatInnen beider Nationen ohne echte medizinische Versorgung auf dem Schlachtfeld sich selbst überlassen worden waren, half er der ansässigen Zivilbevölkerung bei der Versorgung der Verwundeten. Drei Jahre später machte er seine Erlebnisse im Buch „Eine Erinnerung an Solferino“ öffentlich (Barnett 2011: 76f).

Obwohl, wie sich hier zeigt, die Versorgung von verwundeten SoldatInnen in kriegesischen Auseinandersetzungen der Auslöser für die Gründung war, gilt das ICRC als Ursprung aller humanitären Organisationen. Die Grundidee bei seiner Gründung war, dass immer neutral und unparteiisch agiert werden sollte. Somit wurde die Versorgung aller Konfliktparteien sichergestellt (Vilain 2002: 121). Entscheidend für die feste Etablierung des ICRC war die Genfer Friedenskonferenz 1864. Die von 14 Staaten unterzeichnete Konvention verankerte das Neutralitätsprinzip der Organisation in einem internationalen Vertragswerk. Ein für die damalige Zeit einzigartiger Vorgang. Bereits einige Jahre später, 1869, auf der zweiten Internationalen Rotkreuz-Konferenz, wurden die Rotkreuz-Gesellschaften dazu aufgefordert, nicht nur bei kriegesischen Auseinandersetzungen Hilfe zu leisten, sondern auch „[...] in case of public calamity which, like war, demands immediate and organized assistance“ (International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies 2007: 19).

Nach dem Ersten Weltkrieg betraten weitere internationale Organisationen – wie die im Rahmen des Völkerbunds geschaffenen Einrichtungen der „International Relief Union“ oder der erste Hochkommissar für Flüchtlingsfragen sowie private Organisationen wie Save the Children – das Feld der humanitären Arbeit. Mit dem Zweiten Weltkrieg und dessen Ende entstanden immer mehr internationale, staatliche oder private Organisationen, die ihre Arbeit zu einem großen Teil auf den europäischen Kontinent konzentrierten. Die großen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg, unter anderem die Phase der Dekolonisation, führten dazu, dass viele Organisationen, welche für Hilfe und den Wiederaufbau von europäischen Ländern gegründet wurden, ihr Betätigungsfeld erweiterten und von nun an auch global agierten (Macalister-Smith 1985: 17ff).

2.2 Humanitäre Prinzipien und Richtlinien

Diese Expansion von humanitären Organisationen verlangte nach einem Regelwerk. Auf verschiedenen Konferenzen während des 20. Jahrhunderts wurde der Grundsatz der Neutralität stets betont und vertraglich festgehalten. Entscheidende normative Grundlagen für die Arbeit von humanitären Organisationen finden sich in erster Linie in der Genfer Konvention von 1949, den beiden Zusatzprotokollen von 1977 und im Völkergewohnheitsrecht (VENRO 2007: 348). Ebenso grundlegend wie die rechtlichen Rahmenbedingungen sind aber die rechtlich unverbindlichen humanitären Prinzipien. Die humanitären Prinzipien haben ihren Ursprung in den internen Statuten des ICRC. Sie wurden aber erst 1921 schriftlich im Rahmen einer internen Konferenz festgeschrieben. So heißt es in den Statuten unter anderem:

„[...] impartiality, action independent of any political, religious or economic consideration, the universality of the Red Cross and the equality of its constituent members“ (Blondel 1991: 351).

Eigentlich nur für das ICRC gedacht, findet sich hier die Basis für die humanitären Prinzipien, die heute universell anerkannt sind. Damit war das Fundament für die ersten drei Prinzipien Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit gelegt. Mitte der 1950er-Jahre kam es zu einer Überarbeitung dieser Prinzipien durch das ICRC-Mitglied Jean Pictet, welcher unter anderem das Prinzip der Menschlichkeit ergänzte (Khan 2013: 111). Als Ergebnis dieser Überarbeitung gingen insgesamt sieben Prinzipien hervor: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität. Letztendlich wurden diese Prinzipien erst 1965 auf der 20. Internationalen Konferenz der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung offiziell anerkannt (Lieser und Dijkzeul 2013: 437). Deutlich wird, dass die ersten vier die wichtigsten sind. Es sind auch jene, welche in der Forschung am meisten diskutiert werden oder, wie es Barnett und Weiss ausdrücken: „The First four principles, though, arguably constitute the core“ (Barnett und Weiss 2008: 3).

Der Prozess der Internationalisierung und der endgültigen Festlegung der humanitären Prinzipien startete in den 1990er-Jahren, als 1991 in der Resolution 46/182 der Generalversammlung der Vereinten Nationen die ersten drei Prinzipien anerkannt wurden und 2003 in der Resolution 58/114 auch das vierte Prinzip der Unabhängigkeit aufgenommen wurde. Damit gelten die vier humanitären Prinzipien Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit auch für alle humanitären Organisationen der Vereinten Nationen. Im Folgenden sollen diese vier Prinzipien näher beleuchtet werden, um danach den 1994 ausgearbeiteten Verhaltenskodex vorzustellen, womit sich auch nahezu alle großen nichtstaatlichen Hilfsorganisationen zur Einhaltung dieser Prinzipien verpflichtet haben.

2.2.1 Neutralität

Jean Pictet formulierte das Prinzip der Neutralität folgendermaßen:

„In order to enjoy the confidence of all, the Red Cross may not take sides in hostilities or engage at any time in controversies of a political, racial, religious or ideological nature“ (Pictet 1979: 52).³

Mit dem Prinzip der Neutralität ist auch gleich jenes angesprochen, das immer sehr kontrovers diskutiert wurde, bietet es doch mitunter die größte Angriffsfläche. Der britische Wissenschaftler Hugo Slim führt in seinen Ausführungen über die Prinzipien an, dass weder Pictet oder die

³ In der Formulierung der OCHA ist „the Red Cross“ durch „humanitarian actors“ ersetzt worden. Ansonsten wird der Formulierung Pictets gefolgt.

Tradition des humanitarianism Neutralität per se als etwas Gutes bezeichnen, noch es für ein kluges Lebensprinzip halten (Slim 2015: 66). Vielmehr ist sie letztlich nur ein Mittel zum Zweck. Ziel ist es, einseitig und alleine das Vertrauen und dadurch die nötigen Handlungsmöglichkeiten von allen Konfliktparteien zugesprochen zu bekommen. Das macht Neutralität zu einem sehr nützlichen Prinzip der humanitären Arbeit, welches aus einer moralischen Perspektive zugleich immer fragwürdig bleibt. Das bekannteste Beispiel, um dieses Dilemma zu illustrieren, ist das Schweigen des ICRC zu den Zuständen und Vorkommnissen in den deutschen Konzentrationslagern während des Zweiten Weltkriegs. Im Sinne des Neutralitätsgrundsatzes und in der Hoffnung, weiterhin Zugang zu ihrer Kernaufgabe – der Versorgung von Kriegsgefangenen – zu haben, entschied sich das ICRC dazu, die Vorgänge nicht öffentlich anzuprangern und somit zu schweigen (Favez 1999: 282). Diese Entscheidung verfolgt das ICRC und der gesamte Sektor der humanitären Arbeit bis heute. Unter anderem war es auch dieses Prinzip, welches eine Reihe von französischen ÄrztInnen, die während des Biafra-Kriegs für das ICRC gearbeitet haben, dazu veranlasste, sich abzuspalten und die Organisation Médecins sans Frontières zu gründen. Die Erlebnisse während ihrer Arbeit vor Ort brachten sie immer mehr in Konflikt mit der Verschwiegenheit des ICRC. Am Ende so weit, dass sie es nicht länger hinnehmen wollten. MSF (Médecins Sans Frontières) beruft sich zwar ebenfalls auf die humanitären Prinzipien, setzt aber Neutralität nicht mit Schweigen gleich. So herrscht der Wille, zwar neutral zu handeln, aber Verletzungen des humanitären Völkerrechts oder der Menschenrechte öffentlich zu machen und anzuprangern (Von Pilar 2013: 40). Ein Verständnis von Neutralität, das später auch von einigen anderen Hilfsorganisationen übernommen wurde.

Es sind also diese zwei Verständnisse von Neutralität, die im Sektor der humanitären Arbeit existieren. Die Debatte darüber scheint endlos. Wirklich problematisch wird es auch dann, wenn AkteurInnen der Vereinten Nationen auftreten. Die Vereinten Nationen sind sicherlich vieles, aber in vielen Konflikten nicht neutral. Ihre Organisationen haben sich aber den humanitären Prinzipien verschrieben. Es zeigt sich, dieses Prinzip wird immer zu kontroversen Auseinandersetzungen führen. Die Verteidiger des Prinzips führen ins Feld, dass Neutralität als grundsätzliches Prinzip unabdingbar sei, um humanitär zu arbeiten. Humanitäre AkteurInnen hätten immer noch mehr zu verlieren als zu gewinnen, wenn sie auf dieses Prinzip verzichten würden. Andere AutorInnen stellen das Prinzip an sich infrage. Für David Kennedy zum Beispiel ist das Prinzip der Neutralität im Kontext der heutigen Konfliktführung und Situationen als formaler Status eigentlich schon erodiert (Kennedy 2006: 9). Andere wie Paul O'Brian argumentieren, dass humanitäres Handeln niemals wirklich neutral war und dieses „Label“ der Neutralität letztlich nur als Mittel zum Zweck notwendig ist (O'Brian 2004).

2.2.2 Unabhängigkeit

In der Formulierung der OCHA (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) heißt es, jede humanitäre Aktion

„[...] must be autonomous from political, economic, military or other objectives that any actor may hold with regard to areas where humanitarian action is being implemented“ (OCHA 2012).

Auch das Prinzip der Unabhängigkeit ist eigentlich nicht weniger problematisch als das Prinzip der Neutralität. Unabhängigkeit ist gewissermaßen sinngebend, wenn neutral aufzutreten werden soll. Gleichzeitig ist Unabhängigkeit für alle Organisationen stets eine schwierige Gratwanderung, vor allem in einer Welt voller Abhängigkeiten und Vernetzungen. Das Schlüsselmoment des Prinzips der Unabhängigkeit ist die Autonomie. Autonomie bedeutet hier, wie es Hugo Slim ausdrückt: „Autonomy is essentially the power to choose and act for myself, the right to self-government“ (Slim 2015: 71).

Schon die Geschichte des ICRC und seiner jeweiligen Landesverbände lässt die Problematik dahinter erahnen. Bereits während des Ersten Weltkriegs haben nationale Rotkreuz-Verbände häufig den nicht zuletzt militärischen Zielen der jeweiligen Nationen gedient, um sich nur wenig später den zahlreichen faschistischen Regimen gänzlich unterzuordnen (Favez: 1999). Die historisch belegte Kooperation und enge Verbindung des deutschen Roten Kreuzes mit der nationalsozialistischen Regierung sei hier nur als ein Beispiel angeführt (Steinacher 2013).

Die Unabhängigkeit von humanitären Aktionen ist schon immer zumindest fragwürdig, finanzieren sich doch nicht zuletzt sehr viele Organisationen mit staatlichen Geldern. Ganz zu schweigen von den staatlichen Organisationen für Hilfe und „Entwicklung“ wie die United States Agency for International Development (USAID) oder Austrian Development Agency (ADA), welche direkt in staatliche Strukturen eingebettet sind. Besonders in den 90er-Jahren ist die Diskussion über dieses Prinzip voll entbrannt. Unter dem Schlagwort „Instrumentalisierung“ beschäftigen sich verschiedene AutorInnen wie Mark Duffield oder Antonio Donini mit dem Problem der Abhängigkeit von humanitären AkteurInnen von westlichen Geberländern und Ideologien. Beispielhaft für dieses Problem war unter anderem die Arbeit von humanitären Organisationen in Afghanistan oder im Irak nach der Invasion durch die Amerikaner und ihrer Verbündeten. Ihre Arbeit verleitete den damaligen amerikanischen Außenminister Colin Powell zu folgendem Zitat, das beispielhaft für dieses Problem gesehen werden kann:

„As I speak, just surely as our diplomats and military, American NGOs are out there serving and sacrificing on the front lines of freedom.... I am serious about making sure we have the best relationship with the NGOs who are such a force multiplier for us, such an important part of our combat team“ (De Torrente 2004: 9).

Ein neutrales Auftreten bedingt Unabhängigkeit. Humanitäre AkteurInnen müssen autonom Entscheidungen treffen können, unabhängig von politischen Interessen oder sonstigen Einflüssen. Gleichzeitig ist es keine Frage, dass sie sich immer in bestimmte Abhängigkeiten begeben müssen. Anders wäre ein Arbeiten auch gar nicht möglich. Allein schon dadurch, dass sie auf Spendengelder und Zahlungen von Ländern angewiesen sind, ist eine gewisse Abhängigkeit immer gegeben. Entscheidend sind aber die Unabhängigkeit von politischen, ökonomischen und militärischen Interessen und die autonomen Handlungsmöglichkeiten von humanitären AkteurInnen. Nur so kann gewährleistet werden, dass auch die anderen Prinzipien nicht gleichzeitig zur Farce verkommen.

2.2.3 Menschlichkeit

Mit dem Prinzip der Menschlichkeit werden sozusagen die Wurzel und das Ziel aller humanitären Aktionen deutlich. In ihm drücken sich die Werte der humanitären Arbeit aus. Die Formulierung des Prinzips geht wiederum auf die Worte Jean Pictets zurück, der 1965 folgendes Ziel für das ICRC schriftlich festhielt:

„To prevent and alleviate human suffering wherever it may be found. Its purpose is to protect life and health and to ensure respect for the human being“ (Pictet 1979: 11).

Dieses Prinzip, das unter anderem auch als der humanitäre Imperativ bekannt ist, wird von einigen AutorInnen auch als das Herzstück des Humanitarismus beschrieben (Ramsbotham und Woodhouse 1996: 15). Für Tony Vaux ist es gar „the fundamental moral value of humanitarianism“ (Vaux 2010: 5). Es ist also Ideal, Motivation und Ziel in einem. Es kann zu Recht als erstes und wichtigstes Prinzip angesehen werden. Es verkörpert gewissermaßen all jenes, wofür die humanitären Organisationen stehen. So heißt es auch bei Pictet, wenn das ICRC nur ein Prinzip hätte, dies wäre es (Pictet 1979). Während die anderen Prinzipien in erster Linie bestimmte Anforderungen und Verhaltensregeln erläutern, wird hier der Grundgedanke einer humanitären Ethik beschrieben. Dieses Ziel, letztlich alles menschliche Leid zu lindern und humanitäre Aktionen überall dort, wo es notwendig ist, durchzuführen, ist als Prinzip hoch gesteckt und führt immer wieder zu Problemen, Kritik und Diskussion. So zeigt ein Blick in die Geschichte sowie auf aktuelle Ereignisse, dass die Linderung von menschlichem Leid nicht immer der entscheidende Faktor dafür ist, wo Hilfe am Ende auch geleistet wird. Womit die Instrumentalisierung der Hilfe angesprochen wird.

Zum einen, so argumentieren manche AutorInnen, ist es ein Faktum, dass Menschen mehr Empathie und Mitgefühl mit denjenigen haben, die ihnen nah oder zumindest näher sind als so manch andere (Rieff 2002: 7). Das heißt, so Rieff, dass Kategorien wie Ethnie oder „*race*“ den Willen zur Hilfsbereitschaft durchaus beeinflussen können. Soweit zur menschlichen Ebene. Zum anderen aber, und hier spielt diese Erkenntnis sicherlich auch eine Rolle, sind Geld und Politik immer entscheidende Faktoren. So hat es sich zum Beispiel gezeigt, dass 1999 humanitäre Organisationen der UN, die diesem Prinzip ebenfalls verpflichtet sind, deutlich mehr Geld zur Verfügung hatten, den Menschen im Kosovo zu helfen, als in den parallel stattfindenden Krisen im Kongo oder in Sierra Leone (Thompson 2003: 2). Was darauf zurückzuführen ist, dass die Geberländer bestimmten, was mit dem Geld geschehen soll. Und die größten Geberländer dieser Organisationen sind nun einmal westliche Länder, welche durch die Nähe und aus politischem Kalkül mehr Interesse hatten, die Lage im Kosovo zu beruhigen als im Kongo oder in Sierra Leone. Was wiederum nach dem Prinzip der Menschlichkeit zumindest fragwürdig erscheint. Ebenfalls ein Kritikpunkt ist, dass die Berufung auf das Prinzip, also im Namen der Menschlichkeit zu handeln, schnell für manche politisch motivierten Aktionen genutzt werden kann, da es eben nicht deutlich definiert ist. Somit stellt das Prinzip für alle AkteurInnen eine Herausforderung dar, alleine schon deshalb, weil es unmöglich ist, alles menschliche Leid auf der Welt gleichzeitig zu bekämpfen. Als moralischer Wegweiser macht es durchaus Sinn und hat seine Berechtigung. Als Handlungsdoktrin beziehungsweise Imperativ stellt es humanitäre AkteurInnen bereits im Vorhinein vor unlösbare Aufgaben.

2.2.4 Unparteilichkeit

Das Prinzip der Unparteilichkeit ist gewissermaßen ein Teil des Prinzips der Menschlichkeit. Für Pictet definiert es sich dadurch, dass jede humanitäre Aktion

„[...] makes no discrimination as to nationality, race, religious beliefs, class or political opinion. It endeavours only to relieve the suffering, giving priority to the most urgent cases of distress“ (Pictet 1979: 26).

Damit ist dieses Prinzip eine logische Ergänzung zum Prinzip der Menschlichkeit, dürfen Aktionen, die sich der Menschlichkeit verschrieben haben, nicht parteiisch oder diskriminierend sein. Es stecken, um genau zu sein, zwei wichtige Punkte in diesem Prinzip. Erstens der Hinweis auf die Universalität und Gleichheit aller Menschen in Anlehnung an den ersten Artikel der UN-Charta der Menschenrechte. Der Grundsatz der Gleichwertigkeit aller Menschen ist damit deutlich gemacht. Und zweitens eine konkrete Handlungsanweisung für humanitäre Aktionen: Hilfe nach

Bedürftigkeit zu verteilen, mit der klaren Priorität für die allerdringendsten Fälle. Somit beinhaltet dieses Prinzip gleich mehrere ethische Anliegen wie Universalismus, Antidiskriminierung, Gleichheit, Objektivität und letztlich auch Fairness, die richtungsweisend für die Praxisarbeit in humanitären Aktionen sind (Slim 2015: 56). Neben diesen Funktionen ist das Prinzip der Unparteilichkeit auch ein wichtiger Faktor, wenn es um den Schutz von humanitären Organisationen und deren MitarbeiterInnen in Konfliktgebieten geht. Nur wenn die Organisationen von allen Parteien und Autoritäten akzeptiert werden, ist ein Arbeiten möglich. Die Unparteilichkeit ist hierfür ein grundlegendes Element.

Die Probleme und Kritikpunkte am Prinzip der Unparteilichkeit sind im Großen und Ganzen gleich wie jene am Prinzip der Neutralität. Deshalb sollen diese hier nicht noch einmal ausführlich wiederholt werden. Klar ist, dass die Unparteilichkeit der Organisationen insbesondere durch äußere Einflüsse und Umstände immer wieder auf die Probe gestellt wird. Sich diesen zu entziehen, ist für die Bewahrung des Prinzips essenziell. Eine oft genutzte Praxis von humanitären AkteurInnen bei der Verteilung von Hilfsgütern wie der Abwurf aus dem Hubschrauber hat beispielsweise immer wieder KritikerInnen auf den Plan gerufen. Dies ist eigentlich ein klarer Verstoß gegen dieses Prinzip, weil so eine zielgerichtete Verteilung der Hilfe nach Bedürftigkeit keineswegs mehr gewährleistet werden kann. Auch stellt dieses Prinzip die Organisationen gewissermaßen vor ein moralisches Dilemma, weil wer kann nach welchen Kategorien bewerten, wo Hilfe am dringendsten nötig ist? Und sollen das die humanitären AkteurInnen überhaupt?

Festzuhalten bleibt aber, dass das Prinzip der Unabhängigkeit eigentlich der Schlüssel ist, um überhaupt einen Zugang zu den Hilfsbedürftigen zu bekommen, und gleichzeitig eine Schutzfunktion für die Organisationen selbst bietet.

2.2.5 Code of Conduct

Erst drei Jahrzehnte, nachdem Jean Pictet die humanitären Prinzipien für das ICRC ausformuliert hatte, setzte – unter anderem den politischen Rahmenbedingungen und den Erfahrungen aus den Jahrzehnten zuvor geschuldet – ein Prozess ein, der zum Ziel hatte, die Arbeit humanitärer Organisationen zu einem gewissen Teil zu standardisieren und damit internationale Qualitätsstandards zu etablieren. Auch dadurch, dass sich die Organisationen im humanitären Sektor zur Einhaltung der oben beschriebenen Prinzipien verpflichteten. So entwickelten und einigten sich acht der weltgrößten Hilfsorganisationen im Sommer 1994 auf den sogenannten „Code of Conduct for the International Red Cross and Red Crescent Movement and NGOs in Disaster

Relief“. Dieser Verhaltenskodex gilt als wichtigstes Werk für die Standards der humanitären Arbeit. So gibt es zwar noch verschiedene andere Arbeitspapiere und Verhaltenskodexe, dieser ist aber ohne Frage der wichtigste und anerkannteste. Mittlerweile wurde er von rund 500 internationalen privaten Hilfsorganisationen unterzeichnet (Runge und Von Borries 2013: 391).

Der Code of Conduct ist eine Selbstverpflichtung und freiwillig. Er formuliert zehn Grundsätze, aufbauend und teilweise identisch mit den von Pictet formulierten Prinzipien, die die Arbeit von humanitären AkteurInnen leiten und ihre Beziehungen zu den Regierungen der Geberländer, der Empfängerländer und zum System der UN festlegen sollen. Kern des ganzen Regelwerks ist die Frage, was die Grundlagen humanitären Handelns sind (ebd.). Da es sich um einen freiwilligen Kodex handelt, sind bei Verstößen keinerlei Konsequenzen zu erwarten. Einen internationalen Vertrag, der eine Autorität dazu befugt, Verstöße gegen die humanitären Prinzipien auch mit Sanktionen zu ahnden, gibt es bis heute noch nicht (Slim 2015: 253).

Ausgehend vom humanitären Imperativ, der allen folgenden Grundsätzen vorangestellt ist, sind im Code of Conduct neun weitere formuliert:

„1) Die Hilfe wird ungeachtet der ethnischen, religiösen oder nationalen Zugehörigkeit des Empfängers und ohne jede nachteilige Unterscheidung geleistet. 2) Die Hilfsprioritäten richten sich allein nach der Bedürftigkeit. 3) Die Hilfe wird nicht zur Unterstützung eines bestimmten politischen oder religiösen Standpunktes eingesetzt. 4) Wir sind bestrebt, uns nicht für die außenpolitischen Interessen einer Regierung instrumentalisieren zu lassen. 5) Wir respektieren Kultur und Sitten. 6) Wir sind bestrebt, die Katastrophenhilfe nach den lokalen Kapazitäten auszurichten. 7) Wir finden Wege, um die von den Programmen Begünstigten in das Management der Nothilfe einzubeziehen. 8) Die Nothilfe muss darauf abzielen, die künftige Gefährdung und Anfälligkeit der Menschen durch Katastrophen zu verringern und ihre grundlegenden Bedürfnisse zu befriedigen. 9) Wir legen sowohl jenen, denen unsere Hilfe gilt, als auch jenen, die uns Mittel zur Verfügung stellen, Rechenschaft ab. 10) In unseren Maßnahmen im Bereich Information, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung betrachten wir die Opfer von Katastrophen als Menschen mit Würde, nicht als Objekte ohne Hoffnung“ (Lieser und Dijkzeul 2013: 428).

3 Humanitarismus in der Krise?

Die Kooperation zwischen privaten Sicherheitsfirmen und humanitären Hilfsorganisationen ist Ergebnis und gleichzeitig Teil dessen, was in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen oft als die „Krise des Humanitarismus“ beschrieben wird (Lieser 2013: 10). Diese Krise wird in der Regel durch die Lücke, die zwischen dem Anspruch der humanitären AkteurInnen und der Wirklichkeit, also der Praxis von humanitärer Arbeit, entsteht, verortet. Diese „Krise“ lässt sich anhand verschiedener Punkte betrachten, die aber nicht separat voneinander gesehen werden dürfen, sondern in einer wechselseitigen Beziehung zueinander stehen, sich also gegenseitig bedingen und beeinflussen.

Zum einen ist hier die Instrumentalisierung durch die Politik anzuführen, also die Politisierung von Hilfe – ein Vorwurf und Diskussionspunkt, so alt wie die Hilfe selbst, der aber vor allem mit der Tätigkeit von humanitären Organisationen während und nach den Kriegen in Afghanistan und im Irak in den 2000er-Jahren wieder ins Zentrum gerückt ist. Ein neueres Phänomen, das in der Diskussion über Humanitarismus immer mehr in den Vordergrund tritt, ist die Entstehung des sogenannten „aid market“, auch genannt die „aid industry“. Also die Frage, inwieweit der gesamte Sektor der humanitären Arbeit nicht bereits ein Teil des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems ist und damit die Motive für humanitäre Einsätze mehr in marktwirtschaftlichen Interessen zu finden sind als in ideologischen beziehungsweise in den humanitären Prinzipien. Als weiteres Merkmal für die „Krise“ wird die zunehmende Militarisierung von Hilfe ins Feld geführt. Sie lässt sich seit einigen Jahren beobachten und steht in enger Verbindung mit der politischen Instrumentalisierung. Was letztlich zu der Frage führt, inwieweit das Thema Sicherheit und die Praktiken der Hilfsorganisationen in diesem Kontext zu einem Problem für humanitäre AkteurInnen werden kann und somit als Teil dieser Krise betrachtet werden könnten. Im Folgenden sollen die angesprochenen Punkte ausführlicher analysiert werden.

3.1 Instrumentalisierung: Die Politik und die Hilfsorganisationen

Schon seit dem Beginn der institutionellen Form von Hilfe sorgt diese Debatte immer wieder für Diskussionen. Die im ersten Kapitel bereits teilweise angesprochenen Punkte wie die Finanzierung der Organisationen durch staatliche Gelder, die Einbindung von humanitären Organisationen in sicherheitspolitische Interessen oder, als historisches Beispiel, die Instrumentalisierung des deutschen Roten Kreuzes durch die nationalsozialistische Regierung sind nur einige Beispiele, die

erahnen lassen, dass eine klare Trennung zwischen politischen Interessen und der Tätigkeit von humanitären AkteurInnen nur schwer zu erreichen ist. So stellt Thomas Gebauer fest:

„Immer ist Hilfe eingebunden in ein komplexes Geflecht aus Macht- und Herrschaftsinteressen, aus dem es auch dann kein Entkommen gibt, wenn Hilfsorganisationen für sich eine neutrale, scheinbar unpolitische Position reklamieren“ (Gebauer 2007: 205).

Gebauer spricht damit etwas aus, was vor einigen Jahren noch vonseiten der humanitären Organisationen vehement bestritten worden wäre. So argumentierte der damalige ICRC-Präsident Claudio Sommaruga 1992 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen noch:

„Humanitarianism and political action must go their separate ways if the neutrality and impartiality of humanitarian work are not to be jeopardized“ (Warner 1999: 109).

Es ist verständlich, dass Sommaruga so argumentiert, aber gleichzeitig ist es fast schon realitätsfern, wenn der Einfluss der Politik auf die humanitäre Arbeit auf diese Weise gelegnet beziehungsweise negiert werden soll. Humanitäre Organisationen sind rechenschaftspflichtig gegenüber ihren GeldgeberInnen sowie auch den EmpfängerInnen von Hilfe (Gross Stein 2003: 31). Und letztendlich entscheiden diejenigen, die das Geld bereitstellen, wie und wo gearbeitet wird. Es ist offensichtlich, dass der größte Teil an Geldern, der humanitären Organisationen ihre Arbeit ermöglicht, von Regierungen kommt. Es handelt sich also um staatliche Gelder. Und es sollte nicht weiter überraschen, dass die Staaten auch ein Interesse haben, diese Gelder so einzusetzen, dass sie wiederum einen Vorteil daraus ziehen. So schreibt Slim:

„It is obvious if one looks around the world that humanitarian spend by OECD government donors does not simply follow a moral geography of need but also tracks a political geography of western geo-strategic priorities around the war on terror or the extension of liberalism“ (Slim 2003: 3).

Damit muss davon ausgegangen werden, dass Regierungen vielleicht verschiedene Gründe haben, warum sie Geld für den Sektor der humanitären Arbeit zur Verfügung stellen, Hauptmotiv sind aber wohl immer die eigenen Interessen. Und damit ist Hilfe natürlich auch immer ein Teil der Außen- und Sicherheitspolitik von Staaten. Wenn PolitikerInnen in Deutschland oder Österreich im Jahr 2016 fordern, die Gelder für die sogenannte „Entwicklungszusammenarbeit“ für verschiedene afrikanische Staaten müssen erhöht werden und es muss mehr Geld für Hilfe für die Bevölkerung im syrischen Bürgerkrieg vor Ort bereitgestellt werden, dann tun sie das weniger aus moralischen Gründen, sondern vielmehr deshalb, weil es gilt, damit die Migrationsbewegungen in den globalen Norden zu verringern. Also aus eigenem politischen Interesse. Das ist für die Organisationen natürlich ein Problem. So verweist David Rieff darauf, dass berechtigterweise durch diese

Geberstrukturen die Gefahr besteht, dass sich die humanitären AkteurInnen von der Politik einspannen lassen und ihre Aufmerksamkeit auf gewisse Regionen gelenkt wird, während andere, die nicht so von politischem Interesse sind, vergessen werden (Rieff 2002: 23). Es gibt auch viele Beispiele, in denen Hilfe für andere Länder als eine Art diplomatisches Werkzeug benutzt wurde (Lancaster 2007: 25). Besonders im Kalten Krieg war diese Praxis gang und gäbe, sie wird aber heute immer noch angewendet, um zum Beispiel wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Wie sehr sich Hilfsorganisationen hier von Staaten einspannen lassen, hängt immer sehr von der Organisation selbst ab. Hier gibt es natürlich große Unterschiede.

Aber auch die Organisationen selbst haben, zumindest einige, ihren Teil zur Politisierung von Hilfe beigetragen. Indem sie selbst Agenden übernommen haben, die zutiefst politische Wurzeln haben, und indem sie sich von Staaten instrumentalisieren haben lassen. So verfolgen einige Hilfsorganisationen, insbesondere die UN-Agenturen, eine politische Agenda, die klar westlichen Ideologien zugeordnet werden muss. Damit wurden sie gewissermaßen zu einem Motor der Politisierung. Die Kriege in Afghanistan und im Irak haben letztendlich die Lage noch verschlimmert. Zahlreiche NGOs haben sich in diese – unter anderem durch demokratiepolitische und menschenrechtliche Gründe gerechtfertigten – Interventionen einbinden lassen. Und haben damit auch eine politische Seite gewählt. Diese zwei Beispiele ragen heraus, es finden sich aber weltweit Beispiele für „post-interventionary“ (Duffield 2010: 458) Einsätze von UN-Organisationen und NGOs, die auf eine enge Kohärenz zwischen diesen Organisationen und politischen Interessen schließen lassen.

In solchen Fällen ist es natürlich notwendig, auf die politische Unabhängigkeit von Hilfsorganisationen zu pochen. Wie sehr die humanitäre Arbeit – eingebettet in die Invasion in Afghanistan und Irak – dem gesamten Sektor geschadet hat, lässt sich noch nicht genau sagen. Dass es ein Fehler war, dürfte aber den meisten deutlich geworden sein. Eine solche Einbindung geht natürlich zu weit, aber zu denken, dass die Politik keinen Einfluss auf die Hilfsorganisationen hat, oder eine strikte Trennung anzustreben, scheint im Moment ein Ding der Unmöglichkeit. Zu eng sind die Strukturen miteinander verwoben, als dass sie sich auflösen lassen könnten. Aber natürlich besteht die Gefahr, dass die humanitären Prinzipien an Gewicht verlieren, hier muss noch ein Mittelweg gefunden werden. Denn, wie Slim klarstellt:

„Humanitarianism is always politicized somehow. It is a political project in a political world. Its mission is a political one [...]“ (Slim 2003: 1).

3.2 Kommerzialisierung: Der „aid market“

Anfang der 1990er-Jahre hielten die neoliberalen Strukturen und marktwirtschaftlichen Denkweisen Einzug in die gesamte Branche und es entwickelte sich ein regelrechter „aid market“ dort, wo vorher nichts dergleichen war (Duffield 1997: 79). Ein Trend, der seinen Ursprung ebenfalls in der Privatisierung von staatlichen Aufgaben hat. So lässt sich die Vielzahl von NGOs, die insbesondere in den letzten drei Jahrzehnten aus dem Boden geschossen sind, auch darauf zurückführen, dass sowohl Staaten wie auch die großen UN-Organisationen für immer mehr Aufgaben kleinere beziehungsweise private NGOs als Subunternehmer unter Vertrag genommen haben und somit letztlich Hilfe privatisiert haben.

Der Einzug von marktwirtschaftlichen Spielregeln und Kategorien lässt sich auf mehreren Ebenen beobachten. Ein Grund für diese Verschiebung ist, so Gebauer, der Schritt weg vom Denken an gesellschaftliche Verantwortung hin zu der neoliberal geprägten Idee der Eigenverantwortung (Gebauer 2014: 74). In einer durch und durch ökonomisierten Welt sind soziale Kategorien wie Solidarität und Empathie fast restlos verschwunden und mussten dem Konkurrenzdenken des homo oeconomicus weichen. Auch die sprachliche Ebene ist bereits okkupiert. Begriffe wie Investment, businessorientiertes Management oder Output sind auch bei humanitären Organisationen mittlerweile weit verbreitet und sollten ein Signal für all jene sein, wie sehr auch dieser Bereich mittlerweile unterwandert ist (ebd.76f). Es wird immer seltener in sozialen Kategorien gedacht, wenn der Erfolg von Hilfe gemessen wird, sondern auch hier orientiert man sich an wirtschaftlichen Kriterien. So schreibt Gebauer:

„[...] die Zahl der erreichten Menschen, die Menge der versandten Hilfsgüter, die Effizienz der Nachschubwege, die Schnelligkeit, mit der man vor Ort ist. Abwicklungskapazitäten zählen, nicht aber die Beziehung zu den Opfern. Solidarische Nähe zu den Not leidenden Menschen, so verlautet es gelegentlich im Kreise staatlicher Geberstrukturen, sei kein Gütenachweis, sondern eher ein Hindernis für effektive Hilfe“ (Gebauer 2007: 209).

Wirtschaft(en) statt Humanität: Es ist ein Teufelskreis wechselseitiger Befeuerung. Zum einen treiben die humanitären Organisationen selbst diese Entwicklungen voran. Auf der anderen Seite werden sie ihnen auch von der Umwelt aufgezwungen. Schon länger fordern profitorientierte Unternehmen innerhalb der Europäischen Union, nichtprofitorientierten Institutionen die Steuerbegünstigungen abzuerkennen. Darin sehen sie einen Wettbewerbsnachteil, der profitorientierten Unternehmen den Zugang zum „aid market“ erschwert (ebd.). Und der „aid market“ ist mittlerweile ein großer Markt.

Die gesamte Branche ist ein Multi-Milliarden-Dollar-Komplex geworden, der nach marktwirtschaftlichen Regeln funktioniert, was bedeutet, es gibt einen Wettbewerb um die GeldgeberInnen und die Projekte. Im Jahr 2012 ging es weltweit um circa 18 Milliarden US (United States)-Dollar, die an diverse humanitäre AkteurInnen verteilt wurden (Buston und Smith 2013: 4). Und auf diesem Markt geht es um nichts anderes als auf anderen Märkten. Möglichst viele versuchen, ein Stück vom Kuchen zu bekommen, und jeder will seinen Anteil halten oder wenn möglich ausbauen. Dazu versucht man, seine Marktposition zu optimieren, und muss nach den Regeln der GeldgeberInnen spielen. Nur wer sich an diese Regeln hält und wettbewerbsfähig agiert, bekommt den Zugang zum Geld (Dezalay und Garth 2011: 68). Abgesehen von den staatlichen Geldern, die verteilt werden, geht es im „aid market“ natürlich auch um Spendengelder. Auch hier gilt es, sich wettbewerbsfähig zu präsentieren, um möglichst viele Spendengelder zu lukrieren. Das bedeutet, auch dort zu helfen, wo die Öffentlichkeit durch die mediale Aufbereitung gerade am meisten hinschaut. Und das sind in der Regel Konfliktregionen. Bei einer internationalen NGO wird es schnell als Schwäche ausgelegt, wenn sie in bestimmten Gebieten nicht vertreten ist (Van Brabant 2010: 10). Somit sind viele NGOs gewissermaßen gezwungen, ein Sicherheitsrisiko in Kauf zu nehmen, um nicht in Vergessenheit zu geraten. Dies führt dazu, dass oft Entscheidungen getroffen werden, die sich weniger an der Bedürftigkeit der Not leidenden Menschen orientieren als an der Frage, ob sich dieses Engagement gut vermarkten lässt und gut als Kampagne präsentiert werden kann, um mehr Spendengelder zu erwirtschaften (Cooley und Ron 2002).

Dies führte Gordenker und Weiss schon 1997 zu der Aussage, dass viele NGOs sich mittlerweile wie „[...] vendors of goods and services [...]“ verhalten (Gordenker und Weiss 1997: 444).

3.3 Militarisierung: Humanitäre SoldatInnen

In bewaffneten Konflikten hat die Einbindung von humanitären AkteurInnen in ilitärische Operationen in den letzten 20 Jahren eine rasante Entwicklung hingelegt. Nach den gescheiterten UN-Peacekeeping-Einsätzen zu Beginn der 90er-Jahre versuchten die Vereinten Nationen, ihr Konzept für Peacekeeping-Operationen zu ändern. Ziel war es, in Peacekeeping-Einsätzen menschenrechtliche, friedensstiftende und humanitäre Ziele stärker miteinander zu verbinden. Der im Jahr 2000 vorgestellte Brahimi-Report der UN enthielt zahlreiche Reformvorschläge für die Friedensmissionen, unter anderem auch, dass humanitäre Einsätze als eines von vielen Werkzeugen im Konfliktmanagement betrachtet werden sollten (Barry und Jefferys 2002: 8). Dies führte zu einer weiteren Politisierung von Hilfe. Parallel dazu entwickelte die NATO (North Atlantic Treaty Organization) ihr Konzept, das unter dem Begriff „Civil-Military Cooperation“ (CIMIC) bekannt

wurde. Definiert wird der Begriff von der NATO folgendermaßen:

„Die der Unterstützung des Auftrags dienende Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen dem NATO-Befehlshaber und den zivilen Akteuren, die Bevölkerung vor Ort ebenso eingeschlossen wie kommunale Behörden und nationale, internationale Nichtregierungsorganisationen und Einrichtungen“ (NATO 2002).

Darunter fällt eben auch humanitäre Arbeit. Sinn und Zweck der „Civil-Military Cooperation“ ist letztendlich aber der Schutz der SoldatInnen in Auslandseinsätzen durch vertrauensbildende Maßnahmen (Runge und Von Borries 2013: 392). Humanitäre Arbeit wird also auch hier als „Werkzeug“ eingesetzt, um die militärischen NATO-Missionen zu unterstützen. Großflächig zum Tragen kamen diese Konzepte insbesondere in den Militäreinsätzen in Afghanistan und im Irak. Mit den sogenannten „hearts and minds operations“ wurden humanitäre Einsätze dazu genutzt, Sympathien bei der Bevölkerung für die Besatzungsmächte zu gewinnen (Dijkzeul und Reinhardt 2013: 91). Auch im Irak-Krieg waren humanitäre AkteurInnen immer Teil einer militärischen Strategie und wurden von allen dort vertretenen Militärmächten angewendet.

Gleichzeitig zum Trend, humanitäre Arbeit in militärische Missionen einzubetten und sozusagen als unterstützende „Waffe“ in Kriegen und bewaffneten Konflikten einzusetzen, haben viele Staaten den Aufgabenbereich ihrer Streitkräfte ausgedehnt und setzen das Militär vermehrt direkt als humanitären Akteur in Fällen von Natur- und technischen Katastrophen ein. Dies hat verschiedene Gründe: Zum einen hat es mit dem Aufbau von Berufsarmeen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu tun, die mit einer zunehmenden Professionalisierung der einzelnen SoldatInnen einhergeht. Zum anderen mit der Suche nach einer neuen Rolle des Militärs in der Gesellschaft, zum Beispiel eben als „humanitäre Kämpfer“ (Harmer und Wheeler 2006: 7) und Armee für das Gute. Gleichzeitig steht es im Zusammenhang mit der oben kurz beschriebenen Militarisierung von humanitären Aufgaben im Zuge von militärischen Missionen.

In vielen Ländern kommt verschärfend noch hinzu, dass es Teil der Kultur und Rolle des Militärs ist, die zentrale Rolle bei Katastrophen-Einsätzen zu spielen und humanitäre Arbeit zu leisten (SIPRI 2008: 9). Dies zeigte sich im Kleinen zum Beispiel auch in Österreich. Im Zuge der Diskussion über die Abschaffung der Wehrpflicht war eines der Hauptargumente der Gegner, dass damit auch die humanitäre Arbeit bei Naturkatastrophen stark geschwächt wird, weil sie zu den Hauptaufgaben des Bundesheers gehöre. Auch wenn sich viele humanitäre Organisationen seit Jahren gegen die Vereinnahmung der humanitären Arbeit durch das Militär wehren, zeigt sich, dass es in vielen Fällen schon lange als humanitärer Akteur akzeptiert wird (SIPRI 2008: 9).

3.4 Sicherheit, eine Hürde für Hilfe?

Diese ausgeführten Punkte sind es, warum immer häufiger von einer Krise des Humanitarismus gesprochen wird. Sie sind direkte Angriffe auf die vier zentralen humanitären Prinzipien: Neutralität, Menschlichkeit, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. In Anbetracht der Tatsache, dass diese Punkte sowohl in der Öffentlichkeit wie auch im wissenschaftlichen Rahmen breit diskutiert werden, ist die Frage, inwieweit die Kooperation von humanitären Organisationen mit privaten Sicherheits- und Militärfirmen nicht als Teil dieser Krise zu betrachten ist, natürlich berechtigt. Verschiedene AutorInnen wie Andrea Schneider, Peter Singer oder Mark Duffield haben sich dieses Themas bereits angenommen. Wie bereits gezeigt, haben politische und gesellschaftliche Gründe zum einen, aber eben auch die Praktiken der Hilfsorganisationen selbst dazu geführt, dass aid workers zunehmend einem erhöhten Sicherheitsrisiko ausgesetzt sind. Was wiederum zur Folge hatte, dass die Sicherheitsmaßnahmen von den Organisationen selbst drastisch erhöht wurden. Hier gilt aber auch anzumerken, dass mehrere Faktoren eine Rolle spielen, warum die Organisationen sich gezwungen sehen, ihre Sicherheitsstrategien zu überdenken. Ein wesentlicher Grund, der nicht unterschätzt werden darf, ist in diesem Fall das System der Organisationen der Vereinten Nationen. Die UN-Organisationen sind, was ihre finanzielle Ausstattung betrifft und ihre politischen, technischen sowie logistischen Möglichkeiten, immer noch die größten AkteurInnen im Feld der humanitären Arbeit. Dadurch, dass eine nicht geringe Anzahl von NGOs direkt als Subunternehmer von UN-Organisationen agieren und somit auch von ihnen bezahlt werden, setzen in solchen Fällen auch die Vereinten Nationen die Standards fest. Auch die Sicherheitsstandards. Gleichzeitig gilt: Solange die UN eine Krisenregion nicht verlassen, bleiben die Partnerorganisationen in der Regel ebenfalls vor Ort (Duffield 2012: 485). Viele Hilfsorganisationen werden also gewissermaßen auch gezwungen, sich einem erhöhten Risiko auszusetzen. Parallel dazu werden vielen Hilfsorganisationen auch bestimmte Sicherheitskonzepte „aufgezwungen“, wollen sie als PartnerInnen in bestimmten Regionen arbeiten. Diese Praxis wird nicht nur von UN-Organisationen durchgeführt, sondern auch von anderen großen, finanzträchtigen staatlichen AkteurInnen wie zum Beispiel USAID. So war es eine Bedingung von USAID an NGOs, die Aufträge für sie im Irak übernommen haben, eine private Sicherheitsfirma zu engagieren. Die Menschenrechtsanwältin Corey Levine, die für solch eine NGO tätig war, berichtete:

„My organization, a small NGO working to build the capacity of Iraq's civil society, was no exception. Approximately 40 percent of our \$ 60 million budget went to protecting the 15 international staff. Our security company was South African“ (Engler 2010: o. S.).

Aber welche Auswirkungen haben das neue Sicherheitsdenken des humanitären Sektors und die Praxis, private Sicherheitsfirmen zu engagieren? Warum könnten auch diese einen Teil zur Krise des Humanitarismus beitragen?

Die Zusammenarbeit mit PMSCs (Private military and security companies) bringt für Hilfsorganisationen eine Reihe von Dilemmata mit sich, für die bis dato noch keine Lösung gefunden worden ist. Angefangen damit, dass der Rückgriff auf private Sicherheitsfirmen durch humanitäre Organisationen den Prozess der Privatisierung von Sicherheit fördert und gleichzeitig, auf eine gewisse Art, auch moralisch legitimiert (Hellinger 2004: 193). Das Engagieren einer PMSC ist ein normaler Dienstleistungsvertrag, keine Organisation wird gezwungen, einen solchen Vertrag zu unterschreiben. Ein solches Geschäft fördert wiederum die wirtschaftliche Stärke der privaten Sicherheitsbranche. Somit wird dadurch direkt eine Branche gefördert, welche gleichzeitig aufgrund von Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und teilweise undurchsichtigen Geschäftspraktiken immer wieder heftiger Kritik ausgesetzt ist (Schulz 2008: 148). Deren Existenz wird durch die Kooperation mit humanitären AkteurInnen legitimiert. Dabei geht es nicht nur um direkte Zusammenarbeit in den Einsatzgebieten. Manche Organisationen versuchen das zu vermeiden, aber auch wenn die Firmen in beratender Funktion auftreten oder nur auf logistische Dienstleistungen zurückgegriffen wird, besteht trotzdem eine Kooperation. Hinzu kommt, dass damit ein weiterer Schritt Richtung Militarisierung von humanitärer Arbeit getan wird (ebd.). Womit die Unterscheidung zwischen rein humanitären, privatwirtschaftlichen und/oder militärischen AkteurInnen für die EmpfängerInnen von Hilfe zunehmend schwerer wird.

Auch ist den humanitären Organisationen bewusst, dass sie natürlich in Verbindung gebracht werden mit den Tätigkeiten der privaten Sicherheitsfirmen für andere KlientInnen und somit ihre eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen. So hat zum Beispiel die Firma Lifeguard für die Regierung von Sierra Leone Minen bewacht und ist dadurch immer wieder in direkte Kampfhandlungen mit der RUF (Revolutionary United Front) verwickelt gewesen. Zum selben Zeitpunkt hat sie in Sierra Leone für UN-Organisationen und diverse NGOs gearbeitet (Spearin 2006: 237). Damit ist es eigentlich unmöglich, als neutrale, unabhängige und unparteiliche AkteurIn von den EmpfängerInnen wahrgenommen zu werden. Beim Konzern G4S kommen immer wieder Menschenrechtsverletzungen in den von der Firma betreuten Gefängnissen in Israel oder Großbritannien ans Tageslicht oder auch Verstöße gegen die Genfer Konventionen im Rahmen anderer Aufträge. Dennoch hat G4S weltweit Hunderte Verträge mit humanitären Organisationen. So verkündete der UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) im Dezember 2015, seine Zusammenarbeit mit der G4S in Jordanien aufgrund von zahlreichen Protesten zu beenden.

Was das Unternehmen kurz darauf dazu veranlasste, klarzustellen, dass es zum einen in Jordanien selbst noch weitere Verträge mit dem UNHCR hat und auch in einer Vielzahl von anderen Orten für den UNHCR und andere UN-Organisationen tätig ist (Barnard 2015: o. S.). Das Image der privaten Sicherheitsfirmen ist vor allem in der Öffentlichkeit nicht sehr gut. Immer noch weckt die gesamte Branche Assoziationen zu SöldnerInnen und die aufgedeckten Fälle von Menschenrechtsverletzungen tun ihr Übriges. Wird eine solche Kooperation öffentlich, kann es dazu führen, dass SpenderInnen beziehungsweise GeldgeberInnen abspringen oder diese NGO aufgrund der Außenwirkung für folgende humanitäre Projekte nicht mehr berücksichtigt wird (Cockayne 2006: 14). Solche Kooperationen haben immer auch Auswirkungen auf den gesamten Sektor der humanitären Arbeit. Was bedeutet, dass – auch wenn nur einige wenige Hilfsorganisationen PMSCs engagieren würden – die Effekte dieser Zusammenarbeit sich auf die gesamte Branche auswirken. Hinsichtlich dieser Interdependenzen heißt es in einem Handbuch für NGOs:

„If a number of agencies operate in a district and the majority of them decide to adopt armed guards, this will increase the vulnerability of the remainder, who have now become a comparatively ›soft‹ target“ (Humanitarian Practice Network 2010: 17).

Diese Ungleichheiten betreffen nicht nur die Organisationen untereinander, sondern fördern auch die Erzeugung von Ungleichheiten in den Regionen, wo sie im Einsatz sind. So schreibt Peter Singer:

„[...] if the work of PMFs were limited only to protection of aid workers and facilities, external threats might be diverted to less well protected local poor and refugees. Humanitarian compounds could therefore become another symptom of the ‚secession of the successful‘ that now characterises the split between rich and poor“ (Singer 2004: 17).

Ein Phänomen, mit dem sich auch Mark Duffield ausführlich beschäftigt hat. Duffield macht unter anderem auf den Trend der „bunkerization“ (Duffield 2012: 477) aufmerksam, der sich in allen Krisenregionen, in welchen Hilfsorganisationen tätig sind, beobachten lässt. Die Gebäude der Organisationen werden militarisiert und gleichen einer Militärbasis. Geschützt durch Mauern, Stacheldraht und nicht zuletzt auch oft durch Wachpersonal. In seinem Artikel über die Architektur der UN-Gebäude im Südsudan macht Duffield darauf aufmerksam, wie sehr das Denken und der Arbeitsalltag von Hilfsorganisationen bereits vom Thema Sicherheit beherrscht wird (Duffield 2010). Gleichzeitig führt diese ausgrenzende und Ungleichheiten generierende Struktur dazu, dass sich aid workers immer weiter von der Gesellschaft, in der sie arbeiten, entfremden. „As part of the trend toward bunkerization, the mental and emotional distance between international aid workers and beneficiaries is growing“ (Duffield 2010: 484). Auch das Bild, welches dadurch erzeugt wird, ist für beide Seiten eigentlich verheerend. Selbst wenn es keine genauen Zahlen darüber gibt, gehen

doch einige AutorInnen davon aus, dass die Erhöhung von Sicherheitsmaßnahmen – sei es das Engagieren von Firmen oder das Aufrüsten der Compounds, was in der Regel in Zusammenarbeit mit externen AnbieterInnen geschieht – dazu führt, dass die Akzeptanz der Hilfsorganisationen vor Ort weiter sinkt und damit das Risiko steigt und auch die Attacken zunehmen (De Torrente 2004; Cockayne 2006: 14).

Duffield hat sich auch intensiv mit einem weiteren Trend auseinandergesetzt, der seit den 90er-Jahren ein fester Bestandteil der Ausbildung von aid workers geworden ist: field-security training. Das Ausmaß dieser Ausbildung hängt von der Organisation ab. Anfangen von Besprechungen über schriftliche Tests bis hin zu Übungen ist alles vertreten. Für die Durchführung solcher Tests und Übungen wird entweder auf das Militär, selbstständige BeraterInnen oder PMSCs zurückgegriffen. Einige von den großen Hilfsorganisationen haben mittlerweile eigene Sicherheitsabteilungen, die sich in der Regel ebenfalls, zumindest teilweise, aus Leuten zusammensetzen, die in der Sicherheitsbranche gearbeitet haben, und können diese field-security trainings auch selbst durchführen. Für Duffield sind diese Trainings ein exzellentes Beispiel für: „[...] the fabrication of anxiety as a tool of governance“ (Duffield 2012: 486). Die MitarbeiterInnen werden dahingehend geschult, ihre gesamte äußere Umwelt als eine Gefahrenzone wahrzunehmen und jede/n als potenziellen Feind zu betrachten.

„Field-security training transforms the external world into an endlessly shifting and unreadable threat environment that demands constant vigilance“ (Duffield 2012: 486).

Diese Maßnahmen führen also dazu, dass aid workers zunehmend in einer Parallelwelt agieren. Fern von der Realität, was ihr Level an Akzeptanz bei den EmpfängerInnen von Hilfe nicht wirklich steigert. Deutlich soll mit diesen Beispielen werden, dass die Zusammenarbeit mit einer Sicherheitsfirma, in welcher Form auch immer, kurzfristig positive Aspekte für humanitäre AkteurInnen mit sich bringen kann, die längerfristigen Folgen sind aber kaum abzuschätzen.

Die Punkte zeigen, dass Hilfsorganisationen großen Herausforderungen gegenüberstehen, deren Ausmaß noch gar nicht wirklich bekannt ist. Klar ist aber, dass zum einen ihre MitarbeiterInnen und somit auch die von ihnen durchgeführten Projekte Gefahren ausgesetzt sind und gleichzeitig die von ihnen propagierten humanitären Prinzipien, die in der Form, wie sie heute umgesetzt werden, nicht alleine als Schutz dienen können. Wobei hier wieder das Problem der Wechselseitigkeit deutlich wird, wenn durch die gesetzten Sicherheitsstrategien die humanitären Prinzipien wiederum quasi ausgehöhlt werden und somit erst recht keinen Schutz vor Übergriffen bieten können, was eigentlich eine der Ideen der humanitären Prinzipien ist.

4 Hilfsorganisationen in „complex emergencies“

Dass Hilfsorganisationen in Krisenregionen arbeiten, ergibt sich aus der Sache selbst. Mit der Zielsetzung, menschliches Leid zu lindern, wo immer es auch auftreten mag, ist von Haus aus klar, dass in äußerst schwierigem und mitunter auch gewalttätigem Umfeld gearbeitet werden muss. Somit waren alle Organisationen von Beginn an mit der Tatsache konfrontiert, in Kriegs- und Katastrophenregionen Hilfe leisten zu müssen. Daher wurde dem Thema der Sicherheit für die Organisationen selbst und ihrer MitarbeiterInnen immer schon Raum gegeben. Gleichzeitig lässt sich hier aber eine massive Veränderung, dieses Thema betreffend, feststellen.

In der Periode des Kalten Kriegs, von 1945 bis 1990, erwarteten und erhielten die Hilfsorganisationen in der Regel Schutz von der Regierung des jeweiligen Landes, in dem sie arbeiteten, oder sie standen unter dem Schutz von Rebellenbewegungen oder anderen bewaffneten Gruppierungen (Baitenmann 1990). Die Vorstellung zu Beginn der 90er-Jahre, dass die Welt mit dem Ende des Ost-West-Konflikts eine friedlichere, stabilere wird, hat sich schnell als Illusion herausgestellt. Die Konflikte und kriegesischen Auseinandersetzungen haben keineswegs abgenommen. Im Gegenteil, sie sind weitaus komplexer geworden und haben für alle beteiligten AkteurInnen neue Rahmenbedingungen geschaffen.

Heute ist ein Schutz für die Arbeit von Hilfsorganisationen durch die jeweiligen Regierungen oder andere Gruppierungen, wie ihn zum Beispiel auch die Vereinten Nationen einräumen, eher die Ausnahme. Die Regierungen in den Einsatzgebieten sind entweder nicht fähig oder aber nicht gewillt, den nötigen Schutz zu bieten (United Nations 2001). Somit stehen die humanitären AkteurInnen vor neuen Herausforderungen. Als Grund für diese neuen Rahmenbedingungen wird in der Wissenschaft häufig die Theorie der „Neuen Kriege“ angeführt. Diese Theorie basiert unter anderem auf der Annahme, dass es nach dem Kalten Krieg in den Ländern des globalen Südens zu Staatszerfallsprozessen kam, wodurch in einigen Staaten nur von schwacher oder gar nicht vorhandener Staatlichkeit auszugehen ist (Ruloff und Schubiger 2007: 15). Dies wird auch als Grund dafür gesehen, dass es zu einer Asymmetrisierung von Kriegen gekommen ist, was bedeutet, dass die Konfliktparteien höchst asymmetrisch geworden sind. Es stehen sich also zum Beispiel eine Regierungsarmee und verschiedene kleine bewaffnete Organisationen gegenüber.

Dieser hier sehr kurz angeführten, in der Wissenschaft weitverbreiteten Theorie soll in dieser Arbeit nicht gefolgt werden. Um die Gründe für die Entwicklungen nach dem Ende der Blockkonfrontation zu verstehen, soll hier mit Klaus Schlichte argumentiert werden, der darauf verweist, dass erst mit

dem Ende des Kalten Krieges deutlich und wahrnehmbar geworden ist, dass sich in vielen Ländern keine wirkliche Staatlichkeit im Sinne des westlichen Gedankenguts herausbilden konnte.

„Nicht der Zerfall staatlicher Strukturen, sondern vor allem die unvollständige Verstaatlichung der Gesellschaften in Afrika, Asien und Lateinamerika bildet den Handlungsrahmen der politischen Gewalt in diesen Kontexten [...]. Der historische Längsschnitt zeigt für viele Regionen [...] lange Kontinuitäten der Konfrontation von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. Der Krieg der Irregulären gegen staatliche Akteure in Uniform ist so alt wie die Versuche, zentralstaatliche Herrschaft zu errichten“ (Schlichte 2006: 115).

Im Folgenden soll zuerst ein Schritt zurück gemacht und der Begriff „complex emergencies“ erläutert werden, um sich im Anschluss wieder näher dem Thema der Sicherheit von Hilfsorganisationen in den Einsatzgebieten zu widmen.

4.1 Was sind complex emergencies?

Bis Anfang der 1980er-Jahre haben die meisten internationalen Hilfsorganisationen, mit Ausnahme vom ICRC, nur im Rahmen von Naturkatastrophen humanitäre Arbeit geleistet. So zeigt auch François Jean, dass bis zu diesem Zeitpunkt das ICRC eigentlich die einzige Organisation war, die auch in Krisengebieten direkt vor Ort war (Jean 1999: 442). Somit ist die Thematik über die complex emergencies in der Auseinandersetzung mit humanitärer Arbeit eine neuere.

Was ist also unter complex emergencies zu verstehen? Lieser und Dijkzeul bieten folgende Definition:

„Mit dem Begriff werden vielschichtige humanitäre Krisen bezeichnet, die durch einen internen oder externen Konflikt verursacht sind und auf ein Zusammenspiel von ökonomischen, politischen und ökologischen Ursachen zurückzuführen sind. Sie haben Hunger, Gewalt und Vertreibung zur Folge und fordern eine hohe Zahl ziviler Opfer [...]. Die Notlagen sind weder durch einen klaren Anfang noch durch einen Schlusspunkt gekennzeichnet“ (Lieser und Dijkzeul 2013: 442f).

Sie zeichnen sich also in erster Linie durch das gleichzeitige Zusammenkommen mehrerer Faktoren aus, die sowohl die Betroffenen als auch die humanitären Organisationen vor eine ganze Reihe verschiedenster Probleme stellen. Typisch für solche Krisen ist, dass sie in Regionen ausgelöst werden, wo ohnehin nur eine schwache Staatlichkeit vorhanden ist, die höchstens einen Teil ihres Territoriums effektiv kontrolliert. Mit diesem Fehlen einer zuständigen Autorität tut sich eine große Sicherheitslücke auf, die in der Regel die Krisen wiederum verstärkt.

Auch wenn eine genaue Zurechnung, was jetzt eine complex emergency ist oder nicht, umstritten ist, gibt es zumindest einige AutorInnen, die sich auf Zahlen festlegen, die aber in jedem Fall deutlich machen, dass die Zahl solcher Krisen mit dem Ende des Kalten Krieges nach oben geschossen ist. So werden für den Zeitraum von 1978 bis 1985 fünf solcher complex emergencies gerechnet, für den Zeitraum der folgenden zehn Jahre, also bis 1995, bereits 26 (Lindenberg 1999 : 212). Eine zweite Zäsur nach dem Ende des Kalten Krieges folgte für diese Entwicklungen mit 9/11 nur ein Jahrzehnt später. Der von den Vereinigten Staaten von Amerika ausgerufene „Krieg gegen den Terror“ mit all seinen Folgen führte wiederum zu einem Anstieg der complex emergencies. An diesem Punkt ist es noch wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Krisen – wie oben erwähnt – sich dadurch definieren, dass sie weder einen bestimmten Anfang noch deutlichen Schlusspunkt haben. Das heißt, dass der Begriff „emergency“ nicht falsch verstanden werden darf. Es handelt sich zwar um Notfälle beziehungsweise Notlagen, aber diese sind nicht nur unmittelbar, sondern können sich auch über Jahrzehnte hinweg ziehen. So konnte aufgrund der politischen und ökonomischen Situation beim Erdbeben in Haiti 2010 von einer „complex emergency“ gesprochen werden, aber auch die humanitäre Arbeit in Ländern wie Afghanistan im letzten Jahrzehnt wird als complex emergency eingestuft.

4.2 Risikojob „aid worker“⁴ – Ist die Welt gefährlicher geworden?

Es ist dies sicherlich eine der entscheidenden Fragen. Das macht es aber nicht einfacher, eine deutliche Antwort auf diese Frage zu finden. Die vorhandenen empirischen Beweise können letztlich keine befriedigende Auskunft geben, ob humanitäre Arbeit wirklich gefährlicher geworden ist (Collinson und Elhawary 2012). Gleichzeitig scheint aber ein allgemeiner Konsens zu herrschen, dass die Hilfsorganisationen mit echten Sicherheitsproblemen konfrontiert sind und humanitäre Arbeit im Allgemeinen gefährlicher geworden ist (Brugger 2009: 431). Ein Blick auf die vorhandenen empirischen Zahlen bestätigt diese Annahme.

Seit 1997 gibt es verlässliche Aufzeichnungen über die gewalttätigen Vorfälle und Angriffe auf MitarbeiterInnen von humanitären Organisationen. Und hier ist ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten. So zeigt sich, dass sich die Zahl der Opfer allein im Zeitraum zwischen 2003 (143 Opfer) und 2013 (460 Opfer) mehr als verdreifacht hat (Aid Worker Security Report 2014). Im

⁴ „aid workers“ werden von Humanitarian Outcomes (2013) wie folgt definiert: „the employees and associated personnel of not-for-profit aid agencies (both national and international) that provide material and technical assistance in humanitarian relief contexts. This includes both emergency relief and multi-mandated (relief and development) organizations: NGOs, the international Movement of Red Cross/Red Crescent, donor agencies and the UN agencies belonging to the Inter-Agency Standing Committee on Humanitarian Affairs (FAO, OCHA, UNDP, UNFPA, UNHCR, UNICEF, UN-Habitat, WFP and WHO) plus IOM and UNRWA“. Für diese Arbeit gilt diese Definition, wenn von humanitären ArbeiterInnen beziehungsweise aid workers gesprochen wird.

folgenden Jahr 2014 (329 Opfer) sind die Zahlen zwar rückgängig, dies lässt sich aber vor allem darauf zurückführen, dass es im Jahr 2013 außerordentlich viele Übergriffe gegeben hat. Alles in allem lässt sich ein deutlicher Anstieg in den letzten Jahren beobachten und die Zahlen tendieren nach oben.

Das Problem mit diesen Statistiken ist aber, dass sie einige entscheidende Faktoren außer Acht lassen. So hat die Zahl von NGOs und ihrer finanziellen Mittel seit den 90er-Jahren drastisch zugenommen (Debiel und Sticht 2007: 166f). Und damit auch die absolute Zahl der MitarbeiterInnen von humanitären Organisationen. Alleine beim ICRC hat sich die Zahl der MitarbeiterInnen, die direkt im Einsatzgebiet arbeiten, im Zeitraum zwischen 1994 und 2004 fast verdoppelt (Bruderlein und Gassmann 2006: 69). Die genaue Anzahl von aid workern weltweit ist unbekannt, bekannt ist aber, dass sich das weltweite Budget in den letzten zwei Jahrzehnten mindestens verdreifacht hat (Macrae 2002: 11). Daher ist davon auszugehen, dass die Anzahl der aid worker in einem ähnlichen Maß gestiegen ist. Dadurch relativieren sich die vorhandenen Zahlen ein bisschen.

Schließlich ist damit auch die Zahl von potenziellen Opfern in den letzten 30 Jahren erheblich gestiegen. Somit lässt sich die Frage, ob die Arbeit für humanitäre Organisationen in den letzten Jahrzehnten gefährlicher geworden ist, nicht wirklich beantworten.

Aber die Statistiken zeigen deutlich, dass die Zahl der Übergriffe auf MitarbeiterInnen humanitärer Organisationen zunimmt. Die Gründe für das Wachsen der Gewalt sind vielschichtig und komplex. Zum einen finden sie sich in der weltweiten Sicherheitslage im Allgemeinen und zum anderen in der Arbeit der Hilfsorganisationen selbst. Ein Grund zum Beispiel für das weltweit gestiegene Gefahrenpotenzial seit dem Ende des Kalten Krieges ist die im Zuge der Abrüstung stattgefundene Auflösung und der Verkauf von osteuropäischen Waffenlagern, was zu einer nie dagewesenen Verbreitung von Handfeuerwaffen geführt hat (Vaux 2001: 12). Gleichzeitig hat sich auch der Arbeitsplatz der aid worker gewandelt. So argumentieren Von Pilar und Prangenberg:

„Zum einen sind die Konflikte unübersichtlicher geworden, reguläre Streitkräfte, Milizen, Rebellengruppen und Banditen sind oft kaum noch voneinander zu unterscheiden. Zum anderen richten sie sich oft direkt gegen die Zivilbevölkerung, weshalb heute die humanitären Organisationen oft mitten in den Konfliktgebieten arbeiten müssen, wenn sie die betroffene Bevölkerung erreichen wollen. Das war früher nicht in diesem Maße der Fall“ (Von Pilar und Prangenberg 2001: 112).

Dies sind aber nur die sehr offensichtlichen Gründe für diese Entwicklungen. Das wirkliche Problem liegt um einiges tiefer, auf den ersten Blick nicht sichtbar. Was letztlich diese

Entwicklungen massiv gefördert hat, wird später in dieser Arbeit sichtbar, wenn es um die bereits angesprochene Instrumentalisierung von Hilfe gehen wird.

Nichtsdestotrotz haben diese Veränderungen, seien sie jetzt nur ein subjektives Gefühl der Organisationen selbst oder eine wirklich gesteigerte Bedrohungslage, dazu geführt, dass das Thema der eigenen Sicherheit immer weiter in den Fokus gerückt ist. Aber wie schützen humanitäre AkteurInnen sich und ihre Infrastruktur und Güter vor Ort in den Krisengebieten? Um diese Frage zu klären, soll als Nächstes ein Blick auf die klassische Sicherheitsstrategie von humanitären Organisationen geworfen werden, die auch bekannt ist als das „Security Triangle“.

4.3 Das Security Triangle

Grundsätzlich werden die Sicherheitsstrategien von Hilfsorganisationen mit dem sogenannten Sicherheitsdreieck beschrieben (Van Brabant 1998). Das Dreieck setzt sich aus folgenden drei Strategien zusammen: Akzeptanz, Schutz und Abschreckung.

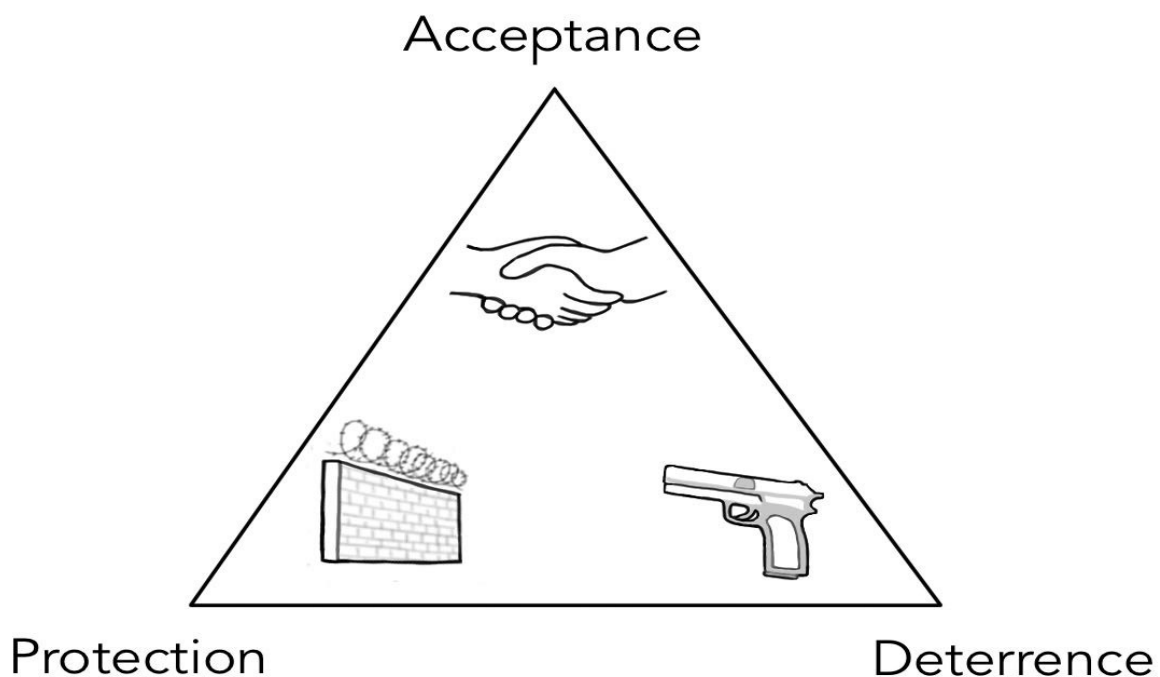


Abbildung 1. Erstellt von: M. Haas

In erster Linie wird immer versucht, nur mit Akzeptanz zu arbeiten. Hier versuchen die Organisationen, durch die Akzeptanz in der Zivilbevölkerung sowie bei den Konfliktparteien, die Sicherheit ihrer MitarbeiterInnen zu gewährleisten. Somit basiert das Modell der Akzeptanz nicht zuletzt auf den humanitären Prinzipien. Durch die Prinzipien Menschlichkeit, Unabhängigkeit, Neutralität und Unparteilichkeit soll die Akzeptanz bei allen AkteurInnen erreicht werden. Zusätzlich zu dem auf Akzeptanz basierten Ansatz werden auch Strategien benutzt, die aktiv den Schutz der MitarbeiterInnen erhöhen sollen. So etwas können beispielsweise kugelsichere Westen, gepanzerte Fahrzeuge oder durch Mauern geschützte Compounds sein. Aber auch konkrete Sicherheitstrainings fallen in diese Kategorie. Als dritte Strategie wird auf Abschreckung zurückgegriffen. Das bedeutet zum einen, die Compounds sehr stark zu sichern, also mit Mauern, Natodraht und Sonstigem, damit AngreiferInnen bereits im Vorhinein abgeschreckt werden, oder zum anderen den Rückgriff auf Sicherheitspersonal, welches die humanitären ArbeiterInnen schützen soll. Wie stark auf welche Sicherheitsstrategie zurückgegriffen wird, hängt natürlich immer von der Organisation selbst ab. Grundsätzlich lässt sich aber sagen, dass alle Organisationen, die sich den humanitären Prinzipien verschrieben haben, dem akzeptanzbasierten Ansatz die größte Aufmerksamkeit widmen. Die oben beschriebenen Entwicklungen haben aber dazu geführt, dass Schutz und Abschreckung in den Sicherheitsstrategien der Organisationen eine immer größere Rolle spielen. Dies führte wiederum dazu, dass neue AkteurInnen das Feld der humanitären Arbeit betreten haben.

5 Private Sicherheitsfirmen im humanitären Kontext

Die Auslagerung von Sicherheit von staatlicher Seite in die Hände von privaten AkteurInnen ist seit den 1990er-Jahren ein weltweiter Trend, der sich nahezu überall beobachten lässt: sei es Personen- oder Objektschutz, die Übernahme von polizeilichen oder militärischen Aufgaben bis hin zu geheimdienstlichen Tätigkeiten. Für all diese Aufgaben finden sich Unternehmen oder Konzerne, die sich engagieren lassen. Sogenannte „private military and security companies“ (PMSCs) sind heute überall auf der Welt tätig und decken das gesamte Spektrum sicherheitsrelevanter Aufgaben ab. Mit den SöldnerInnen von einst haben diese Unternehmen nicht mehr viel gemein. Heute sind es große Firmen, die streng nach marktwirtschaftlichen Kriterien handeln und sich auf den ersten Blick nicht groß von anderen Unternehmen unterscheiden.

Zunächst soll ein historischer Einblick in die Entstehung und Entwicklung dieser Firmen gegeben werden, um dann der Frage nachzugehen, wie und warum sich diese Firmen, insbesondere nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, so stark etablieren konnten und ein fester Bestandteil in allen Teilen der Welt geworden sind. Schließlich soll anhand bereits veröffentlichter Studien und anderer wissenschaftlicher Arbeiten gezeigt werden, inwieweit diese Unternehmen bereits in den Sektor der humanitären Arbeit vorgestoßen sind, und der Frage nachgegangen werden, ob sie nicht bereits ein fester Bestandteil des gesamten humanitären Sektors sind. Abschließend folgt noch ein Exkurs zur rechtlichen Situation, um zu verdeutlichen, mit welchem Mandat und unter welchen Richtlinien diese Firmen agieren.

5.1 Von SöldnerInnen zu ManagerInnen?

Der Blick in die Geschichte des privaten Sicherheits- und Militärssektors zeigt deutlich, dass es sich bei diesem Phänomen keineswegs um ein neues handelt. Die Arbeit von privatwirtschaftlichen AkteurInnen in Konflikten oder zur Sicherung von Eigentum hat es wohl schon immer gegeben. Zwar nicht in solch strukturierter und organisierter Weise, wie das heute der Fall ist, aber sicherlich in Ansätzen.

So reichen die ersten Aufzeichnungen über die Mitwirkung von SöldnerInnen in Kriegen bis 1294 v. Chr. zurück (Lanning 2005: 3). Auch für den Zeitraum danach bis in die Gegenwart finden sich ausreichend Beweise und Quellen für den Einsatz von privatwirtschaftlich organisierten AkteurInnen in kriegerischen Auseinandersetzungen (Kramer 2007: 23ff). Im globalen Norden verloren SöldnerInnen mit der Herausbildung und Etablierung von Nationalstaaten gegen Ende des

19. Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, im Zuge der Dekolonisation Afrikas, wurde wieder vermehrt auf Söldnerinnen zurückgegriffen. Die ersten richtigen Unternehmen, die sich auf dieses Geschäft spezialisiert haben und sich von den bis dato meistens nur lose organisierten Söldnerverbänden abgrenzen wollten, entstanden Ende der 1980er-Jahre in Großbritannien, den Vereinigten Staaten und in Südafrika (Agardi 2012: 33).

Die Wurzeln des klassischen Sicherheitsgewerbes, also das Schützen von Personen und Eigentum gegen Bezahlung, reichen wohl ähnlich weit zurück. Der Ursprung eines moderneren Verständnisses dieser wirtschaftlichen Aktivität wird im 13. Jahrhundert in England verortet. Dort wurde durch einen königlichen Erlass das sogenannte „watch and ward“-Prinzip eingeführt, welches alle Männer einer Kommune dazu verpflichtete, bei der nächtlichen Bewachung der Kommune zu helfen und die königlichen Ordnungskräfte zu unterstützen (Huber 2005: 179f). Da das Ziel, die Eindämmung der Kriminalität, auf diese Weise nicht erreicht werden konnte, entschlossen sich zahlreiche Privatleute dazu, sich zusammenzutun und mit eigenen Mitteln private Sicherheitsleute zu engagieren, die für den Schutz der Geschäfte und Wohnhäuser eingesetzt wurden. Diese Entwicklungen gelten als Geburtsstunde der privaten Sicherheitsfirmen (Huber 2005: 180f). Wirklich etablieren konnte sich dieser Wirtschaftszweig erst Jahrhunderte später. Die von Allan Pinkerton 1850 in den Vereinigten Staaten von Amerika gegründete Detektei „Pinkerton's National Detective Agency“ ist als Unternehmen eines der Vorbilder für heutige private Sicherheitsfirmen.

Das sind, historisch weit zurückgeblickt, die Anfänge dieser Unternehmungen. Der wirkliche Startschuss und entscheidende Wendepunkt für die gesamte Sicherheitsbranche war das Ende des Ost-West-Konflikts Ende der 80er-Jahre. So haben zwar einige Unternehmen eine deutlich längere Geschichte, die der meisten beginnt aber Anfang der 1990er-Jahre. Und erst mit dem einsetzenden Boom nach dem Kalten Krieg wurden diese Firmen wirklich schwergewichtige der globalen Marktwirtschaft. Was waren die Gründe für diese Entwicklungen? Mehrere parallel stattfindende Veränderungen bereiteten den Boden für diese Unternehmen. Als erster Punkt ist die wegfallende Stabilisierung bestimmter Länder durch die von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion geschaffene bipolare Weltordnung anzuführen. Die dadurch ausgebrochenen Konflikte und Offenbarung der oftmals nicht vorhandenen Staatlichkeit in einigen Regionen eröffneten grundsätzlich einen davor in dieser Form nicht dagewesenen Markt. So setzte eine starke Nachfrage dieser sogenannten schwachen Staaten nach privaten Sicherheitskräften ein (Agardi 2012: 33). Verstärkt wurden diese Entwicklungen durch den in erster Linie im globalen Norden stattfindenden Wandel des Sicherheitsbegriffs im Allgemeinen und der Restrukturierung der Streitkräfte weltweit.

So kam es nach 1990 zu einer erheblichen Reduzierung der Truppenstärke der nationalen Armeen (Kümmel 2004: 18). Was wiederum, wie Peter Singer argumentiert, zu „[...] an oversupply of dislocated military skilled labor“ geführt hat (Singer 2003: 53). Es gab also ein nicht enden wollendes Reservoir an gut ausgebildeten, arbeitslosen SoldatInnen. Der Sicherheitsbegriff in den Ländern des globalen Nordens änderte sich dahingehend, dass von erweiterter Sicherheit gesprochen wurde. Der erweiterte Sicherheitsbegriff definiert Sicherheit nicht nur militärisch, sondern auch in ökologischen, gesellschaftlichen oder auch kulturellen Kategorien. Damit einhergehend fiel die Trennung zwischen äußerer und innerer Sicherheit, was zu einem global operierenden Sicherheitsbegriff führte, der von neuen Risiken und Bedrohungen wie Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionalen und innerstaatlichen Konflikten, dem Scheitern von Staaten und organisierter Kriminalität geprägt ist (Solana 2003). Grundgedanke hinter diesem Sicherheitsbegriff ist die Annahme, dass in einer globalisierten Welt Probleme nicht nur Auswirkungen auf ihre unmittelbare Umgebung haben, sondern weltweit ein Sicherheitsrisiko darstellen. So war der Zeitraum ab 1989 vor allem durch den Einsatz internationaler Organisationen der Staatengemeinschaft geprägt, die Deeskalation, Staatsaufbau und nicht selten auch Friedenserzwingung zum Ziel hatten (Agardi 2012: 30). Da für diese Einsätze aber oft nicht genügend Personal vorhanden war, erhöhte sich auch die Nachfrage nach privaten AnbieterInnen (ebd.).

Ein weiterer entscheidender Punkt waren die Privatisierungsprozesse, die ihren Ursprung Ende der 1970er-Jahre in Großbritannien unter der Regierung Margaret Thatchers haben. Dieser Trend markierte insofern einen Wendepunkt, als dass alles, was staatlich organisiert ist, als ineffizient beziehungsweise teuer betrachtet wird, ganz im Gegensatz zu marktwirtschaftlichen Unternehmen. So wurden im Zuge dessen diverse staatliche Aufgabenbereiche privatisiert. Und so war auch der Komplex der Sicherheit und das Militär von diesem, wie Stefan Mair es ausdrückt, „[...] Siegeszug des neoliberalen Ordnungsmodells“ betroffen (Mair 2008: 278). Die Gründung von PMSCs war somit die logische Konsequenz einer Politik, die – zumindest was das Militär betrifft – bereits nach 1945 eingesetzt hat, wo begonnen wurde, Rüstungskonzerne und Wartungsaufgaben im militärischen Bereich zu privatisieren (Perlo-Freeman und Sköns 2008: S. 2ff).

Heute gibt es eine Vielzahl von verschiedensten Unternehmen. Angeboten wird eine breite Palette verschiedenster Dienstleistungen, angefangen beim bewaffneten oder unbewaffneten Gebäude- oder Personenschutz über Sicherheitstraining, Risiko-Beratung, Überwachung, Evakuierungen, Konvoi-Schutz, jegliche logistische Unterstützung und Bereitstellung von militärischem Gerät bis hin zu geheimdienstlichen Tätigkeiten. Der Sektor ist sehr breit gefächert und inkludiert verschiedenste Typen von Unternehmen: von weltweit agierenden Großkonzernen mit Hauptsitz in den Vereinigten

Staaten oder Großbritannien bis hin zu sehr kleinen Firmen mit Sitz in Krisenregionen, welche nur in bestimmten Gebieten operieren und sich auf einzelne Dienstleistungen spezialisiert haben. Ihre MitarbeiterInnen sind meistens ehemalige Militärs oder Polizisten, die sich der weitaus lukrativeren Privatwirtschaft zugewendet haben. Oft werden Aufträge aber auch an Subunternehmen weitergegeben, deren MitarbeiterInnen nur eine kurze Ausbildung durchlaufen müssen und keine einschlägige militärische Vorerfahrung vorweisen.

Es gibt keine verlässlichen Zahlen für die Wirtschaftsleistung des gesamten Sektors, deutlich feststellen lässt sich aber, dass der Markt für private Sicherheitsdienstleistungen stetig wächst und zu den größten weltweit gehört. So ist das Sicherheitsunternehmen G4S mit seinen 650.000 MitarbeiterInnen die personell zweitgrößte Firma der Welt. So vielseitig wie ihre Aktivitäten sind auch ihre KlientInnen. Die Unternehmen arbeiten für Regierungen, multinationale Konzerne, internationale Organisationen und auch für NGOs. Über einen langen Zeitraum ist es den privaten Sicherheitsdienstleistern gelungen, weitgehend unter der Wahrnehmungsschwelle der Öffentlichkeit international zu agieren. Erst im Zuge des Irak-Krieges rückte der gesamte Sektor, insbesondere aufgrund des gewalttätigen Auftretens und einer Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen einiger Unternehmen, ins Licht der Öffentlichkeit.

5.2 PSC, PMC oder PMSCs?

Deutlich wurde, dass sich die Geschichte von PMSCs aus zwei doch unterschiedlichen Branchen zusammensetzt. Dies und das gleichzeitige Zusammenwirken und die Verknüpfung dieser Wurzeln sind bis heute ein wichtiger Diskussionspunkt und sorgen immer wieder für Verständnisschwierigkeiten.

PMSCs wird in der Regel als Überbegriff verwendet, um diese Firmen zu bezeichnen. Für Diskussionsstoff sorgt immer wieder die Frage, ob diese beiden Arten von Unternehmen nicht strikter unterschieden werden müssten. Also, dass man auf der einen Seite von private security companies (PSC) spricht und sonst von private military companies (PMC). Als entscheidender Unterschied wird angeführt, dass das Personal von privaten Sicherheitsfirmen, im Unterschied zu privaten Militärfirmen, wie folgt definiert wird:

„[...] are armed in defense of their asset (an installation, an individual [...]), the security and military skills are technical in nature and not, unlike an Operational Support PMC's, aimed at shifting the strategic landscape in which they operate beyond the immediate situations at hand“ (O'Brien 2007: 38).

Diese Unterscheidung ist insofern wichtig, als sie klarstellt, dass private Sicherheitsfirmen nicht offensiv agieren, sondern nur defensiv aufgestellt sind. Diese Unterscheidung verschwimmt wiederum dadurch, dass größere Unternehmen, die sich als private Militärdienstleister verstehen, auch Abteilungen unterhalten, die die Aufgaben von privaten Sicherheitsfirmen übernehmen (Barnes 2016: 53). So argumentiert Barnes auch: „By their nature, PSCs are PMCs; they are PMCs of a certain sort, providing a more limited range of services [...]“ (ebd.: 52f).

Das deutet schon an, wie schwer eine Unterscheidung letztendlich ist. Hinzu kommt, dass sich auch in ihrer Tätigkeit selbst die Grenzen schnell auflösen. Auch wenn private Sicherheitsfirmen nicht konkret an Kampfeinsätzen teilnehmen, so brauchen sie für die Selbstverteidigung doch dieselben Fähigkeiten wie Kampftruppen. Und der Übergang von Selbstverteidigung in eine offensive Aktion kann fließend sein. Auch ein Blick auf das Personal macht die Problematik deutlich. Von PMCs wie auch von PSCs werden unter anderem ehemalige SoldatInnen und SöldnerInnen rekrutiert (O'Brien 2007: 39). An einem exemplarischen Beispiel sollen das Problem und die Verbindungen innerhalb der Branche verdeutlicht werden. Als eines der prominentesten Unternehmen im Sektor der PMCs gilt die bis ins Jahr 1999 agierende Firma Executive Outcomes: gegründet 1989 in Pretoria von Eeben Barlow, einem ehemaligen südafrikanischen ElitesoldatInnen, der auch einen Großteil seines Personals aus dem berüchtigten 32. Bataillon der südafrikanischen Armee rekrutierte, das in den 70er- und 80er-Jahren bekannt für seine äußerste Brutalität und Menschenrechtsverletzungen war (Singer 2003: 102). Berühmtheit erlangte das Unternehmen durch seine Verbindungen mit der Branch-Heritage Group, einem Firmenkonglomerat, das mehrere Ölförderungs- und Bergbaufirmen inkludiert. Der erste große Auftrag waren die Bekämpfung der UNITA (União Nacional para a Independência Total de Angola)-Rebellen 1993 in Angola und die Rückeroberung der besetzten Ölfelder, im Gegenzug erhielten sie Abbaukonzessionen für Öl und Diamanten, die wiederum von der Branch-Heritage Group wahrgenommen wurden (ebd.: 105ff). Später operierte das Unternehmen auch über zwei Jahre in Sierra Leone und kämpfte dort im Auftrag von Präsident Ahmad Tejan Kabbah gegen die Revolutionary United Front. Aufgrund von neuen Söldnergesetzen in Südafrika musste sich die Firma Anfang 1999 offiziell auflösen (ebd.: 117).

Bereits vor der Auflösung gründeten sich diverse weitere Firmen, die stets eng mit Executive Outcomes verbunden waren. So zum Beispiel 1996 die Firma Sandline International, gegründet von Timothy Spicer, einem ehemaligen britischen Soldaten, und Simon Mann, ebenfalls vormals britischer Soldat und Anfang der 90er-Jahre für Executive Outcomes tätig. Sandline International wurde 1997 international bekannt, als sie für die Niederschlagung eines Aufstandes von der Regierung in Papua-Neuguinea engagiert wurden. Der Auftrag wurde nie ausgeführt, weil nach

einem Regierungsumsturz in Papua-Neuguinea alle MitarbeiterInnen – inklusive Firmengründer Timothy Spicer – festgenommen wurden. Im selben Jahr wurde Sandline International von dem nach dem Abzug von Executive Outcomes aus Sierra Leone gestürzten Präsidenten Kabbah wiederum engagiert, um ihn zurück an die Macht zu bringen (ebd.: 115). Im Zuge dessen verstießen sie mit illegalen Waffentransporten gegen das von der UN verhängte Waffenembargo und gerieten zunehmend in öffentliche Kritik (Agardi 2012: 42). Erholen konnte sich die Firma von diesen Skandalen nie, sie stellte Anfang der 2000er-Jahren ihren Betrieb ein. Der Mitbegründer Simon Mann wurde 2004 aufgrund des Verdachts, einen Putsch in Äquatorialguinea zu planen, in Zimbabwe festgenommen und verurteilt (Human Rights Watch 2009: 78f). Timothy Spicer gründete 2002 das Unternehmen Aegis Defence Services und leitete es bis ins Jahr 2010. Aegis Defence Services, mittlerweile Teil der GardaWorld Corporation, ist ein weltweit anerkanntes Sicherheitsunternehmen, welches unter anderem kurz nach seiner Gründung eine Foundation ins Leben rief, die Projekte gegen Armut und für Bildung in Konflikt- und Post-Konflikt-Regionen betreibt.⁵

Dieses Beispiel veranschaulicht die enge Verknüpfung der Branche zu den Söldneraktivitäten unter anderem in Afrika und zeigt, dass die Grenzen zwischen einer privaten Sicherheitsfirma und einer privaten Militärfirma durchaus fließend verlaufen können. Somit soll gerechtfertigt werden, dass in dieser Arbeit von PMSCs gesprochen wird und auf eine genauere Unterteilung, wie sie zum Beispiel Peter Singer (2003) vornimmt, verzichtet wird. PMSCs werden des Weiteren wie folgt definiert:

„PMSCs’ are private business entities that provide military and/or security services, irrespective of how they describe themselves. Military and security services include, in particular, armed guarding and protection of persons and objects, such as convoys, buildings and other places; maintenance and operation of weapons systems; prisoner detention; and advice to or training of local forces and security personnel. b) ‚Personnel of a PMSC’ are persons employed by, through direct hire or under a contract with, a PMSC, including its employees and managers“ (ICRC 2009: 9f).

5.3 Gefährliche Partnerschaft? – PMSCs und Hilfsorganisationen

Eine Kooperation zwischen PMSCs und humanitären Organisationen erscheint auf den ersten Blick fragwürdig. Auf der einen Seite stehen profitorientierte Unternehmen, die in erster Linie mit Gewalttätigkeiten Gewinne lukrieren und von Haus aus ein Interesse daran haben, dass nach dem Gut Sicherheit eine Nachfrage besteht. Auf der anderen Seite internationale Organisationen, NGOs

⁵ <http://www.aegisworld.com/foundation/projects/>

und staatliche Hilfsorganisationen, die sich das Prinzip der Humanität auf die Fahne geschrieben haben.

Das Eindringen von privaten Sicherheits- und Militärfirmen in den sogenannten „humanitarian space“ lässt sich auf die oben bereits ausgeführten politischen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten drei Jahrzehnte zurückführen. Der Begriff „humanitarian space“ wird definiert als „[...] an environment where humanitarians can work without hindrance and follow the humanitarian principles of neutrality, impartiality and humanity“ (Spearin 2001: 22). Raum bedeutet hier aber mehr als ein bloßer physischer Raum⁶, in dem humanitäre Arbeit geleistet wird. Dieser Raum, der gewissermaßen symbolisch zu verstehen ist, definiert sich durch seine physische und soziale Dimension, innerhalb derer ein Zusammenspiel zwischen den verschiedenen AkteurInnen – SpenderInnen, internationalen Hilfsorganisationen, NGOs, HilfsempfängerInnen, Staaten, Militärs, Firmen etc. – geschaffen wird. Als physische Dimension versteht sich der „humanitarian space“ als ein geschützter Raum, innerhalb dessen humanitäre Hilfe, im besten Fall ohne sich selbst Gefahren auszusetzen, geleistet und empfangen werden kann. Die soziale Dimension ist aber die entscheidende. Die verschiedenen AkteurInnen, welche auch alle mit verschiedenen Motivationen und Interessen in diesen Raum eintreten, verhandeln darin letztendlich „[...] the outcomes of aid“ (Hilhorst und Jansen 2010: 1120).

Dass PMSCs mittlerweile zu den AkteurInnen innerhalb dieses „Raumes“ gehören, lässt sich anhand bereits veröffentlichter wissenschaftlicher Studien und der Arbeit einer Vielzahl von AutorInnen gut belegen. Eine bereits 2008 veröffentlichte Studie der Humanitarian Policy Group, eine der umfassendsten Studien zu diesem Thema, kam zu dem Schluss, dass sich allein im Zeitraum zwischen 2003 und 2008 die Anzahl der Verträge zwischen humanitären Organisationen und AnbieterInnen privater Sicherheitsdienstleistungen signifikant erhöht hat (Stoddard/Harmer/DiDomenico 2008: 8). Von den befragten Hilfsorganisationen – darunter die großen UN-Organisationen wie UNHCR, UNDP (United Nations Development Programme) und UNICEF (United Nations Children's Fund), das ICRC, MSF, CARE (Cooperative for Assistance and Relief Everywhere) International, World Vision International, Save the Children Alliance und eine Reihe kleinerer NGOs – gaben 60 Prozent an, dass sich ihre Zusammenarbeit mit PMSCs erhöht hat (ebd.: 8f). Die Daten wurden anonym erhoben, weshalb eine genaue Zuordnung nicht möglich ist. Und das sind schon die genauesten Daten, die herangezogen werden können. Hier zeigt sich bereits, dass das ganze Thema in erster Linie von den Hilfsorganisationen, aber auch von den

⁶ Auf eine ausführliche Diskussion vom Konzept „Raum“ an sich wird in dieser Arbeit verzichtet. Siehe dazu u.a. Kritische Geographie (Hrsg.) (2001): Geopolitik: Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte. Wien: Promedia.

privaten Firmen äußerst intransparent gehandhabt wird. Für Koenraad Van Brabant zeigt sich, dass trotz der vermehrten Nutzung solcher Dienstleistungen „[...] there is widespread refusal to square up to the subject“ (Van Brabant 2002: 25). Gleichzeitig finden sich aber unzählige Verbindungen und Kooperationen zwischen PMSCs und humanitären Organisationen. So kommt Peter Singer zu dem Schluss, dass die Inanspruchnahme solcher Dienste weit stärker verbreitet ist als öffentlich wahrgenommen beziehungsweise diskutiert wird (Singer 2006: 69). Und greift den AutorInnen der Studie damit gewissermaßen vor, die ebenfalls zu dem Schluss kommen, dass:

„Every major humanitarian organisation (defined as the UN humanitarian agencies and the largest international NGOs) has paid for armed security in at least one operational context [...]“ (Stoddard/Harmer/DiDomenico 2008: 8).

Also, dass keine große Hilfsorganisation, von UN-Organisationen über das ICRC bis hin zu den größten NGOs, von sich sagen kann, dass sie niemals einen Vertrag mit einer PMSC hatte, die in einem Einsatzgebiet gegen Bezahlung bewaffneten Schutz für Personen, Gebäude oder Transporte geliefert hat (ebd.: 12). Was die Schätzungen aus der Sicherheitsbranche auch nahelegen, wenn davon ausgegangen wird, dass 25 Prozent der auf bewaffneten Schutz spezialisierten Unternehmen und insgesamt 50 Prozent der PMSCs bereits für humanitäre Organisationen gearbeitet haben (Singer 2006: 70). So finden sich für eine solche Kooperation auch unzählige Beispiele. Für CARE International, Caritas, ECHO (European Commission Civil Protection and Humanitarian Aid Operations), ICRC, Save the Children, UNDP, UNHCR, WFP (World Food Programme) und Worldvision ist es belegt, dass sie solche Dienste bereits in Anspruch genommen haben (Deutscher Bundestag 2005: 2; Spearin 2006: 235). Das ICRC hat in Somalia und im Kaukasus mit bewaffneten Sicherheitsleuten gearbeitet und MSF hat in Somalia und in Pakistan ebenfalls auf solche Kräfte zurückgegriffen (Spearin 2006: 235). Staatliche Organisationen wie USAID oder das britische Department for International Development (DfID) haben lange mit der PMSC Aegis zusammengearbeitet (Singer 2006: 68). Unter den KlientInnen der PMSC ArmorGroup, mittlerweile Teil von G4S, fanden sich ECHO, USAID, CARE, Caritas, DfID und das ICRC (Vaux 2002: 16). Auch bei den Organisationen der Vereinten Nationen ist dieser Trend deutlich zu beobachten. Ein Blick auf die veröffentlichten Zahlen bestätigt dies. Obwohl die Zahlen, die von den UN veröffentlicht wurden, unvollständig sind, zeigt sich, dass die Ausgaben für „security services“ allein im Zeitraum von 2009 auf 2010, also innerhalb nur eines Jahres, von 44 Millionen auf 76 Millionen Dollar gestiegen sind, also um 73 Prozent (Pingeot 2012: 23). Da nicht alle Zahlen öffentlich zugänglich sind, ist von einem noch größeren Budget auszugehen. Allein der UNHCR verfügte im Jahr 2010 über ein Budget von 12,2 Millionen US-Dollar für „security services“ (ebd.: 45). Im Irak lassen UN-Organisationen ihr Personal durch Unternehmen wie Aegis oder Control

Risks Group schützen (Cockayne 2006: 9). In Kenia wurde die Firma Armorgroup zum Schutz von Flüchtlingslagern und Büros des UNHCR engagiert (Schneiker 2009: 38). Das sind nur Beispiele für konkrete Einsätze in Krisengebieten. Wie eine Studie der Human Policy Group gezeigt hat, greifen Hilfsorganisationen auf die gesamte Palette angebotener Dienstleistungen der PMSCs zurück. Auf Leistungen zum Schutz von Gebäuden, Gütern, Konvois, Projekten und Personal – unbewaffnet oder bewaffnet – oder auch auf Sicherheitsberatung, Training von eigenem Personal, Risikoanalyse, Logistik, Krisenmanagement und Informationsbeschaffung (Stoddard/Harmer/DiDomenico 2008: 10). Für erstere Dienste werden, wie die Studie aufzeigt, bevorzugt lokale, kleine Sicherheitsfirmen engagiert. Wobei hier anzumerken ist, dass multinationale Konzerne wie G4S Aufträge oft an Subunternehmer weitergeben, die wiederum in einer direkten Verbindung zum Mutterkonzern stehen. Wenn es um Training, Analysen und Beratungen geht, greifen die Hilfsorganisationen in der Regel auf internationale Firmen zurück (ebd.).

Hier wird deutlich, dass die Zusammenarbeit von humanitären Organisationen und PMSCs kein Ausnahmefall ist, sondern die Regel.

5.4 Richtlinien für die Kooperation – Das Montreux-Dokument

Ende der 2000er-Jahre wurde es zunehmend klar, dass diese Unternehmen sich über kurz oder lang nicht mehr aus dem „humanitarian space“ verdrängen lassen werden. Weder die Bedrohungslage hat sich geändert noch die Praxis der humanitären Organisationen, der rechtliche Status von MitarbeiterInnen dieser Unternehmen hängt stets vom jeweiligen Land ab, wo das Unternehmen tätig ist. Völkerrechtlich betrachtet ist ihr Status auch durchaus umstritten. Im Sinne der Genfer Konvention und ihrer Zusatzprotokolle sind die MitarbeiterInnen solcher Firmen als reguläre ZivilistInnen zu betrachten – insofern sie von Staaten nicht in nationale Polizeikräfte oder Streitkräfte eingegliedert werden. Aber 2005 stellte eine von der UN-Menschenrechtskommission eingesetzte Arbeitsgruppe fest, dass die Angehörigen von PMCs und PSCs weder ZivilistInnen noch reguläre KombattantInnen sind, sondern irreguläre KombattantInnen, die eine neue Form der SöldnerInnen darstellen (Azzellini 2008: 313). Um Regeln für eine Zusammenarbeit mit solchen Firmen zu finden, wurde 2008 das Montreux-Dokument ausgearbeitet. Das Montreux-Dokument ist das Ergebnis einer mehrjährigen Zusammenarbeit von 17 Staaten, dem ICRC, Vertretern der PMSCs-Branche und diversen NGOs. Es kam durch eine Initiative des ICRC und der Schweizer Regierung zustande. Das Dokument ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil werden die bereits vorhandenen, international geltenden Gesetze für den Einsatz von PMSCs zusammengefasst

dargestellt. Der zweite Teil enthält 70 Empfehlungen an Staaten für den Umgang mit solchen Unternehmen. Das Dokument richtet sich sowohl an Staaten, in denen PMSCs tätig sind, als auch an Staaten, in denen die jeweilige Firma registriert ist.

Das Montreux-Dokument schafft kein neues Recht und ist somit auch kein verbindliches Dokument. Staaten können dieser Vereinbarung aber beitreten und es somit unterstützen. Bislang haben das 58 Staaten getan. NGOs oder Unternehmen können in diesem Sinne dem Dokument nicht beitreten und es gibt auch keine Möglichkeit, es im Sinne eines internationalen Vertrages zu unterzeichnen. NGOs werden aber dazu angehalten, das Dokument als Referenz für ihre eigene Zusammenarbeit mit PMSCs zu verwenden (Crawford 2015: 108). In den Empfehlungen, die das Dokument enthält, geht es in erster Linie darum, auf die Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte hinzuweisen, eine größere Transparenz zu ermöglichen sowie gewisse Trainings- und interne Unternehmensstandards zu etablieren (ebd.). In Ergänzung zum Montreux-Dokument wurde 2010 der Code of Conduct for private security providers entwickelt. Wiederum auf Initiative der Schweizer Regierung in Kooperation mit Branchenverbänden, Unternehmen wie Aegis oder der GardaWorld Group, mehreren NGOs und verschiedenen anderen Regierungen hin. Bis heute haben 708 PMSCs diesen Code of Conduct unterzeichnet (Fitzsimmons 2015: 188). Der Code ist gewissermaßen eine Selbstverpflichtung und soll, ähnlich wie das Montreux-Dokument, seine UnterzeichnerInnen bei der Erfüllung von Sicherheitsdienstleistungen an die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts binden, unabhängig von dem jeweiligen nationalen Rechtsraum, in dem die Firma gerade tätig ist. Weiters verpflichten sich die UnterzeichnerInnen, Zwischenfälle zu melden und gewisse Mindeststandards bei Personal, Training und dem Umgang mit Waffen einzuhalten.

Am Ende sind diese beiden Vereinbarungen eigentlich nur wohlgemeinte Ansätze, die vielleicht einmal als Grundlage für einen rechtlich verbindlichen, internationalen Vertrag genutzt werden können. In ihrer aktuellen Form sind es nur freiwillige Selbstverpflichtungen, die abgesehen von den bereits geltenden Gesetzen keine Verpflichtungen schaffen. Auch die geforderten Mindeststandards sind keine Neuheiten, sondern eigentlich nur die Umsetzung von geltendem Recht. Durch ihre nicht rechtliche Verbindlichkeit zieht die Nichteinhaltung der Verpflichtungen keinerlei Konsequenzen nach sich.

6 Empirische Untersuchung – NGOs und PMSCs

Um das Phänomen der Zusammenarbeit zwischen humanitären Organisationen und privaten Sicherheitsfirmen genauer zu untersuchen, wurden für diese Arbeit, wie bereits einleitend erwähnt, mehrere Interviews mit MitarbeiterInnen und ehemaligen MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen sowie verschiedenen ExpertInnen geführt. Folgende VertreterInnen von Hilfsorganisationen haben sich dazu bereit erklärt, mit dem Autor zu sprechen:

Thomas Preindl (Emergency Response Officer) – Caritas Österreich

Franz Luef (Advocacy & Humanitarian Affairs Representative) – Médecins sans Frontières Österreich

Walter Hajek (Head of International Cooperation) – Österreichisches Rotes Kreuz

Hilde Van Der Molen (Safety and Security Unit) – CARE International

Da weder das UNHCR-Büro in Wien, noch dessen übergeordnetes Büro in Genf zu einem Interview bereit waren, wurde hier Kontakt zu einem renommierten ehemaligen Mitarbeiter aufgenommen, der sich dazu bereit erklärt hat, mit dem Autor zu sprechen:

Kilian Kleinschmidt (selbstständig) – Gründer und Chairman IPA/switxboard

Kleinschmidt war insgesamt 22 Jahre in verschiedenen Positionen für den UNHCR tätig, unter anderem Anfang der 90er-Jahre als Head of Liaison Office in Mogadischu, später als Field Coordinator und Senior Programme Officer im Kongo, Mitte der 2000er-Jahre als Senior Emergency Coordinator in Pakistan, 2012 Deputy Humanitarian Coordinator für Somalia und zuletzt Leiter des Zaatari-Flüchtlingslagers in Jordanien. Heute ist er selbstständig und gründete die Innovation & Planning Agency (IPA) in Wien.

OXFAM, Save the Children, OCHA, CARE Österreich, ADA und die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) haben die Interviewanfragen des Autors abgelehnt oder nicht auf diese reagiert. Die Ablehnungen wurden entweder damit begründet, dass zu diesem Thema keine Auskunft gegeben werden kann, das Thema des Forschungsvorhabens für die Organisation keine Rolle spiele oder dass generell Anfragen für Forschungsvorhaben von Studierenden aus Kapazitätsgründen negativ beantwortet werden.

Als ExpertInnen haben sich folgende Personen für ein Interview bereit erklärt:

Heinz Patzelt (Generalsekretär) – Amnesty International Österreich. Heinz Patzelt ist seit 1998 Generalsekretär von Amnesty International Österreich und beschäftigt sich unter anderem mit den theoretischen und menschenrechtlichen Aspekten von privaten Sicherheitsfirmen.

Georg Dialer (Oberstleutnant) – Österreichisches Bundesheer. Oberstleutnant Dialer blickt auf eine lange Karriere im österreichischen Bundesheer zurück, unter anderem als Jagdkommando-Soldat mit Stationen auf dem Balkan, in Afghanistan und mehreren Ländern auf dem afrikanischen Kontinent. Im Rahmen seiner Arbeit hatte er auch immer wieder mit NGOs in Krisengebieten zu tun. Zurzeit arbeitet er in der Projektgruppe Afrika für das österreichische Verteidigungsministerium, zuletzt als Verbindungsoffizier für die European Union Military Advisory Mission in the Central African Republic.

Aldric Ludescher (Vice President Global Corporate Security and Crisis Management) – MetLife. Ludescher war über neun Jahre beim österreichischen Bundesheer, davon mehrere Jahre beim Jagdkommando und als Security Advisor & Intelligence Officer für die NATO Special Forces Commander in Afghanistan. Danach als selbstständiger Berater in der privaten Sicherheitsbranche tätig und mehrere Jahre bei Control Risks als Crisis und Security Consultant beschäftigt mit Schwerpunkt auf den Nahen Osten und Nord- sowie Zentralafrika. Zurzeit arbeitet er für die amerikanische Firma MetLife in Dubai.

Anonym (Security Advisor) – international NGO. Die Person war nur unter der Bedingung, dass weder ihr Name noch die Organisation, für die sie zurzeit tätig ist, genannt wird, zu einem Gespräch mit dem Autor bereit. Sie hat bereits für verschiedene internationale private Sicherheitsfirmen gearbeitet und ist derzeit als Security Advisor bei einer weltweit tätigen NGO beschäftigt. Die vom Autor kontaktierten Sicherheitsunternehmen wie Control Risks, G4S, Securitas AB, GardaWorld Group, Kroll oder Hart International haben alle ein Interview zu diesem Thema abgelehnt oder auf mehrmalige Anfragen nicht reagiert.

Im Folgenden sollen die ausgewählten Hilfsorganisationen, die als GesprächspartnerInnen für dieses Forschungsvorhaben zur Verfügung standen, vorgestellt werden, um dann zur Auswertung der Ergebnisse der Gespräche zu kommen.

6.1 Humanitäre Organisationen

Nachfolgend die fünf international tätigen Hilfsorganisationen, die Erfahrung mit der Arbeit in complex emergencies vorweisen können und mit denen im Rahmen dieser Arbeit Gespräche geführt werden konnten.

6.1.1 Österreichisches Rotes Kreuz/Rotkreuzbewegung

Die weltweit existierende Rotkreuzbewegung ist in dem Sinn keine einheitliche, zentralistisch aufgebaute Organisation, wie es auf den ersten Blick scheint. So gibt es zum einen das International Committee of the Red Cross, welches 1863 gegründet wurde und als Wurzel dieser gesamten Bewegung zu betrachten ist. Daneben existieren noch die International Federation of the Red Cross and Red Crescent Societies (IFRC), der Dachverband aller nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Organisationen, und weiters die einzelnen nationalen Verbände, die grundsätzlich eigenständig sind. Das höchste Organ der gesamten Bewegung und damit maßgeblich für die Einheit der einzelnen Verbände zuständig, ist die alle vier Jahre stattfindende internationale Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes, zu der VertreterInnen des ICRC, IFRC, der nationalen Organisationen sowie die Vertragsstaaten der Genfer Konventionen zusammenkommen.

Das Österreichische Rote Kreuz wurde 1880 in Wien gegründet und ist somit eine von 190 nationalen Gesellschaften. Die Tätigkeitsbereiche innerhalb der Rotkreuzbewegung sind relativ strikt aufgeteilt. Die nationalen Gesellschaften sind in erster Linie für die Versorgung in den jeweiligen Staaten zuständig. Das IFRC kümmert sich um nationale Katastrophenschutzprogramme und koordiniert die internationale Hilfe für Opfer von Naturkatastrophen, Flüchtlingen und ist zudem in der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Das ICRC wiederum leitet die internationalen Hilfseinsätze in bewaffneten Konflikten (Furtak 2015: 413f). Die nationalen Gesellschaften, die ebenfalls eigenständig internationale Hilfsprogramme betreuen, können auch vom IFRC oder dem ICRC für Krisensituationen herangezogen werden (Vilain 2002: 132). So war das Österreichische Rote Kreuz im Jahr 2015/16 unter anderem in Syrien, Jordanien, im Jemen, Irak, Südsudan, in Liberia, der Ukraine und in Äthiopien tätig (Österreichisches Rotes Kreuz 2016: 31). Da die Rotkreuzbewegung als Begründerin der humanitären Prinzipien gilt, unterliegen alle dazugehörigen Verbände strikt diesen Prinzipien und sind verpflichtet, in jeder Situation nach ihnen zu handeln. Problematisiert wird immer wieder die Nähe von nationalen Gesellschaften zu staatlichen Stellen. Nicht nur stammt der größte Teil der Gelder aus staatlichen Budgets, mitunter werden – wie zum Beispiel in Österreich – auch direkt Aufgaben vom Staat übernommen (Vilain 2002: 129f).

6.1.2 Médecins Sans Frontières Österreich

Die Organisation Médecins Sans Frontières wurde 1971 aus Protest gegen das Schweigen des ICRC im Biafra-Krieg von französischen ÄrztInnen in Paris gegründet. Innerhalb ihrer vierzigjährigen Geschichte hat es die Organisation geschafft, die größte private medizinische Hilfsorganisation der Welt zu werden (Furtak 2015: 430). Auch MSF unterliegt keiner zentralistischen Organisationsstruktur. So setzt sich MSF zusammen aus einem internationalen Büro in Genf, welches als Koordinierungsstelle fungiert, und 23 regionalen Mitgliedsverbänden. 19 dieser Verbände, darunter auch MSF Österreich, haben den Status einer eigenen Sektion und sind damit eigenverantwortlich, was die Finanzierung und Leitung von Hilfsprojekten angeht (ebd.: 427). Das höchste Organ der Bewegung ist die Internationale Generalversammlung, die einmal jährlich tagt und sich aus VertreterInnen der 23 Verbände und dem gewählten Internationalen Präsidenten von MSF zusammensetzt. Trotz der relativ hohen Autonomie der einzelnen Verbände sind die Beschlüsse der Generalversammlung für alle Mitglieder verbindlich (ebd.). Besonderheit dieser NGO ist, dass sie überwiegend aus Mitteln von privaten GeldgeberInnen finanziert wird. Von den 2013 erzielten Einnahmen von mehr als einer Milliarde Euro – alle Verbände zusammengerechnet – wurden rund 90 Prozent durch Spenden, Erbschaften und Mitgliedsbeiträge erzielt und nur zehn Prozent aus staatlichen Geldern von Regierungen oder internationalen Organisationen (ebd.: 427f). Durch diese Form der Finanzierung will die Organisation sich ihre Unabhängigkeit bewahren.

Die 1994 gegründete Sektion Österreich konzentriert sich in ihrer Arbeit – wie auch die anderen Mitgliedsverbände – auf die Bereitstellung medizinischer Nothilfe in Regionen, wo aufgrund von bewaffneten Konflikten, Kriegen und deren Folgen oder im Falle von Naturkatastrophen das Gesundheitssystem zusammengebrochen ist und Menschen nicht ausreichend versorgt werden können. MSF Österreich ist unter anderem tätig in Libyen, Tschad, Kongo, Südsudan, Jemen, Syrien oder Afghanistan (Ärzte ohne Grenzen 2016: 2f). Obwohl sich die Organisation aus dem Protest gegen das strikte Gebot der Neutralität des ICRC gegründet hat, verpflichtete sich MSF gemäß ihrer Statuten ebenfalls zur Einhaltung der humanitären Prinzipien. Erweitert wurden diese aber um den Grundsatz Bearing Witness:

„Falls MSF Zeuge von extremer Gewalt gegen Individuen oder Gruppen von Menschen wird, behält sich die Organisation trotz Unparteilichkeit und Neutralität vor, die Öffentlichkeit zu informieren. MSF nimmt immer auch dann öffentlich Stellung, wenn der Zugang zu medizinischer Hilfe versperrt und damit die Versorgung der Opfer erschwert oder gar verhindert wird“ (Furtak 2015: 426).

6.1.3 CARE International

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs schlossen sich 22 amerikanische Wohlfahrtsorganisationen zusammen und gründeten 1945 die Cooperative for American Remittances to Europe (CARE). In enger Abstimmung mit der amerikanischen Regierung wurden Hilfslieferungen in das vom Krieg zerstörte Europa organisiert. Bereits wenige Jahre später verlagerte sich die Hilfstätigkeit der Organisation weg von Europa in Richtung Länder des globalen Südens. So wurde bereits 1952 eine Namensänderung beschlossen und somit stand CARE von nun an für Cooperative for American Relief to Everywhere. In der Folge gründeten sich einige Ableger in weiteren Staaten, was 1982 dazu führte, dass CARE International als Dachverband gegründet wurde (ebd.: 434). Da die Organisation immer weiter wuchs und sich auch ihr Tätigkeitsbereich stetig vergrößerte – es wurde nicht mehr nur Hilfe geleistet, es wurden zunehmend auch langfristige Projekte ins Leben gerufen –, wurde der Name erneut geändert in Cooperative for Assistance and Relief Everywhere. Heute gibt es neben CARE International 13 nationale CARE-Organisationen, die alle eine relativ hohe Autonomie besitzen.

Höchstes Organ ist der internationale Vorstand, der zweimal im Jahr mit VertreterInnen der Mitgliedsverbände tagt. Eine Sonderstellung innerhalb von CARE International wird CARE USA zugeschrieben, das nicht nur die Verantwortung von 60 Prozent der weltweiten CARE-Büros trägt, sondern auch zwischen 75 und 80 Prozent der Gesamteinnahmen von circa 600 Millionen Euro beisteuert (Geueke 2002: 167; Stroup 2012 77). Einen großen Teil ihrer Finanzen beziehen die nationalen Verbände über öffentliche GeldgeberInnen. Heute ist CARE International eigentlich in zwei Bereichen tätig, weil es einerseits humanitäre Arbeit leistet, sich aber gleichzeitig auch in der Entwicklungszusammenarbeit zunehmend engagiert (Furtak 2015: 440). Was die humanitäre Arbeit betrifft, ist es sowohl in Regionen mit bewaffneten Konflikten als auch bei Naturkatastrophen im Einsatz. CARE International ist in mehr als 90 Ländern und somit fast in jeder Krisenregion als NGO tätig. Als Unterzeichner des Code of Conduct for the International Red Cross and Red Crescent Movement and NGOs in Disaster Relief hat sich auch CARE International den humanitären Prinzipien verschrieben.

6.1.4 Caritas Österreich

Caritas Österreich ist eine Hilfsorganisation, die 1903 nach dem Vorbild des deutschen Caritasverbandes gegründet wurde. Der Schwerpunkt der Arbeit war vor allem in den Anfangsjahren das Engagement für sozial benachteiligte Menschen in Österreich. So ging es nach

dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg in erster Linie darum, Kleidung und Lebensmittel im Nachkriegs-Österreich zu verteilen. Die Caritas Österreich ist, nach deutschem Vorbild, in neun Diözesen unterteilt, die jeweils nur dem jeweiligen Diözesanbischof direkt verpflichtet sind. Und somit unabhängig und eigenständig agieren können. Die Caritas Österreich versteht sich hier als Dachverband. Dieser ist wiederum Teil der Caritas Internationalis, einer Vereinigung aller 165 nationalen Caritas-Organisationen mit Sitz in Vatikanstadt, die 1957 gegründet wurde. Die Caritas Internationalis fungiert als Vermittlungsstelle, wenn durch einen nationalen Caritasverband Hilfe von anderen Caritasverbänden angefordert wird. Diese Zusammenarbeit wird dann durch die Caritas Internationalis koordiniert (Tenbohlen 2002: 149f).

Bis in die 1990er-Jahre lang der Fokus der Caritasverbände in Österreich sehr deutlich auf der Inlandshilfe. In Österreich gehört die Caritas zu den wichtigsten sozialen Hilfsorganisationen, die ein breites Spektrum an Aufgaben übernehmen. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts rückte die Auslands- und Katastrophenhilfe immer mehr in den Fokus der Caritas Österreich. Heute arbeitet und/oder finanziert die Caritas Österreich Hilfseinsätze und Projekte in Ländern wie dem Irak, Kongo, Südsudan, Afghanistan, Libanon, Mali oder Pakistan (Caritas Österreich 2016: 16f). Auch wenn der größte Teil des jährlichen Budgets der Caritas Österreich durch öffentliche Gelder gedeckt wird, werden ihre Auslandseinsätze und Projekte laut Jahresbericht fast zur Gänze aus Spendengeldern finanziert (ebd.: 18.). Wie alle nationalen Caritasverbände sowie Caritas Internationalis hat sich auch die Caritas Österreich den humanitären Prinzipien verpflichtet.

6.1.5 UNHCR

Der UNHCR nimmt in dieser Aufstellung gewissermaßen eine Sonderposition ein, da er ein Teil des UN-Systems ist. Die UN haben mehrere Unterorganisationen, die sich im Feld der humanitären Arbeit betätigen. Wichtig ist darauf hinzuweisen, dass die einzelnen Unterorganisationen der Vereinten Nationen ziemlich autonom agieren können und gegenüber dem Generalsekretariat oder anderen Gremien nur teilweise rechenschaftspflichtig sind (Weiss 2013: 34f). Der UNHCR wurde 1950 von den UN gegründet und hat seine Ursprünge im High Commissioner for Refugees, der 1922 vom Völkerbund eingeführt wurde.

Grundsätzlich ist der UNHCR für alle Belange, die Flüchtlinge betreffen, zuständig. In dieser Funktion sind ihm auch andere UN-Organisationen unterstellt sowie auch NGOs, die in seinem Zuständigkeitsbereich arbeiten. Alle fünf Jahre wird von der UN-Hauptversammlung der United Nations High Commissioner for Refugees gewählt, dem das Office of the United Nations High

Commissioner for Refugees untersteht. Dieser ist das Sprachrohr der Organisationen. Kontrolliert und beraten wird die Organisation durch das UNHCR-Exekutivkomitee, das sich aus 87 RegierungsvertreterInnen aus verschiedenen UN-Ländern zusammensetzt. Neben dem Hauptsitz in Genf gibt es in verschiedenen Staaten noch zusätzliche Büros. Der UNHCR finanziert sich fast ausschließlich mit staatlichen Geldern. Aus diesem Grund und als Teil des UN-Systems ist auch der UNHCR immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, zu stark von politischen Herrschaftsverhältnissen beeinflusst zu sein (Barnett 2011: 207ff). Der UNHCR ist in mehr als 100 Ländern tätig und damit in jeder Krisenregion vertreten. Die größten Programme laufen zurzeit in Afghanistan, im Südsudan und im Irak. Wie alle Organisationen der Vereinten Nationen ist auch der UNHCR bei seiner Arbeit an die humanitären Prinzipien gebunden.

6.2 Zwischen Gewalt und Hilfe

Um sich dem Untersuchungsgegenstand des Forschungsvorhabens, der Kooperation mit privaten Sicherheitsfirmen, zu nähern, war es zunächst relevant, von den Hilfsorganisationen selbst und von ausgesuchten ExpertInnen eine Einschätzung über die aktuelle Sicherheitslage für aid worker zu bekommen. Es gibt zum einen die Gruppe derjenigen, die relativ deutlich davon sprechen, dass es zu einer starken Veränderung in den letzten Jahrzehnten gekommen ist, wobei als Zäsur, wie in der Literatur (Schlichte 2006), das Ende des Kalten Krieges für alle Befragten im Vordergrund steht. Für Thomas Preindl von der Caritas Österreich hat sich die

„[...] Sicherheitslage [...] massiv verändert, massiv verschlechtert. In den 70er-Jahren, Beginn der 80er-Jahre, waren humanitäre Organisationen, also Leute vor Ort, ein Tabu. Man hat sich respektiert und nicht in den Konflikt hineingezogen. Da hat man eine rote Linie nicht überschritten“ (Preindl Interview 2016: 14–17).

Walter Hajek vom Österreichischen Roten Kreuz folgt dieser Einschätzung und betont, dass „[...] vor allem seit Anfang, Mitte der 90er-Jahre die Sicherheitslage schwieriger geworden“ ist (Hajek Interview 2016: 10–11). Auch CARE International bewegt sich auf dieser Linie und argumentiert sehr ähnlich:

„[...] Twenty, twenty-five years ago, humanitarian aid workers and also other groups working in conflict areas, like journalists [...] were more considered as people coming there doing good and were more protected or less targeted. Obviously we do see a difference nowadays, where aid workers or aid warehouses or hospitals, where aid workers work, are being targeted, are being attacked“ (Van Der Molen Interview 2016: 62–67).

Auch vonseiten einiger ExpertInnen wird dieser Punkt durchaus ähnlich gesehen, die Einschätzungen der NGOs werden geteilt.

„The stats in the aid worker security database speak for themselves. Of course, one has to be a little cautious in interpreting statistics – there are also more aid workers in the sector now than there were 10 or even 5 years ago, so the number of incidents of violence should also be expected to rise somewhat“ (Security Advisor Interview 2016: 5–9).

Hier wird gleich darauf verwiesen, dass die veröffentlichten Zahlen durchaus mit Vorsicht zu genießen sind, weil sich die Anzahl der potenziellen Ziele einfach vervielfacht hat. Was den Sicherheitsexperten Aldric Ludescher auch zu einer differenzierten Sichtweise führt: Grundsätzlich

„[...] war es immer schon gefährlich.[...] Ich denke, es ist zu einer gesteigerten Bedrohungslage, speziell für NGOs, in diesen Situationen gekommen. Aber auch zu einer erhöhten Wahrnehmung. Und das geht Hand in Hand. Wir wissen es eh, es ist ein altes Thema: die ganzen Social Medias, die ganzen News-Sachen, die natürlich aufspringen auf solche Themen und permanent aufschreien. Also wahrscheinlich ist die Bedrohung nicht im selben Ausmaß gestiegen wie die Wahrnehmung“ (Ludescher Interview 2016: 24–39).

Hier wird ein entscheidender Punkt angesprochen, der in der Debatte sonst schnell untergeht: die Wahrnehmung von Sicherheit und auch von Bedrohungen. Eine Attacke auf eine MitarbeiterIn einer internationalen NGO zieht heute ein großes mediales Echo mit sich, was wiederum eine gefühlte Unsicherheit erzeugen kann. So verweist Ludescher auch darauf:

„Wenn man sich statistisch Terrorismus als Bedrohungsgruppe und Größe und Anzahl von Incidents anschaut, dann geht es uns gar nicht so schlecht, die letzten 50 oder 60 Jahre betrachtet. Wir sind einfach alle mehr inkludiert in die Thematik und unsere ganze Sicherheitswahrnehmung ist und war schon immer eine von den Dingen, die wir permanent sehen, also die, die in die Schlagzeilen kommen, und deshalb macht man auch diese Schlagzeilen, weil man weiß, dass die Bevölkerung sie lesen will, und solche Dinge werden höher bewertet, als sie sind. Sie sind natürlich schrecklich. Dinge, die uns tief drinnen Angst machen, wo wir das Gefühl haben, wir haben keine Kontrolle über den Ausgang. Das sind Dinge, die immer höher bewertet werden als die wirklichen Risiken wie Rauchen, Autofahren und die ganzen anderen Dinge, wo hohe statistische Todeszahlen, signifikant höhere, erreicht werden als durch Terrorismus und so weiter“ (Ludescher Interview 2016: 48–58).

Diese Einschätzung wird auch von Médecines Sans Frontières geteilt, die sich an diesem Punkt deutlich von den anderen befragten NGOs unterscheidet. So berichtet Franz Luef von MSF, angesprochen auf die Sicherheitssituation von aid workers: „Viele von uns, sei es jetzt in den operationalen Zentren, aber auch Kollegen, die auf Einsatz gehen, haben das subjektive Gefühl: Ja, es hat sich verändert“ (Luef Interview 2016: 10–11).

Um im Weiteren festzuhalten, dass sie bei MSF die Zahlen über die Attacken auf MitarbeiterInnen von humanitären Organisationen zwar kennen aber, „[...] es gibt, objektiv gesehen, keine Daten, die belegen würden, dass die Situation für unsere Arbeit vor Ort, wo auch immer, schlimmer geworden ist“ (ebd.: 17–19). Diese Aussage steht diametral entgegengesetzt zu den Aussagen der

anderen NGOs, was unter anderem daran liegen könnte, dass MSF immer schon in complex emergencies gearbeitet hat, auch lange vor dem Ende des Ost-West-Konflikts, und damit immer schon einem hohen Risiko ausgesetzt war. Auch Kilian Kleinschmidt, ehemaliger Mitarbeiter vom UNHCR, tendiert mehr zu dieser Sicht der Dinge und argumentiert:

„Gut, wir reden immer wieder über diesen Mythos, die Ehrfurcht vor den blauen oder roten Symbolen und Emblemen, das war nie so. Und gerade wenn wir über asymmetrische, symmetrische Terrorhandlungen, Kriegsführung usw. reden, gab es nie viel Respekt. Ich habe seit Anfang meiner humanitären Karriere immer wieder Zwischenfälle miterlebt, wo gerade in Konflikten, wo alles zusammenbricht, verschiedene Rebellenfraktionen agieren [...]. Es war immer gefährlich und es gab immer auch Zwischenfälle, auch mit Todesfällen. Es hat also immer wieder die schlimmsten Zwischenfälle gegeben“ (Kleinschmidt Interview 2016: 12–18).

Fakt ist, es gibt Statistiken wie den Aid Worker Security Report 2014, aus dem eine signifikante Steigerung der Attacken auf aid worker abzulesen ist. Gleichzeitig gibt es aber keine Zahlen über die Arbeit in den 60er-, 70er- oder 80er-Jahren, was einen Vergleich schwer macht. Dazu kommt noch, dass „[...] the number of aid workers worldwide is on the rise, as well as the number of aid workers, working in difficult environments and hard environments“ (Van Der Molen Interview 2016: 67–69). Also zu sagen, dass die Übergriffe steigen, die wachsenden Zahlen der humanitären Organisationen und deren MitarbeiterInnen dabei aber nicht mit einzurechnen, verfälscht die Statistik. Anzumerken ist aber, dass es im Zuge der Globalisierung und der Vernetzung der gesamten Welt in jedem Fall zu einer Veränderung der Gefahrenlage gekommen ist, da auch die potenziellen AngreiferInnen globaler und größer denken.

„Damals war die Gefahr eine klassische Opportunity Threat. Man zielt auf jemanden, der [...] mit Vermögen in Verbindung gebracht wird. Man sucht sich quasi ein Ziel zur Bereicherung. Das war aber sehr lokal. Heute haben wir wirklich eine Dynamik erreicht, das gilt nicht nur für NGOs, sondern auch für commercial profit Unternehmen, dass die Regionen, in denen NGOs oder Oil- and Gas-Unternehmen arbeiten, natürlich auch als globale Bedrohung wahrgenommen werden. Sprich, wir haben Organisationen, die global motiviert, einer globalen Ideologie folgen, und nicht nur lokalen kurzfristigen Interessen und Zielen. Somit hat sich nicht nur deren Fähigkeit und Zielauswahl erweitert“ (Ludescher Interview 2016: 27–34).

Der Unterschied ist, so Ludescher, dass sich die Ziele, die hinter möglichen Übergriffen stehen, einfach gewandelt haben.

„[...] Jemen ist auch ein gutes Beispiel, da werden Entführungen vorgenommen von Ausländern, egal ob die jetzt von NGOs oder sonst wem kommen, um quasi politisches Kapital zu haben. Das hat es in den 50er-Jahren in Kamerun kaum gegeben“ (ebd.: 66–69).

Hier ist schon eine Veränderung auszumachen. Und weiter:

„Ich glaube, die target attractivness eines, egal welchen, Ausländers in einer Krisenregion hat sich einfach erhöht. Durch die Erkenntnis: Wir haben dadurch nicht nur schnellen Zugriff zu Waffen und Geld, sondern wir haben ein echtes politisches Druckmittel. Der Medienzirkus bei jedem Kidnapping ist sensationell. Und die Macht ist definitiv da. [...] Da ist viel Geld und Einfluss dabei. Auch als eine lokale Miliz kann ich da wesentlich mehr Geld rausholen. Der finanzielle Wert ist einfach viel höher. Vor ein paar Jahren musste ich noch lange Verhandlungen führen, hatte immer die Gefahr, dass wenn ich einen Amerikaner erwische, die Special Forces in der Nacht kommen und mich im Schlaf erschießen, das habe ich alles nicht mehr. Ich kidnappe und verkaufe weiter an Al-Shabaab oder Al-Qaida im Jemen und dann ist es schnelles Geld. Aus all diesen Komponenten heraus hat sich die Gefährdung erhöht“ (ebd.: 460–471).

Der Sicherheitsexperte macht also auf die Tatsache aufmerksam, dass es generelle Trends gibt, die jetzt nur bedingt etwas mit der Arbeit humanitärer Organisationen zu tun haben, weshalb von einem höheren Risiko gesprochen werden könnte.

Offen bleibt aber dennoch bei den Antworten der Hilfsorganisationen, ob es sich, wie von MSF angesprochen, um ein subjektives Gefühl handelt, das geäußert wird, oder bewusst die Gefahrenlage hochgeredet wird, um zum Beispiel gewisse Sicherheitsmaßnahmen zu rechtfertigen.

6.3 Legitimation – Die Schuld des Marktes?

Abgesehen von der Frage, inwieweit die Bedrohungslage jetzt gestiegen ist oder nicht, arbeiten alle befragten humanitären Organisationen in complex emergencies. Es herrscht ein Konsens darüber, dass die Lage in den Regionen zunehmend komplexer geworden ist. Heinz Patzelt von Amnesty International sieht diese Komplexität in erster Linie darin:

„Das, was aber definitiv beobachtbar ist, ist, dass es zunehmend größere Flächen und damit betroffene Bevölkerungsanteile gibt von Gegenden, wo tatsächlich keinerlei staatliche Ordnungsmacht herrscht. Sei es jetzt hochwertig demokratisch legitimiert, menschenrechtskonform tätig oder auch brutalst polizeistaatlich, diktatorisch tätig – aber noch immer eine zentral gesteuerte Sicherheitsmacht ist“ (Patzelt Interview 2016: 107–111).

Er spricht damit das Phänomen der failed states an, die, wie von Schlichte (2006) beschrieben, in ihrem Ausmaß erst mit Ende der Blockkonfrontation wirklich sichtbar wurden. Was die Macht über das Gewaltmonopol betrifft, was letztendlich mit das größte Problem in den sogenannten failed states darstellt, ist für Patzelt klar: „[...] die Welt der 60er-Jahre mit ihren fest eingeteilten Machtblöcken und Ähnlichem mehr war, das traue ich mich schon zu sagen, definitiv stabiler in dieser Gewaltmonopol-Verwaltung“ (ebd.: 144–146), wodurch deutlich wird, warum die Anzahl von complex emergencies in erster Linie in den 90er-Jahren so stark angestiegen ist (Lindenberg 1999: 212). Somit stellt sich die Frage, warum sich die NGOs diesem hohen Risiko aussetzen und

in diesen Gebieten arbeiten. Die Antwort liegt zum einen auf der Hand. Das humanitäre Prinzip der Menschlichkeit verpflichtet alle humanitären AkteurInnen, überall, wo menschliches Leid auftritt, Hilfe zu leisten. Es ist, wie schon von Pictet formuliert, das wichtigste Prinzip (Pictet 1979). Aber wie schon im Kapitel „Humanitarismus in der Krise“ angesprochen, spielen marktwirtschaftliche und politische Kriterien in der humanitären Arbeit eine immer größere Rolle. Dass es einen klaren Trend hin zu diesen Entwicklungen gibt, wurde auch in den Interviews immer wieder geäußert.

Nach der langjährigen Tätigkeit im Sektor der humanitären Arbeit kommt Kleinschmidt zu dem Schluss:

„Humanitäre Hilfe wird dort finanziert, wo es strategisch für die Geldgeber interessant ist. Das heißt, am Anfang der syrischen Krise hat es mehr Geld für die syrische Krise gegeben, in der Zentralafrikanischen Republik interessieren sich vielleicht die Franzosen und zwei, drei andere Geldgeber und die anderen nicht. Das heißt, es gibt bestimmte Opfer oder Situationen, die viel besser finanziert sind als andere. Und das ist strategisch, politisch etc. ausgewählt“ (Kleinschmidt Interview 2016: 25–29).

Diese Tatsache merken natürlich auch die NGOs und geraten dadurch zunehmend unter Druck. Sind sie doch zum einen auf die finanziellen Ressourcen der Geberländer angewiesen und zum anderen auch noch in die Struktur des aid markets eingebettet. Was wiederum dazu geführt hat, dass sich die Organisationen einem erhöhten Risiko aussetzen. So berichtet Thomas Preindl von der Caritas Österreich:

„[...] es ist auch so, dass die Konkurrenz innerhalb des NGO-Sektors massiv zugenommen hat, letztendlich geht es um Fördertöpfe. Die Problematik ist, man hat ein Mandat, aber man hat auch den Druck, man muss vor Ort sein, man muss raus, man muss den Medien verkaufen, dass man präsent ist, der spendenden Bevölkerung zeigen, dass man dort ist, etwas tut, etwas bewirkt. So läuft ja das ganze Fundraising. Und es gibt genügend Situationen, wo man dann einfach die Sicherheit hinten anstellt und sagt: Das Risiko gehen wir jetzt noch ein. Da fahren wir noch hin. Aber dann ist es schon passiert. Oder man fährt noch in der Nacht, weil es ganz so wichtig ist“ (Preindl Interview 2016: 251–258).

Er spricht damit jenen Druck an, der auch von Van Brabant (2010) bereits geäußert wurde. Die Organisationen müssen sich gut verkaufen. Es werden also auch Aufträge angenommen, für die diejenige Organisation nicht ausreichend vorbereitet ist. Es wird in bestimmten Gegenden gearbeitet, weil Bilder für das Fundraising gebraucht werden, weil das Thema gerade in den Medien groß vertreten ist und Sicherheit muss hier hinten anstehen. Von diesem Druck berichtete auch noch eine weitere InterviewpartnerIn.

„From a more corporate point of view, there is also increasing pressure to work in unstable environments. A conversation has been ongoing for a while now about whether NGOs are ‚risk averse‘ – that we should be pursuing our humanitarian objectives, no matter what the

risk. It is increasingly difficult to meet both, the humanitarian expectations and our organisational duty of care“ (Security Advisor Interview 2016: 15–19).

Es zeigt sich also, dass abgesehen vom humanitären Prinzip der Menschlichkeit die Hilfsorganisationen auch einem großen Druck von außen ausgesetzt sind, der nicht nur ihre Arbeit bestimmt, sondern auch ihre Arbeitsweise. So betrachtet ist dem aid market auch ein großer Teil anzulasten, warum das Thema Sicherheit auf einmal so akut geworden ist. Statt sich kurzfristig zurückzuziehen, weil die Sicherheit der eigenen MitarbeiterInnen nicht mehr gewährleistet werden kann, bleiben die Organisationen vor Ort und sind dann wiederum einem erhöhten Risiko ausgesetzt.

6.4 Das Sicherheitsmodell Akzeptanz

In den Interviews mit den VertreterInnen der Hilfsorganisationen und den ExpertInnen hat sich ein zentrales Thema herauskristallisiert, welches für die Frage der Sicherheit – für alle Befragten – eine, wenn nicht die entscheidende Komponente darstellt: Akzeptanz. Das scheint für die humanitären Organisationen die Antwort auf die Frage der Sicherheit in complex emergencies zu sein. Für den Sicherheitsexperten Ludescher ist klar: „Bei einer NGO ist Akzeptanz natürlich das Wichtigste, die ganze Existenzberechtigung einer NGO, in einer Region zu arbeiten, baut darauf auf [...]“ (Ludescher Interview 2016: 105–106). Er trifft damit genau jenen Punkt, der auch von allen Organisationen, wenn es um die Sicherheit ihrer Arbeit geht, hervorgehoben wird, und den auch das Sicherheitsdreieck von Van Brabant (2000), bestehend aus Akzeptanz, Abschreckung und Schutz, zeigt.

Für CARE International gehört Akzeptanz zu den Hauptprinzipien ihrer Arbeit und ihres Selbstverständnisses. So heißt es „We really work with the principle of acceptance, being accepted by the communities we serve“ (Van Der Molen Interview 2016: 34–35). Dies unterstreicht auch nochmal die Aussage des Security Advisors einer internationalen NGO, wenn es heißt,

„But what really underpins security in conflict environments [...] is acceptance by the local community. We have worked in all these places for 50 years and have built relations with the community that help to ensure the safety of staff“ (Security Advisor Interview 2016: 45–47).

Wobei von CARE International zusätzlich angemerkt wurde, dass ihr Sicherheitsmodell nicht nur auf Akzeptanz beruhen kann. „[...] so it is not only acceptance. It is also protection, in some certain ways, [...] or deterrence“ (Van Der Molen Interview 2016: 74–75). Sie führt also das aus, was bereits als Sicherheitsdreieck vorgestellt wurde, und bezieht sich auf das Konzept von Van Brabant.

Aber Akzeptanz bedeutet auch in den Augen der Organisationen mehr, als nur die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Wenn auf Basis von Akzeptanz gearbeitet werden soll, gerade in Konfliktgebieten, muss diese auch bei allen Konfliktparteien erreicht werden. Hier hat die Untersuchung gezeigt, dass die Rotkreuzbewegung gewissermaßen einen Sonderstatus hat, der sich in erster Linie auf ihre langjährige Tradition zurückführen lässt und auf die Tatsache, dass es zahlreiche nationale Gesellschaften gibt, die vor Ort bereits gut verankert sind. So heißt es zur Strategie des Österreichischen Roten Kreuzes:

„Das heißt, wir bauen die Akzeptanz bei den Konfliktparteien auf, und wenn wir die Akzeptanz haben für unsere Arbeit, dann arbeiten wir. Da gibt es auch Studien dazu, dass in Konfliktsituationen diese Kombination aus einer starken lokalen Verankerung – das Rote Kreuz ist meistens schon seit Jahrzehnten vor Ort – gepaart mit einem Sicherheitssystem, das auf Akzeptanz aufgebaut ist, auch mit ziemlichem Abstand am nachhaltigsten ist“ (Hajek Interview 2016: 45–50).

Insofern unterscheiden sich diese Konzepte der humanitären Organisationen nur in Nuancen. Auch in einem Positionspapier der Caritas Österreich wird dementsprechend argumentiert: „[...] ist die Durchführung humanitärer Hilfe für alle bedürftigen Bevölkerungsgruppen ohne Akzeptanz durch alle Konfliktparteien und die Zivilbevölkerung [...] nicht möglich“ (Caritas Österreich 2013: 5). Und auch MSF macht deutlich, dass „[...] das Grundkonzept der Sicherheit bei Ärzten ohne Grenzen durch Akzeptanz gebildet wird und Terrance, also Abschreckung, eigentlich weniger bis gar nicht zählt. Eigentlich nur Akzeptanz“ (Luef Interview 2016: 42–43).

Das sind die offiziellen Aussagen der VertreterInnen von Hilfsorganisationen. Im Gespräch mit dem ehemaligen UNHCR-Mitarbeiter Kleinschmidt über die Arbeit in complex emergencies kommen andere Dinge ans Licht. Grundsätzlich stellt er klar: „Ich meine, das Verhältnis zu den Empfängern ist sowieso schon kaputt, eigentlich. Wer sich einbildet, dass es da super happy Beziehungen gibt in solchen Situationen: Nein“ (Kleinschmidt Interview 2016: 84–86). Er hat einen pragmatischeren Zugang zum Thema Akzeptanz in der Zivilbevölkerung, vor allem dann, wenn in Gebieten gearbeitet werden muss, in denen bewaffnete Konflikte stattfinden. Zu seiner Arbeit im Jahr 2012 in Somalia heißt es: „Sorry, da hat keiner so richtig mit den Communitys gesessen und so weiter“ (ebd.: 88–89). Nicht zu vergessen ist, dass Kleinschmidt ein ehemaliger Mitarbeiter ist und dadurch wahrscheinlich offener sprechen kann als offizielle VertreterInnen von humanitären Organisationen. In diesem Sinn hat er aber auch als Leiter in Zaatari gehandelt. Akzeptanz ist notwendig, so Kleinschmidt, aber um das nötige Level an Akzeptanz zu erreichen, ist auch ein gewisses Maß an Respekt notwendig. Auch von den EmpfängerInnen von Hilfe. So berichtet er über die Anfänge seiner Arbeit im Flüchtlingslager Zaatari:

„Da mussten wir erstmals wieder Respekt herstellen. Da sind wir auch ziemlich hart reingegangen, einige Kriminelle haben wir auch durchaus verhaften lassen, auch ganz gezielt, das hat dann den Bezug wiederhergestellt, beziehungsweise den Respekt. Respekt war am Anfang nicht da. Das wird manchmal unterschätzt. Also nur mit Softskills da reingehen: Nein“ (ebd.: 275–278).

Eine Tatsache, die keineswegs in das Bild passt, welches humanitäre AkteurInnen gerne von sich vermitteln würden. Es ist aber davon auszugehen, dass gerade in complex emergencies oft so gehandelt werden muss, um überhaupt helfen zu können, ohne sich selbst einer zu großen Gefahr auszuliefern. Den Mangel an Respekt gegenüber humanitärer Arbeit ist auch bei Ärzten ohne Grenzen ein Punkt, der immer mehr in den Vordergrund rückt. So ist dies durchaus zu einem Sicherheitsproblem geworden.

„[...] ganz gezielte Angriffe auf Gesundheitsstrukturen, wo wir sind: Das ist bei Weitem, mit großem Unterschied für uns, das größte Gefahrenpotenzial, das besteht. Für unsere Patienten, für unsere Kollegen. Wo einfach kein Respekt da ist, und das sind jetzt state und non-state actors, und von Einrichtungen, die eigentlich geschützt sind. Da zahlen wir einen hohen Zoll“ (Luef Interview 2016: 165–168).

6.5 Das Problem mit der Neutralität und Unabhängigkeit

Akzeptanz wurde zwar als wichtigstes und alles bestimmendes Prinzip für die Arbeit von humanitären Organisationen genannt, gleichzeitig gibt es aber durchaus die Wahrnehmung, dass diese Akzeptanz in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangen ist, und so scheint es verwunderlich, sie als zentrales Prinzip der Sicherheitsstrategie hervorzuheben. Mit dieser Entwicklung hat sich auch Heinz Patzelt intensiv auseinandergesetzt. Er sieht als Hauptproblem, dass das Prinzip der Neutralität nicht mehr gültig ist.

„Also zwischen dem bipolaren UdSSR- und USA-System konnte man auch als nördlich etablierte Hilfsorganisation oder NGO relativ gut Neutralität zwischen diesen beiden Seiten darstellen. Und damit war man auch für beide Seiten grundsätzlich ein attraktiver Unterstützer. In Teilbereichen. Das wurde auch manchmal schief beäugt, weil nicht klar war, zu wem der jetzt wirklich gehört, aber man wurde zumindest nicht als Bedrohung wahrgenommen. Mittlerweile ist die scharfe Trennlinie der Nord-Süd-Konflikt. Also entwickelte und nichtentwickelte Länder, wenn man so will, und es gibt keine einzige große Hilfsorganisation, der nicht, richtigerweise auch, das Mäntelchen umgehängt wird, ihr seid in Summe eine kapitalistische, nördliche Industriestaaten-Gründung. Ich glaube, ich kenne nicht eine einzige große Organisation, die nicht nur ihren Sitz im sicheren etablierten Norden hat und von dort aus, nach dortigen Humanitäts- oder Menschenrechtsstandards gegründet worden ist. In dem Ausmaß, in dem ich den Nord-Süd-Konflikt habe, kann diese Hilfsorganisation jetzt noch so individuell helfen wollen, sie wird von den dortigen Machthabern dem etablierten Norden zugerechnet und ist damit potenzielles Feindbild“ (Patzelt Interview 2016: 171–181).

Dieses Problem, also das Spannungsfeld zwischen den Geberländern und den Empfängerländern, Industriestaaten versus sogenannten „Entwicklungsländern“, erzeugt vor allem durch das Verhalten des globalen Nordens, ist den humanitären Organisationen auch bewusst. Wobei die Organisationen hier das Problem weniger bei sich selbst suchen, als mehr in der Politisierung der humanitären Arbeit beziehungsweise in der Politik der großen Geberländer. So heißt es von Thomas Preindl von Caritas Österreich zum Problem der schwindenden Akzeptanz:

„Da spielt viel rein, mit der Politik des sogenannten Westens, der Amerikaner, der EU gegenüber anderen Ländern, arabischen Ländern. Die Kriege im Irak und in Afghanistan, diese Interventionen, diese massiven Menschenrechtsverletzungen, diese Schweinereien vom Westen, die sich abgespielt haben“ (Preindl Interview 2016: 83–86).

Und das hat wiederum große Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Hilfsorganisationen. Preindl gibt zu bedenken:

„Da ist die Stimmung gekippt im Lauf der Jahre. Da ist Hass entstanden. Und NGOs vom Westen – also ich sage jetzt Westen im Sinne von Amerika, Japan, Europa usw., also alle Länder, die dem Westen zugeordnet werden, unserem Lebensstil, unserer Lebensweise: ganz egal, ob wir jetzt neutral sind oder nicht oder ob wir versuchen, das zu sein, wir sind Teil des Systems und werden so auch wahrgenommen. In Afghanistan wird eine NGO aus Amerika oder Europa als Teilnehmer der Invasion der Amerikaner, Briten, NATO etc. wahrgenommen. Das ist so. Also wir sind Teil des Systems geworden“ (ebd.: 95–100).

Dass die Caritas Österreich in anderen Kontexten mit dem österreichischen Bundesheer zusammenarbeitet, wird jedoch nicht als Problem betrachtet.

„Wenn dann eine konkrete Kooperation Sinn macht, weil wir zum Beispiel logistische Unterstützung brauchen oder Transportkapazitäten, dann würden wir sagen, also als Caritas Österreich, wir haben hier ein Positionspapier verfasst [...]: Wir werden zurückgreifen auf die Kapazitäten des Militärs. Voraussetzung, die sind nicht unmittelbar in einem Kampfgeschehen“ (ebd.: 195–199).

Auch wenn der Einsatz des Bundesheeres zum Beispiel im Rahmen der KFOR-Truppen im Kosovo nicht vergleichbar ist mit dem Engagement amerikanischer SoldatInnen in Afghanistan, trägt eine solche Zusammenarbeit immer auch dazu bei, dass die Grenzen zwischen den verschiedenen AkteurInnen zunehmend verschwimmen. Ähnliches lässt sich auch beim Österreichischen Roten Kreuz beobachten. So heißt es einerseits:

„[...] ich sehe schon diese militärischen Hilfsaktionen, auch die immer stärker werdende Militarisierung und Politisierung der humanitären Hilfe seitens der Geldgeber, und dass Hilfe als Teil der Außen- und Sicherheitspolitik zu sehen ist. Das ist etwas, was wahrscheinlich sogar mehr Einfluss hat auf das access-Problem in diesen Ländern“ (Hajek Interview 2016: 119–123)

Gleichzeitig ist die enge Verbindung des Österreichischen Roten Kreuzes mit dem österreichischen Bundesheer hinlänglich bekannt, auch wenn das eine andere Qualität hat. Auch Ludescher will darauf aufmerksam machen, dass die fehlende Akzeptanz nicht nur auf externe Gründe zurückgeführt werden kann, sondern durchaus auch in der Arbeit von einzelnen NGOs zu finden ist, die damit wiederum den gesamten Sektor gefährden. Ludescher nennt noch weitere Gründe:

„Es wurde auch ein bisschen zur Hilflosigkeit erzogen, mit sehr gut gemeinten Hilfeleistungen. Also die Leute hatten sehr wohl ihre Rezepte für viele Probleme, aber hier hat sich in den letzten 150 Jahren eine gewisse Hilflosigkeit eingestellt, wodurch NGOs wirklich benötigt werden, weil diese Selbsthilfe zerstört wurde. Dann spielt eine große Rolle eine Angst, die Al-Shabaab in Somalia aufgebracht hat [...], die auch ganz bewusst gegen NGOs vorgeht, weil man die Leute zur Hilflosigkeit erzieht. Durchaus ein legitimer Ansatz, natürlich nur vom Gedanken. Deswegen Gewalt anzuwenden, ist nicht in Ordnung. Dazu kommt schon auch, dass einige NGOs immer noch verdeckt als christliche Missionare auftreten, muss man ehrlich sagen [...] Es gibt einige NGOs, die die Missionierung als Mission haben. Dass das von gewissen Gruppierungen mittlerweile erkannt wird, ist klar. Weiteres Problem ist, dass die US-Regierung den Deckmantel der NGOs und Hilfsorganisationen ausnutzt, um eigene Agenden durchzusetzen: von Aufklärungs- und Spionagetätigkeiten bis hin zu der Operation Geronimo (Killing of Osama bin Laden), die – mittlerweile weiß man das ja – durch ein Impfprogramm beziehungsweise eine Aufklärungsoperation getarnt als Hilfsprogramm durchgeführt werden konnte. Und somit natürlich NGO-Tätigkeit auf Jahrzehnte hinweg eigentlich gefährdet wurde“ (Ludescher Interview 2016: 443–458).

Es sind also vielschichtige Gründe, warum die Akzeptanz zunehmend geringer wird. Auffallend ist, dass von den Organisationen die Verantwortung der Politik zugeschoben wird und nur wenig Selbstreflexion – nicht nur, was die eigene Organisation betrifft, sondern den gesamten Sektor der humanitären Arbeit – betrieben wird. So wurde auch von CARE International, das zumindest bis in den Anfang der 2000er-Jahre sehr enge Beziehungen zum US-Militär unterhalten hat (Geueke 2002: 172), das Problem der mangelnden Akzeptanz nicht auf diesen Umstand zurückgeführt. Auch die eigene Politisierung von einigen NGOs und deren Projekten, immer dem Vorbild der westlichen Gesellschaft folgend, wird nicht erwähnt. Vergessen wird auch gerne ein Umstand, auf den AutorInnen wie Andrea Schneiker bereits aufmerksam gemacht haben. In einer ihrer Forschungsarbeiten äußerte sich ein von ihr befragter NGO-Sicherheitsexperte wie folgt:

„[NGO A] is very different from [NGO B]. But for the other stakeholders, government, media, general public, civil society, more or less, they are considered as one. [...] The action or inaction of one organisation does impact the action or inaction of the other and also the risk profile of the whole sector. There have been some incidents when one NGO was intimidated or attacked [because it was] confused with another NGO. And the work profile of both the INGOs was totally different but, so, this is how they are viewed, as a collective, collective entity“ (NGO-Sicherheitsexperte zit. nach Schneiker 2014: 55f).

In der öffentlichen Wahrnehmung wird die gesamte Branche der humanitären Organisationen in der Regel als ein Großes und Ganzes wahrgenommen. Die großen oder kleinen Unterschiede zwischen den Organisationen fallen hier sehr schnell unter den Tisch. Das bedeutet, dass jede Handlung einer einzelnen Organisation immer direkte Auswirkungen auf alle hat. Und das gilt auch für vergangene. Eine langjährige Kooperation mit zum Beispiel dem amerikanischen Militär lässt sich nicht einfach ignorieren oder durch eine neue policy vom Tisch wischen. Mit solchen Arrangements wurde nachhaltig Vertrauen missbraucht und die Basis für Akzeptanz zerstört. Dass sich einige Hilfsorganisationen direkt von Staaten einbinden lassen, wie im Irak oder in Afghanistan, kann zum Beispiel dem Österreichischen Roten Kreuz eigentlich nicht zum Vorwurf gemacht werden. Auf der anderen Seite sind sie, solange sie zu einem großen Teil von öffentlichen Geldern finanziert werden, auch Teil des Systems. Sie schaffen es auch nicht, sich klar abzutrennen. Somit werden solche Fälle, wie hier von Walter Hajek beschrieben, weiterhin die Wahrnehmung der EmpfängerInnen beeinflussen:

„Wir spüren das schon seit Afghanistan und Irak, seit dem war on terror und den hearts and minds Initiativen, wo humanitäre Hilfe bewusst als Kriegsmittel eingesetzt und verwendet wurde, hier ist sehr schwer zu unterscheiden: wenn am Vormittag die PRT⁷-Teams im weißen SUV kommen und gegen Informationen die Hilfsgüter austeilen und Nachmittag kommt das Rote Kreuz. Das ist sehr schwer für die Leute zu begreifen“ (Hajek Interview 2016: 268–272).

Die von zahlreichen Organisationen gepflegten zivil-militärische Beziehungen (ZMB) fördern diese Szenarien. Darunter leidet die Einhaltung der humanitären Prinzipien der Unabhängigkeit und der Neutralität.

Die Gespräche haben gezeigt, dass humanitäre Arbeit, auch aus Sicht der Organisationen selbst, durch externe und interne Gründe durchaus gefährlicher geworden ist und es einen Bedarf an neuen Sicherheitsstrategien gibt. So kommt auch Vaux zu dem Schluss: „[...] is the increasing perception that acceptance as a model of security for aid agencies no longer works“ (Vaux 2001: 12).

6.6 Sicherheitskonzepte – Von Protokollen, Trainings und Wachen

Alarmiert durch die Wahrnehmung, nicht mehr als neutral und unabhängig zu gelten, und dem damit einhergehenden Mangel an Akzeptanz sind die Hilfsorganisationen gezwungen, neue Wege zu gehen. Anstatt sich ausführlich den oben angesprochenen Themen zu widmen, auch Fehler bei sich selbst zu suchen und so möglicherweise wieder eine größere Akzeptanz zu erlangen und damit

⁷ Provincial Reconstruction Teams. Militärische Einheiten, die im Irak und Afghanistan den Wiederaufbau der Infrastruktur unterstützen sollen. In der Regel unter dem Kommando eines NATO-Mitglied-Landes.

weniger Gefahren ausgesetzt zu sein, wird auf Risk-Management gesetzt. Es wird also weniger versucht, die Gründe für die Gewalt aus der Welt zu schaffen, sondern Wege zu finden, wie trotz der Gewalt gearbeitet werden kann.

Die Sicherheitskonzepte von großen humanitären AkteurInnen sind im Grunde genommen alle recht ähnlich. Besonders hervorgehoben werden die weichen Maßnahmen, also Protokolle und policies. Van Der Molen von CARE International fasst die Sicherheitsmaßnahmen wie folgt zusammen:

„[...] we basically have an overarching structure for safety and security. That means we have policies, we have principles, we have standards, we have protocols, we have a whole set of documents to ensure, that we can work as best as possible in the high risk environment. [...] to having a handbook that all employees carry on them with lists of do's and don't, with regard to certain areas, certain threats or certain situations that they may encounter in field. And obviously we have safety and security instructors within the countries. So we have an overarching set of policies, procedures and tools for the whole of the Care organizations and every country, where we are working, they have their own plan, their safety and security managing plan, their protocols, what to do in the event of etc.. There is a lot of things articulated in that, when it regards evacuation protocols, what to do in an case of an incident, what to do in a case of a medical injury etc. Through our different layers and different support system within the organization, we prepare our staff to work in high risk environments, we have the right structures to respond incidents “ (Van Der Molen Interview 2016: 11–26).

Solche Handbücher und Protokolle finden sich bei allen befragten Hilfsorganisationen. Kleine NGOs, die – anders als CARE – sich keine eigene Sicherheitsabteilung leisten können, die solche Papiere entwirft, übernehmen dann auch hin und wieder einfach bereits erstellte Handbücher. Im Grunde genommen sind es Ansammlungen von Verhaltensregeln und policies der jeweiligen Organisation, in denen versucht wird, auf möglichst jede potenzielle Gefahrensituation eine Antwort zu finden. Wenn es um das Thema Sicherheit geht, kommt von den Organisationen immer schnell der Verweis auf diese Protokolle. Wie hilfreich diese im Ernstfall dann wirklich sind, bleibt offen.

Neben diesen Sicherheitsprotokollen hat die Untersuchung gezeigt, dass in den Augen der Organisationen eine der wichtigsten Maßnahmen, um die Sicherheit von MitarbeiterInnen in complex emergencies zu gewährleisten, Trainings sind. Der von Mark Duffield beschriebene Trend, die MitarbeiterInnen zunehmend solchen Trainings zu unterziehen, lässt sich hier sehr gut nachvollziehen (Duffield 2012: 485f).

Die Caritas Österreich bietet ihren MitarbeiterInnen eine ganze Palette von Möglichkeiten an: „Da gibt es immer wieder so Trainings nach Bedarf, wo wir einerseits theoretischen Input vermitteln,

aber auch praktische Feldübungen machen. Die Bandbreite durch – von Verhalten bis hin zur Kommunikation“ (Preindl Interview 2016: 27–29). Hier findet auch ein transnationaler Austausch statt, so berichtet Preindl von der Caritas Österreich weiter: „Die Kollegen in Deutschland machen das mit der deutschen Bundeswehr, da habe ich selbst auch einmal dran teilgenommen. An einem einwöchigen Sicherheitstraining (ebd.: 36–37). Ähnlich das Verfahren beim Österreichischen Roten Kreuz: „[...] wir versuchen, die Synergien des Netzwerks zu nutzen, und dann unsere Leute nach Finnland oder Deutschland zu schicken für Sicherheitstrainings. Oder eben nach Genf“ (Hajek Interview 2016: 36–38). Bei MSF, so berichtet es Franz Luef, sind Sicherheitstrainings eigentlich Pflicht, wenn MitarbeiterInnen auf Einsätze in complex emergencies geschickt werden. Und dabei werden dann wirklich konkrete Abläufe trainiert:

„Zusätzlich kommt es auch noch vor, in ganz speziellen Kontexten, Missionen, dass es dann auch Simulationen gibt, zu den verschiedensten Aspekten. Simulationen mit dem Team vor Ort. Was machen wir in diesem Team, wenn das Auto, das Fahrzeug angegriffen wird, wie verhalten wir uns bei Einbruch, wie verhalten wir uns bei Kidnapping, wie verhalten wir uns etc.“ (Luef Interview 2016: 48–52).

Auch bei CARE International gehören Trainings zur Standardprozedur für alle MitarbeiterInnen, bevor sie in den Einsatz geschickt werden: „[...] providing training for every employees that start working for Care, [...] to prepare people for working in high risk environments. For example the hostile environment awareness training“ (Van Der Molen Interview 2016: 14–17). Es dürfte also mittlerweile bei fast allen Organisationen ganz normal sein, diese Sicherheitstrainings durchzuführen. Ebenso beim UNHCR, hier wird noch einen Schritt weitergegangen. So werden zum Beispiel MitarbeiterInnen, die in Risikogebiete geschickt werden, in Selbstverteidigung und dem Abwehren von Übergriffen trainiert, wie es in einer vom UNHCR veröffentlichten Stellungnahme über die Sicherheit ihrer Angestellten heißt (UNHCR 2015: 6). Es kann also davon ausgegangen werden, dass Mark Duffield mit seiner Einschätzung recht hat, dass solche Trainings in vielen Fällen eine Kultur der Angst und Furcht generieren (Duffield 2012: 486). Das Problembewusstsein dafür ist bei den Organisationen selbst nicht vorhanden. Die Tatsache, dass NGOs wie die Caritas Österreich unter anderem mit Militärs trainieren, deutet schon an, welcher quasi militärischen Charakter das mit sich bringt. Auch der ehemalige Soldat Ludescher hebt hervor, dass diese Trainings für NGOs einen wichtigen Bestandteil ihrer Sicherheitskonzepte ausmachen und über normale Briefings in der Regel hinausgehen.

„Bei NGOs wird oft gesagt, wir machen Security im eigenen Saft, also unsere Mitarbeiter bekommen ein Security-Training, das weit über ein Security--Training hinausgeht, sprich Dinge, wie das Einzelverhalten, das Verhalten bei Konvois, was passiert, wenn ich ein Objekt umfahre, das suspekt wirkt, und so weiter“ (Ludescher Interview 2016: 227–231).

Ludescher beschreibt aus seiner eigenen Erfahrung, wie ein solches Training für zum Beispiel eine kleinere Organisation aussehen kann:

„[...] angesetzt war ein zweitägiges Sicherheitstraining und ein Risk-Assessment sowie vorzuschlagen, wie man das Office besser sichern kann mit billigen Mitteln und wie man an der eigenen awareness sowie den Prozessen arbeiten kann. Also wenn wieder wer von euch nach Peschawar fahren muss, um mit einem Klienten zu arbeiten, dann muss man das anders machen. Da wird es dann schon fast militärisch mit Movement Control, also da muss man etwas aufbauen, dass jeder im Office weiß, wann ihr wo zu welcher Zeit seid, und wenn ihr euch zu diesem Zeitpunkt nicht meldet, passiert diese Eskalation und so weiter“ (ebd. 257–236).

Duffield verweist auch darauf, dass diese Trainings zwar – wie oben von Organisationen selbst beschrieben – alle internationalen MitarbeiterInnen von Organisationen, die auf Einsatz geschickt werden, durchlaufen, aber dass lokale Angestellte von Organisationen, die in der Regel mehr als 80 Prozent ausmachen, hier oft exkludiert werden (Collinson und Duffield 2013: V). Abgesehen von den bereits beschriebenen Problemen, die solche Trainings mit sich bringen können, stellt sich auch die Frage, auf wen hier zurückgegriffen wird, um diese Trainings zu veranstalten. Und hier hat sich auch erstmals gezeigt, dass in der Regel private AnbieterInnen herangezogen werden. So heißt es von der Caritas Österreich: „Da gibt es verschiedene Möglichkeiten, oder wir machen es über Berater, Ex-Militärs, die eine Zeit lang beim Militär waren und dann privat irgendwo solche Services anbieten“ (Preindl Interview 2016: 37–39). Größere Organisationen können diese Trainings teilweise auch schon intern anbieten. Das übernehmen dann die fest angestellten SicherheitsmanagerInnen. Aber selbst bei solchen mit eigenen Sicherheitsabteilungen wird für Trainings gerne auf die Erfahrung von PMSCs gesetzt. So berichtete der Security Advisor einer großen NGO:

„We also use the services of organisations like Control Risks for information, training and certain technical areas. We hire external risk management consultancies to conduct audits or conduct training“ (Security Advisor Interview 2016: 54–56).

Das hat auch ganz pragmatische Gründe. Selbst wenn erfahrene MitarbeiterInnen vorhanden sind, werden dennoch gerne externe AnbieterInnen genommen, um Trainings möglichst realistisch zu gestalten. Auch bei Ärzte ohne Grenzen gehört dies zur Praxis:

„[...] es gibt in gewissen Bereichen und Regionen Unternehmen, die sich darauf spezialisiert haben, wo wir nicht auf den Schutz selber zugreifen, sondern auf das Training. Die auch Erfahrung haben, weil eben mit Simulationen gearbeitet wird. Es ist realistischer, wenn es ein externer Partner macht, als es intern zu machen“ (Luef Interview 2016: 141–144).

Wie diese Trainings konkret ausschauen, wurde nicht weiter erläutert. Groß angelegte Sicherheitsübungen von Militärs oder privaten Sicherheitsfirmen sollten aber nicht unterschätzt werden. So heißt es auf der Website eines privaten Anbieters:

„Personal Security for Humanitarians has been designed specifically from an NGO perspective to provide the most relevant and challenging training for NGO workers. Essential theory learned in the classroom will immediately be put into practice in real-life simulation exercises, confronting key issues such as roadblocks, abduction, weapons, mines and crossfire. The course is designed to put you under stressful circumstances, preparing you for the worst case-scenario“ (RedR uk 2016)

Es lässt sich damit erahnen, wie diese Trainings aussehen können. Inwieweit dies noch zum Bild der humanitären ArbeiterInnen passt, das nach außen getragen wird, ist fragwürdig. Und dass solche Trainings auch einen Einfluss auf die TeilnehmerInnen selbst haben können, auf ihre Denk- und Arbeitsweise, wie von Duffield beschrieben, ist nicht weit hergeholt. Die befragten Organisationen haben sich dazu nicht weiter geäußert.

Neben diesen Protokollen und Trainings ist es mittlerweile üblich, in complex emergencies mit Wachpersonal zu arbeiten. Die Organisationen räumen dies auch alle grundsätzlich ein. Auffallend ist, dass die Aussagen der einzelnen Organisationen hier sehr ähnlich sind. So heißt es vom Roten Kreuz:

„Es gibt sozusagen gatekeepers, die bei den security-checks, wenn man da auf die Compounds kommt, sozusagen die Leute kontrollieren. Das sind private Firmen, die haben keine Waffen, die sind so ein bisschen wie der Welcome Service und überprüfen gleichzeitig [...] in wenigen Fällen, aber hin und wieder, gehen die Leute durch den Metalldetektor durch. Und das ist der Sinn und Zweck dieser Wachen. Aber ohne Waffen“ (Hajek Interview 2016: 70–74).

Auch bei der Caritas Österreich ist das ein alltägliches Phänomen:

„Wir haben unsere Erfahrungen mit privaten Sicherheitsfirmen nur insofern, dass wir unsere Unterkünfte schützen. Es gibt also Situationen, in denen wir auf private Sicherheitsfirmen zurückgreifen, das sind aber nicht schwer bewaffnete Leute, sondern mehr guards, die unseren compound bewachen“ (Preindl Interview 2016: 59–62).

Die großen Organisationen wie CARE International oder MSF können, wie sich herausgestellt hat, entweder auf eigenes Personal zurückgreifen oder sie arbeiten mit privaten AnbieterInnen. Aber auch dort hört sich das sehr ähnlich an.

„Also grundsätzlich, was den passiven Schutz unserer Strukturen betrifft: Wir greifen sehr gerne, wenn auch nicht ausschließlich, auf unser eigenes Personal zurück. Das heißt, wir stellen Wachleute ein, die geschult werden und für den passiven Schutz unserer Strukturen

zuständig sind. Die sind gekennzeichnet, werden in unserer Philosophie geschult. Bis auf ganz, ganz wenige Ausnahmen – die große Ausnahme war Somalia – sind sie unbewaffnet, weil es einfach darum geht, mit den aus der Bevölkerung rekrutierten Wachmännern, Wachfrauen einen „wirksamen“ Schutz zu erreichen“ (Luef Interview 2016: 56–61).

Und auch bei CARE International gibt es im Grunde genommen dieselbe Aussage:

„Yes, we do have guards for our compounds and guest houses in some areas and they can be either CARE trained and CARE hired or like in some countries we have contracts with an external provider, but those are not armed security companies. So we use them to guard over the parking place etc.“ (Van Der Molen Interview 2016: 39–41).

Auch für UN-Organisationen wie den UNHCR ist es eine normale Praxis, hier auf externes Wachpersonal zurückzugreifen. So berichtet Kleinschmidt:

„Man hat natürlich für Installationen, für die Büros immer einen G4S-Typen. Um das Tor aufzumachen, für irgendwelche Grundsicherheitsfunktionen, crowd controlling, wenn sich Schlangen bilden, um irgendwelche Verteilungen vorzunehmen. Natürlich. Da hat jeder Sicherheitsdienste oder stellt Leute ein, um Sicherheit herzustellen. Ordnungsdienste, Sicherheitsdienste. Man braucht Leute, die nachts auf irgendetwas aufpassen. Klar“ (Kleinschmidt Interview 2016: 104–108).

Besonders betont wird, dass das Wachpersonal so gut wie immer unbewaffnet ist. Im Grunde hört es sich oft so an, als ob hier von RezeptionistInnen gesprochen wird, die mehr oder weniger dort die Tür aufmachen und die Gäste freundlich begrüßen. Aber es sind natürlich erste Anzeichen des von Duffields untersuchten Trends zur ‚bunkerization‘. Also eine klare Trennung zur Außenwelt aufbauen und der Beginn einer Abschottung. Diese Art der Compound Sicherheitskonzepte, die Duffield in erster Linie bei UN-Einrichtungen beobachtet hat, scheinen sich also bei den meisten NGOs, für die es finanzierbar ist, durchzusetzen. So berichtete auch die Sicherheitsberaterin, wie das bei ihrer NGO aussieht:

„[...] things like compound security – both terms of physical security such as HESCO⁸ barriers, blast film etc. and procedures such as access control, vehicle checks, guard training“ (Security Advisor Interview 2016: 41–44).

Dass das zum Standard in Risikoländern gehört, ist auch für den Sicherheitsmann Ludescher klar. Er beschreibt:

„Die meisten NGOs [...] in sagen wir mal Extrem-Risikoländern haben alle eine Form von Sicherheit mitgehabt, die auch als Sicherheitsleute identifizierbar waren. [...] Als NGO habe ich die Standortsicherheit, also Mauern, guards, gates. Da ist immer irgendeine Art von Wachmann“ (Ludescher Interview 2016: 191–195).

⁸ Schanzkörbe. Mit Erde oder Sand gefüllte Behälter, die zur Befestigung von militärischen Feldlagern eingesetzt werden.

Dieses Prinzip von Mauern, guards und gates als Sicherheitsstrategie hat seinen Ursprung logischerweise in militärischen Sicherheitsstrategien und ist auch nach diesen Konzepten ausgerichtet. Diese Phänomene sind, so Duffield, insofern neu, als sie erst in den 90er-Jahren im Bereich der humanitären Arbeit aufgetaucht sind. Die Untersuchung hat also schon gezeigt, dass die Zusammenarbeit mit Sicherheitsfirmen üblich, wenn nicht gar vollkommen normal für NGOs ist. Zumindest was Training, Beratung und Wachpersonal betrifft. Ein Problembewusstsein dafür scheint nicht bei allen vorhanden zu sein. Der Vertreter der Caritas Österreich äußerte leichtes Unverständnis bezüglich des Forschungsvorhabens, weil ihm ein Anstieg solcher Kooperationen eigentlich nicht aufgefallen wäre (Preindl Interview 2016: 48). Obwohl später im Interview darauf verwiesen wurde, dass mit solchen Firmen gearbeitet wird. Auch bei CARE International wird sehr auf das wording aufgepasst. Den Begriff Sicherheitsfirma gilt es zu vermeiden. So wird hier von „external providers“ gesprochen (Van Der Molen Interview 2016: 40). Ähnlich beim Österreichischen Roten Kreuz, das seine Sicherheitsleute letztlich als „welcome services“ einstuft (Hajek Interview 2016: 72). Es wird tunlichst versucht, nicht zu sehr mit diesen Firmen in Verbindung gebracht zu werden. Humanitäre Arbeit und ehemalige SoldatInnen, dieses Bild gilt es zu vermeiden. Hervorzuheben hier ist Ärzte ohne Grenzen, denen die Problematik durchaus bewusst ist und die Probleme auch einräumen und intern immer wieder Studien machen, ob es wirklich einen Nutzen bringt, auf so eine Firma zurückzugreifen, und ob die Firma überhaupt zu der Philosophie von ihnen passt (Luef Interview 2016: 70–75). Was so viel bedeutet wie, dass Firmen wie G4S auch für die Bewachung von den Compounds generell nicht infrage kommen.

Zusätzlich muss noch angemerkt werden, dass all diese Komponenten, auf die von Hilfsorganisationen zurückgegriffen wird, um die Sicherheit ihrer Arbeit zu erhöhen, wieder direkte Auswirkungen auf die gesamte Branche haben. Ludescher merkt an, dass im Sicherheitsmanagement der Grundsatz gilt, „[...] be never the softer target“ (Ludescher Interview 2016: 117). Das bedeutet, AngreiferInnen, AttentäterInnen oder potenzielle Kriminelle wägen immer ab und gehen letztendlich den Weg des geringsten Widerstandes. Wenn die großen, finanziell gut ausgestatteten NGOs ihre Sicherheitsmaßnahmen erhöhen, steigt also gleichzeitig die Gefahr für kleine Hilfsorganisationen, die finanziell einfach nicht mitziehen können. Letztendlich ein Teufelskreis. Den kleinen Organisationen bleibt dann nur übrig, ebenfalls mehr Budget in Sicherheit zu investieren oder ihre Arbeit zu beenden, wenn sie ihre MitarbeiterInnen nicht einer erhöhten Gefahr aussetzen wollen.

Die Sicherheitsbranche hat den aid market längst erkannt, so Ludescher:

„Es ist definitiv ein legitimer Markt. Es ist nicht der interessanteste Markt, weil die Budgets oft klein sind. Also wenn ich Oil and Gas oder Finance kriegen kann, gehe ich natürlich dahin. Und die ganzen großen Unternehmen wie Control Risks leben natürlich von Oil and Gas, keine Frage. Aber sie haben durchaus ein Segment NGO. Weil es zum einen ein besonders Skillset ist, also du musst eine eigene Sprache beherrschen, um mit NGOs arbeiten zu können. Man muss es auch wollen. Und natürlich, weil es ein Markt ist. Aid market ist genau das richtige Wort. Und da hängen verschiedene Unternehmen dran, aber security gehört da natürlich dazu. Es gibt Unternehmen, die spezialisieren sich auf NGOs. Kleinere Firmen, die sagen, ich kann mit Control Risks nicht mithalten und werde Shell oder BP nie als Klienten haben, aber dafür habe ich einen Haufen Leute, die Ex-Militärs sind, gut auftreten, was drauf haben – machen wir also NGOs“ (Ludescher Interview 2016: 302–312).

Hier ist es unwahrscheinlich, dass sich Sicherheitsfirmen dafür anheuern lassen, nur um den unbewaffneten Willkommensservice zu stellen. Gleichzeitig ist es schwer vorstellbar, dass in Hochrisikoländern, wenn auf Schutz gesetzt wird, nur unbewaffnetes beziehungsweise von den Organisationen selbst trainiertes Wachpersonal eingesetzt wird.

6.7 Policy versus Praxis

Die empirische Untersuchung hat gezeigt, dass es einige Ungereimtheiten gibt, was die Aussagen der VertreterInnen der Hilfsorganisationen betrifft bzw. der GesprächspartnerInnen, die nicht oder nicht mehr direkt für solche arbeiten. Die Organisationen verweisen darauf, wie oben gezeigt, dass sie hauptsächlich mit dem angeschlagenen Modell der Akzeptanz arbeiten, die von ihnen benutzten Sicherheitsmaßnahmen versuchen sie kleinzureden und als Nichtigkeit abzutun. Grundsätzlich ist es so – das hat auch die Studie von Stoddard, Harmer und DiDomenico gezeigt –, dass die Wachen vor den Gebäuden, wo in der Regel auf lokale oder Subunternehmer von internationalen PMSCs gesetzt wird, unbewaffnet sind. Das ist grundsätzlich auch die policy aller Organisationen. Bei Waffen wird die rote Linie gezogen, so heißt es zum Beispiel von CARE International: „We do not work with armed guards or armed escorts [...]“ (Van Der Molen Interview 2016: 42). Die Problematik, die humanitären Prinzipien generell einzuhalten, wurde schon ausführlich dargestellt, aber bei Waffen scheinen die Organisationen zurückzuschrecken. Auch beim Roten Kreuz wird so argumentiert, dass, wenn die Akzeptanz verloren gegangen ist und in Gesprächen mit den Konfliktparteien keine Einigung erzielt werden kann, dass man sich dann kurz- oder langfristig aus dem Gebiet zurückzieht“ (Hajek Interview 2016: 141–146). So zumindest die Organisation, sie betont im Weiteren die Sonderstellung des Roten Kreuzes:

„Man muss eine globale Strategie fahren, diese glaubhaft nach außen tragen und diese auch über lange Zeit weiterverfolgen. Ich glaube, das machen wir sehr glaubhaft. Andere Organisationen machen das anders. Wenn man sagt, man ist neutral, unabhängig, ohne militärischen Schutz auf der einen Seite und in anderen Konfliktgebieten würde man es nicht

so machen – vor allem in der heutigen Welt ist das einfach nicht sehr glaubhaft“ (Hajek Interview 2016: 179–184).

Im Ernstfall wiederum, also wenn es darauf ankommt, sieht die Sache wieder ein bisschen anders aus. So berichtet Kleinschmidt über seine Beobachtungen in den 90er-Jahren in Somalia:

„Das Rote Kreuz zum Beispiel, das ist jetzt schon eine Weile her, aber das erste Mal, als ich in Somalia war, hat das Internationale Rote Kreuz eine der größten bewaffneten Gruppen Somalias kontrolliert. Die hatten Hunderte von Bewaffneten 1993. [...] In Pakistan natürlich auch“ (Kleinschmidt Interview 2016: 116–120).

Auch später im Kosovo hat das Österreichische Rote Kreuz recht schnell – trotz der Prinzipien der Neutralität und Unabhängigkeit – den militärischen Schutz vom Bundesheer gesucht. Nachdem es sehr schnell zu Raubüberfällen kam, wurde beschlossen, das Camp, trotz der eigenen policy, in den Sicherheitskreis des Bundesheeres zu verlegen (Dialer Mitschrift 2016: 72–78). Hier deutete sich schon an, dass letztendlich doch immer Ausnahmen gemacht werden und dass zwischen dem Bild, das vermittelt werden soll, und der Realität eine Lücke klafft: Kleinschmidt, Ludescher und Dialer, die alle bereits in Krisengebieten wie Somalia, Afghanistan, Jemen, Irak, Kongo oder im Südsudan gearbeitet haben, auch für oder mit NGOs, bestätigen, dass ein Arbeiten in solchen Gebieten ohne bewaffneten Schutz nicht möglich ist (Kleinschmidt Interview 2016: 133; Ludescher Interview 2016: 146; Dialer Mitschrift 2016: 8). Und dass dies eine Praxis ist, auf die NGOs zurückgreifen, konnte auch beobachtet werden. Für Kleinschmidt ist klar:

„Die haben alle irgendwelche Arrangements mit irgendwelchen Warlords oder Milizen-Chefs oder sonstwas. Natürlich versuche ich mir meine Garantien auszuhandeln, das brauche ich sowieso. Aber in diesen Situationen haben sie alle irgendwo ein Arrangement mit bewaffneter Sicherheit oder zumindest mit einer Präsenz von Leuten, was im Grunde ein Sicherheitsdienst ist. Also es werden Leute dafür bezahlt, dass sie Sicherheit liefern. In einer Form oder einer anderen. Also entweder, ich setze mir jemanden ins Auto rein, wo ich weiß, das ist der Sohn vom Chief aus der Region, oder ich hole mir einen Gunman oder sonstwas“ (Kleinschmidt Interview 2016: 130–137).

Während seiner Zeit als Sicherheitskoordinator für den UNHCR in Somalia sahen die Sicherheitsmaßnahmen wie folgt aus:

„Mein Auftrag war, die humanitäre Präsenz in Mogadischu wieder aufzubauen und nicht nur vom Flughafen aus zu arbeiten, sondern aus der Stadt heraus. Wir haben einen eigenen Sicherheitsdienst aufgebaut. Wir hatten einmal die guards, um die Burg zu bewachen, und dann hatten wir noch einen Sicherheitsdienst, einen somalischen, den wir genützt haben, um unsere Sicherheit zu gewährleisten, wo wir dann jeweils mit 21 Schwerbewaffneten durch die Stadt gefahren sind. Also Konvois von fünf bis sechs Fahrzeugen, die von den 21 geschützt wurden“ (Kleinschmidt Interview 2016: 57–62).

Anders wäre es gar nicht gegangen, dort zu arbeiten, so Kleinschmidt. Jetzt ist das natürlich ein Extremfall. Auf die Problematik dieser Praxis wird noch im folgenden Kapitel genauer eingegangen. UN-Organisationen sind aber im höheren Maße gefährdet als andere, schon alleine durch die politische Ausrichtung der UN. Auch die finanziellen Mittel, auf so etwas zurückzugreifen, hätte wohl fast keine NGO. Aber im Kleineren ist das auch bei NGOs beobachtbar. Dass Organisationen wie CARE bereits auf bewaffnete Dienstleistungen zurückgegriffen haben, wurde schon beschrieben. Auch die Caritas USA hat sich in Afghanistan von bewaffneten Sicherheitsleuten bewachen lassen (Preindl Interview 2016: 242). Auch bei kleineren Hilfsorganisationen wie Cap Anamur/Deutsche Notärzte kann zum Teil nur unter bewaffnetem Schutz gearbeitet werden (Kleinschmidt Interview 2016: 331–332). Die Praxis aber, in einem wirklich schwer bewaffneten Konvoi zu Einsätzen zu fahren, wird eigentlich von allen Organisationen abgelehnt. Ärzte ohne Grenzen hat in Somalia einmal den Schutz von bewaffneten Sicherheitskräften bezogen. Und gibt heute an, ausnahmslos auf diese Praxis zu verzichten, auch weil sich gezeigt hat, dass die gewünschte Wirkung nicht erreicht wurde.

„Da hat sich dann eine Praxis in einem ganzen Land, einer ganzen Region etabliert, wo es einfach unmöglich war, sich da herauszuverhandeln. Wie wir leider auf sehr traurige Art und Weise erfahren mussten, dass auch dieser bewaffnete Schutz in Somalia uns nicht davor geschützt hat, sehr kritische Fälle und Sicherheits-Zwischenfälle zu haben, die sehr traurig geendet haben“ (Luef Interview 2016: 98–102).

Interessant hier, wie auch bereits in oberen Abschnitten, dass der Vertreter von MSF als Einziger eine solche Kooperation eingeräumt hat. Obwohl – wie aus der Studie von Stoddard, Harmer und DiDomenico hervorgegangen – jede größere Hilfsorganisation zumindest einmal mit bewaffnetem Schutz gearbeitet hat. Aber wie mit dem Thema umgegangen wird, zeigt dieses Beispiel: Die Caritas Österreich hat in einem Vorgespräch mit dem Autor auf eine Zusammenarbeit mit einer privaten Sicherheitsfirma im Zuge eines Einsatzes im Irak verwiesen. Im direkten Interview konnte der Gesprächspartner nichts dazu sagen, weil dies geschehen sein soll, bevor er für die Caritas gearbeitet hat. Nach wiederholten Anfragen wurde nach einer Woche eine solche Zusammenarbeit dementiert.⁹ Das Thema ist heikel und es scheint auch viel Unklarheit zu herrschen, wie damit umgegangen werden soll.

Viele Hilfsorganisationen wählen hier mittlerweile einen Umweg, um das schlechte Image von PMSCs zu umgehen. Statt eine private Sicherheitsfirma zu engagieren, werden Sicherheitsoffiziere einkauft, die dann lang- oder kurzfristig für die Organisationen direkt arbeiten. Die Personen, die als NGO-Securitys arbeiten, sind in der Regel ehemalige Polizisten oder Militärs (Ludescher

⁹ E-Mail an den Autor. 8. 9. 2016

Interview 2016: 349–350). Diese haben auch oft, wie zum Beispiel bei CARE, davor bereits in der privaten Sicherheitsbranche gearbeitet (Security Advisor Interview 2016). Diese Personen übernehmen dann den ganzen Bereich security. Sie suchen die guards aus, sind zuständig für die Standortsicherheit, für Trainings und begleiten auch Einsätze. Und hier sind Waffen mehr die Regel als die Ausnahme. So berichtet Kleinschmidt:

„Die ganzen NGOs haben ja Sicherheitsoffiziere inzwischen. Jede NGO holt sich mittlerweile einen Ex-Irgendwas. Ich kenne keinen Ex-Militär, der, obwohl es vielleicht die Politik seiner Organisation ist, nicht irgendwo eine Waffe hat. Das ist Teil von denen, wie eine Zahnbürste. [...] Die haben alle irgendwo eine Kalaschnikow im Bett liegen oder im Schrank oder so. Also das sind die Leute selber“ (Kleinschmidt Interview 2016: 142–147).

Diese Einschätzung wird auch vom Sicherheitsexperten Ludescher geteilt:

„Was die zweite große Komponente ist neben der Standortsicherheit, ist die mobile Komponente. Und hier ist es verschieden. Hier habe ich sehr wohl Waffen beobachten können, die meistens aber verdeckt getragen wurden, also Waffen nicht als Abschreckung, sondern Waffen als response, als Last-Resort-Möglichkeit, sollte wirklich etwas schiefgehen. Wie sehr das von der NGO vorgegeben war, weiß ich nicht wirklich, mein Eindruck ist da immer, dass die NGO-policy ganz klar ist und auch sein muss: keine Waffen. Aber dass dann die Realität, on the ground, anders aussieht. Also entweder, dass die Security-Leute selber welche tragen wollen, oder die NGO-Leute eine gewisse letzte Möglichkeit aufbauen wollen und deswegen durchaus darauf zurückgegriffen wird, Waffen zu tragen“ (Ludescher Interview 2016: 202–210).

Ist dieser Umstand bekannt, und das scheint zumindest in der Szene der Fall zu sein, werden in diesen Fällen Waffen zumindest stillschweigend akzeptiert. Und hier sehen Aussteiger wie Kleinschmidt auch das größte Problem der humanitären Organisationen: Transparenz. Für ihn liegt das Problem weniger in der Tatsache, dass auf Sicherheitsunternehmen oder Sicherheitsoffiziere zurückgegriffen wird, sondern vielmehr im Umgang mit der Sache:

„Also die Organisationen versuchen das irgendwie zu verstecken, weil das natürlich ihrem Image schadet. Ich finde, man sollte so ehrlich wie möglich sein bei diesen Sachen und sagen, ja, sorry, es ist halt so heutzutage. Ich verstehe das nicht. Die zieren sich da so. Die zieren sich so, das zuzugeben. Da kommt meine Story wieder, die ich im Augenblick sehr stark verfolge. Ihr müsst runterkommen von eurer Wolke. Es geht nicht nur um Opfer. Es geht um Menschen. Da gibt es Arschlöcher und diejenigen, die keine sind“ (Kleinschmidt Interview 2016: 340–345).

Diesen Eindruck haben die Gespräche mit den Organisationen – bis auf MSF – auch bestätigt. Es wird entweder gar nicht oder nur sehr ungern über dieses Thema gesprochen. Für Kleinschmidt ist die Schwierigkeit, darüber zu sprechen beziehungsweise die Informationssperre, die bei diesem Thema herrscht, letztendlich eine Identitätskrise der humanitären AkteurInnen. Sie haben keine Antworten darauf (ebd.: 490–492). Und gerade das Thema Sicherheit ist für humanitäre

Organisationen immer noch ein großes Problem. Wie umgehen mit diesem Thema? Ist es mit den humanitären Prinzipien, die eigentlich die Identität der Organisationen maßgeblich mitbestimmen, vereinbar, mit ehemaligen Militärs, Sicherheitsfirmen und Waffen humanitäre Arbeit zu leisten? Wie kann das denjenigen erklärt werden, die die Spendengelder zur Verfügung stellen? Hier wird die Imagekrise, so Kleinschmidt, wirklich deutlich:

„Das Problem ist, solange die NGOs dieses Bild – ich bin eine Organisation, die hungernden Negerbabys mit deinen fünf Euro und so weiter hilft – solange die weiterhin versuchen, dieses Bild zu schützen: Das entspricht nicht der Realität. Es ist in Wahrheit ein Geschäft“ (ebd.: 389–391).

Dieses Bild darf nicht beschädigt werden, sonst gehen Marktanteile verloren, so die Befürchtung. Und das kann sich keine Organisation erlauben. Der Markt zwingt also gewissermaßen viele Organisationen, in solchen Regionen zu arbeiten, führt gleichzeitig aber dazu, dass sie private Sicherheitsfirmen oder selbstständige SicherheitsberaterInnen engagieren müssen, um dort arbeiten zu können, und zwingt sie ebenso, dies möglichst intransparent zu machen, damit das Bild der humanitären Arbeit, welches von Frieden und Wohltätigkeit gegenüber allen Menschen geprägt ist, geschützt wird. Nicht übersehen werden darf aber an dieser Stelle, dass der Markt nur eine Teilschuld an diesen Entwicklungen trägt. Auch eine Vorreiter-Organisation, die mit ihrer veränderten Sicherheitsstrategie die Branche maßgeblich mitbeeinflusst hat, ist nicht ganz unschuldig. Die Vereinten Nationen. Und damit auch Organisationen wie der UNHCR.

6.8 Sicherheit bei UN-Organisationen – Ein Problem für NGOs?

Dass die Sicherheitsmaßnahmen gerade bei UN-Organisationen auch äußerst offensiv gestaltet sein können, wurde von Kleinschmidt bereits beschrieben. Auch die Forschungsarbeit von Lou Pinget (Dangerous Partnership 2012) hat gezeigt, dass die UN verstärkt auf private Sicherheitsdienstleister setzen, auch im Bereich ihrer humanitären Organisationen, obwohl die UN quasi über einen militärischen Arm verfügen, also durchaus – wenn es schon überhaupt als notwendig erachtet wird – in der Lage wären, ihre Compounds und Camps mit eigenen Leuten zu schützen, werden hier gerne private Sicherheitskräfte hinzugeholt. Das, so Dialer, hat zwei sehr einfache Gründe:

„Das ist ganz klar eine Kostenfrage. Es ist schlichtweg billiger. Wenn Sie zum Beispiel ein Camp beschützen müssen, brauchen Sie einen ganzen Zug, der dafür abgestellt werden muss. Der ist aber dann im Lager und nicht draußen. Ein Zug kostet die UN ein Vermögen. Ganz egal, ob das Soldaten aus Deutschland oder einem afrikanischen Land sind. Da müssen sie die Wachtürme besetzen, die Zugänge bewachen etc.. Hier ist es deutlich billiger, eine Firma wie Fox oder Delta Security zu beauftragen“ (Dialer Mitschrift 2016: 50–55).

Der zweite Grund, neben der Kostenfrage, ist schlichtweg ein politischer. „Wenn die UN wo arbeiten, stellen die ihre Blauhelme nicht für solche niedrigen Tätigkeiten ab. Das will keiner machen“ (ebd.: 72–73). Wenn also Sicherheitsfirmen die Camps, Compounds und Büros von humanitären UN-Organisationen schützen, ist der erste Dammbbruch bereits getan. Damit hat die Branche schon einen ersten Fuß im Sektor der humanitären Arbeit. Verschärfend kommt hinzu, dass die UN – sozusagen größter Player und oft auch Geldgeber für andere NGOs – nicht nur Vorbild sind, sondern auch ihr Sicherheitssystem anderen Organisationen, die mit ihnen vor Ort sind, überstülpen wollen. Hier kommt scharfe Kritik von Ärzten ohne Grenzen, die dies auch immer wieder miterleben:

„Wir haben ein sehr, ich möchte nicht sagen zwiespältiges Verhältnis zum System der UN und zu deren Sicherheitsmanagement. Wobei auch vor Ort, von Führungskräften und Verantwortlichen von den UN, das eigene System sehr stark kritisiert wird. Da sind einfach Regeln über die Realität drübergestülpt und da kannst du nicht aus. Heißt, ohne Freigabe aus New York kannst du eben nicht für ein Assessment fünf Kilometer weit rausfahren. Wenn die Freigabe, diese Sicherheitsstufe nicht da ist, stößt man selber an seine Grenzen und wir natürlich auch. Und hier ist eigentlich das größte Konfliktpotenzial da. Wenn dann versucht wird, im Rahmen des humanitären Clusters ihr Sicherheitssystem auch allen anderen überzustülpen. Das heißt, wenn dort hin, dann nur mit bewaffnetem Schutz, weil sie ihre Regeln so darlegen. Und alle, die da hingehen, kriegen auch bewaffneten Schutz. Wir sträuben uns dagegen, nicht nur wegen des bewaffneten Schutzes, generell sehen wir diesen übergestülpten, verallgemeinerten Ansatz, sehr kritisch“ (Luef Interview 2016: 103–113).

Und damit ist ein Punkt erreicht, an dem die unabhängigen Organisationen eigentlich keine Schuld trifft und der dieses ganze System, das dahinter steht, noch zusätzlich befördert. Auch von CARE International wird kritisiert, dass sie in ihrer Zusammenarbeit mit dem UNHCR quasi gezwungen werden, ihre grundlegenden Prinzipien zu verletzen. CARE leitet unter anderem für den UNHCR das Flüchtlingscamp Dadaab in Kenia. Eine Regelung zwischen den UN und der kenianischen Regierung verbietet es humanitären ArbeiterInnen, den Weg zwischen den beiden großen Lagern ohne bewaffneten Schutz, also im Konvoi, zurückzulegen (Van Der Molen Interview 2016: 45–53). Dem muss man sich beugen, wenn man dort arbeiten will. Dadurch entstehen wiederum Bilder, von denen es schwer ist, sich zu distanzieren. Auch wenn es die Prinzipien einer Organisation nicht erlauben, geschieht es in der Praxis doch. Und dann zu erklären, das ist aber nur die Ausnahme, ist schwer.

Den Praktiken der UN stehen auch die anderen Organisationen skeptisch gegenüber. Beim Österreichischen Roten Kreuz heißt es zum Beispiel, dass immer wieder versucht wird, sich deutlich von UN-Organisationen abzugrenzen, um nicht noch stärker als westlicher Akteur wahrgenommen zu werden (Hajek Interview 2016: 102–104). Auch die Caritas Österreich kritisiert

das Verhalten einiger MitarbeiterInnen von UN-Organisationen, die sich in ihrem Compound hinter Stacheldraht zurückziehen und das Land, in dem sie arbeiten, nie wirklich betreten. Damit wird das Distanzverhältnis gegenüber den Menschen, denen eigentlich geholfen werden soll, vergrößert (Preindl Interview 2016: 141–145).

Wenn es um die Vereinten Nationen geht, sind die befragten Organisationen durchaus kritisch und reflektierend, wie gezeigt wurde. Das ist insofern interessant, weil hier durchaus Problematiken wahrgenommen werden, die den ganzen Sektor der humanitären Arbeit betreffen. Dass auch die NGOs selber, zumindest in Teilen, ähnlich verfahren oder – anders ausgedrückt – dem Trendsetter UN oft folgen, wurde hingegen nicht gesehen.

6.9 Sicherheit auslagern? – Risk transfer

Um mit den vorhandenen Sicherheitsrisiken umzugehen, gehen einige Hilfsorganisationen neue Wege. Ein Trend, der sich in erster Linie in Risikoländern immer mehr durchsetzt, ist remote management. Das bedeutet, dass NGOs, die sich aus Sicherheitsgründen nicht in gewisse Gebiete wagen, ihre Einsätze und Projekte an lokale MitarbeiterInnen delegieren oder PartnerInnenorganisationen beauftragen. Die Kontrolle und Entscheidungsmacht bleibt aber bei der internationalen NGO. In vielen Regionen ist dies mittlerweile gang und gäbe. So berichtet Kleinschmidt: „In Somalia haben fast alle über remote gearbeitet. [...] Alle NGOs saßen in Nairobi und haben remote programming gemacht. Nein, da können wir nicht hin, hat es geheißen. Alles war in Nairobi“ (Kleinschmidt Interview 2016: 523–525). Durch remote management, so die Idee, soll Hilfe auch in Gebiete gebracht werden, in denen sonst ohne Schutz nicht gearbeitet werden könnte. Der Grundgedanke ist der, dass gegenüber lokalen MitarbeiterInnen oder lokalen Hilfsorganisationen ein größeres Level an Akzeptanz herrscht und somit das Sicherheitsrisiko im Vergleich zu internationalen MitarbeiterInnen geringer ist. Hier darf nicht vergessen werden, dass ohnehin mehr als 80 Prozent der humanitären MitarbeiterInnen im Feld bereits lokale sind. Dass diese in Konfliktgebieten aufgrund ihrer Religion oder der Zuordnung zu einer bestimmten Konfliktpartei oft noch höher gefährdet sind, wird gern vergessen (Haver 2007: 10). Auch, dass – weil sie eben so zahlreich im Feld arbeiten – der größte Teil der Opfer von Übergriffen oder Anschlägen auf Hilfsorganisationen ohnehin lokale MitarbeiterInnen sind, wird hier ausgeblendet. Diese Praxis, so scheint es, hat weniger damit zu tun, dass dadurch die Akzeptanz erhöht werden soll, sondern vielmehr das Sicherheitsproblem gewissermaßen ausgelagert wird. Die Vertreterin von CARE International wird hier sehr konkret:

„The other is the new concepts added with tolerance and risk transfer. That is also something we do a lot. Because in many areas we work more and more with partners, and we basically transfer the risk from our NGO to other NGOs“ (Van Der Molen Interview 2016: 76–77).

Risk transfer: Große NGOs nutzen also ihre Macht im Markt und können so das Risiko für sich selber und ihre internationalen MitarbeiterInnen minimieren. Der Vorteil, dadurch muss CARE zum Beispiel in Krisenregionen nicht auf Sicherheitskonzepte zurückgreifen, die möglicherweise gegen die humanitären Prinzipien verstoßen. Dennoch kann Präsenz gezeigt werden, da die Kontrolle behalten wird und auch die Partnerorganisationen unter der Flagge von CARE arbeiten. Grundsätzlich ist es natürlich wünschenswert, dass Hilfsorganisationen auf lokale Einrichtungen und auf lokale MitarbeiterInnen zurückgreifen. Aber dabei scheint es sich um Kalkül zu handeln. Der Aufschrei, wenn internationale MitarbeiterInnen von humanitären Organisationen getötet, entführt oder verletzt werden, ist stets groß. Von Angriffen auf lokale MitarbeiterInnen wird nicht nur deutlich weniger und anders berichtet, sie werden oft auch überhaupt nicht erst gemeldet (Haver 2007: 11). Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Der Tod von lokalen MitarbeiterInnen wird billigend in Kauf genommen, um internationale zu schützen. Im Kern beginnt dies bereits mit den Sicherheitsvorschriften bei einigen Organisationen. Das kritisiert auch Thomas Preindl von der Caritas Österreich:

„Das ist auch ein Problem. In Afghanistan zum Beispiel. Wir sitzen in Kandahar und schicken andere raus. Unsere policy erlaubt es uns nicht hinzugehen. Die lokalen dürfen. Die werden dann erschossen ...“ (Preindl Interview 2016: 260–262).

Diese Praxis, dass anscheinend zwischen lokalen und internationalen MitarbeiterInnen unterschieden wird, erscheint für Organisationen, die sich den humanitären Prinzipien verschrieben haben und in der Regel im Kampf gegen Diskriminierungen aller Art an vorderster Front stehen, doch mehr als fragwürdig. Der Grundgedanke der Menschlichkeit und der Gleichheit aller Menschen, wie in den Prinzipien verankert, muss auch für die MitarbeiterInnen und Partnerorganisationen gelten.

6.10 Exkurs: Eine menschenrechtliche Perspektive

Angesichts dessen lohnt sich noch ein Blick auf die rechtlichen Komponenten und hier insbesondere auf die menschenrechtlichen Aspekte. Nicht zuletzt deshalb, weil gerade die Menschenrechtsverletzungen von MitarbeiterInnen aus der PMSC-Branche eine große Mitschuld am schlechten Image der gesamten Sicherheitsbranche haben. Die Vorwürfe gegen zum Beispiel den britischen Weltkonzern G4S, der – wie gezeigt wurde – auch für humanitäre Organisationen arbeitet, halten sich seit Jahren und führen immer wieder zu Boykottaufrufen aus der

Zivilgesellschaft. Wobei Branchenkenner Ludescher darauf verweist – und recht hat –, dass, wenn es größere Probleme mit solchen Firmen gab, die Auftraggeber vor allem Regierungen waren und nicht Unternehmen oder sonstige Organisationen (Ludescher Interview 2016: 355–357).

Heinz Patzelt von Amnesty International Österreich hat sich aus der menschenrechtlichen Perspektive mit PMSCs beschäftigt und stellt fest:

„Grundsätzlich ist körperliche Sicherheit, also der Bodyguard, wenn man so will, ein völlig menschenrechtskonformes Dienstleistungsgeschäft wie jedes andere auch. Ob ich jetzt die Dienstleistung Anlieferung oder die Dienstleistung Sicherung oder was auch immer in Anspruch nehme, man kann darüber einen völlig menschenrechtskonformen Vertrag erstellen“ (Patzelt Interview 2016: 224–227).

Er gibt aber zu bedenken, dass Sicherheit gleichzeitig kein normales Gut sei und bei dieser Dienstleistung von den AuftraggeberInnen selbst darauf geachtet werden sollte, dass gewisse Standards eingehalten werden und dafür gesorgt werden muss, dass sich die Sicherheitsleute entsprechend der Philosophie der jeweiligen Organisation oder des Unternehmens verhalten (ebd.: 282–290). Also gewissermaßen das Modell, welches, wie beschrieben, auch von MSF eingesetzt wird: mit eigenem Sicherheitspersonal – die Leute also direkt bei MSF anstellen und schulen. Somit erspart sich die Organisation zumindest die Diskussionen über das klassische G4S-Wachpersonal. Denn das wäre genau so ein Fall, in dem Patzelt Probleme sieht: Eine Firma, die andernorts gegen die Menschenrechte verstößt, kann nicht gleichzeitig woanders für eine humanitäre Organisation arbeiten. Also kann schon, sollte aber nicht. Hier müssen die Verantwortlichen selbst dafür sorgen, mit wem wie gearbeitet wird. Die generell eher ablehnende Haltung beziehungsweise die intransparente Handhabung des ganzen Themas Sicherheit für Hilfsorganisationen kann Patzelt nur bedingt nachvollziehen. So ist für ihn klar:

„Wenn ich die Alternative zwischen nicht mir gehörendem Militär oder wenigstens einer vertraglich gebundenen, etablierten Sicherheitsfirma habe, würde ich wahrscheinlich, wenn ich jetzt nicht gerade Amnesty-Generalsekretär wäre, sondern Leiter einer Brunnenbohr-NGO und einfach dort ungestört Brunnen bohren will, damit die Leute endlich wieder sauberes Trinkwasser kriegen, und ich das eigentlich nur drei Wochen brauche, würde ich also nicht nur vermutlich, sondern ganz sicher zehn Bodyguards besorgen. Die auf mich und meine Mannschaft gut aufpassen und mit denen ich ein kristallklares Vertragsverhältnis habe. Ich würde sie fürstlich bezahlen, wahrscheinlich auch noch erfolgsabhängig, und alles, was mir dazu einfällt, sicherstellen, dass die, wenn es eng wird, nicht wegrennen, ganz sicher uns schützen, nicht unnötig Leute umbringen, aber ganz sicher im Zweifel verhindern, dass auf mich geschossen wird“ (Patzelt Interview 2016: 317–326).

Wird hier für ein klares Vertragsverhältnis gesorgt und darauf geachtet, dass menschenrechtliche Standards eingehalten werden, sieht Patzelt grundsätzlich kein Problem im Engagieren eines

Sicherheitsunternehmens aus rein rechtlicher Sicht. Das heißt nicht, dass es vereinbar sein muss mit den sich von Hilfsorganisationen selbst auferlegten Prinzipien. Er gibt aber zu bedenken, dass die Hilfsorganisationen nicht mit zweierlei Maß messen können. Also ihre Standortsicherheit zum Beispiel nicht als Willkommensservice abtun, weil:

„[...] im Prinzip ist das ein privater security, der auch im Notfall physisch und mit Gewalt eingreifen soll, wenn sich jemand Zutritt verschaffen will, Ausweise kontrolliert, der Macht ausübt. Und der grundsätzliche Unterschied zwischen ihm, seinem Handlungsauftrag und der Blackwater-Partie, der ganz grundsätzliche, den möchte ich mal sehen. Das ist nur mehr graduell“ (ebd.: 615–619).

Abgesehen von der menschenrechtlichen Komponente könnten Hilfsorganisationen in Zukunft von anderer Seite auch Probleme bekommen, siehe den Gerichtsfall Steve Dennis gegen das Norwegian Refugee Council (NRC): Steve Dennis war ein Mitarbeiter des NRC in Dadaab in Kenia. Im Juni 2012 sollte der norwegische Generalsekretär des NRC das Lager besuchen, um damit auf die Situation vor Ort aufmerksam zu machen und mehr Spendengelder zu lukrieren (Kemp und Merkelbach 2016: 11). Der Konvoi mit dem Generalsekretär und mehreren MitarbeiterInnen, darunter auch Steve Dennis, wurde angegriffen. Steve Dennis wurde verletzt und musste mehrere Tage in Geiselhaft verbringen. Das Problem ist, dass es eigentlich zu dieser Zeit zur Praxis gehörte, nur mit bewaffnetem Konvoi-Schutz in dieser Gegend herumzufahren, der NRC hatte sich aber bewusst dagegen entschieden (ebd.: 5). Aldric Ludescher, der den Fall verfolgt hat, berichtet, dass auch der Sicherheitsoffizier des NRC dazu geraten hatte, eine private Sicherheitsfirma für den Schutz zu engagieren, dies aber abgelehnt wurde, weil der Generalsekretär und VertreterInnen der Medien dabei waren (Ludescher Interview 2016: 153–156). Steve Dennis verklagte daraufhin seinen ehemaligen Arbeitgeber und gewann. Das Gericht stellte fest, dass das NRC fahrlässig gehandelt hat, weil es keine ausreichende Risikoanalyse vorgenommen hat und eben auch auf übliche Praktiken wie das Bewegen mit Konvoischutz absichtlich verzichtet hat (Kemp und Merkelbach 2016: 5f). Der Fall sorgte für Aufsehen in der privaten Sicherheitsbranche, so Ludescher, weil damit auch erstmals ein Gerichtsurteil gesprochen wurde, das ausdrücklich auf die Duty of Care für NGOs gegenüber ihren MitarbeiterInnen verweist. Es ist also möglich, dass NGOs und Hilfsorganisationen auch aus rechtlichen Gründen in Zukunft verpflichtet sind, für einen angemessenen Schutz ihrer MitarbeiterInnen zu sorgen.

7 Fazit & Ausblick

Die Frage der Sicherheit von humanitären AkteurInnen wird eine brennende bleiben. Ein Blick auf die weltweiten Entwicklungen, sei es aus einer gesellschaftlichen oder politischen Perspektive, macht wenig Hoffnung auf eine allgemein stabilere Lage und die Beruhigung bestimmter Regionen. Auch Privatisierungsprozesse im Bereich der Sicherheit scheinen eher zuzunehmen. Das bestätigt zum Beispiel ein Blick auf die Praxis, dass sogar Länder, in denen der Staat über ein allumfassendes, demokratisch abgesichertes Gewaltmonopol verfügt, polizeiliche oder militärische Aufgaben immer öfter an private Dienstleister übertragen.

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, die Auswirkungen der Kooperation zwischen humanitären Organisationen und privaten Sicherheitsfirmen auf die humanitäre Arbeit zu untersuchen und der Frage nachzugehen, inwieweit private Sicherheitsfirmen bereits in den Sektor der humanitären Arbeit vorgedrungen sind.

Die humanitären Prinzipien Menschlichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit bilden für alle untersuchten Organisationen das Fundament ihrer Arbeit und werden stets als Legitimationsgrund für all ihre Aktionen herangezogen. Gleichzeitig konnte gezeigt werden, dass sich aufgrund dieser Prinzipien eine schwerwiegende Identitätskrise – hier als Krise des Humanitarismus beschrieben – nicht nur anbahnt, sondern bereits vorherrscht. Durch die Interviews mit den VertreterInnen der untersuchten Organisationen sowie den ExpertInnen ist es gelungen zu zeigen, dass diese Krise, zumindest für die Befragten, bereits Realität geworden ist. Wie in Kapitel 3 beschrieben, werden in der Literatur als zentrale Punkte die Politisierung, die Militarisierung und die Kommerzialisierung von Hilfe als Indikatoren für diese Krise des Humanitarismus angeführt. Diese wiederum deckten sich mit Aussagen der InterviewpartnerInnen. Wobei es hier davon abhängt, wer zu Wort kommt. Experten wie Heinz Patzelt, der die Situation in diesem Fall von außen betrachten kann, weil er nicht direkt in der Industrie arbeitet, teilt die Ansichten von kritischen AutorInnen aus dem Entwicklungsdiskurs ebenso wie Thomas Gebauer, der die systemimmanenten Machtverhältnisse aufzeigt, die ihre Gründe in der Politisierung haben und eine neutrale Position für Hilfsorganisationen erheblich erschweren (Gebauer 2007: 205). Patzelt folgt ihm hier, wenn er aufzeigt, dass der Nord-Süd-Konflikt, der letztlich Ausdruck dieser Machtverhältnisse ist, einer der entscheidenden Gründe dafür ist, dass die Organisationen, die ihren Ursprung nahezu alle im globalen Norden haben, ihre Neutralität und Unabhängigkeit einbüßen (Patzelt Interview 2016: 176–181). Interessant ist an dieser Stelle der Perspektivenwechsel. So wird

die Politisierung von Hilfe von der Caritas Österreich und dem Österreichischen Roten Kreuz ebenso kritisiert, sie sehen sich aber selbst als Opfer dieser Politisierung und nehmen sich nicht als Teil des Systems wahr (Preindl Interview 2016: 83–85; Hajek Interview 2016: 102–103). Autoren, wie Thomas Gebauer und Heinz Patzelt richten ihre Kritik aber vor allem auch an Hilfsorganisationen selbst. Insbesondere die Prinzipien der Neutralität und Unabhängigkeit scheinen in Anbetracht dieser Entwicklungen ihre Gültigkeit vollends verloren zu haben. Dies hat zum einen externe Gründe, wie die Instrumentalisierung durch politische AkteurInnen oder Konfliktparteien. Andererseits liegt das Problem auch in den Strukturen der Organisationen und ihren Handlungsweisen selbst, die nicht ausreichend reflektiert werden. Als eigener Indikator in Kapitel 3 vorgestellt, aber eng verknüpft mit der Politisierung, ist die Militarisierung von Hilfe. Und auch hier zeigte sich in der Analyse ein ganz ähnliches Bild. In Kapitel 3.3 konnte gezeigt werden, dass die Verschmelzung von militärischen und humanitären Einsätzen immer weiter voranschreitet. Für Dijkzeul und Reinhardt ist es zum Beispiel klar, dass dahinter eine militärische und politische Strategie steckt, die in erster Linie das Ziel hat, Besatzungstruppen in ein gutes Licht zu rücken und somit auch Interventionen rechtfertigen zu können (Dijkzeul und Reinhardt 2013: 90f). Dies hat wiederum direkte Auswirkungen auf die AkteurInnen von humanitärer Arbeit. Diese Problematik wird auch von mehreren InterviewpartnerInnen angesprochen (Preindl Interview 2016: 99–100; Hajek Interview 2016: 270–272; Ludescher Interview 2016: 450–456). Dabei zeigt sich: Das Problem wird erkannt, die Gefahren geschildert, aber keine Verantwortung übernommen, nicht reflektiert. Die Organisationen sehen sich auch hier mehr als Opfer denn als Schuldige. Auch beim Punkt der Kommerzialisierung, also der Etablierung des „aid markets“ (Duffield 1997), den Autoren wie Mark Duffield oder Thomas Gebauer aufzeigen, zeigt sich dasselbe Bild. Die Organisationen nehmen, wie in den Interviews deutlich wurde, die Auswirkungen der marktwirtschaftlichen Strukturen wahr. Sie werden erkannt und kritisiert (Preindl Interview 2016: 254–256; Kleinschmidt Interview 2016: 25–29; Security Advisor Interview 2016: 15). Aber wieder wird die Verantwortung nicht bei sich selbst gesucht. Die Organisationen begreifen sich wiederum nicht als mitverantwortlich für dieses System, sondern als Opfer. Zu diesen drei Indikatoren für die Krise könnte nun noch ein vierter hinzugefügt werden, die Versicherheitlichung von Hilfe.

Die Praxis, vermehrt auf private Sicherheitsfirmen zurückzugreifen, ist als Teil und Ergebnis dieser Krise zu betrachten. Grundsätzlich liegt das Problem in der Diskrepanz zwischen der Realität und der Selbstwahrnehmung der humanitären AkteurInnen sowie dem Bild von humanitärer Arbeit, das nach außen transportiert werden soll. Historisch betrachtet lässt es sich eigentlich sehr rasch nachweisen, dass das Bild von neutralen, unabhängigen und stets dem Prinzip der Menschlichkeit

verpflichteten Organisationen seit jeher mehr eine Wunschvorstellung war denn Realität. Somit muss die Frage gestellt werden, ob sie ihren eigenen Prinzipien überhaupt gerecht werden können, angefangen bei sich selbst.

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass das Thema der Zusammenarbeit von humanitären Organisationen mit privaten Sicherheitsfirmen bei den meisten Organisationen sehr intransparent gehandhabt wird. Diese Intransparenz ist als Teil der Krise des Humanitarismus zu sehen. Ist es doch die Bestätigung, dass auf wichtige und entscheidende Fragen immer noch keine Antwort gefunden werden konnte. So hat die Arbeit veranschaulicht, dass private Sicherheitsfirmen mittlerweile für alle untersuchten Organisationen auf die eine oder andere Weise als GeschäftspartnerIn fungieren und genutzt werden, um im selben Moment festzustellen, dass bei den meisten Organisationen die Praxis zu herrschen scheint, nur sehr graduell darüber Informationen bereitzustellen und tunlichst kleinzureden.

Um auf die Frage im Titel der Arbeit – Privatisierte Sicherheit. Fluch oder Segen? – einzugehen, muss festgestellt werden, dass keine zufriedenstellende Antwort gefunden werden konnte. Grundsätzlich wäre, gerade im Kontext von bewaffneten Konflikten, die Nutzung eines privaten Sicherheitsdienstes, der quasi als apolitische AkteurIn auftritt, zu bevorzugen. Könnte dadurch doch die Neutralität und Unabhängigkeit besser behütet werden, als wenn Schutz durch staatliche Institutionen – sofern überhaupt vorhanden – oder Konfliktparteien, bezogen wird. Andererseits hat sich gezeigt, dass zahlreiche private Sicherheitsfirmen oft alles andere als neutral sind und durch das Fehlverhalten einzelner MitarbeiterInnen sowie fragwürdige Geschäftsmodelle noch nicht bereit sind, diese Leistung zu erbringen. Gleichzeitig sind die Folgen – und hier fließt auch die persönliche Meinung des Autors mit ein – des Privatisierungsprozesses von Sicherheit immer noch nicht zur Gänze abzuschätzen und können durchaus eine Gefahr für gesellschaftspolitische Entwicklungen darstellen. Erste Anzeichen dafür zeigen sich in der Privatisierung von Kriegen und fundamentalen staatlichen Aufgaben, wie zum Beispiel der Betreuung von Häftlingen. Hier hat sich gezeigt, dass durch die Privatisierungen mehr Probleme geschaffen wurden als gelöst.

Bezugnehmend auf die Forschungsfrage kann also festgestellt werden, dass die Auswirkungen dieser Kooperation bereits tief in den inneren Strukturen der einzelnen Organisationen auszumachen sind. Nicht nur die generellen Sicherheitskonzepte sind geprägt von militärstrategischem Denken, auch das Training und die Schulungen von MitarbeiterInnen richten sich an dieser Denkweise aus. Das hat natürlich Auswirkungen auf das Verhalten von MitarbeiterInnen. Auch ist die Zusammenarbeit ein weiterer Grund für das zunehmende

Distanzverhältnis zwischen denjenigen, die Hilfe empfangen sollen, und denjenigen, die diese bereitstellen sollen. Die Auswirkungen betreffen aber nicht nur die Organisationen selbst, sondern den gesamten Sektor der humanitären Arbeit. Zum einen ist immer noch nicht erforscht, inwieweit mehr Sicherheit auch zu mehr Unsicherheit führen kann, und gleichzeitig entsteht eine Trennung zwischen denen, die sich Sicherheit leisten können, und denen, die dies nicht können. Im Sinne des Prinzips „never be the softer target“ erhöht sich dadurch zumindest die Unsicherheit von bestimmten AkteurInnen. Zudem ist es wahrscheinlich, dass dadurch, dass private Sicherheitsfirmen den Zugang zum aid market erhalten haben, es nur eine Frage der Zeit ist, wann nicht mehr nur Sicherheitsaufgaben übernommen werden, sondern auch Aufgaben, die unter den Begriff humanitäre Arbeit fallen würden. Erste Anzeichen dafür sind bereits auszumachen. Das ganze Thema ist aber nur ein kleiner Ausschnitt eines noch viel größeren Problemkreises.

Es muss in Anbetracht der Krise des Humanitarismus eingeräumt werden, dass die humanitären Prinzipien als solche nicht mehr ihre Gültigkeit besitzen. Wobei, wie oben erwähnt, sich die Frage stellt, ob sie das überhaupt jemals getan haben. Die Loslösung oder die Überarbeitung der Prinzipien könnte ein möglicher Ausweg aus dem Dilemma sein. Dafür ist aber ein erhebliches Maß an Selbstreflexion notwendig, das im Zuge der Untersuchung in dem Ausmaße nur bei der Organisation Ärzte ohne Grenzen festgestellt werden konnte. Neue Spielregeln sind aber unbedingt notwendig, besteht doch sonst die Gefahr, dass der Begriff „humanitär“ zu einer bedeutungslosen Hülle verkommt.

Literaturverzeichnis

Agardi, Gabor (2012): Private Militär- und Sicherheitsfirmen: Gefahren und Möglichkeiten des Einsatzes von privaten Militärdienstleistern in Konfliktgebieten. Wien: Landesverteidigungsakademie.

Ärzte ohne Grenzen (2016): Das Magazin von Ärzte ohne Grenzen Österreich. Diagnose 4/2016. Wien: Ärzte ohne Grenzen.

Azzellini, Dario (2008): Die neuen Söldner. In: Kritische Justiz Heft 3/2008. Baden-Baden: Nomos. S. 309–314.

Baitenmann, Helga (1990): NGOs and the Afghan War: The Politicisation of Aid. Third World Quarterly 12(1). S. 62–82.

Barnard, Ryvka (2015): UNHCR ends G4S security contracts in Jordan.
<http://mondoweiss.net/2015/12/contracts-following-pressure/> (Letzter Zugriff 10. Dezember 2016).

Barnes, David (2016): The Ethics of Military Privatization: The US Armed Contractor Phenomenon. London: Routledge.

Barnett, Michael; Weiss, Thomas G. (Hrsg.) (2008): Humanitarianism in Question. Politics, Power, Ethics. Ithaca: Cornell University Press.

Barnett, Michael (2011): Empire of Humanity. Ithaca: Cornell University Press.

Barry, Jane; Jefferys, Anna (2002): A Bridge too Far: Aid Agencies and the Military in Humanitarian Response. In: HPN paper No. 37. London: Overseas Development Institute.

Blondel, Jean-Luc (1991): The Fundamental Principles of the Red Cross and Red Crescent. Their origin and development. In: International Review of the Red Cross. 31/283. Genf: ICRC. S. 349–357.

Bortz, Jürgen; Döring, Nicola (2009): Forschungsmethoden und Evaluation. Berlin: Springer.

Bruderlein, Claude; Gassmann, Pierre (2006): Managing Security Risks in Hazardous Missions: The Challenges of Securing United Nations Access to Vulnerable Groups. Harvard: Harvard Human Rights Journal 63.

- Brugger, Patrick (2009): ICRC Operational Security: Staff Safety in Armed Conflict and Internal Violence. Genf: ICRC.
- Buston, Olly; Smith, Kerry (2013): Global Humanitarian Assistance Report 2013. Bristol: Global Humanitarian Assistance.
- Caritas Österreich (2013): Positionspapier Humanitäre Hilfe. Wien: Caritas Österreich.
- Caritas Österreich (2016): Jahresbericht 2015. Wien: Caritas Österreich.
- Crawford, Emily (2015): International Humanitarian Law. Cambridge: Cambridge University Press.
- Cockayne, James (2002): Islam and International Humanitarian Law: From a Clash to a Conversation between Civilizations. Genf: International Review of the Red Cross, vol. 84, no. 847. S. 597–626.
- Cockayne, James (2006): Commercial Security in Humanitarian and Post-Conflict Settings: An Exploratory Study. New York: International Peace Academy.
- Collinson, Sarah; Elhawary, Samir (2012): Humanitarian Space: A Review of Trends and Issues. HPG Report 32. London: Humanitarian Policy Group, Overseas Development Institute.
- Cooley, Alexander; Ron, James (2002): The NGO Scramble: Organizational Insecurity and the Political Economy of Transnational Action. International Security 27 (1). S. 5–39.
- Dannecker, Petra; Vossemer, Christiane (2014): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum.
- Davies, Paul K. (2012): Continuity, Change and Contest. Meanings of „Humanitarian“ from the „Religion of Humanity“ to the Kosovo War. London: HPG Working Paper.
- Delikostantis, Konstantinos (1982): Der moderne Humanitarismus. Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag.
- De Torrente, Nicolas (2004): Humanitarian Action under Attack: Reflections on the Iraq War. Harvard: Harvard Human Rights Journal Vol. 17.
- Deutscher Bundestag (2005): Antwort der Bundesregierung. Auslagerung spezifischer Sicherheits- und Militäraufgaben an nichtstaatliche Stellen. Drucksache 15/4720.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/058/1505824.pdf> (Letzter Zugriff 2. Dezember 2016).

Dezalay, Yves; Garth, Bryant G. (2011): *Lawyers and the Construction of Transnational Justice*. London: Routledge.

Debel, Tobias; Sticht, Monika (2007): (Ohn-)Mächtige Samariter – Humanitäre NGOs zwischen Intervention, Kommerz und Barmherzigkeit. In: Klein, Ansgar; Roth, Silke (Hrsg.): *NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 165–178.

Dijkzeul, Dennis; Reinhardt, Dieter (2013): Das internationale humanitäre System und seine Akteure. In: Lieser Jürgen; Dijkzeul, Dennis (Hrsg.): *Handbuch Humanitäre Hilfe*. Heidelberg, Berlin: Springer. S. 77–104.

Donini, Antonio (2010): The Far Side: the Meta Functions of Humanitarianism in a globalized World. *Disasters* 34 (2). S. 220–237.

Duffield, Mark (1997): Evaluating Conflict Resolution. In: Sorbe, Gunnar; Macrae, Joanna; Wohlgemuth, Lennart (Hrsg.): *NGOS in Conflict – an Evaluation of International Alert*. Bergen: Chr Michelsen Institute. S. 79–112.

Duffield, Mark (2010): Risk Management and the Fortified Aid Compound. *Journal of Intervention and Statebuilding* 4:4 (2010). S. 453–474.

Duffield, Mark (2012): Challenging environments. Danger, resilience and the aid industry. *Security Dialogue* 43 (5). S. 457–492.

Engler, Yves (2010): The Mercenaries and the NGOs. *Counterpunch*. 26. August 2010. <http://www.counterpunch.org/2010/08/26/the-mercenaries-and-the-ngos/> (Letzter Zugriff 5. Dezember 2016).

Favez, Jean-Claude (1999): *The Red Cross and the Holocaust*. Cambridge: Cambridge University Press.

Fitzsimmons, Scott (2015): *Private Security Companies during the Iraq War: Military Performance and the Use of Deadly Force*. London: Routledge.

Furtak, Florian T. (2015): *Internationale Organisationen. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen in der Weltpolitik*. Wiesbaden: Springer VS.

- Gebauer, Thomas (2007): Hilfe oder Beihilfe? Die Arbeit von humanitären Hilfsorganisationen zwischen Hilfeleistung und Instrumentalisierung. In: Klein, Ansgar; Roth, Silke (Hrsg.): NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 205–215.
- Gebauer, Thomas (2014): Jenseits der Hilfe: Von der Wohltätigkeit zur Solidarität. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Nr. 4/2014.
- Geueke, Willibald (2002): CARE international: NGO mit konförderaler Struktur. In: Frantz, Christiane; Zimmer, Annette E. (Hrsg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs. Opladen: Leske & Budrich. S. 161–174.
- Gross Stein, Janice (2008): Humanitarian Organizations, Accountable – Why, to Whom, for What and How? In: Barnett M, Weiss T-G: Humanitarianism in Question. Ithaca: Cornell University Press.
- Gordenker, Leon; Weiss, Thomas G. (1997): Devolving Responsibilities: A Framework for Analysing NGOs and Services. Thrid World Quarterly 18 (3). S. 443–455.
- Harmer, Adele; Wheeler, Victoria (2006): Resetting the Rules of Engagement. No. 21, 2006. London: Humanitarian Policy Group.
- Haver, Katherine (2007): Duty of Care? Local Staff and Aid Worker Security. Forced In: Migration review. No 28. Oxford: Refugee Studies Centre. S. 10–11.
- Henzschel, Thomas (2006): Internationale humanitäre Hilfe. Bestimmungsfaktoren eines Politikfeldes unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland. Norderstedt: Books on Demand GmbH.
- Hellinger, Daniel (2004): Humanitarian Action, NGOs, and the Privatization of the Military. Refugee Survey Quarterly 23. S. 192–220.
- Hilhorst, Dorothea; Jansen, Bram J. (2010): Humanitarian Space as Arena: A Perspective on the Everyday Politics of Aid. In: Development and Change 41/6. Oxford: International Institute of Social Studies. S. 1117–1139.
- Hopf, Christel (2010): Qualitative Interviews in der Sozialforschung. Ein Überblick. In: Flick, Uwe; Steinke, Ines u. a. (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Berlin: Rowohlt. S. 349–360.

- Huber, Florian (2005): Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der Gefahrenabwehr durch das Sicherheits- und Bewachungsgewerbe. Berlin: Duncker & Humblot.
- Human Rights Watch (2009): Well Oiled: Oil and Human Rights in Equatorial Guinea. New York: HRW.
- Humanitarismus (1977) In: Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache III. Mannheim: Bibliographisches Institut. S. 1294.
- Humanitarian Practice Network (2010): Operational Security Management in Violent Environments, Good Practice Review 8, revised edition. London: Overseas Development Institute.
- Humanitarian Outcomes (2013): Aid Worker Security Report 2013. The New Normal: Coping with the Kidnapping Threat.
https://aidworkersecurity.org/sites/default/files/AidWorkerSecurityReport_2013_web.pdf (Letzter Zugriff 23. Dezember 2016).
- Humanitarian Outcomes (2014): Aid Worker Security Report 2014.
<https://aidworkersecurity.org/sites/default/files/Aid%20Worker%20Security%20Report%202014.pdf> (Letzter Zugriff 27. November 2016).
- Humanitarian Outcomes (2015): Aid Worker Security Report 2015. Figures at a Glance.
http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/user_upload/Themen/Konflikte_Katastrophen/Aid-worker-security-report-2015-Humanitarian_Outcomes.pdf (Letzter Zugriff 27. November 2016).
- International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies (Hrsg.) (2007): Law and Legal issues in International Disaster Response: a Desk Study. Genf: ICRC.
- ICRC (2009): The Montreux Document. Genf: ICRC.
https://www.icrc.org/eng/assets/files/other/icrc_002_0996.pdf (Letzter Zugriff 30. November 2016).
- Jean, Francois (1999): Humanitäre Hilfe und Kriegsökonomien. In: Jean, Francois; Rufin Jean C. (Hrsg): Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburg: Hamburger Edition. S. 440–477.
- Kennedy, David (2006): Of War and Law. Princeton: Princeton University Press.
- Kemp, Edward; Merkelbach, Maarten (2016): Duty of Care: A review of the Dennis v Norwegian Refugee Council ruling and its implications. European Interagency Security Forum (EISF).
- Khan, Daniel-Erasmus (2013): Das Rote Kreuz: Geschichte einer humanitären Weltbewegung. München: Verlag C.H. Beck.

- Kramer, Daniel (2007): Does History Repeat Itself? A Comparative Analysis of Private Military Entities. In: Jäger, Thomas; Kümmel, Gerhard (Hrsg.): Private Military and Security Companies. Chances, Problems, Pitfalls and Prospects. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 23–35.
- Kümmel, Gerhard (2004): Die Privatisierung der Sicherheit: Fluch oder Segen? Postheroische Gesellschaft, überlasteter Staat und private Sicherheits- und Militärunternehmen. Strausberg: SOWI Arbeitspapier 137.
- Lancaster, Carol (2007): Foreign Aid: Diplomacy, Development, Domestic Politics. Chicago: Chicago University Press.
- Lanning, Michael-Lee (2005): Mercenaries: Soldiers of Fortune, from Ancient Greece to Today's Private Military Companies. Novato: Presidio Press.
- Lieser, Jürgen (2013): Was ist humanitäre Hilfe? In: Lieser, Jürgen; Dijkzeul, Dennis (Hrsg.): Handbuch Humanitäre Hilfe. Berlin Heidelberg: Springer Verlag. S. 9–29.
- Lieser, Jürgen; Dijkzeul, Dennis (Hrsg.) (2013): Handbuch Humanitäre Hilfe. Berlin, Heidelberg: Springer Verlag.
- Lindenberg, Marc (1999): Complex Emergencies and NGOs: The Example of Care. In: Leaning, Jennifer; Briggs, Susan M.; Lincoln, C. Chen (Hrsg.): Humanitarian Crises: The Medical and Public Health Response. Harvard: Harvard University Press. S. 211–244.
- Macalister-Smith, Peter (1985): International Humanitarian Assistance: Disaster Relief Action in International Law and Organisations. Dordrecht: Martinus Nijhoff Publishers.
- Macrae, Joanna (2002): Analysis and Synthesis. In: Macrae, Joanna (Hrsg.): The New Humanitarianism: a Review of Global Trends in Global Humanitarian Action. London: ODI. S. 5–17.
- Mair, Stefan (2008): Private Militärfirmen und humanitäre Intervention. In: Münkler, Herfried; Malowitz, Karsten (Hrsg.): Humanitäre Intervention. Ein Instrument außenpolitischer Konfliktbearbeitung. Grundlagen und Diskussion. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 275–294.

North Atlantic Treaty Organisation (2002): Militärpolitische Leitlinien zur zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC). § 4. Brüssel: NATO.

Oberleitner, Gerd (2007): Global Human Rights Institutions: Between Remedy and Ritual. Cambridge: Polity Press.

O'Brian, Paul (2004): Politicized Humanitarianism: A Response to Nicolas de Torrente. Harvard: Harvard Human Rights Journal, Vol. 17.

O'Brien, Kevin (2007): What should and What should not be Regulated. In: Chesterman, Simon; Lehnardt, Chia (Hrsg.): From Mercenaries to Market. The Rise and Regulation of Private Military Companies. Oxford: Oxford University Press.

OCHA on Message (2012): Humanitarian Principles.

https://docs.unocha.org/sites/dms/Documents/OOM-humanitarianprinciples_eng_June12.pdf

(Letzter Zugriff 18. November 2016).

Österreichisches Rotes Kreuz (2016): Jahresbericht 2015. Internationale Zusammenarbeit. Wien: Österreichisches Rotes Kreuz.

Paulmann, Johannes (2013): Conjunctures in the History of International Humanitarian Aid during the Twentieth Century. In: Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development 4/2. S. 215–238.

Perlo-Freeman, Sam; Sköns, Elisabeth (2008): The Private Military Services Industry. SIPRI Insights on Peace and Security. Stockholm: SIPRI.

Pictet, Jean (1979): The Fundamental Principles of the Red Cross: Commentary. Genf: Henry Dunant Institut.

Pingeot, Lou (2012): Dangerous Partnership: Private Military & Security Companies and the UN. New York: Global Policy Forum July 2012.

Ramsbotham, Oliver; Woodhouse, Tom (1996): Humanitarian Intervention in Contemporary Conflict. Cambridge: Polity Press.

RedR uk (2016): Personal Security for Humanitarians. <http://www.redr.org.uk/en/Training-and-more/find-a-training-course.cfm/url/PersonalSecuritymar16> (Letzter Zugriff 16. Dezember 2016).

Rieff, David (2002): *A bed for the Night. Humanitarianism in Crisis*. New York: Simon and Schuster.

Ruloff, Dieter; Schubiger, Livia (2007): *Kriegerische Konflikte: eine Übersicht*. In: *ApuZ* 16-17/2007. S. 10–17.

Runge, Peter; Von Borries, Bodo (2013): *Zwischen Distanz und Kooperation: Das schwierige Verhältnis von Streitkräften und humanitären Helfern*. In: Lieser, Jürgen; Dijkzeul, Dennis (Hrsg.): *Handbuch Humanitäre Hilfe*. Heidelberg, Berlin: Springer. S. 389–407.

Ryfman, Philippe (2008): *Une histoire de l'humanitaire*. Paris: La Découverte.

Schlichte, Klaus (2006): *Neue Kriege oder alte Thesen? Wirklichkeit und Repräsentation kriegerischer Gewalt in der Politikwissenschaft*. In: Geis, Anna (Hrsg.): *Neue Kriegstheorien*. Baden-Baden: Nomos. S. 111–113.

Schneiker, Andrea (2009): *Die Selbst- und Koregulierung privater Sicherheits- und Militärfirmen*. Baden-Baden: Nomos.

Schneiker, Andrea (2014): *Epistemische Gemeinschaften und transnationale governance*. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 21. Jg, Heft 1. S. 39–78.

Schul, Sabrina (2008): *Private Sicherheit als Exportschlager? Die private Sicherheitsindustrie in Großbritannien im Spannungsfeld freier Marktkräfte und internationaler Rechtsgüter*. In: Feichtinger, Walter et. al.: *Private Sicherheits- und Militärfirmen: Konkurrenten – Partner – Totengräber?*. Wien: Böhlau. S. 147–162.

Shurke, Astri; Ofstad, Arve (2005): *Filling „the Gap“: Lessons well learnt by multilateral Aid Agencies*. CMI Working Paper 2005:14. Bergen: CMI.

Singer, Peter W. (2003). *Corporate Warriors. The Rise of the Privatized Military Industry*. Ithaca, New York – London: Cornell University Press.

Singer, Peter W. (2004): *Should humanitarian use Private Military Services?*. *Humanitarian Affairs Review*. Sommer 2014. S. 15–17.

Singer, Peter W. (2006): *Humanitarian Principles, Private Military Agents: some implications of the privatized military industry for the humanitarian community*. In: Wheeler, Victoria; Hamer, Adele

(Hrsg.): Resetting the rules of engagement: Trends and issues in military-humanitarian relations. London: Overseas Development Institute. S. 67–79.

Sinha, Manoj-Kumar (2005): Hinduism and International Humanitarian Law. Genf: International Review of the Red Cross, vol. 87, No. 858.

SIPRI (2008): The Effectiveness of Foreign Military Assets in Natural Disaster Response. Stockholm: SIPRI.

Slim, Hugo (2003): Is Humanitarianism Being Politicised? A Reply to David Rieff. Paper presented at the Dutch Red Cross Symposium on Ethics in Aid. The Hague. 8. Oktober 2003.

Slim, Hugo (2015): Humanitarian Ethics. A Guide to the Morality of Aid in War and Disaster. London: Hurst & Company.

Solana, Javier (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Thessaloniki: Europäischer Rat.

Spearin, Christopher (2001): Private Security Companies and Humanitarians: A Corporate Solution to Securing Humanitarian Spaces?. International Peacekeeping 8 (1). S. 20–43.

Spearin, Christopher (2006): Assessing the Relationship Between Humanitarian Actors and Private Security Companies. In: Bryden, Alan; Caparini, Marina (Hrsg.): Private Actors and Security Governance. Genf: LIT & DCAF. S. 231–247.

Steinacher, Gerald (2013): Hakenkreuz und Rotes Kreuz. Innsbruck: Studienverlag.

Stoddard, Abby; Harmer, Adele; DiDomenico, Victoria (2008): The Use of Private Security Providers and Services in Humanitarian Operations. HPG Report 27. London. Overseas Development Institute.

Stroup, Sarah S. (2012): Borders among Activists: International NGOs in the United States, Britain and France. Ithaca: Cornell University Press.

Tenbohlen, Linda (2002): Caritas international – Für Menschen in Not. In: Frantz Christiane; Zimmer, Anette (Hrsg.) (2002): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs. Opladen: Leske & Budrich. S. 137–160.

Thompson, Larry (2002): Humanitarian Emergencies: Why does Kosovo get more Aid than Congo? Genf: Paper for the ICVA Conference on NGOs in a Changing World Order.

United Nations (2001): Safety and Security of Humanitarian Personnel and Protection of United Nations personnel. New York: United Nation General Assembly.

UNHCR (2015): Standing Committee 64th meeting. Staff security. Genf: UNHCR.
<http://www.unhcr.org/55e572cb9.pdf> (Letzter Zugriff 16. Dezember 2016)

Van Brabant, Koenraad (1998): Cool ground for Aid Providers. Towards better Security Management in Aid Agencies. Disasters 32 (2). S. 109–125.

Van Brabant, Koenraad (2002): Humanitarian Action and Private Security Companies. In: Foley, Matthew; Stevenson Foley (Hrsg.): Humanitarian Exchange No. 20. London: Overseas Development Institute. S. 24–25.

Van Brabant, Koenraad (2000): Good Practice Review: Operational Security Management in Violent Environments'. London: Overseas Development Institute.

Van Brabant, Koenraad (2010): Managing Aid Agency Security in an evolving World: The larger Challenge. London: European Interagency Security Forum.

Vaux, Thomas (2001): European Aid Agencies and Their Use of Private Security Companies. In: Vaux, Thomas; Seiple, Chris; Nakano, Greg; Van Brabant, Koenraad (Hrsg.): Humanitarian Action and Private Security Companies: Opening the Debate. London. International Alert.

Vaux, Thomas (2010): The Selfish Altruist: Relief Work in Famine and War. London: Earthscan.

VENRO (2007): Streitkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe. In: Klein, Ansgar; Roth, Silke (Hrsg.): NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 347–371.

Vilain, Michael (2002): Das Internationale Rote Kreuz als NGO. In: Frantz, Christiane; Zimmer, Annette (Hrsg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs. Opladen: Leske & Budrich. S. 119–136.

Von Pilar, Ulrike (2013): Alles Brüder? Eine kurze Geschichte der humanitären Hilfe. In: Lieser, Jürgen; Dijkzeul, Dennis (Hrsg.): Handbuch Humanitäre Hilfe. Heidelberg, Berlin: Springer. S. 29–54.

Von Pilar, Ulrike; Prangenberg, Pia (2001): Militär und Flüchtlingsschutz. Ein Kommentar aus humanitärer Sicht. In: von Armin, Gabriele u.a. (Hrsg.): Jahrbuch Menschenrechte 2001. Berlin: Suhrkamp. S. 105–119.

Walker, Peter; Maxwell, Daniel G. (2009): Shaping the Humanitarian World. London: Routledge.

Warner, Daniel (1999): The Politics of the Political/Humanitarian Divide. In: International Review of the Red Cross 833. Genf: ICRC.

Weiss, Thomas G. (2013): Humanitarian Business. Cambridge: Polity Press.

Interviews im Anhang

Dialer, Georg (2016): Mitschrift, basierend auf einem Treffen mit dem Verfasser.
Wien. 5. Oktober 2016. S. 103–106.

Hajek, Walter (2016): Persönliches Interview, geführt vom Verfasser.'
Wien. 2. September 2016. S. 107–115.

Kleinschmidt, Kilian (2016): Persönliches Interview, geführt vom Verfasser.
Wien. 6. Oktober 2016. S. 116–131.

Ludescher, Aldric (2016): Interview via Skype, geführt vom Verfasser.
Wien – Dubai. 10. Oktober 2016. S. 132–146.

Luef, Franz (2016): Persönliches Interview, geführt vom Verfasser.
Wien. 17. August 2016. S. 147–152.

Patzelt, Heinz (2016): Persönliches Interview, geführt vom Verfasser.
Wien. 6. September 2016. S. 153–171.

Preindl, Thomas (2016): Persönliches Interview, geführt vom Verfasser.
Wien. 1. September 2016. S. 172–181.

Security Advisor (2016): Interview via Mail, geführt vom Verfasser.
Wien. 31. Oktober 2016. S. 182–183.

Van Der Molen, Hilde (2016): Interview via Skype, geführt vom Verfasser.
Wien – Genf. 17. Oktober 2016. S. 184–186.

Abstract (Deutsch)

Humanitäre Organisationen sind immer öfter gezwungen, in Krisengebieten zu arbeiten, und geraten zunehmend zwischen die Fronten. Gezielte Angriffe und Attacken auf humanitäre AkteurInnen gehören mittlerweile zum Alltag von vielen aid workers. Die vorliegende Masterarbeit beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern die Zusammenarbeit zwischen humanitären Organisationen mit privaten Sicherheitsfirmen Auswirkungen auf humanitäre Arbeit hat und inwieweit eine solche Kooperation bei humanitären Einsätzen bereits eine Rolle spielt. Davon ausgehend wird die Frage behandelt, wie ausgearbeitete Sicherheitsstrategien verschiedener Hilfsorganisationen einen Widerspruch zu den humanitären Prinzipien erzeugen können. Angefangen mit einer genauen Analyse der historischen Entwicklung der humanitären Arbeit, der Entstehung der humanitären Prinzipien und der sogenannten Krise des Humanitarismus zeigt sich deutlich, dass das klassische Sicherheitsmodell – Sicherheit durch Akzeptanz – nicht mehr funktioniert. Für diese Arbeit wurden fünf international agierende Hilfsorganisationen über ihre Sicherheitsstrategien und die Kooperation mit privaten Sicherheitsfirmen befragt. Zusätzlich wurden vier ExpertInnen hinzugezogen, um die Antworten und Praktiken der Organisationen besser einschätzen zu können und einen breiteren Wissenszugang zu bekommen. Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass private Sicherheitsfirmen längst als fester Bestandteil des humanitarian space angesehen werden müssen und der Umgang der humanitären Organisationen mit dem Thema Sicherheit und die daraus resultierende Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsfirmen zumindest dubios ist.

Abstract (Englisch)

Humanitarian organizations operating in conflict areas find themselves increasingly caught in the cross fire. To be attacked in the field became part of the daily life for many aid workers – in the consequence more and more private security firms got hired in order to protect them. This master thesis explores to what extent this collaboration between humanitarian organizations and private security firms already plays a major role in humanitarian operations and assesses the impact elaborated security strategies might have on the humanitarian operations themselves. The thesis raises questions the humanitarian organizations are faced with since the collaboration with private security firms might easily contradict the very principles they pledged to act on. Analyzing the historical development of humanitarian work – from the first emergence of humanitarian principles to the so called „crisis of humanitarianism“ – it becomes apparent that the classic model „security through acceptance“ does not work any longer. Based on Interviews with representatives of worldwide operating aid organizations this master thesis examines each of their security strategies and their cooperation with private security firms. Additionally in-depth interviews with selected experts in the field have been conducted to place their answers in a broader context. This master thesis concludes, that private security firms since long are a fundamental part of the humanitarian space and the treatment of „security questions“ in daily common practice by humanitarian organizations and the resulting relationship between the organizations and private security firms are at least dubious.

Anhang

Georg Dialer

Oberstleutnant. Österreichisches Bundesheer.

Wien, 5. Oktober 2016

Inwieweit konnten Sie die Zusammenarbeit von internationalen Hilfsorganisationen mit privaten Sicherheitsfirmen im Rahmen Ihrer Einsätze beobachten?

Das sehen wir ständig. Das ist auch ganz normal. Es geht in der Regel gar nicht anders. Wenn du in "Krisengebieten" arbeiten willst, wobei sich hier die Frage stellt, was ein Krisengebiet ist. Ich spreche hier jetzt gar nicht von Afghanistan, sondern insbesondere von afrikanischen Ländern, dort musst du dich und deine compounds schützen. Alleine schon wegen der alltäglichen Kriminalität. Ich habe aber durchaus beobachten können, dass gerade NGOs und Hilfsorganisationen, sobald es um das Thema Waffen, Wachen etc. geht, sich immer sehr distanziert verhalten und sagen, damit möchten wir nichts zu tun haben. Im Kongo wollten zwei rumänische Frauen ein Projekt für eine kleine NGO betreuen, ich kann Ihnen jetzt nicht genau sagen, um was es da ging, und haben trotz unserer Warnungen sich dafür entschieden, in einem normalen Hotel zu übernachten. Am zweiten Tag wurden sie ausgeraubt und vergewaltigt. Am dritten Tag haben sie das Land wieder verlassen. Da ist jetzt nur ein Beispiel von vielen, aber natürlich sind sie als westliche Person in solchen Ländern einem erhöhten Sicherheitsrisiko ausgesetzt. Für mich unverständlich, dass sich die Organisationen hier so moralisch aufspielen. Vor allem auch deswegen, weil sie am Ende doch meistens den Schutz solcher Firmen genießen. Wenn sie jetzt ihre Büros in einem bewachten compound haben, sie selbst diese Firma aber nicht engagiert haben, sondern der Vermieter, kommt es auf dasselbe raus. Da kann man sich nicht rausreden. Hier handelt es sich in der Regel um PSCs, nicht um PMCs. Da unterscheiden wir. Wobei der Übergang in der Regel fließend ist, die großen Firmen machen beides. Je nach Auftragslage. Die können auch jede Art von militärischen Aufgaben übernehmen. Die kleinen Firmen, gerade in Afrika, können eigentlich nichts. Die werden als Subunternehmer engagiert, bezahlen ihre Leute schlecht und haben dementsprechend schlechtes Personal. Es reicht aber in der Regel zum Schutz. Der ganze Sektor der humanitären Arbeit ist natürlich ein unglaublich lukrativer Bereich. Die Büros und die Camps schützen, das Personal oder Konvoischutz. Das wird alles gebraucht und bringt diesen Firmen Aufträge. Der Bernd Nussbaumer, ehemaliger Kollege, ist bei einem Überfall auf einen Konvoi als Geisel genommen worden und dann gestorben. Der hat bei einer kleinen, windigen PSC aus Saudi-Arabien, glaube ich, gearbeitet. Die war aber dafür bekannt, dass sie eher Einsteiger nimmt und nicht wirklich seriös ist. Gleich beim ersten Einsatz hat es ihn erwischt. Man hat dann auch gesehen, dass er der einzige war, dem

die Hände am Rücken zusammengebunden wurden und nicht vorne. Daraus lässt sich schließen, dass er sich eher deppert verhalten hat. Aber so war der Nussbaumer immer schon ein bisschen. Das war bekannt. Aber Konvoischutz ist auch eine wirklich heikle Sache. Sicher mit die gefährlichsten Aufträge. Hängt natürlich auch vom Gelände ab. Aber heute, da sich jeder einen IED (improvised explosive device) bauen kann, sind solche Einsätze höchst gefährlich. Für Jagdkommando-Soldaten ist es schwer, in dieser Branche Fuß zu fassen. Wir sind eine kleine, unbekannte Truppe. Das nimmt keiner ernst. Erst wenn man sieht, wie wir arbeiten, werden wir wirklich akzeptiert. Im privaten Sektor als Österreicher zu einem guten Posten bei einer guten Firma zu kommen, geht nur über Empfehlungen. Sonst kann man es vergessen.

Welche Erklärung haben Sie dafür, dass eine Organisation wie die UN vermehrt auf private Kräfte setzt denn auf ihre eigenen. Gerade, wenn es um die Bewachung und den Schutz von humanitären Projekten geht?

Das ist ganz klar eine Kostenfrage. Es ist schlichtweg billiger. Wenn sie zum Beispiel ein Camp beschützen müssen, brauchen sie einen ganzen Zug, der dafür abgestellt werden muss. Der ist aber dann im Lager und nicht draußen. Ein Zug kostet die UN ein Vermögen. Ganz egal, ob das Soldaten aus Deutschland oder einem afrikanischen Land sind. Da müssen sie die Wachtürme besetzen, die Zugänge bewachen etc. Hier ist es deutlich billiger, eine Firma wie Fox oder Delta Security zu beauftragen. Die übernimmt das dann. Das Problem ist, wenn sich die Sicherheitslage in einem solchen Land dann verschlechtert, also dramatisch, dann bleiben diese privaten Kräfte oft einfach zu Hause. Dann müssen sie erst wieder auf UN-Truppen zurückgreifen. Hier können sie die meisten afrikanischen Kontingente auch vergessen. Die haben nicht dasselbe Pflichtbewusstsein wie zum Beispiel wir. Auf die können sie sich auch nur teilweise verlassen. Aber, um noch einmal auf Ihre Frage zurückzukommen. Es ist auf der einen Seite eine Kostenfrage, also schlichtweg billiger, und auf der anderen Seite natürlich eine politische Geschichte. Wenn die UN wo arbeiten, stellen die ihre Blauhelme nicht für solche "niedrigen" Tätigkeiten ab. Das will keiner machen.

Verstehen Sie die Position von Hilfsorganisationen, zu sagen, es widerspricht unseren moralischen Werten, unserer policy, mit bewaffnetem Schutz zu arbeiten. Sei es jetzt privat oder mit staatlichem Militär.

Ja und nein. Den Standpunkt der Neutralität und Unparteilichkeit verstehe ich natürlich, aber ich glaube, oft ist das eine falsche Neutralität. Sie müssen sich neutral gegenüber den Konfliktparteien

verhalten, aber nicht gegenüber Kriminellen. Und in der Regel finden solche Übergriffe durch kriminelle Banden statt und nichtreguläre Truppen. Ein Beispiel: Während des Balkankrieges in den 90er-Jahren haben wir ein Camp im Kosovo aufgebaut, gleich neben uns hat das Österreichische Rote Kreuz mit anderen Organisationen ihr Camp gebaut. Wir haben ihnen gesagt, baut das Camp innerhalb von unserem auf. Kommt in diesen Sicherheitskreis. Da draußen sind neben der UÇK (Befreiungsarmee des Kosovo) unzählige albanische Banden unterwegs, die nur darauf warten, so ein Camp auszunehmen. Sie haben abgelehnt. Wir sind neutral, wir sind das Rote Kreuz, wir wollen mit euch nichts zu tun haben. In der ersten Nacht ist eine Bande gekommen und hat sie gezwungen, das Material aus mehreren Lkws abzugeben. Sehen Sie? Sie sind dann in unser Camp übersiedelt. Es geht halt nicht anders. Man muss hier differenzierter denken. Neutral ja. Aber doch nicht bei Kriminellen. Ich verstehe das Verhalten von NGOs oft einfach nicht. Als wir im Kongo waren, ist mir das wieder aufgefallen. Dort ist es so, dass die Familien mit den Soldaten mitziehen. Das bedeutet, nehmen Sie eine Brigade, die besteht in Österreich aus 5000 Soldaten, dort sind das in etwa 2000 bis 3000 Mann, die bei jeder Verlegung ihren gesamten familiären Anhang mitnehmen. Das Gehalt eines Soldaten besteht dort aus zwei Teilen: einmal der Sold, den der Soldat direkt bekommt, und einmal einer Abgabe, die das Brigadekommando einbehält. Damit kaufen die Essen etc. und versorgen die Familien der Soldaten. An sich eine gute Sache, weil – machen wir uns nichts vor – Soldaten sind oft wilde Typen, die versaufen ihren Sold auch mal gerne vollständig, so ist die Familie immer versorgt. Jetzt kam es zu der Situation, dass die Brigade kurzfristig abrücken musste, weil es an der Grenze zu Ruanda zu gewalttätigen Zwischenfällen kam. Die Familien blieben zurück. Und ohne die Unterstützung der Brigade waren die vollkommen mittellos. Hatten nichts. Die Mütter mussten sich prostituieren, um irgendwie Geld zu bekommen, die Kinder haben geschrien vor Hunger. Es bahnte sich eine humanitäre Katastrophe an. Wir sprechen hier von 9000 Menschen, die nicht versorgt wurden. Wir sind dann zum nächsten OCHA-Treffen gegangen und haben gesagt: Leute, das ist eine Katastrophe, wir müssen was tun. Alle Hilfsorganisationen haben abgelehnt. Die haben gesagt, das ist Militär, damit wollen wir nichts zu tun haben. Auch große wie OXFAM (ein Verbund internationaler Entwicklungsorganisationen) haben abgelehnt. Wir haben versucht, denen klarzumachen, dass das Familien sind und nicht das Militär. Keine Chance. Die Organisationen haben gesagt, das ist nicht unser Bereich, die sind Militär. Mithilfe eines französischen Ex-Offiziers ist es uns gelungen, Zelte für diese Familien zu organisieren, und später haben wir die kongolesische Armee quasi gezwungen, die Versorgung dieser Leute zu übernehmen. Wir sind dann noch einmal zum OCHA-Meeting und haben denen gesagt: Ihr seid alles Arschlöcher.

Also, da muss man schon seine Werte überdenken, wenn man hier die Hilfe ablehnt, nur weil es sich um Angehörige von Soldaten handelt.

Wechseln viele Angehörige des Jagdkommandos in den privaten Sektor?

Also im Moment weiß ich von zehn Leuten, die in hohen Positionen für private Sicherheitsfirmen tätig sind. Das ist natürlich auch eine finanzielle Geschichte. Wenn Sie, wie der Kollege [REDACTED] in den Vereinigten Arabischen Emiraten tätig sind, bekommen Sie im Monat sicher um die 20.000 Euro. Der andere Bekannte arbeitet in Kurdistan, der steigt im Monat mit 30.000 Euro aus. Das sind Beträge, da können Sie schnell schwach werden. Aber Sie dürfen nicht vergessen, dass wir hier von hohen Positionen sprechen. Nur weil Sie in der Branche arbeiten, heißt das noch lange nicht, dass Sie reich werden. Die Angestellten von so kleinen Unternehmen, die dann irgendwie ihre Besitzer in Liberia oder Zypern sitzen haben, sind in der Regel schlecht bezahlt und arbeiten unter sehr prekären Bedingungen.

Walter Hajek

Katastrophenmanagement. Österreichisches Rotes Kreuz.

Wien, 2. September 2016

Würden Sie sagen, dass sich die Sicherheitslage für humanitäre ArbeiterInnen stark verändert hat?

Ja, es hat sich verändert. Ich finde, dass die Sicherheitslage tendenziell schwieriger geworden ist, auch für das IRKK, das seit mehr als 150 Jahren im humanitären Bereich arbeitet. Auch dort hat sich – ich würde sagen, seit Anfang/Mitte der 90er-Jahre – die Sicherheitslage verändert. Aus mehreren Gründen.

Was würden Sie als Gründe anführen?

Was wir in unseren Analysen seit dem „war against terrorism“ sehen, ist, dass wir Wir legen einfach aufgrund unserer Neutralität sehr stark Wert auf die Trennung von humanitärer Hilfe, humanitären Agenturen und nichthumanitären Agenturen, die aber auch relief oder Ähnliches leisten. Das ist etwas, was dazu führt, dass diese klare Trennung immer mehr verschwimmt, seit den 90er-Jahren begonnen hat, zu verschwimmen, vor allem seit Afghanistan. Wo diese provincial reconstruction teams, sagen wir mal, „humanitäre“ Hilfe geleistet haben, ist diese klare Trennung, auf die wir so Wert legen, verschwommen. Das hat dazu geführt, dass das IRKK einfach nicht mehr so stark als neutraler, unabhängiger, humanitärer Akteur wahrgenommen wurde und dass es hier zu einer Vermischung kam. Und das hat dazu geführt, dass wir die Akzeptanz teilweise verloren haben, ins Feld zu gehen, zu den Betroffenen zu gehen und dann auch – selten, aber doch – Ziel von Anschlägen wurden. Bagdad und in anderen Ländern. Also, diese verschwimmende Grenze zwischen humanitären und nichthumanitären, zum Beispiel militärischen Akteuren, die macht uns zu schaffen und gegen die wehren wir uns sehr stark.

Wenn Sie MitarbeiterInnen ins Feld schicken, finden davor Sicherheitstrainings, Briefings etc. statt? Wie läuft das genau ab?

Es gibt Sicherheitsprotokolle, die wir abführen, wenn jemand ins Feld geht. Es gibt eine Reihe von Trainings im Vorfeld, die auch immer wieder aufgefrischt werden und die Delegierten kommen dann vor Ort in ein Sicherheitsnetzwerk hinein, wo es klare Regeln gibt, was man machen kann,

was man nicht machen kann. Dadurch haben wir auch nach Statistiken, mit ziemlichem Abstand, die wenigstens Sicherheitsvorfälle, verglichen mit anderen humanitären Akteuren in ähnlichen Kontexten.

Diese Trainings machen Sie intern?

Wir haben hier das Rotkreuznetzwerk, die sind in Genf, hier in Österreich, zum Teil bei anderen Rotkreuzgesellschaften, wir versuchen die Synergien des Netzwerks zu nutzen und dann unsere Leute nach Finnland oder Deutschland zu schicken, für Sicherheitstrainings. Oder eben nach Genf. Das ist unterschiedlich. Aber es folgt einem Protokoll mit diesen Inhalten und welches standardisiert ist. Die Leute kommen mit einem sehr hohen Standard von Sicherheits-awareness. Es ist eine Bewusstseinsfrage ganz stark. Ich glaube, wir haben eine sehr strenge Selektion der Leute. Das IRKK hat einen ganz speziellen approach. Sie kennen das Mandat des IRKK, die Genfer Konventionen und der Schutz vom Konflikt betroffenen Personen, und das ist, das dritte Mandat, das Recht, einen Konflikt zu führen, werden wir nie abstreitig machen, den Konfliktparteien gegenüber. Das Securitysystem ist darauf aufgebaut, dass wir in Konsens mit den Konfliktparteien, mit allen Konfliktparteien, im Feld arbeiten. Das heißt, wir bauen die Akzeptanz bei den Konfliktparteien auf, und wenn wir die Akzeptanz haben für unsere Arbeit, dann arbeiten wir. Da gibt es auch Studien dazu, dass in Konfliktsituationen diese Kombination aus einer starken lokalen Verankerung – das Rote Kreuz ist meistens schon seit Jahrzehnten vor Ort – gepaart mit einem Sicherheitssystem, das auf Akzeptanz aufgebaut ist, auch mit ziemlichem Abstand am nachhaltigsten ist. Und der Zugang ist, der am meisten zum Erfolg führt.

Warum glauben Sie, dass das Sicherheitsmodell der „Akzeptanz“ für viele andere Hilfsorganisationen und NGOs nicht mehr so effektiv ist? Ist das die Sonderstellung des Roten Kreuzes, dass das Modell Akzeptanz so gut funktioniert?

Wir machen das seit 150 Jahren und sind nach außen immer als streng neutral, streng unabhängig aufgetreten. Deshalb ist eine Kernforderung von uns, dass man diese Trennlinie zwischen militärischer, politischer motivierter relief Arbeit ganz klar trennt, die Rollen ganz klar aufgeteilt sind. Dass die Wahrnehmung nach außen hin klar unterscheidbar ist. Da ist das Rote Kreuz neutral und unabhängig. Anders als die PRT (Provincial Reconstruction Teams) oder sonstige relief Tätigkeiten, die in Wirklichkeit im Hintergrund eine politische oder sonstige Agenda haben und nicht den humanitären Imperativ als einzige Agenda verfolgen. Das ist so, weil wir das seit 150 Jahren immer

trommeln und darauf bestehen. Und das ist – das glaube ich – der Grund, warum wir einen sehr, sehr guten Zugang haben.

Gibt es überhaupt keine Zusammenarbeit mit staatlichen militärischen Akteuren?

Kontakt schon. Wir sind im permanenten Austausch und haben unglaublich gute Kontaktzahlen zu allen Konfliktparteien. Aber wir können uns nicht von militärischen Einheiten bewachen lassen. Es bringt uns ... Also es gibt Forschung ... Es würde uns nichts bringen. Wir machen es auch nicht. Und wir wollen das nicht, und wir lehnen das ab.

Im Feld, in den Lagern beziehungsweise Stützpunkten vom Roten Kreuz in Konfliktländern, gibt es da irgendeine Form von Bewachung?

Es gibt sozusagen gatekeepers, die bei den security-checks, wenn man da auf die compounds kommt, sozusagen die Leute kontrollieren. Das sind private Firmen, die haben keine Waffen, die sind so ein bisschen wie der Welcome-Service und überprüfen gleichzeitig, ob jemand ... in wenigen Fällen, aber hin und wieder, gehen die Leute durch den Metalldetektor durch. Und das ist der Sinn und Zweck dieser Wachen. Aber ohne Waffen. Weit jenseits davon, militärischen Schutz bieten zu können.

Auch die Hilfsgüterkonvois fahren immer ohne jeglichen Schutz durch die Gebiete?

Schauen Sie, unser System läuft so: Wir reden im Vorfeld vor einer Hilfslieferung mit allen Konfliktparteien. Das ist in Syrien ein riesiges Thema, weil das ist dermaßen zerstreut. Wenn man von Damaskus Richtung Aleppo fahren möchte, hat man auf den ersten 15 Kilometern 20, 25 Konfliktparteien, mit denen man im Vorfeld schon Kontakt aufnimmt, und erst, wenn allen bewusst ist, morgen kommt der Tag, dann fahren wir los. Das ist eben diese Art der Arbeit, die wir leisten. Wir gehen in den Dialog. Dadurch, dass wir meistens schon sehr lange in diesen Ländern sind, haben wir die Kontakte zu den unterschiedlichen Konfliktparteien, wenn nicht, werden die aufgebaut, in vertraulichen Gesprächen, im vertraulichen Dialog. Wir klären das Mandat vom Roten Kreuz. Das Mandat ist nicht zu sagen, den Konflikt zu beenden, sondern unser Mandat ist es, die Zivilbevölkerung zu schützen, mit allen Mitteln, allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und darauf zu schauen, dass die Konfliktparteien die Regeln der Genfer Konventionen einhalten. Das ist unser Mandat. Das ist ein sehr enges Mandat. Das ist auch gut so. Weil alles, was darüber hinausgehen

würde, würde unsere Neutralität in Mitleidenschaft ziehen. Wenn wir einen peacebuilding-Auftrag hätten, also dann ... Da gibt es andere Akteure, das ist auch wichtig, auch gut. Aber das macht nicht das Rote Kreuz, und dadurch sind wir sehr glaubwürdig, was unser Mandat betrifft.

Für viele Hilfsorganisationen ist Sicherheit ein großes Thema geworden in den letzten Jahren. Besonders in Konfliktgebieten lässt sich der Trend beobachten, dass sich viele Organisationen stark abschirmen und ihre compounds mit Stacheldraht, hohen Mauern und Wachen schützen lassen. Welche Auswirkungen hat diese bunkerization auf die MitarbeiterInnen vom Roten Kreuz? Werden sie nicht auch automatisch mit den anderen Organisationen, die auf solche Mittel zurückgreifen, in einen Topf geworfen?

Es ist natürlich ein Problem, weil man mit dieser Akzeptanz und dieser Trennung auch klar arbeiten muss. Und diese erklären muss. Und sowie vorhin gesagt, in Afghanistan hat es ganz massiv begonnen, dass dieses blurring angefangen hat. Auch im Südsudan zum Beispiel wird das Rote Kreuz ganz stark mit dem Westen in Verbindung gebracht und mit externem Einfluss. Und wird in die Gruppe der großen Humanitären, gemeinsam mit der UN, geworfen. Diese Trennlinie klar zu kommunizieren, ist natürlich eine Aufgabe, an der wir auch mit Hochdruck arbeiten und natürlich besteht eine Gefahr, dass andere Organisationen die Strategie der „bunkerization“ fahren und wir dadurch zusätzlich in Erklärungsbedarf kommen. Ich habe jetzt keine wissenschaftlichen Daten dazu, inwieweit es im Südsudan oder anderen Ländern ... Aber es liegt auf der Hand, dass es auch Auswirkungen auf unsere Arbeit hat.

Würden Sie sagen, dass sich der humanitäre Raum oder, besser, der humanitarian space stark verändert hat?

Wenn ich jetzt nicht an die Konfliktsituationen, sondern an die Naturkatastrophen denke, ist es auf der einen Seite natürlich gut, dass Hilfsorganisationen da sind, auch verstärkt da sind. Auf der anderen Seite ... ich meine, da gibt es einige Beispiele wie auf Haiti oder anderswo, wo halt die schiere Unzahl an Organisationen natürlich zu Koordinationsengpässen geführt hat. Und da würde man sich oft wünschen, dass die große Anzahl von Organisationen besser koordiniert wird. Es wird immer besser, auch das Cluster-System funktioniert immer besser. Man lernt dazu. Das ist natürlich ein Prozess, der noch lange nicht abgeschlossen ist. Aber in dem Fall gibt es auch negative Teilaspekte, dass es eine Vielzahl von Akteuren gibt. Im Konfliktfall würde ich das nicht als ersten Grund sehen, warum wir erschwerten Zugang haben, ich sehe schon diese militärischen Hilfsaktionen, auch die

immer stärker werdende Militarisierung und Politisierung der humanitären Hilfe seitens der Geldgeber, und dass Hilfe als Teil der Außen- und Sicherheitspolitik zu sehen ist. Das ist etwas, das wahrscheinlich sogar mehr Einfluss hat auf das access-Problem in diesen Ländern. Die Anzahl der Akteure ist in Konfliktgebieten eigentlich kein Problem. Denken Sie an bestimmte Regionen im Irak, da ist außer dem Roten Kreuz und MSF niemand. Auch in Syrien ist die Anzahl der Akteure ziemlich beschränkt. Jede einzelne Hilfsleistung geht über die Hände von SARC (Anm.: Syrian Arab Red Crescent), also da gibt es dieses Koordinationsproblem auch nicht. Weil on the ground es die einzige Organisation ist. Es gibt dann cross border-Aktionen von der Türkei und vom Libanon oder in den von der Opposition kontrollierten Gebieten, aber sonst nichts. Entspricht das Ihren Erfahrungen aus den anderen Gesprächen?

Es ist ja so, dass das Rote Kreuz insofern natürlich ein Spezialfall ist. Das hat auch mit der Geschichte vom Roten Kreuz zu tun und auch damit, dass es infrastrukturell und logistisch deutlich besser aufgestellt ist als fast alle anderen. Bei logistischen Aufgaben müssen Sie ja auch nicht auf externe Firmen zurückgreifen, oder?

Also, ich nehme jetzt den Irak als Beispiel, wir sind seit 1979 im Irak, in Syrien noch länger. Da sind wir sehr gut aufgestellt. Das ist dort nicht der erste Konflikt in der Region. Es eskaliert sozusagen, rauf und runter. Logistisch ist alles da, wir sind dort etabliert. Wir sind nicht angewiesen auf externe Logistikfirmen.

Das macht die Situation für Sie natürlich außergewöhnlicher als für andere. Auch die zahlreichen lokalen Partner.

Ich glaube, wir sind gerade in Konfliktsituationen durch das Mandat vom IRKK – und das ist auch von der Staatengemeinschaft der Auftrag des IRKK. Und deswegen haben wir natürlich in diesen Konfliktländern eine einzigartige Stellung. Es gibt natürlich immer auch die lokale Rotkreuzgesellschaft und mit dem arbeitet das IRKK zusammen und da gibt es auch eine Studie, dort ist ziemlich klar herausgekommen diese Verknüpfung, das rooting im Land, die langjährige Präsenz, die Akzeptanz vor Ort, das ist ein Hauptfaktor. Der zweite ist wirklich der neutrale, auf Akzeptanz basierende Zugang. Das ist langfristig der Zugang, der am erfolgversprechendsten ist. Wir sind überzeugt, dass diese strikte Einhaltung der Neutralität und Unabhängigkeit auch in Zukunft, auch mit den neuen Arten der Konflikte... Die große Kritik an diesem Modell beruht darauf, dass es so stark auf innerstaatlichen Konflikten basiert und die meisten Konflikte heutzutage aber nicht mehr zwischenstaat-

liche, sondern interne Konflikte sind, wo das Verhältnis der internen Konfliktparteien zu der Bevölkerung nicht so besteht wie nach dem westfälischen System, wo jede Partei davon ausgeht, dass sich die andere Partei an die Genfer Konventionen hält. Also, ich habe ein Interesse, ich halte mich selbst an die Genfer Konventionen, damit sich auch die andere Partei daran hält. Das ist der Deal, sozusagen. Der, da kommt die Kritik, es hat sich einfach die Art der Kriegsführung verändert in den letzten Jahren, das stimmt. Das ist richtig. Aber wenn man da ins Detail geht, ist es auch bei den Konflikten heutzutage, betrachtet man zum Beispiel das Verhältnis des IS mit der lokalen Bevölkerung, sieht man, dass es nicht da ist. Oder bei anderen Konfliktparteien. Wir sind davon überzeugt, dass der auf Akzeptanz basierende Zugang der beste ist.

Sind private Sicherheitsfirmen ein Thema beim Roten Kreuz? Es gibt Studien und Berichte, dass eigentlich jede größere Hilfsorganisation oder NGO zumindest einmal auf solche Services zurückgegriffen und auch mit solchen Firmen zusammengearbeitet hat. Auch auf private, bewaffnete Sicherheitskräfte hat, wenn auch nur in Ausnahmefällen, fast jede große Organisation schon einmal zurückgegriffen.

Das gibt es ganz punktuell. Es hat einmal einen Vorfall gegeben, der mir bewusst ist, das war...

(Es folgt die Bitte, die Aufnahme zu unterbrechen.)

Wo waren wir stehen geblieben?

Dass man sich eher zurückzieht aus solchen Gebieten.

Ja, wir würden, wenn wir merken, die Akzeptanz ist nicht mehr da, dann würden wir auf vertraulicher Basis das Gespräch suchen, versuchen, die Konfliktparteien von unserer Arbeit zu überzeugen und auch von den Verpflichtungen und auch, dass es einen value hat für die Konfliktparteien, wenn wir humanitäre Hilfe leisten im Gebiet. Weil, die haben ein gesteigertes Interesse daran, dass die Leute in dem von ihnen kontrollierten Gebiet Zugang zu Lebensmitteln, Trinkwasser und den notwendigsten Grundbedürfnissen haben. Und das funktioniert in den allermeisten Fällen sehr gut. Das funktioniert aber nur dann gut, wenn man als Organisation stringent, glaubhaft, langfristig diese Strategie fährt. Also auch glaubhaft nach außen ist und nicht sprunghaft, mal so oder so macht. Umso mehr in einer globalen Welt. Weil das, was in Südamerika am Tag A passiert ist, am Tag A plus eins im Rest der Welt bekannt wird. Man muss eine globale Strategie fahren, diese glaubhaft nach außen tragen und diese auch über lange Zeit weiterverfolgen. Ich glaube, das machen wir sehr glaubhaft. Andere Organisationen machen das anders. Wenn man sagt, man ist neutral, unabhängig, ohne militärischen Schutz auf der einen Seite und in anderen Konfliktgebieten würde man es nicht

so machen – vor allem in der heutigen Welt ist das einfach nicht sehr glaubhaft. Wissen Sie, was ich meine?

Verstehen Sie grundsätzlich, dass andere Organisationen zurückgreifen müssen auf solche Firmen? Weil diese eben nicht die Geschichte und die Reputation des Roten Kreuzes haben.

Ich verstehe es natürlich aus Sicht der Organisation. Oder anders, ich verstehe es bedingt, weil die Verpflichtungen da sind, auch der gute Wille, den Menschen zu helfen. Was ich hoffe, ist, dass man natürlich auch über den eigenen Tellerrand hinwegschaut und sieht, welche Konsequenzen es auch für die anderen, die gesamte humanitäre Hilfe hat. Also nur kurzfristig gedacht, auf Biegen und Brechen eine Mission durchführen, ohne die long run-Konsequenzen zu berücksichtigen, geht nicht. Da hoffe ich auf Weitblick und sozusagen darauf, die Konsequenzen des eigenen Handelns mit zu berücksichtigen. Aber klar, wenn ich jetzt nicht diese Historie hätte, die Präsenz im Land und die Möglichkeit, auf Akzeptanz zu arbeiten, was bleibt dann übrig? Man könnte sagen, man macht nichts oder versucht es mit anderen Mitteln, zum Beispiel mit geschützten Konvois.

Sie haben im Vorgespräch erwähnt, dass Sie bereits seit 13 Jahren an verschiedenen Auslandseinsätzen des Roten Kreuzes teilnehmen. Zuletzt waren Sie in Kenia stationiert. Wie ist das, wenn Sie zum Beispiel in einem „Flüchtlingscamp“ wie Dadaab als Rotes Kreuz arbeiten, das vom UNHCR verwaltet wird, welcher wiederum, um die Sicherheit zu gewährleisten, auf private Sicherheitsfirmen zurückgreift. Profitieren Sie nicht gewissermaßen dadurch auch von diesen Firmen? Die schützen doch auch Ihre MitarbeiterInnen vor Ort, oder?

Also, dass wir diesen Schutz auch beziehen, würde ich so nicht gelten lassen. Wir sind dort und haben Teilaspekte des Campmanagements durchgeführt. Auch das kenianische Rote Kreuz hat ein Teil Camp sozusagen gemanagt und die Basisversorgung gewährleistet. Aber diese Camps wurden nicht bewacht. Und wenn wir nur Teilaspekte in einem Camp machen, das auf solche Weise geschützt wird, das passiert natürlich, aber ich würde nicht so weit gehen, dass wir diesen Schutz in Anspruch nehmen. Die sind wie wir dort als Teil des Campmanagements und wir liefern einen Teil der basic services. Aber wir sind keine Schutzbezieher. Vom wording würde ich das so nicht sagen.

Gut. Ich sehe schon ... Man muss natürlich die Historie und das Mandat vom IRKK immer berücksichtigen, und dadurch haben Sie einfach, wie bereits gesagt, eine Sonderstellung.

Es sind einfach wirklich unterschiedliche Zugänge. Wir unterscheiden uns sehr von anderen Organisationen. Wir schätzen zum Beispiel MSF sehr, die kommen ja vom IRKK, das wissen Sie wahrscheinlich, die haben sich abgespalten in den 80er-Jahren, aus dem Motiv heraus, zu sagen, womit geht man nach außen und womit geht man nicht nach außen. Und die haben sich damals so entschieden. Es ist wahrscheinlich auch gut, dass so eine Organisation sozusagen pusht. Es ist ein anderer Zugang. Wir arbeiten einfach mit dieser Vertrauensbasis. Wobei auch das geht mittlerweile ein bisschen weiter. Wir sind sicher ein bisschen mehr out spoken als vor 20 Jahren. Sind aber nach wie vor sehr, sehr zurückhaltend, anders eben als MSF. Und beide Strategien haben sozusagen ihre Berechtigung und sind auf die eigene Art sinnvoll. Wahrscheinlich ist beides in der Kombination sehr gut und unser Teil ist der vertraute Zugang. Das A und O ist die Zusammenarbeit mit lokalen Partnern. Das ist auch schwer für Organisationen, die in Konfliktgebiete kommen und überhaupt keine Strukturen haben. Ich möchte mich da gar nicht reinversetzen in die Lage als Programmverantwortlicher. Also wie man da tun soll. Man braucht natürlich die lokalen Strukturen, und das ist das Um und Auf. Ohne das ist es sehr, sehr schwierig.

Gibt es vielleicht noch einen anderen Kontext, in dem sich das Rote Kreuz mit dem Aufkommen mit privaten Sicherheitsfirmen beschäftigt?

Also, wo wir sehr pushen, ist auch die accountability dieser militärischen und bewaffneten Sicherheitsdienste. Und wir treiben das auch voran. Zum Beispiel, wie sind diese Firmen gegenüber den Genfer Konventionen verantwortlich. Auf der einen Seite die, die direkt in Kampfhandlungen verstrickt sind, und auf der anderen Seite auch die Staaten. Wie ist die Verantwortlichkeit des Staates, der sich dieser nicht entziehen kann, nur weil er die militärischen Funktionen auf eine private Firma auslagert. Er muss natürlich verantwortlich bleiben als primärer Verantwortlicher. Mit diesem Thema beschäftigen wir uns. Da gibt es dieses Montreux-2008-Dokument, das kennen Sie eh und das pushen wir gemeinsam mit der Schweizer Regierung sehr stark. Damit gewahrt ist, dass auch private Firmen die Regeln des Krieges einhalten. Das ist unser größtes Interesse.

Wobei es natürlich immer schwer ist. Es gibt zum Beispiel eine Firma in England, eine private Sicherheitsfirma, gegründet von einem ehemaligen CARE-International-Mitarbeiter, der auch einen militärischen background hat, welcher der Firma quasi das label aufgesetzt hat, speziell für humanitäre Organisationen zu arbeiten. Dazu haben sie eben guidelines aufgestellt, die sich genau an diesem Montreux-Dokument orientieren, und werben auch damit.

Dennoch halte ich das Eindringen solcher Firmen in den humanitären Sektor für höchst problematisch. Teilweise bezeichnen sie sich selbst als humanitärer Akteur.

Also, da würde ich alleine schon vom wording aufpassen. Das ist kein humanitärer Akteur. Das ist vielleicht ein Akteur, der irgendwo noch Hilfstätigkeiten anbietet, aber sicher nicht humanitär. Weil er weder unabhängig noch neutral ist. Also das kommt von uns wie die Gebetsmühle, das ist kein humanitärer. Der ist einfach auch ein sonstiger relief agent, wenn man so möchte. Wobei: Hier muss man aufpassen, dass man sich nicht verfängt in Wortdefinitionen. Da ist uns einfach wichtig, dass man das ganz, ganz strikt trennt. Die haben, zumindest, ein wirtschaftliches Interesse dahinter und mitunter noch ein militärisches, politisches, sicherheitspolitisches Interesse dahinter, und dadurch muss das einfach ganz strikt getrennt werden. Die klare Rollenteilung und klare Kommunikation nach außen, damit es eben nicht zu diesem vermischten blurring kommt. Das ist ganz, ganz wichtig. Wir spüren das schon seit Afghanistan und Irak, seit dem war on terror und den hearts-and-minds-Initiativen, wo humanitäre Hilfe bewusst als Kriegsmittel eingesetzt und verwendet wurde, hier ist sehr schwer zu unterscheiden: wenn am Vormittag die PRT-Teams im weißen SUV kommen und gegen Informationen die Hilfsgüter austeilen und Nachmittag kommt das Rote Kreuz. Das ist sehr schwer für die Leute zu begreifen. Die Konsequenz daraus ist, dass wir angegriffen werden, weil die Leute das sehen. Und die Konfliktparteien sagen, ihr seid ja alle gleich. Seid ihr wirklich neutral? Das macht natürlich angreifbar. Deswegen auch für die Sicherheit der Mitarbeiter muss man da ganz, ganz streng sein. Das werden wir nicht tolerieren.

Zu dieser Vermischung haben eben auch die privaten Sicherheitsfirmen einen großen Beitrag geleistet.

Ja. Was jetzt eben auch ganz stark kommt, ist für Sie vielleicht auch interessant, ist immer mehr die Diskussion: Welchen Beitrag kann die Wirtschaft in fragilen Ländern für den Aufbau leisten? Und das ist eigentlich das gleiche Thema in Hellrosa, sozusagen. Auf der einen Seite haben wir militärische Firmen, die sich den humanitären Hut aufsetzen, und auf der anderen Firmen, die rein wirtschaftliche Interessen haben und sagen, okay, wir kommen jetzt und leisten humanitäre Hilfe. Und da ist auch ein Prozess im Gange, wo wir auch sehr stark auf diese Trennung beharren. Da gibt es natürlich irgendwo eine Rolle der Wirtschaft für den Aufbau von Ländern, da können sicher gute Impulse kommen. Nur muss man auch da klar auf die Rollentrennung achten. Und immer klar kommunizieren, was ist das eigene Mandat, warum ist man hier, was ist der Sinn und Zweck. Das kommt auf mehreren Ebenen verstärkt vor.

Kilian Kleinschmidt

Chairman of IPA (Innovation and Planning Agency).

Wien, 6. Oktober 2016

Fangen wir gleich direkt an. Würden Sie grundsätzlich sagen, nimmt man jetzt die letzten 25 Jahre – also als Zäsuren das Ende des Ost-West-Konflikts und später, in den 2000er-Jahren, den „war on terror“ –, hat sich die Lage für humanitäre Arbeiter verschlechtert?

Das ist eine ganz objektive Wahrnehmung. Gut, wir reden immer wieder über diesen Mythos – die Ehrfurcht vor den blauen oder roten Symbolen und Emblemen, das war nie so. Und gerade wenn wir über asymmetrische, symmetrische Terrorhandlungen, Kriegführung usw. reden, gab es nie viel Respekt. Ich habe seit Anfang meiner humanitären Karriere immer wieder Zwischenfälle miterlebt, wo gerade in Konflikten, wo alles zusammenbricht, verschiedene Rebellenfraktionen agieren. Es war immer gefährlich und es gab immer auch Zwischenfälle, auch mit Todesfällen. Es hat also immer wieder die schlimmsten Zwischenfälle gegeben. Aber es ist schon so, dass gerade mit dem Zusammenbruch vom Ost-West-System es natürlich immer komplexer geworden ist und natürlich die humanitäre Hilfe immer wieder zwischen die Räder gerät. Da müssen wir natürlich auch die Frage stellen: Ist humanitäre Hilfe überhaupt neutral? Ist sie nicht. Also meiner Ansicht nach, aber da bin ich nicht allein, weil sie einerseits dazu beiträgt, dass Konflikte verlängert werden, Kämpfer werden zunächst immer zuerst essen, sich bedienen in irgendeiner Form, es ist illusorisch zu denken, die kriegen davon nichts. Logisch. Humanitäre Hilfe wird dort finanziert, wo es strategisch für die Geldgeber interessant ist. Das heißt, am Anfang der syrischen Krise hat es mehr Geld für die syrische Krise gegeben. In der Zentralafrikanischen Republik interessieren sich vielleicht die Franzosen und zwei, drei andere Geldgeber und die anderen nicht. Das heißt, es gibt bestimmte Opfer oder Situationen, die viel besser finanziert sind als andere. Und das ist strategisch, politisch etc. ausgewählt. Das heißt: keine Neutralität.

Um vielleicht nochmals zum Start zurückzukommen: Die Organisationen, mit denen ich bisher gesprochen habe, bauen sehr auf das „Sicherheitsmodell“ Akzeptanz. Sie sagen aber, dass dieses früher deutlich besser funktioniert hat. Wie sehen Sie das?

Vollkommener Wandel. Ich meine auch MSF und andere, ich arbeite sehr gerne mit MSF zusammen, aber auch MSF hat immer wieder Sicherheitsprobleme gehabt. Jetzt die Bombardierungen der Spitäler, ich habe es aber auch vor Ewigkeiten im Kongo miterlebt, wo dann MSF-Teams hopsge-

nommen worden sind von irgendwelchen Kriegsparteien. Die haben da auch immer wieder Schwierigkeiten. Der Respekt vor dem Helfer, der Menschenleben rettet, das ist schon lange vorbei. Und da kann ich mir zehn Sicherheitskonzepte ausdenken. Ich hatte mal einen Sicherheitsoffizier, mit dem wir in Peschawar zusammengearbeitet haben. Den haben wir dann aber wieder nach Hause geschickt, weil der gegen Bombenanschläge Blumentöpfe pflanzen wollte – und da haben wir gesagt: „Sorry, das ist lieb und nett, aber das beeindruckt die Taliban und die Al-Qaida ganz bestimmt nicht.“ Es gab hinterher auch ganz üble Anschläge. Es hat nicht funktioniert. Das Blumen-pflanzen-System.

Haben Sie in Ihrer langjährigen Tätigkeit für verschiedene UN-Unterorganisationen ...

Ich war eigentlich immer, also seit 1992, Beamter des UNHCR, wurde aber für verschiedene Tätigkeiten abgestellt. Einer meiner letzten Jobs vor Zaatari in Jordanien war stellvertretender humanitärer Koordinator für Somalia, aber auch Sicherheitskoordinator für Mogadischu. Also ich war Official in Mogadischu für Sicherheitskoordination.

... haben Sie hier oft beobachten können oder es auch selbst getan, dass auf private Sicherheitsfirmen zurückgegriffen wurde?

Ja, natürlich. Ich meine, was soll man anderes machen? Wenn wir jetzt mal Mogadischu nehmen: Mein Auftrag war, die humanitäre Präsenz in Mogadischu wieder aufzubauen und nicht nur vom Flughafen aus zu arbeiten, sondern aus der Stadt heraus. Wir haben einen eigenen Sicherheitsdienst aufgebaut. Wir hatten einmal die guards, um die Burg zu bewachen, und dann hatten wir noch einen Sicherheitsdienst, einen somalischen, den wir genützt haben, um unsere Sicherheit zu gewährleisten, wo wir dann jeweils mit 21 Schwerbewaffneten durch die Stadt gefahren sind. Also Konvois von fünf bis sechs Fahrzeugen, die von den 21 geschützt wurden. Davon sind vor einigen Wochen elf umgekommen. In die Luft geflogen. Auch zwei Monate nach meiner Abreise, ich bin bis Januar 2013 dort gewesen, wurde unserer compound auch angegriffen, auch mit insgesamt, ich glaube, elf oder dreizehn Toten. Davon auch internationale.

Das heißt, in gewissen Gebieten kann man gar nicht arbeiten, ohne auf solche Firmen zurückzugreifen?

Also ich meine, da kann ich hundert verschiedene Sicherheitsgarantien haben, aber ich kenne praktisch keinen, der ohne irgendeine Bewaffnung oder irgendeinen Schutz in solchen Gebieten operiert. Viel zu gefährlich.

Auch bei NGOs?

Auch bei NGOs. Natürlich. Klar. Die haben dann zwar nicht 21 Männer, wie ich die hatte, sondern vielleicht drei oder vier. Aber eigentlich alle.

Was würden Sie selbst sagen? Hat das Auswirkungen, zum einen auf die AkteurInnen der Hilfe selbst, die in schwer gesicherten compounds arbeiten müssen und mit bewaffnetem Personal – und zum anderen auf das Verhältnis zu den EmpfängerInnen, was dadurch schon erheblich beeinträchtigt wird, oder?

Ich meine, das Verhältnis zu den Empfängern ist sowieso schon kaputt, eigentlich. Wer sich einbildet, dass es da super happy Beziehungen gibt in solchen Situationen: Nein. Was mache ich? Wir hatten 350.000 Vertriebene, die in der Stadt lebten. In Hunderten von kleinen und großen Lagern. Milizen. Massenvergewaltigungen. Ich meine: You name it. Es war der Horror. Es war wirklich wild. Tägliche Explosionen irgendwo in der Stadt. Und das war Anfang 2012. Sorry; da hat keiner so richtig mit den communitys gesessen und so weiter. Da ging es wirklich darum, wie kriegen wir da Struktur rein, wie kommen wir überhaupt an die Leute ran. Das war eben meine Aufgabe als Koordinator. Ich bin jeden Tag in der Stadt gewesen, ich habe mich nicht in der Burg versteckt. Bin in der Stadt herumgelaufen. Habe Flagge gezeigt. Wir haben also ziemlich viele Risiken auf uns genommen, um eben da eine Strategie zu entwickeln. Das ist diese Wechselwirkung. Das heißt: Ich entferne mich immer mehr von den Kunden, wenn ich das so sagen darf, dadurch ist die Distanz immer größer, dadurch ist es im Grunde genommen auch wurscht, ob man jetzt in die Luft fliegt oder nicht. Also diese Beziehung, ich meine also: Diese Distanz zwischen humanitärer Hilfe und den Kunden ist sowieso da. Die war auch im Lager Zaatari da. Wo auch, eigentlich im Grunde Also es fanden alle lustig, wenn die Kinder Steine auf uns geworfen haben. Also ich habe dann damit angefangen, einen Sicherheitsdienst, wenn man es so nimmt, ich habe mir dann so einen riesigen Schrank – einen syrischen Bodybuilder oder sonstwas – geholt, die hatte ich als meine Schutzmacht mit mir unterwegs.

War zum Beispiel in Zaatari auch noch extra eine Sicherheitsfirma engagiert?

Ja, natürlich! Man hat natürlich für Installationen, für die Büros, immer einen G4S-Typen. Um das Tor aufzumachen, für irgendwelche Grundsicherheitsfunktionen, crowd controlling, wenn sich Schlangen bilden, um irgendwelche Verteilungen vorzunehmen. Natürlich. Da hat jeder Sicherheitsdienste oder stellt Leute ein, um Sicherheit herzustellen. Ordnungsdienste, Sicherheitsdienste. Man braucht Leute, die nachts auf irgendetwas aufpassen. Klar.

Bei Gesprächen mit der Caritas oder MSF hat es in den Gesprächen immer geheißen: Bevor wir auf bewaffnete Sicherheitsleute zurückgreifen müssen, gehen wir lieber raus für einige Monate ...

Sorry, das ist Das stimmt so nicht. Ich meine, die haben auch in vielen Situationen mit Schutz gearbeitet. Das Rote Kreuz zum Beispiel, das ist jetzt schon eine Weile her, aber das erste Mal, als ich in Somalia war, hat das Internationale Rote Kreuz eine der größten bewaffneten Gruppen Somalias kontrolliert. Die hatten Hunderte von Bewaffneten 1993, als ich das erste Mal da war. Die Schlacht von Mogadischu damals – Black Hawk Down. In der Zeit, da hatte das Rote Kreuz Hunderte von Bewaffneten. In Pakistan natürlich auch. Also, das kann mir keiner erzählen. Da gibt es immer wieder die Aushänge-Operationen, aber die haben auch keine Lust, dass ihren Leuten die Gurgel durchgeschnitten wird. Das Internationale Rote Kreuz hatte jemanden in Quetta, dem haben sie wirklich die Gurgel durchgeschnitten. Sorry, das sind furchtbare Sachen. Da greifen auch Hardcore-Fundamentalisten, wenn es um Nicht-Schutz geht, irgendwann auf die Waffe zurück.

Es war sehr schwer, in Gesprächen mit offiziellen Vertretern über dieses Thema zu sprechen. Es wurde teilweise eingeräumt, dass man in Ausnahmefällen mal darauf zurückgegriffen hat, dann wurde es teilweise wieder dementiert. Also die Transparenz ist einfach sehr gering.

Also, die haben alle, also jeder – sorry, das ist wirklich Bullshit. Die haben alle irgendwelche Arrangements mit irgendwelchen Warlords oder Milizen-Chefs oder sonstwas. Natürlich versuche ich mir meine Garantien auszuhandeln, das brauche ich sowieso. Aber in diesen Situationen haben sie alle irgendwo ein Arrangement mit bewaffneter Sicherheit oder zumindest mit einer Präsenz von Leuten, was im Grunde ein Sicherheitsdienst ist. Also, es werden Leute dafür bezahlt, dass sie Sicherheit liefern. In einer Form oder einer anderen. Also entweder, ich setze mir jemanden ins Auto rein, wo ich weiß, das ist der Sohn vom Chief aus der Region, oder ich hole mir einen Gunman oder sonstwas. Das ist dann immer dieser feine Unterschied, der dann gemacht wird: Haben sie nun eine

Knarre oder haben sie keine? Ich hatte jetzt zum Beispiel in Kurdistan, im Nordirak, wo ich im Augenblick für die deutsche Bundesregierung einiges tue ... da hat jeder irgendwo ein Arrangement, ob das jetzt die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) ist oder sonstwer, die haben alle Arrangements mit einer Firma, die ihnen Autos zur Verfügung stellt, im besten Fall, wenn sie das Geld haben, gepanzerte – der Fahrer hat dann immer irgendwo ein kleines Teil rumliegen. Ist so. Ich kenne auch keinen. Die ganzen NGOs haben ja Sicherheitsoffiziere inzwischen. Jede NGO holt sich mittlerweile einen Ex-Irgendwas. Ich kenne keinen Ex-Militär, der, obwohl es vielleicht die Politik seiner Organisation ist, nicht irgendwo eine Waffe hat. Das ist Teil von denen, wie eine Zahnbürste. Es gibt ganz, ganz wenige Puristen, die sagen: Ich stehe dann nur so da. Die haben alle irgendwo eine Kalaschnikow im Bett liegen oder im Schrank oder so. Also, das sind die Leute selber. Und dann wiederum, was sind die Arrangements, die ausgehandelt werden? Sind das Sicherheitsgarantien – das heißt dafür zahlen –, oder ist es eben ein Team von einem Clan, die eingestellt werden. Zum Beispiel die Truppe, die wir in Mogadischu zusammengestellt haben, das war eine Firma die Mult-Clan-Teams zusammengestellt hat. Das heißt, die hatten ihre Garantien für die verschiedenen Stadtviertel und wir hatten immer die dabei, die wir gebraucht haben. Wenn wir unsere Rundfahrten gemacht haben, hatten wir immer Leute von den verschiedenen Clans irgendwo auf dem Pickup sitzen.

Die werden von der UN finanziert? Gibt es da ein Budget dafür?

Ja, wir haben für diesen Service bezahlt. Wie für G4S. Meine Sicherheitsleute haben mit denen immer wieder Trainings gemacht. Ich hatte ein internationales Sicherheitsteam und die haben sichergestellt, dass die Jungs keinen Unfug machen. Und die haben bisher auch keinen Unfug gemacht. Wie gesagt: Elf sind vor fünf Wochen bei einer roadside bomb in die Luft geflogen. Am Flughafen. Die haben wirklich super Arbeit gemacht. Wir haben zum Beispiel ein Projekt durchgeführt, auch gegen den Widerstand der NGOs muss ich sagen: 50.000 Menschen aus chaotischen Camps in sagen wir mal strukturierte Siedlungen übersiedelt. Danach war Schluss mit Milizen. Aber da mussten wir natürlich erst einmal rein. Am Anfang hat sich da kein Mensch rein getraut. Am Anfang hatten wir dieses Arrangement nicht, da mussten wir mit African Union Troops da reingehen. Da standen dann so vier Nasen popelnde Burundi-Soldaten herum, es war unwahrscheinlich gefährlich. Dann mit diesen gepanzerten Militärfahrzeugen. Da war die Gefahr besonders groß, weil wir mit diesen Fahrzeugen natürlich ein Ziel für die Al-Shabaab waren. Als wir dann umgestellt haben auf weiße UN-Fahrzeuge, fuhren wir mit Pickups mit unserer eignen Truppe. Das war klarer. Natürlich hat Al-Shabaab die UNO als Feind gesehen, wollten die humanitären Sachen verhindern. Und natürlich

hat es Anschläge gegeben. Zum Beispiel auf einen Konvoi vom UNHCR und jetzt auch wieder – den da, wo die Leute in die Luft geflogen sind. Natürlich, aber es ist wenigstens klar. Man kann nicht mehr sagen, das war eine Verwechslung. Diese ganze Grauzone der humanitären Prinzipien. Oder wann man mit was fahren oder fliegen darf. Ist ja vollkommen pervers und verwischt. 2010, da war ich stellvertretender Sonderbotschafter der UNO in Pakistan. Da gab es die große Flutkatastrophe. Zehn Millionen Menschen mussten versorgt werden. Von den zehn Millionen, die humanitäre Hilfe brauchten, waren die meisten mit Lastwagen erreichbar, aber es gab halt die, die in irgendwelchen Bergtälern oder auf irgendwelchen Inseln saßen und abgeschnitten waren. Nur Hubschrauber. Welche Hubschrauber fliegen da hin? Die UNO hat da irgendwelche weißen, ehemalige ukrainische Teile hingeschickt. Davon gab es aber überhaupt nicht genügend. Außer vielleicht zwei, drei. Der Rest waren Militärhubschrauber. Das waren pakistanische oder welche, die aus Afghanistan rübergeschickt wurden, um zu helfen in einer Riesenkatastrophe. Und jetzt, um die ganze perverse Diskussion darüber einmal klarzumachen: Also ist jeder mit denen irgendwo herumgeflogen.

Es gab keine andere Möglichkeit. Es sind also interaid emergency teams mit Black Hawks da herumgeflogen. Okay. Dann kam die Diskussion, es waren nämlich sehr viele NATO-Flugzeuge in Afghanistan beschäftigt, also Transporter: Können wir die Transportflugzeuge nutzen, um irgendwelches Zeug aus irgendwelchen zentralen Response-Lagern zu fliegen? Antwort: Nein. Es ist ja eine kämpfende Truppe in Afghanistan. Deswegen können wir Humanitäre die nicht nutzen. Sorry, also wir nutzen hier Militärhubschrauber, ich meine die pakistanische Armee kämpft auch gegen Taliban, ist auch eine kämpfende Partei. Eine Kriegspartei und ihr fliegt mit denen herum. Nein, diese Diskussion ist vollkommen aus dem Ruder gelaufen. Der UNHCR hat dann auch noch Ärger bekommen, weil sie doch NATO-Transporter eingesetzt haben, weil das ist ja ganz schlimm und böse. Darf man ja nicht. Und wie gesagt, dort sind sie alle mit irgendwelchen Militärhubschraubern herumgeflogen. Das ist im Augenblick eine sehr eigenartige Diskussion zwischen der Neutralität, der vermeintlichen, den humanitären Prinzipien. Da kommen sie alle durcheinander.

Um vielleicht noch einmal zu den AkteurInnen zurückzukommen. Mittlerweile ist es ja ein Standard, dass die MitarbeiterInnen vor Einsätzen Sicherheitstrainings, die oft auch von privaten Firmen angeboten werden, durchlaufen müssen. Welche Auswirkungen haben diese, glauben Sie, auf die humanitäre Arbeit? Hier sind wir wieder beim Distanzverhältnis, aber wenn ich beigebracht bekomme, zum Beispiel: Bleib in Kenia in der Nacht mit dem Auto nicht stehen, egal was du siehst, es könnte eine Falle sein, ein Anschlag, Überfall etc. – wenn also eingetrichtert wird, dass die Menschen dort alle eine potenzielle Gefahrenquelle sind.

Also ich meine, es ist ja auch scheißgefährlich, in Nairobi oder in Kenia irgendwo herumzufahren. Ich habe viel in Kenia gewohnt. Man hat seine drei Hunde – hatten wir zumindest –, seine drei Wachmänner – einen tagsüber, zwei nachts –, Zaun, Elektrozaun, Mauer und so weiter. Es ist kein angenehmes Land, also von daher ... Ich habe immer noch eine Wohnung in Mombasa. Aber es ist irgendwo ungut. Damit besteht natürlich immer mehr Distanz. Jetzt ist wieder die Frage, welche Systeme nutze ich? Ist das jetzt Teil des lokalen Systems oder hole ich mir irgendwelche Mercenaries, irgendwelche Söldner, die mich schützen? Da kommen wir wieder zu einem Thema, das für uns in Somalia sehr wichtig war: Risk-Management, wenn es um die contractors geht. Sehr viele von den Sicherheitsfirmen, also gerade wenn es um internationale geht, das sind Menschen mit Vergangenheit.

Ja, das sind keine Sozialarbeiter.

Also, wir haben immer ziemlich radikal background-checks gemacht. Also bei internationalen gerade, da findet man immer irgendwelche Söldner, die sich konvertiert haben. Da ist Gefahr drin. Das, finde ich, ist ein Minimum. Dass man hier keine dirty dogs von irgendwo hat. Also, dass die Firmen auch vernünftige Leute stellen. Was vielleicht bei den NGOs und auch bei der UNO immer wieder falsch verstanden wird, ist, dass man Sicherheit immer gleichsetzt mit Militär und Polizei. Sicherheit ist ein viel komplexeres Thema. Da geht es auch viel um Beziehungen. Wie habe ich es in Zaatari geschafft, dort allein rumlaufen zu können? In einem anfangs sehr gefährlichen Lager? In dem ich Vertrauen aufgebaut habe. Dialog. Da kommen wir dann auf so Konzepte wie community police. Was wir dann auch eingeführt haben. Mit der britischen Polizei zusammen und mit der jordanischen Polizei, eine community police unit aufgebaut haben. Die sind dann herumgelaufen. Ich habe das „rumlaufen“ als Kontaktaufbau eingeführt. Kontakt zum Bürger. Die haben dann bobby in the street gespielt und das hat auch hervorragend funktioniert. Und seit dem 6. April 2014 ist da nichts mehr passiert. Null. Obwohl da auch sehr unangenehme Menschen drinnen sind. Also so petty crime Geschichten natürlich. Aber das gehört zum Sicherheitskonzept dazu. Dass man nur Leute einstellt, weil sie eine Polizei- oder Militärvergangenheit haben, ist falsch. Ich habe zum Beispiel nie eine Polizei- oder Militärausbildung gemacht und ich glaube, ich war gar nicht so schlecht als Sicherheitskoordinator. Weil ich ganz andere Reflexe habe. Da geht es um mehr als irgendwelche Security risk assessments oder probabilities, also welcher Anschlag kommt auf uns zu, oder welche Gefahren lauern da. Dieses ganze security risk assessment geht ja nur darüber, wie wahrscheinlich ist es jetzt, dass es jetzt in Wien ein Erdbeben gibt und wir in diesem Lokal in Gefahr sind. Zwei-

tens, wie groß ist die Gefahr, dass jetzt ein IS-Fanatiker hier hereinstürmt und uns alle umbringt. Oder dass ein Autoselbstmörder jetzt hier reinfährt in dieses Café. Das sind alles Teile davon. Bäng, Bäng, Bäng. Aber ein ganz großer Teil ist inzwischen auch soft. Also nicht nur militärisch, sondern auch der Community-Bereich. Wie ist das Verhältnis zwischen uns? Wie groß ist die Gefahr, dass du mich jetzt umbringst? Da ist ein bisschen Bewegung reingekommen. Da hat es auch eine Zeit lang, ich weiß jetzt nicht, wer der Untergeneralsekretär für Sicherheit bei UNO ist, da gab es sehr vernünftige Leute, die das in eine andere Richtung getrieben haben. Raus aus dem reinen Hardwarebereich, hin zur Software. Als ich nach Zaatari gekommen bin, waren alle facilities, sprich Büros, Anmeldungen etc. von irgendwelchen dünnen Zäunen geschützt. Da haben sich die Flüchtlinge jeden Tag irgendwie durchgeschummelt. Durchgeschnitten. Wir hatten auch jeden Tag Verletzte – mit Zeltstangen, Steinen und so. An einem Tag sechs Verletzte im Krankenhaus, gebrochene Beine, zerstörte Autos. War hardcore. Und ich habe dann gesagt, jetzt bauen wir Mauern. Und habe dann einen Teil ummauert, dann war auch Ruhe in der Kiste. Das hat auch den Flüchtlingen klargemacht, wir sind jetzt nicht mehr die armen Idioten, die sich von euch verprügeln lassen, sondern zumindest auf selber Ebene. Ich sage immer, ich liebe Mauern, also was man normalerweise nicht sagen würde. Das darf ich auch nicht dem Herrn Kurz sagen und den anderen. Aber dort habe ich Mauern gebaut, Sicherheitszonen etabliert – auch damit wir uns wieder sicher gefühlt haben. Meine Leute hatten Angstzustände, Traumata, PTBS – ganz schlimme Sachen. Wollten nicht mehr ins Lager rein. Von dieser Sicherheit. Also ich habe es vorher schon gemacht, bin ins Lager reingelaufen, Kontakt hergestellt, Beziehungen aufgebaut. Ich meine, der jordanische Geheimdienst hat das natürlich irgendwie verfolgt, ich hatte irgendwo so einen coverage, aber das hat das Ganze so aufgeräumt. Also einmal schon die Mauer zu bauen und zu sagen, das ist jetzt mein Bereich, da kommst du nur rein, wenn ich es dir erlaube...

Das ist schon notwendig?

Das finde ganz wichtig. Also immer wieder. Die haben ja andauernd geklaut. Die haben sogar die Polizeistation geklaut, abgebaut. Die haben über 80 Gebäude geklaut. Für die war das einfach, we take what we want. Und die Idioten von den Hilfsorganisationen und dem UNHCR die verprügeln wir einfach, wenn uns etwas nicht passt. Und da haben wir erst einmal wieder ein klares Verhältnis herstellen müssen. Die Polizei? Die Flüchtlinge haben auf dem Container der Polizei obendrauf gesessen, den ganzen Tag und draufgehämmert. Am Anfang, wo er auch nicht geschützt war, hat er es nicht geschafft, sich irgendwie abzuschirmen. Die haben an die Tür gehämmert. Der hat zwei Polizisten an der Tür gehabt, die, wenn jemand rein wollte, die Tür aufgeschlossen, den reingeschoben

und dann wieder abgeschlossen haben. Und schon ging das Gegen-die-Tür-hämmern wieder los. Da mussten wir erstmals wieder Respekt herstellen. Da sind wir auch ziemlich hart reingegangen, einige Kriminelle haben wir auch durchaus verhaften lassen, auch ganz gezielt, das hat dann den Bezug wiederhergestellt beziehungsweise den Respekt. Respekt war am Anfang nicht da. Das wird manchmal unterschätzt. Also nur mit Soft Skills da reingehen: Nein!

Also Sie haben durchaus Verständnis für diese abgegrenzten compounds der UN?

Absolut. Ein sehr interessantes Gespräch hatte ich einmal mit General Morgan, der war mal somalischer Armeechef und hat Hargeysa bombardieren lassen, der Schlächter von Hargeysa. General Morgan war irgendwie so ein Buddy von mir, also in dem Kontext. Und der hatte Verhandlungen, bevor die Amerikaner gelandet sind, mit U.S. Special Forces. Und die haben in Kenia mit ihm und noch ein paar anderen Warlords verhandelt und haben gesagt: So, wir landen jetzt, 1992 war das, in Mogadischu, haben aber keinen Bock darauf, uns mit euch zu prügeln. Also wir kommen als Freunde, damit die Hungerkatastrophe vorbeigeht. Wir wollen nicht mit euch kämpfen, stellt eure Waffen irgendwo ab und eure Leute. Aber peace. Der hat gesagt: Was ist denn das? Welcher Mann kämpft denn nicht? Welcher Mann kommt und sagt: Ich will nicht kämpfen! Das war für ihn vollkommen unvorstellbar. Das heißt, damit haben die Amerikaner sämtlichen Respekt sofort verloren. Hinterher haben die Somalis ein paar Monate zugeschaut, und dann fing die Schlacht von Mogadischu an. Da hat Aidid gesagt: So, jetzt jagen wir die raus! Und das hat er ja auch geschafft. Da war ich auch zu der Zeit dort. Das hat er geschafft. Weil die das einfach nicht respektiert haben. Wenn die da reingekommen wären, jetzt brutal gesagt, Waffen her und wer nicht: peng. Das darf man nicht sagen, ist aber so. In den sehr Macho- und militarisierten Gesellschaften geht es nur so. Deswegen Peschawar auch. Die Paschtunen: Was denn jetzt – Blumen? Ich meine, ein paschtunisches Haus ist eine Festung. Das hat mir mal der Gouverneur in Peschawar erklärt, der hat uns Fotos gezeigt. So sieht ein Paschtunen-Haus aus. Das sieht aus wie eine Burg. Wie eine mittelalterliche Burg. Das ist die Mentalität hier.

Und wenn sie dann Blumentöpfe davorstellen, ist...

Lächerlich. Das ist lächerlich. Als ich da mit dem Gouverneur gesprochen habe, machte es auf einmal bumm. Da sprengte sich einer vor dem Tor in die Luft. Ich meine, es war ein großer Ex-Kolonialpalast, also eine große Distanz bis zum Tor, aber der Palast hat gewackelt. Bumm. Da sagt er: Seht ihr, deshalb sind bei uns die Häuser ... Da hatte sich einer mit einem Obst- oder Gemüsekarren

in die Luft gesprengt. Und das sind Mentalitäten, die man auch verstehen muss. Von daher bin ich relaxter demgegenüber als die Puristen und Fundamentalisten, die sagen, wir dürfen und wir können nicht. Jetzt glaube ich schon, dass man den Respekt herstellen muss.

Das heißt, man muss davon ausgehen, dass – wenn Organisationen in solchen Gebieten arbeiten – es nicht anders geht?

Also zum Beispiel eine Organisation, die ich jetzt hier nicht nennen möchte, die haben mit Al-Shaabaa ihre Deals gehabt, um überhaupt dort arbeiten zu dürfen. Wenn ich den Deal nicht habe, die nicht bezahle, nicht Leute von denen einstelle, dann fliege ich in die Luft. Schluss, aus! Ich meine, jeder. Also Mogadischu wieder, 1993, als die Schlacht los ging, ich kann mich daran erinnern, die Italiener waren dafür berühmt-berüchtigt. Die Stadt war aufgeteilt in verschiedene Zonen, wie immer. Die Italiener hatten so ihre Leute, ihr Viertel und haben den Warlord bestochen und Ruhe gehabt. Dann sind die abgerückt, haben die Wachübergabe an die Nigerianer gemacht und haben denen es nicht erzählt. Acht tote nigerianische Soldaten am Abend. Was, wie, ihr zahlt nicht? Bumm. Die arbeiten alle so. Selbst wenn das nicht offiziell ist, dann gibt es irgendwelche Lösungen, die man dann findet, um die zu befrieden. Ich hatte einen Marine Colonel, später war ich Chef vom UNHCR in Mogadischu, vorher war ich in Baraawe im Süden. Der Marine Colonel hat gesagt, bei mir keine Drogen. Hat den Qat verboten. Hat eine Lieferung aus Kenia verbrennen lassen. Den Pick up gesprengt, der das Qat holen sollte. Nach drei Tagen hat er eine neue Ladung Qat bezahlt und der Miliz, die mit dem Qat gehandelt hat, einen brandneuen Pick up hingestellt. Der konnte die Stadt nicht mehr unter Kontrolle halten. Ich bin davon überzeugt, das läuft überall so. Selbst Cap Anamur, die also auch irgendwie alle auf Wolke sieben schweben irgendwie, die hatten auch, wir haben das Krankenhaus dort gemanagt, die hatten Gunmen auf jedem Stockwerk dort stehen, um arbeiten zu können.

Das ist irgendwie das Interessante an der ganzen Geschichte, dass es bei den Organisationen immer heißt: Nein, das machen wir nicht. Ja, vielleicht mal eine Torwache, aber der ist eigentlich ein Rezeptionist, mehr...

Torwache, die das Tor aufmacht. Nein, dann stehen sie eben oben auf dem Dach. Ich meine, wir haben Maschinengewehrnester auf dem Dach gehabt, um irgendwie Also die Organisationen versuchen das irgendwie zu verstecken, weil das natürlich ihrem Image schadet. Ich finde, man sollte so ehrlich wie möglich sein bei diesen Sachen und sagen: Ja, sorry, es ist halt so heutzutage. Ich

verstehe das nicht. Die zieren sich da so. Die zieren sich so, das zuzugeben. Da kommt meine Story wieder, die ich im Augenblick sehr stark verfolge. Ihr müsst runterkommen von eurer Wolke. Es geht nicht nur um Opfer. Es geht um Menschen. Da gibt es Arschlöcher und diejenigen, die keine sind. Ich weiß nicht, ich habe zu viel Schlimmes miterlebt in meinem Leben, um zu sagen, das darf man nicht. Wenn dir mal einer abgeknallt wurde, der ein Freund von dir ist, dann sagst du eben auch, das darf nicht mehr passieren. Ich bin einmal fast ermordet worden – bei einem Raubüberfall, mit einer Kalaschnikow, hier hingehalten – und habe fast eine Stunde versucht zu erklären, dass ich keine 30.000 Dollar zu Hause habe. Dann haben sie alles Mögliche gemacht, was man so macht, um 30.000 Dollar zu finden und ich habe nur den 20-Dollar-Schein hinausgezogen und das war ihnen nicht genug. Mein Wachmann war mit Pfeil und Bogen bewaffnet, den hatten sie sofort eliminiert. Also gefesselt und so, zum Glück nicht ermordet. Also, ich habe noch nie in meinem Leben eine Waffe getragen, fühle mich aber ganz gut, wenn jemand bei mir ist, der es kann. Der muss es halt auch können.

Also haben Sie auch schon mit internationalen Sicherheitsfirmen zusammengearbeitet?

Also erstens sind die im Allgemeinen viel zu teuer für die UNO. Ich mein, man hat Sicherheitsoffiziere. In Mogadischu hatte ich insgesamt acht internationale, die in meinem Team gearbeitet haben. Der große Chef in Somalia war ein ehemaliger kolumbianischer Air Force Colonel – der ist übrigens der UNO-Sicherheitschef in Syrien –, der hat ein Super-Team zusammengestellt und das war auch notwendig. Wir hatten einen Geiselexperten dabei, Konvoiexperten, wir hatten einen Ex-Special-Force usw. was man halt so hat, Sicherheitsanalysten etc. . Die waren wiederum so gut vernetzt, dass wir relativ gut jeden Moment wussten, was in der Stadt abgeht. Wenn ein Selbstmordattentäter mit dem Auto unterwegs war, wussten wir das in der Regel. Das ist dann auch notwendig.

Warum nutzt die UNO, zum Beispiel in Mogadischu, wo Sie die 21 Leute hatten ...

Wir hatten drei Sets davon, also über 60 Männer.

... ist es dann eine Kostenfrage oder geht es um das Mandat, dass die UNO nicht eigenes Personal einsetzt? Sie hat ja durchaus Truppen, die auch kämpfen können.

Ja, das hängt dann wieder von dem Mandat ab. Ich meine, es hat, ich kann mich an Mogadischu 1992/93 erinnern, wie gesagt, habe ich es geschafft, fast ein Jahr lang in dieser Schlacht zu überle-

ben. Natürlich gab es da auch wieder die close protection units, also die Bodyguards, dann gab es die Blauhelme mit verschiedenen Kapazitäten. Die haben aber auch alle diese verschiedenen Mandate, wann sie eingreifen dürfen. Ich meine, es gab doch diesen schrecklichen Zwischenfall in Juba vor ein paar Wochen. Vergewaltigungen und so weiter. Und die Blauhelme sind halt sitzen geblieben. Die sind nicht gekommen. Das ist ja der Klassiker, um jetzt nochmal zu zeigen, was eben nicht funktioniert. Übrigens, da gibt es eine ganz tolle Facegruppe, Fifty Shades of Aid. Da gibt es genau solche Diskussionen, also über Sicherheit und auch die mentale Situation von Leuten und was dort gemacht wird. Das ist eine super Diskussion. Ich glaube, das sind über 6000 inzwischen. Der Guardian macht viel dazu. Auch IRIN. Ich habe IRIN miterfunden, 1995. Wir waren zu dritt beim Abendessen und haben es erfunden, nach zwei Flaschen Wein. Ben Parker, der jetzt das macht, ist super. Die Artikel werden kritischer. Mit dem sollte man auch über solche Themen reden. Das sind Diskussionen, die mehr öffentlich geführt werden müssen. Und die meisten NGOs sich einfach durchschummeln. Das Problem ist, solange die NGOs dieses Bild – ich bin eine Organisation, die hungernden Negerbabys mit deinen fünf Euro und so weiter hilft – solange die weiterhin versuchen, dieses Bild zu schützen: Das entspricht nicht der Realität. Es ist in Wahrheit ein Geschäft.

Ein großer Markt ...

Es geht im Grunde um Marktanteile, wer steckt die Flagge zuerst rein. Es sind ja Unternehmen eigentlich. Ich warte noch darauf, dass sich der UNHCR mehr öffnet, der Grandi ist ein guter Freund von mir, wir haben ziemlich viel ... (Telefonat). Also ich hoffe, dass sich der UNHCR ein bisschen entwickelt, aber der hat natürlich auch seine Schwierigkeiten mit der ganzen Bürokratie, sich da zu öffnen.

Im letzten Winter war zum Beispiel die Geschichte, dass der UNHCR groß verkündet hat, seinen Vertrag mit G4S in Jordanien gekündigt zu haben, weil es Proteste gab. Eben weil die auch Grenzkontrollen in Palästina machen und private Gefängnisse betreiben etc. Zwei Tage später gab es eine Pressemitteilung von G4S, dass sie die Kündigung bedauern etc., aber darauf hinweisen, dass sie weltweit Hunderte und auch noch in Jordanien selbst, zig weitere Verträge mit dem UNHCR laufen haben. Das zeigt irgendwie, dass dieses ganze Thema immer so intransparent und eigentlich verlogen gehandhabt wird.

Genau. Ich meine, wieviele Verträge habe ich schon mit G4S gemacht in meinem Leben. Sei es jetzt Pakistan oder sonstwo mit ähnlichen Sachen. Da kommen wir wieder – und das ist auch so

eine scheinheilige Diskussion Also, irgendwann hatte Boeing einmal gesagt „Wir helfen euch mit irgendwas!“ und dann hat der UNHCR gesagt: „Nein, dass geht gar nicht, die machen militärische irgendwas“. Ich mein: Vergessen, dass die Nr. 2 vom UNHCR zu der Zeit ein former CEO von Boeing war und selber auch, übrigens Anti-Terror Operationen für die Amerikaner gemacht hat? Das war der Deputy High Commissioner. Und dann sagen die, mit Boeing können wir nicht arbeiten. Das ist ja Militär. Ich meine, dann fangen alle an, darüber zu reden Das muss einem klar sein. Haben wir jetzt die Holzfirma, ist das jetzt dirty timber aus Indonesien? Dieses ganze ethics, also mit wem darf ich arbeiten, mit wem nicht, dass ist so kompliziert geworden in einer globalisierten, vernetzten Konzernwelt. Entweder man arbeitet überhaupt nicht mehr, oder man muss klar die roten Linien ziehen. Es ist unheimlich kompliziert geworden. Ich meine, Zehn Konzerne kontrollieren 90 Prozent des Lebensmittelhandels. Das ganze Thema Ethik, Nachhaltigkeit etc. damit haben alle eine riesige Baustelle. Das verwirrt alle. Da geht es über dieses Sicherheitsthema hinaus. Ich bin da vielleicht ein bisschen eingenommen, weil ich einfach so angefressen bin, von dem Versagen dieser Hilfsindustrie, auch nur einen Bruchteil der Probleme zu lösen. Wo gibt es dieses Know-how? In der Wirtschaft wahrscheinlich. Das versuche ich im Augenblick zu testen, also wie weit können wir da gehen? Aber auch, um ehrlich zu sein, nichts mehr zu verstecken und zu sagen: Hier ist jetzt ein Businessmodell, das wir für Nordjordanien, den Irak oder sonstwo aufbauen. Geht es den Menschen dann schlechter? Ich glaube nicht. Gerade wir, in Westeuropa, haben manchmal so eine eigenartige Vorstellung vom Guten und vom Bösen. Vollkommenes Chaos in unseren Köpfen. Nächste Woche bin ich in Thessaloniki und arbeite dort mit den ganz großen Philanthropen dieser Welt. Ein Anti-System im Grunde. Humanitäre Hilfe neu erfinden. Alles ganz anders aufstellen. In Griechenland machen die gerade Flüchtlingslager. Die sagen, das System funktioniert nicht, wir machen das jetzt selber. Das erste Lager in Thessaloniki, 850 Leute, privat finanziert, da hängen wir jetzt alle möglichen tech- und kreativen Partner ran und digitale irgendwas. Das macht wirklich Spaß. Die sagen: Lasst uns das neue System erfinden.

Und Sie glauben, das geht nur mit privaten Geldgebern?

Privat und mit Städtepartnerschaften. In Jordanien habe ich zum Beispiel mit Amsterdam zusammengearbeitet, um Städteplanelemente in das Lager reinzubringen. Stadtplanung in das Lager. Und auch die Wasserwerke von Marseille. Statt UNICEF die Wasserversorgung machen lassen. Und dann stellt man auf einmal fest, es ist viel billiger mit der Privatwirtschaft. Beispiel: UNICEF-Wassersystem Zaatari 18 Millionen. Eine Firma hätte es für acht Millionen gekonnt. Das sind Spendengelder. Elektrizität dasselbe. Hunderte solche Beispiele. Und von daher finde ich das schon wieder

ein bisschen ehrlicher. Wie gehe ich mit 500.000 Menschen um, die ich unterbringen, ernähren usw. muss? Wer kann das am besten? Eine Logistikfirma. Muss ich dafür eine NGO anheuern? Nein. Und das ist das Umdenken. Pakistan 2009. 2,5 Millionen Menschen kommen auf uns zu. Vertriebene. 550.000 brauchen Lagerunterkünfte. Wer kann das? Wir haben es versucht. Wir haben es ganz gut hingekriegt, ausnahmsweise. Es ist aber erst mal eine logistische Aufgabe. Da gibt es große Firmen, die das durchaus können. Oh Gott, die könnten ja Profit machen. Wir hatten ja die Diskussion hier, auch in Bezug auf die Asylgeschichte. OAS. Das ist eine Firma. Oh Gott. Na gut, es ist aber auch eine Firma und die kann ich dafür kritisieren, wenn sie ihren Vertrag nicht erfüllt. Ich kann sie verklagen. Eine NGO kann ich nicht vor Gericht stellen. Ich kann die Caritas nicht vor ein Gericht stellen, weil sie eine Unterkunft schlecht managen.

Bei der OAS-Geschichte geht es aber auch um den Vertrag, den die Firma mit dem Innenministerium hat. Der war ja schon seltsam an sich, sicher auch ein Grund für den Aufschrei.

Also, ich habe mit dem Vertrag auch irgendwie zu tun, also den Wenn die geschummelt haben, dann haben wir das auch klarstellen können. Aber was dann wiederum natürlich als Kritik kam: Die machen Gewinn mit den Flüchtlingen. Das macht die Caritas aber auch. Das sind so Dinge ...

Das ist schließlich auch bei der Sicherheitsfrage immer ein Punkt. Darf man sich Sicherheit bei einer for-profit-Firma kaufen?

Ja, aber sie kaufen ja auch Wasser oder Lebensmittel von einer Firma. Wieso sollte ich jetzt Sicherheit, die heilige Kuh, dort nicht einkaufen. Sicherheit ist genauso eine professionelle Aktivität, wie Lebensmittel herstellen. Da kommt dann wieder dieses meiner Ansicht nach falsch verstandene Ethos in dieses Geschäft rein. Wir sind humanitär, wir sind gemeinnützig, wir tun nur das Gute. Sorry, wenn ich Wasserflaschen kaufe, dann ist es wahrscheinlich Nestle. Dieses komische falsche Verständnis. Entweder gehe ich vollkommen von allem Kommerz weg, das geht aber nicht. Ich wohne in Hotels, fliege mit Flugzeugen etc. Zum Beispiel: Ein Freund von mir macht Programmierung. Also der bildet Programmierer in Jordanien aus. Der macht das for-profit. Helle Aufregung. Wie kann der Flüchtlinge und andere for-profit als Programmierer ausbilden? Naja, wenn er es so macht, kostet es keinen Cent. Und wird ein paar Tausend in den nächsten Jahren ausbilden. Aber das ist verpönt. Das darf man nicht. Gerade die Caritas. Wir waren mit dem Rudi Anschöber und der Caritas dort und haben das besucht. Die sagen dann, das geht doch gar nicht, wie darf man den die armen Flüchtlinge für die IT-Industrie ausbilden. Sorry, aber in 4 Monaten haben die einen Job.

Bevor die jetzt als Tischler arbeiten oder Maurer oder Näher, dann können die auch programmieren für eine internationale Firma. Das ist dann doch wurscht. Nein, das geht nicht, das sind die großen Konzerne. Für mich ist dieses ganze Thema, auch mit der Sicherheit, das große Dilemma der Hilfsindustrie.

Also ein grundsätzliches Strukturproblem?

Grundsätzliche Frage: Was sind wir eigentlich? Sich nicht als Industrie zu begreifen, aber gleichzeitig ist es eine, es ist ein Markt. Es sind 20 € Milliarden im Jahr, lächerliche, die unter den NGOs verteilt werden. Das ist der Markt. Da sind sie im Wettbewerb. Die müssen sich endlich als solches verstehen. Es ist eine Identitätskrise der humanitären Hilfe. Gerade die Informationssperre oder die Schwierigkeit, darüber zu sprechen, ist der Ausdruck davon. Wir haben keine Antworten.

Würden Sie sagen, das ist eine neuere Entwicklung oder war es schon immer ein bisschen so?

War immer schon schwierig. Gerade dieses Sicherheitsthema. Ich habe Sicherheit, aber meine schießen nicht, der nächste sagt, meine schießen nur, wenn sie beschossen werden u.s.w. . Nein ich habe keine Waffe. Jeder weiß, die Waffe liegt da unten. Jetzt kommt es halt immer mehr raus. 100 Tote von Hilfsorganisationen jedes Jahr und viele Verletzte. Es kommt so richtig raus, jetzt. Moment of truth. Wir sagen ja, dass dieses gegenwärtige Hilfssystem in fünf Jahren tot ist. Wir werden es durch andere Systeme ersetzen. Die Million Menschen, die gekommen sind, das ist so. Hallo Leute, wacht auf! Ihr habt da einige Baustellen, die anzugehen sind. In Europa und in der Welt. Hilfe geht, funktioniert gar nicht. Die Welt ist in heller Aufregung.

Warum tut sich auch die UN so schwer damit, darüber zu sprechen? Es gibt veröffentlichte Bilanzen, die zeigen, dass die Ausgaben für Security Services in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Was aber wirklich mit diesem Geld passiert, erfährt man aber nicht so richtig.

Es geht halt auch um sehr viel Geld. Wenn ich mir das anschau: So ein gepanzertes Auto mit Fahrer im Nordirak, das ich miete, kostet 15.000 Dollar im Monat. Und wenn ich es kaufe? Erst einmal kriege ich den Gepanzerten gar nicht, weil zu wenige hergestellt werden, da muss man jahrelang warten oder bekommt schlechte Qualität also nur B4 oder B5 aber nicht B7... . Das sind wahnsinnige Summen. Also so eine T-Wall, Betonmauer, die kostet unheimlich viel Geld. Natürlich ist das in den Budgets. Aber man darf es keinem Menschen erzählen, dass die guten Spendengelder in irgend-

welche Betonstahlschranken oder Helme fließen. Aber der Helm fühlt sich verdammt gut an. Als ich das erste Mal in Mogadischu war, hatte ich einen Helm der war okay. Meine Schutzweste war nur eine Splitterweste und das Auto nicht gepanzert. Das war ein Toyota, den ich gemietet hatte von einer Miliz. Ich hatte einen Gunman vorne rechts sitzen und einen Gunman hinten aus dem Kofferraum raus. Da sind wir durch die Stadt gerast – mit 100, 120 km/h – im Kreuzfeuer. Das war noch erschwinglich. Heute darf ich das gar nicht mehr und muss mir ein 250.000-Dollar-Auto kommen lassen. Das sind irrsinnige Budgets. Deswegen die Frage, was erreicht man damit? Zahlt es sich aus? Wenn ich dort einen Deutschen oder Amerikaner sitzen habe, muss ich sehr viel Geld in die Hand nehmen, damit der dort wieder lebendig rauskommt. Wenn ich andere delivery mechanism nehme geht das schon, habe aber keine Kontrolle mehr. In Somalia haben fast alle über Remote gearbeitet. Da sind Millionen, Milliarden geklaut worden. Alle NGOs saßen in Nairobi und haben remote programming gemacht. Nein, da können wir nicht hin, hat es geheißen. Alles war in Nairobi. Wir haben dann eine special unit gehabt, die auch Projekte kontrolliert hat. Geil. Dreimal denselben Brunnen finanziert. Krankenhäuser, die nie gebaut worden sind. Alles. Weil sich keiner hin getraut hat. Jeder faselt da irgendwas herum, mit „Wir haben ja GPS Systeme“ und so. Aber dadurch, dass es nicht abgeglichen wird mit den anderen Geldgebern, funktioniert es nicht. Wie gesagt, derselbe Brunnen hat so Schilder, die man wechseln kann: financed by Wir haben Brunnen gefunden, da hat keiner die Daten geprüft, die waren mitten im Meer. Da haben sie Daten erfunden. Also remote versus security. Milliarden riskieren durch remotesysteme oder Millionen für Sicherheit. Was ist da die Balance?

Aldric Ludescher

Vice President Global Corporate Security and Crisis Management. MetLife.

Wien, 10. Oktober 2016

Es ist auch auf jeden Fall ein spannendes Thema, weil natürlich immer Bedarf besteht, aber andererseits steht das natürlich oft im Konflikt mit den Interessen von NGOs. Wenn Sie in solchen Krisengebieten arbeiten, ist die Auswahl der Sicherheitsfirmen oft auch eine Auswahl der Konfliktparteien innerhalb dieses Gebietes. Wenn ich dort arbeiten will, brauche ich natürlich meinen Access, und die, die mir den geben können, stehen natürlich häufig mit einem oder zwei Füßen in diesem Konflikt. Das führt zu der Situation, dass egal wie unabhängig sich eine Sicherheitsfirma versucht darzustellen, um überhaupt lizenziert arbeiten zu können in diesem Land, um auch Waffen tragen zu können, muss man natürlich Verbindungen eingehen, die konträr dem gegenüberstehen, was die NGOs machen wollen, nämlich neutral zu sein. Also es ist ein komplexes Thema. Sollen wir einmal mit dem Leitfaden, den Sie mir geschickt haben, anfangen?

Ja, also dann zur ersten Frage. Würden Sie sagen, dass sich die weltweite Sicherheitslage in den letzten 25 Jahren, wenn wir als Zäsuren das Ende der Blockkonfrontation Ost – West und später den "war on terror" nehmen, fundamental verändert hat? Sprich, ist es gefährlicher geworden für humanitäre Akteure, Unternehmen etc., in sogenannten „Krisengebieten“ zu arbeiten? Oder war die Gefahr immer ähnlich und nur die Wahrnehmung hat sich verändert?

Ja, das ist natürlich eine schwierige Frage. Natürlich war es immer schon gefährlich. Wobei es war lokal gefährlich. Aber durch die Globalisierung, Vernetzung und die neuen Kommunikationsmittel hat es sich natürlich sehr verändert. Ich kann jetzt wesentlich mehr in relativ kurzer Zeit erreichen. Angreifen zum Beispiel. Damals war die Gefahr eine klassische opportunity threat. Man zielt auf jemanden, der mit wealth, mit Vermögen in Verbindung gebracht wird. Man sucht sich quasi ein Ziel zur Bereicherung. Das war aber sehr lokal. Heute haben wir wirklich eine Dynamik erreicht, das gilt nicht nur für NGOs, sondern auch für commercial profit-Unternehmen, dass die Regionen, in denen NGOs oder Oil-and-Gas-Unternehmen arbeiten, natürlich auch als globale Bedrohung wahrgenommen werden. Sprich, wir haben Organisationen, die global motiviert einer globalen Ideologie folgen und nicht nur lokalen kurzfristigen Interessen und Zielen, und somit hat sich nicht nur deren Fähigkeit und Zielauswahl erweitert. Ich denke, es ist zu einer gesteigerten Bedrohungslage, speziell für NGOs, in diesen Situationen gekommen. Aber auch zu einer erhöhten Wahrnehmung. Und das geht

Hand in Hand. Wir wissen es eh, es ist ein altes Thema: die ganzen Social Medias, die ganzen News-Sachen, die natürlich aufspringen auf solche Themen und permanent aufschreiben. Also wahrscheinlich ist die Bedrohung nicht im selben Ausmaß gestiegen wie die Wahrnehmung. Aber Security hat immer zwei Seiten: die Realität und die Wahrnehmung. Ich kann mich sicher fühlen und nicht sicher sein und ich kann nicht sicher sein und mich sicher fühlen zum Beispiel. Beide diese Komponenten sind gleich wichtig. Jetzt aus dem Blickwinkel eines Security Managers gesprochen. Und beide müssen angesprochen werden. Weil, was nützt es mir, Sicherheit zu erzeugen, die aber niemand spürt, niemand merkt. Der Effekt ist und bleibt aus. Ich habe dann quasi Leute, die nicht in den Regionen arbeiten wollen, weil sie sich nicht sicher fühlen. Also ich würde die Frage auf jeden Fall beantworten mit: Ja. Erhöhte Bedrohungslage, veränderte Motivationen, globale Motivationen, neue Fähigkeiten. Aber auch wesentliche Veränderungen der Wahrnehmung von was ist gefährlich und was nicht? Rein statistisch, also das ist jetzt global und nicht nur auf NGOs, dass weißt du natürlich, aber wenn man sich jetzt statistisch Terrorismus als Bedrohungsgruppe anschaut und sich Größe und Anzahl von Incidents anschaut, dann geht es uns gar nicht so schlecht. Also jetzt auf die letzten 50 oder 60 Jahre betrachtet. Wir sind einfach alle mehr inkludiert in die Thematik, und unsere ganze Sicherheitswahrnehmung ist und war schon immer eine von den Dingen, die wir permanent sehen, also die in die Schlagzeilen kommen, und deshalb macht man auch diese Schlagzeile, weil man weiß, dass die Bevölkerung die lesen will, und solche Dinge werden als höher bewertet als sie sind. Sie sind natürlich schrecklich, Dinge, die uns tief drinnen Angst machen, wo wir das Gefühl haben, wir haben keine Kontrolle über den Ausgang. Das sind Dinge, die immer höher bewertet werden als die wirklichen Risiken wie Rauchen, Autofahren und die ganzen anderen Dinge, wo halt hohe statistische Todeszahlen, signifikant höhere, erreicht werden als durch Terrorismus und so weiter.

Auch im Feld der humanitären Arbeit wird von manchen ExpertInnen ins Feld geführt, dass die Zahl der Incidents zwar in absoluten Zahlen gestiegen ist, aber eben auch die Zahl der AkteurInnen, also MitarbeiterInnen, die sich im Feld bewegen, signifikant höher ist. Also die Zahl der Übergriffe an sich gar nicht so enorm gestiegen ist, wie es die Wahrnehmung vermuten lässt.

Okay. Diese Zahlen kenne ich jetzt nicht. Wundert mich aber nicht, weil warum sollte es. Also ich denke schon, dass, wenn man sich zum Beispiel Krisengebiete anschaut wie Syrien, also Kriegsgebiete, die international im Blickwinkel stehen, Jemen ist auch ein gutes Beispiel, da werden Entführungen vorgenommen von Ausländern, egal, ob die jetzt von NGOs oder sonst wem kommen, um

quasi politisches Kapital zu haben. Das hat es in den 50er-Jahren in Kamerun kaum gegeben. Also ich glaube, von der Perspektive hat sich das Gefahrenpotenzial verändert. Aber ob es jetzt wirklich zu einem signifikanten Anstieg von Übergriffen, jetzt global gesehen, gekommen ist, glaube ich nicht. Die Relevanz ist eine größere geworden. Ich denke, dass es bei solchen Arbeiten, also bei Deiner Arbeit zum Beispiel, ein wichtiges Thema sein muss, die Wahrnehmung von Sicherheit und Sicherheitsrisiken beziehungsweise die Wahrnehmungsfilter, Wahrnehmungsfehler, die wir haben. Diese beeinflussen nämlich vor allem die Maßnahmen, die gesetzt werden. Jedes Sicherheitsunternehmen, aber auch jeder Sicherheitsmanager wird sich orientieren nach dem, was der Klient will. Und wenn der Klient sagt, ich will das, werden wir das zum großen Teil wahrscheinlich auch machen. Weil es die Anforderung des Klienten ist. Auch wenn die wirkliche Sicherheit, die benötigt wird, wahrscheinlich eine niedrigere oder halt eine andere ist. Und da zu verstehen, was sind die Komponenten, die solche Sachen beeinflussen, gerade für Leute, die bei einer NGO arbeiten. Und damit einem höheren Risiko ausgesetzt sind als Leute, die bei einem Finanzinstitut arbeiten. Das wäre sicher auch irgendwo in dem ganzen Bereich, den die Arbeit umspannt, ein wichtiger Teil.

Dann vielleicht gleich weiter zur zweiten Frage. Ist es aus Ihrer Sicht als Experte überhaupt möglich, in "high-risk"-Ländern wie zum Beispiel im Südsudan oder in Afghanistan ohne einen engagierten Schutz zu arbeiten? Den Südsudan und Afghanistan kennen Sie ja ganz gut.

Nein. Also ich denke, dass jede Sicherheitsstrategie, und das ist Grundsatz, aus drei Sicherheitskomponenten bestehen muss. Aus Schutz, auf eine gewisse Art und Weise, aus Abschreckung ... Also mit Schutz meine ich den wirklichen Schutz meiner physischen Komponenten, mit Abschreckung meine ich alle Faktoren, den Leuten zu verstehen geben, das ist vielleicht doch keine gute Idee und Akzeptanz. Sprich, ich will diese NGOs in meinem Umfeld haben, weil ich dadurch gewisse Vorteile habe. Oder weil es meinen ideologischen Vorstellungen entspricht oder was auch immer. Diese drei Komponenten, also Schutz, Abschreckung und Akzeptanz, müssen natürlich abgewogen werden. Wenn ich das aus Sicht einer Firma betrachte, ist klar, dass die mit Abschreckung arbeiten müssen, weil wenn die in ein armes Land gehen und dort die letzten Ressourcen aus dem raussaugen, werden die schwer auf Akzeptanz stoßen, wenn man die lokale Bevölkerung mittellos zurücklässt. Da kann man keine Akzeptanz aufbauen. Allerdings – und das ist sehr spannend – versuchen auch Unternehmen, mit allen Komponenten zu arbeiten. Die bauen sich also den Schutz hart auf, haben ihre Abschreckungsstrategie, arbeiten mit Wachmannschaften und mit lokaler Polizei und lokalem Militär, und dann gibt es aber auch immer Corporate Social Responsibility und andere

Programme, wo man sagt, okay, lass uns auch die lokale Bevölkerung einbeziehen. Verstehen, was die Bedürfnisse sind und dort Brunnen und Schulen bauen. Also winning hearts and minds eine gewisse Akzeptanz aufzubauen, um die lokale Bevölkerung in einen Sicherheitsring mit einzubauen. Aber der Schwerpunkt liegt ganz klar auf Schutz und Abschreckung. Bei einer NGO ist Akzeptanz natürlich das Wichtigste, die ganze Existenzberechtigung einer NGO, in einer Region zu arbeiten, baut darauf auf, dass die Hilfe benötigt wird. Das heißt, wenn man sich jetzt das Betätigungsfeld eines Security managers einer NGO anschaut, dann geht es immer darum, to provide access, und diesen access spricht dieses lokale, erst einmal zu verstehen. Wer sind die Power Broker, wer ist State, welche lokale Crew kann es uns ermöglichen, dort reinzukommen und dort auch in Sicherheit zu sein. Das heißt wir brauchen access, wir brauchen Akzeptanz, Schutz und Abschreckung sofern benötigt. Und greife hier auf die Gruppierungen zurück, die dort existieren. Sofern diese Gruppierungen nicht mit beiden Füßen im Konflikt stehen, der quasi die Situation verursacht hat. Aber ohne Schutz in solchen Regionen zu arbeiten, ist eine extrem kurzfristige Strategie. Weil ein weiterer Grundsatz in der Sicherheit oder im Sicherheitsmanagement ist immer, be never the softer target. Sei nie das weichste Ziel. Oder schwächste Ziel. Weil auch aus dem Täterverhalten ganz klar hervorgeht, wenn ich eine Auswahl von zehn bis fünfzehn Zielen habe, aus allen möglichen Bereichen, und ich habe eine Auswahl aus schweren Zielen, mittleren Zielen und offensichtlich weichen Zielen, dann wird man immer den Weg des geringsten Widerstands gehen. Genauso wie wir, also auch die Gegenseite, durch ein Abwägen von risk versus reward, also Risiko versus Belohnung, die ich quasi erzielen kann. Und je höher der reward, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass da etwas passiert. Also ein ganz klassisches Beispiel: Als die maritime Piraterie noch in den Kinderschuhen stand und die Somalis in ihren Fischerbooten, schlecht bewaffnet, darauf gewartet haben, dass ein Tanker vorbeigefahren ist und der vielleicht eine hohe Seitenwand und ein bisschen Stacheldraht hatte und dahinter ein anderes Schiff kam, das vielleicht weniger interessantes Gut geladen hatte, aber langsamer unterwegs war und eine niedrigere Seitenwand hatte, da haben die natürlich den genommen. Man hat dann auch mit Running Guards gearbeitet. Das waren dann Puppen mit Holz-AKs, die irgendwo auf der Reling aufgebaut wurden, einfach nur um den Eindruck zu erzeugen. Und die sagen okay, passt, schauen wir uns gar nicht an, weil es kommt sowieso das schwächere target noch vorbei. Hat natürlich auch Nachteile so eine Strategie, aber wenn ich das von der NGO-Seite betrachte, heißt dass, wenn ich da ohne Schutz reingehe, geht das vielleicht kurz gut, und wenn ich kurz rein- und rausgehe, kann ich mir das vielleicht erlauben. Das ist dann eine ganz bewusste Risikoabwägung, die man dann vornehmen muss. Aber sobald ich meine Exponierung erhöhe, also mehr Leute und längerer Zeitraum, werde ich immer darunter leiden, dass ich das offensichtlich schwächste und attraktivste target bin. Sprich, die Verbindung der target attractiveness für

eine NGO, durch welche Maßnahmen auch immer, muss durchgeführt werden. Ich glaube, die meisten NGOs benchmarken auch miteinander. Also, es gibt ja bei fast allen Security officers. Und deren Hauptzweck ist es ja, Bedrohungsszenarien auszutauschen, ein Netzwerk zu bilden und aber auch sicherzustellen, dass wir als NGOs halbwegs alle auf dem desselben Sicherheitslevel sind, was jetzt die Abschreckung und den Schutz angeht. Um eben zu vermeiden, dass es zu diesem crash down in diesem Security belt kommt und ganz offensichtlich attraktive targets entstehen. Und dadurch NGOs als ganze Gruppierung attraktive Ziele werden. Also, um Deine Frage zu beantworten: Nein, einen engagierten Schutz, was auch immer das bedeutet, sei es lokal oder foreign, es braucht einen Schutz. Interessant dafür ist ein Gerichtsfall der letzten Jahre, hast du vielleicht eh gehört, das war das norwegische Refugee Council in Kenia, Steve Dennis. Das war eine Gruppe von vier Mitarbeitern, die im Osten Kenias gearbeitet haben. Es wurde ein Trip geplant mit dem Präsidenten oder zumindest einem sehr hohen Repräsentanten der NGO, der also ins Land kam, um das Ganze anzuschauen. Also da war auch ein gewisses Medieninteresse da. Der Trip führte dicht an die somalische Grenze, also eine problematische Gegend. Die NGO hatte zwar einen Sicherheitsoffizier oder ein Sicherheitsmanagement, aber eher eine one man Show, der gesagt hat, passt dort auf, in dieser Region brauchen wir eine Sicherheitsfirma, die uns security bietet. Das wurde kurzfristig auch akzeptiert, dann aber, als klar geworden ist, da kommt der chairman oder der Präsident und wie würde das aussehen, wenn wir da mit security antanzen ... Es wurde also die Entscheidung getroffen, hier ohne Schutz reinzufahren. Es kam, wie es kommen musste. Sie wurden gekidnappt und im Vier-Tage-Fußmarsch über die somalische Grenze transportiert, sehr schwere Bedingungen für die Geiseln. Die NGO hat dann eine lokale somalische Miliz engagiert, um eine Geiselnbefreiung durchzuführen, also unglaubliches Verhalten, dass das Leben der Geiseln massiv gefährdet hat. Das Ganze ist überraschenderweise gut ausgegangen. Die Geiseln wurden nach ein bis zwei Wochen, also in relativ kurzer Zeit, wieder befreit. Aber eine der Geiseln, nämlich Steve Dennis, hat die NGO verklagt. Und hat in einem wirklich revolutionären Gerichtsurteil auch recht bekommen. Weil die norwegischen Gerichte, die diesen Fall beurteilt haben, gesagt haben, auch ihr als NGO habt eine duty of care, also eine Fürsorgepflicht für eure Mitarbeiter – bis dahin haben NGOs immer als Ausrede den humanitären Imperativ ins Feld geführt. Wir sind nicht da, um Geld zu machen oder Ressourcen auszubeuten, um unsere Arbeit machen zu können, müssen wir gewisse Risiken akzeptieren und gewisse Sachen, die ein Unternehmen machen muss, sei es Fürsorgepflicht, Arbeitnehmerschutz etc., nicht befolgen. Und das Gericht hat in diesem Fall anders entschieden. Ja, vielleicht anderes befolgen, aber nicht komplett ignorieren. Das war ein Gerichtsspruch, der in der NGO-Security-Szene ziemliche Wellen geschlagen hat. Weil sich dadurch das Ganze in der Industrie ändert. Ich muss mir als NGO wirklich überlegen, wo bin ich exponiert, mache ich die Dinge richtig? Es gab einen

wirklich guten Untersuchungsbericht zu dem Fall aus dem Blickwinkel des Security managers. Da steht drin, es wurde zwar ein risk-assessment gemacht, aber es war fehlerhaft. Die Maßnahmen wurden vorgeschlagen, aber nicht umgesetzt oder nicht vorgeschlagen beziehungsweise nicht überprüft. Das sind alles Dinge, die im tagtäglichen Geschäft passieren. Und ich denke, es hat sich jeder Security manager dann die Frage gestellt: Wenn es bei mir so eine Untersuchung gäbe, wie würde es dann da ausschauen? Es hat die Branche sicherlich aufgerüttelt. Sprich, zu deiner Frage, ist es möglich? Ja, aber unter welchen Voraussetzungen, welchen Umständen, mit welchen Personen? Mittlerweile gibt es eben nicht mehr nur die moralische und ethische Verpflichtung für eine NGO, einen Mindeststandard an Schutz zu gewährleisten, sondern auch rechtlich. Und diese ist definitiv eine neue. Die dritte Komponente, neben ethisch und legal, ist natürlich auch ein Problem. Wer will für eine NGO arbeiten, die ihre Leute verheizt. Das ist Oil-and-Gas-Unternehmen oder Unternehmen, die viel in Krisengebieten arbeiten, ganz klar. Da heißt es: Okay, passt, wenn ihr für mich arbeitet, Sorge ich für Schutz. Selbst wenn ich nur Businessstrips in den Mittleren Osten mache, will ich wissen, dass mein Unternehmen gewisse Sicherheitspläne, Strukturen hat, die, wenn etwas passiert, mich unterstützen. Und das wird für eine NGO auch immer wichtiger.

Haben Sie es beobachten können, wenn Sie in solchen Krisengebieten unterwegs waren, dass es normal ist, dass NGOs mit Securityleuten gearbeitet haben? Also neben dem Securityofficer auch für Campschutz oder Konvoischutz mit solchen Leuten arbeiten? Oder war das eher die Ausnahme?

Die meisten NGOs, die ich gesehen habe, in sagen wir mal Extrem-Risikoländern, haben alle eine Form von Sicherheit mitgehabt, die auch als Sicherheitsleute identifizierbar waren. Also wenn man sich das anschaut, dann hat man zwei große Komponenten als NGO, ich habe die Standortsicherheit, also Mauern, guards und gates. Da ist also immer irgendeine Art von Wachmann. Das ist aber alles wirklich sehr low-profil, da stehen die Wachen meistens nicht vor der Tür, sondern stehen drinnen und schauen quasi von innen nach außen. Das macht man vor allem, um das Profil niedrig zu halten, also um dort nicht irgendwie martialisch aufzutreten. Meistens, also sagen wir für NGOs wie OXFAM oder Save the Children, auch unbewaffnet, auch in Risikoregionen, weil dann natürlich schon eine wirkliche Grenze überschritten wird, sobald Waffen ins Spiel kommen. Was die zweite große Komponente ist, neben der Standortsicherheit, ist die mobile Komponente. Und hier ist es verschieden. Hier habe ich sehr wohl Waffen beobachten können, die meistens aber verdeckt getragen wurden, also Waffen nicht als Abschreckung, sondern Waffen als response, als Last-Resort-Möglichkeit, sollte wirklich etwas schiefgehen. Wie sehr das von der NGO vorgegeben war,

weiß ich nicht wirklich, mein Eindruck ist da immer, dass die NGO-policy ganz klar ist und auch sein muss: keine Waffen. Aber dass dann die Realität, on the ground, anders aussieht. Also entweder, dass die Securityleute selber welche tragen wollen oder die NGO-Leute eine gewisse letzte Möglichkeit aufbauen wollen und deswegen durchaus darauf zurückgegriffen wird, Waffen zu tragen. Oft werden die auch erst vor Ort gekauft, was das Ganze natürlich wieder viel problematischer macht, weil es dadurch komplett unreglementiert und unkontrolliert passiert. Aber zu Deiner Frage: Es ist durchaus beobachtbar.

Haben Sie selber als Berater bereits für eine humanitäre Organisation, also NGO, UN oder sonstige, gearbeitet?

Ja, ich habe für die UN gearbeitet. Die UN hat ja einen militärischen Arm, wie wir wissen. Und auch UN-Organisationen wie UNICEF oder OCHA arbeiten mit der Sicherheitsbranche. Aber eben auch mit staatlichen Trägern. Ich glaube, da gelten andere Grundlagen und Prinzipien, was Security und Waffen angeht. Anders bei NGOs wie OXFAM oder Save the Children oder MSF, die natürlich völlig unabhängig arbeiten und arbeiten müssen. Und ich habe beratende Tätigkeiten für solche Organisationen vorgenommen, die in Pakistan, lass mich kurz überlegen, Südsudan und Also in Afghanistan habe ich nicht für solche NGOs gearbeitet, aber mich durchaus mit deren Sicherheitsoffizieren ausgetauscht.

Wenn Sie da engagiert werden, dann geht es aber in erster Linie um Risk-Management, Vorbereitung, Lagebesprechungen ...

Ein großer Punkt ist natürlich Training. Wenn Security für Profit-Unternehmen ausgelagert werden kann an Firmen, die dann Schutz bieten, ist das was anderes. Bei NGOs wird oft gesagt, wir machen Security im eigenen Saft, also unsere Mitarbeiter bekommen ein Security-Training, das weit über ein Security-awareness-Training hinausgeht, sprich Dinge, wie das Einzelverhalten, das Verhalten bei Konvois, was passiert, wenn ich ein Objekt umfahre, das suspekt wirkt, und so weiter. Es gibt ja auch einen Haufen NGO-Security-Handbooks, die online verfügbar sind. ECHO hat zum Beispiel so eines. Und Tausende andere auch. Es ist also natürlich schon so, dass diese Präventionen für die einzelnen Mitarbeiter stärker sind als bei Oil-and-Gas-Firmen. Die sagt, sobald du fit bist, also health mäßig und skills hast, schicken wir dich runter. Sicherheit macht eh eine andere Firma. Also der Großteil meiner Arbeit mit NGOs waren die Security Trainings und assessments, um einmal grundsätzlich zu verstehen, was Sicherheit heißt.

Wie werden Sie bei den NGOs wahrgenommen, aufgenommen als Ex-Militär? Gut? Ein Eigeninteresse müssten die MitarbeiterInnen schließlich haben, daran, dass Sie kommen ...

Absolut. Ja. Also es ist natürlich so, wenn man in the field geht und mit den field teams arbeitet, da ist das absolut so. Die haben schließlich täglich solche Erfahrungen gemacht, haben Sicherheitsprobleme und müssen auch mit ihren Ängsten tagtäglich leben. Also eine meiner Erfahrungen mit einer NGO,

[REDACTED]

[REDACTED] Also wenn wieder wer von euch nach Peschawar fahren muss, um mit einem Klienten zu arbeiten, dann muss man das anders machen. Da wird es dann schon fast militärisch mit Movement Control, also da muss man etwas aufbauen, dass jeder im Office weiß, wann ihr wo zu welcher Zeit seid, und wenn ihr euch zu diesem Zeitpunkt nicht meldet, passiert diese Eskalation und so weiter. Also nur um ein Minimum-Sicherheitsnetz zu bieten für deren Tagesablauf. Das alles sind aber nur Tropfen auf dem heißen Stein. Man hat ja wirklich das Gefühl, man arbeitet mit Pflastern und versucht, Tausende blutende Wunden mit Pflastern zuzudecken. Aber da ist der Empfang natürlich sehr positiv, weil die Leute Angst haben und sagen, das ist wirklich ein Thema für uns und da kommt jemand und geht zwei Tage durch die Themen durch und gibt Hilfestellungen. Und meistens bleibt es auch bei diesen Ad-hoc-Hilfestellungen, sehr selten, also

bei den größeren NGOs schon, ist das so, dass die ihren eigenen Trainer mittlerweile haben. Ein ehemaliger Kollege macht das bei Amnesty, der macht einfach regelmäßig solche Trainings, also auch physical security Standards vorgibt und dann auch umsetzt. Es ist aber immer ein schizophrenes Verhältnis zwischen Security und NGO. Und der Job, NGO Security manager zu sein im Haus, ist extrem schwer. Wahrscheinlich, weil die ganze attitude der NGO-Community ist: Brauchen wir nicht, wir arbeiten, weil wir benötigt werden und das gibt uns unseren besten Schutz. Also ein sehr großes Spannungsverhältnis zwischen den Security im Haus und der NGO. Und auch zur Führungsebene der NGO, Headquarterebene. Und ich glaube, das ist auch das Interessante, geht man ins field, hat man sehr wohl seine Legitimation als Securityman, wenn man die Probleme wirklich anspricht, wird man da schon gut wahrgenommen.

Ja, dieses Problem mit der Beziehung zum Headquarter für die Leute im Feld ist mir auch bereits untergekommen. Blöd ist halt, wenn man dann gewisse Maßnahmen treffen muss, die nicht abgesegnet sind ...

Das Problem mit den verdeckten Sicherheitsmaßnahmen ist ja, dass sie sich eben jeglicher Kontrolle entziehen. Also gerade, wenn es um Waffen geht, ist es immer problematisch. Weil man natürlich lokal rechtlich immer mit einem oder zwei Beinen im Gefängnis steht. Dann aber auch Qualität. Also wir haben teilweise ... Gerade in diesen Ländern werden zum Teil Waffen besorgt, die im Endeffekt eine größere Gefährdung für den Benutzer darstellen, als dass sie Schutz bieten. Wir haben kein Training dann, das heißt, ich sage jetzt mal das häufigste Problem bei Schusswaffen ist der mangelnde Trainingszustand. Dann kommt es zu ungewollten Entladungen, und dann schießen sich die Leute selber ins Bein und so weiter. Weil man es nicht formal ansprechen kann und damit auch nicht trainieren kann. Aber bei der Qualität geht es ja nicht nur um Waffen, sondern um alle möglichen Security-Maßnahmen, die gesetzt werden. Alles, was unter der Hand passieren muss, erhöht letztendlich die Anzahl von Vorfällen, als dass sie den Schutz erhöhen. Punktuell, jetzt, für den Mann vor Ort, on the ground, ist es wahrscheinlich das Richtige, aber aus dem Blickwinkel der governance der Organisation gesehen, ist es hoch problematisch. Aber dass eine NGO nicht sagen kann, wir machen jetzt Waffentraining und besorgen Waffen, muss auch ganz klar sein. Wie diese Brücke zu schließen ist, ist eine schwere Frage. Falls sie überhaupt zu schließen ist. Ich glaube, NGOs, die groß genug sind wie Save the Children und so weiter und wirklich global agieren, die werden Probleme haben mit dieser Diskrepanz zwischen on the ground und cooperate.

Um weiter im Fragebogen zu gehen. Wie sehr ist dieser aid market ein Thema in der Sicherheitsbranche? Aufträge wird es wohl immer geben. Inwieweit versucht man, als Firma dort hinzukommen? Ist das ein Thema?

Oh, ja. Es ist definitiv ein legitimer Markt. Es ist nicht der interessanteste Markt, weil die Budgets oft klein sind. Also wenn ich Oil and Gas oder Finance kriegen kann, gehe ich natürlich dahin. Und die ganzen großen Unternehmen wie Control Risks leben natürlich von Oil and Gas, keine Frage. Aber sie haben durchaus ein Segment NGO. Weil es zum einen ein besonderes Skillset ist, also du musst eine eigene Sprache beherrschen, um mit NGOs arbeiten zu können. Man muss es auch wollen. Und natürlich, weil es ein Markt ist. Aid market ist genau das richtige Wort. Und da hängen verschiedene Unternehmen dran, aber security gehört da natürlich dazu. Es gibt Unternehmen, die spezialisieren sich auf NGOs. Kleinere Firmen, die sagen, ich kann mit Control Risks nicht mithalten und werde Shell oder BP nie als Klienten haben, aber dafür habe ich einen Haufen Leute, die Ex-Militärs sind, gut auftreten, was drauf haben – machen wir also NGOs. Also das Beispiel, das du gebracht hast (Anmerk.: Im Fragebogen wurde ein Eigentümer einer Sicherheitsfirma zitiert, der angibt, dass 20-25 Prozent des Umsatzes mit NGOs gemacht werden), dass der circa 25 Prozent seines Umsatzes mit so etwas macht, halte ich für viel, ist aber durchaus vorstellbar. Darf ich fragen, welche Firma das war?

Das war Armorgroup, die dann geschluckt wurde von G4S...

Ja, genau. Armorgroup hatte einen gewissen Fokus auf so etwas. Es gibt dann auch welche, die einen Fokus auf Journalisten haben, eine durchaus ähnliche Art der Sicherheitsarbeit. Journalisten genau so wie NGOs müssen rein, wenn andere raus wollen. Können nicht natürlich irgendwie partiisch auftreten und so weiter. Aber ich glaube auf jeden Fall, dass NGOs und Journalisten durchaus ein wichtiger Markt für Sicherheitsfirmen sind.

So wie Sie es beschrieben haben, geht es bei der Zusammenarbeit meistens um sehr kurze Aufträge, oder? Also wenig langfristige Bindungen. Was ist mit diesen klassischen G4S-Wachmännern, die stehen ja immer vor der Tür, jahrelang. Also haben wir hier auch zwei Komponenten quasi, einmal diese Trainings und assessments, die sind eher kurz und man trennt sich wieder, und die langfristigen Kooperationen. Oder nicht ?

Ist richtig. Ja. Und ich glaube, es liegt auch am Reifegrad der NGO. Jede NGO, die in solchen Gebieten arbeitet, wird versuchen, über Jahre hinweg auch Geld zu sparen und sich ein oder zwei Anbieter suchen, mit denen ich größere Verträge aushandeln kann. Auch um eine gewisse Konsistenz

und Qualität zu gewährleisten. Das andere sind die freelancer, was ich auch gemacht habe, die werden kurzfristig hineingeholt, für Trainings, für assessments etc. . Aber man sieht es ja bei größeren NGOs, die eine Konsistenz in ihren Verträgen und Aufträgen haben, dass man da mit ein oder zwei Firmen Partnerschaften eingeht. Da kennt man sich dann, hat ein Vertrauensverhältnis. Hängt also sehr von der Größe der NGO ab.

Gut. Dann vielleicht noch zur letzten Frage. Was sagen Sie selber zur Wahrnehmung der Sicherheitsbranche in der Öffentlichkeit. Was schließlich auch eines der Probleme ist, warum sich viele NGOs so zieren beziehungsweise weigern oder ungern darüber sprechen, damit zu arbeiten. Glauben Sie, die Branche hat ein massives ethisches Problem oder wird das hochstilisiert?

Ja, das ist natürlich eine wichtige Frage. Ich verstehe. Ich habe selber ein bisschen soul-searching gemacht, als ich die Frage gelesen habe. Es ist natürlich schwer für mich, ich arbeite schließlich in dieser Branche. Also mein Eindruck ist, dazu muss ich sagen, dass ich momentan nicht im Feld, sondern im Büro für ein Versicherungsunternehmen arbeite, ist, dass die Branche kein Problem hat. Kein ethisches Problem hat. Schwarze Schafe wird es immer geben und hat es immer gegeben. Blackwater ist, denke ich, das klassische Beispiel. Nur waren das komplett andere Zustände als die, die wir in der Branche in der Regel vorfinden. Schauen wir mal an, wer die Leute sind, die gerade im Bereich der NGO-Security arbeiten, das sind alle ehemaligen Militaristen, Polizisten, zum Teil auch Leute, die im NGO-Sektor groß geworden sind. Das heißt grundsätzlich haben wir einen guten Trainingszustand. Die Trainings beim britischen oder australischen Militär sind sehr gut, und das sind die Leute, die für solche Firmen arbeiten. Wir haben NGO's... . Nein, reden wir mal nur über die Sicherheitsbranche. Die Branche lebt von den großen cooperate Verträgen, also große Oil-and-Gas-Firmen zum Beispiel, die natürlich selber wiederum ethischen Grundlagen unterliegen und auch die ihrer Partner überprüfen. Das heißt, als Unternehmen kann ich es mir nicht leisten, mit einer Sicherheitsfirma zu arbeiten, die Probleme hat, Probleme macht. Das kann sich das US-Government leisten, wie mit Blackwater, aber das kann sich kein Unternehmen leisten. Sprich, als Sicherheitsfirma muss ich mein inneres Management so aufbauen, dass ich demonstrieren kann, wir sind sauber, wir sind clean. Sind nicht nur finanziell, sondern machen auch Standards, Operations, background checks unserer Leute. Ein großes Thema. Um sicherzustellen, dass eine cooperate wirklich den Eindruck bekommt, okay, ich erhöhe nicht mein Risiko, wenn ich mit denen arbeite, sondern die helfen mir wirklich, Risiko zu reduzieren. Dass natürlich jedes Mal, wenn ich mit einer Security Firma arbeite, gewisse Risiken entstehen, muss klar sein. Aber der Eindruck ist schon der, dass wir

eine Professionalisierung des ganzen Sicherheitsmarktes sehen, ganz klar, in den letzten zehn Jahren massiv. Allein schon Studiengänge im Security Management, Kurse, Zertifikate, Organisationen die sicherstellen, dass eine gewisse Qualifikation im Markt verlangt wird, tragen dazu bei. Und dann natürlich diese Geschichte: Was für Leute arbeiten bei diesen Firmen? Also Leute, die schon durch ein System gegangen sind, das schon einmal ausgesiebt hat, und zweitens, der Markt ist ja auch klein. Sprich, in der Sicherheitsbranche kennt jeder jeden. Sprich Leute die potenziell Soziopathen oder Schlimmeres sind, haben in der Branche durch den selbstregulierten Mechanismus, weil der Markt so klein ist, wenig Chancen, in eine Position zu kommen, wo sie sich ausleben können. Ich glaube, es gibt einige informelle Regulationsmechanismen, aber auch formelle, sprich, dass meine Klienten sicherstellen, dass die Branche mittlerweile ganz gut funktioniert. Also ich glaube, dass die ganze Thematik in diesem Fall hochstilisiert wird. Das sind Themen, die natürlich immer gern gelesen werden, die ganze Söldnerstory ist natürlich ein spannendes Thema. Und ja, diese Firmen gibt es. Vor allem military companies wie STTEP (Specialised Tasks, Training, Equipment and Protection International) in Nigeria, eine südafrikanische Firma von Eeben Barlow geführt, der damals in den 90er-Jahren Executive Outcomes geführt hat in Sierra Leone. Der führt derzeit im Auftrag der nigerianischen Regierung Krieg gegen Boko Haram. Absolut legitimes Geschäftsmodell. Wer sind seine Klienten? Regierungen. Sprich, als private Security Firma bin ich immer defensiv unterwegs, eh klar. Ich werde also nie offensive Operationen durchführen oder anbieten, und meine Klienten würden das auch nie, außer in Extremfällen, verlangen. Während eine private military company, und ich glaube, hier unterscheidet die Bevölkerung nicht oder es wird nicht genug differenziert, bietet bewusst offensive Militäraktionen an. Für einen gewissen Klientenstamm, der das verlangt. Dass es hier natürlich keine Regulatoren gibt, also im PMCs Bereich, die schauen, dass, wenn es dort zu Handlungen kommt, die gegen Kriegsrecht verstoßen, ist auch klar. Aber das muss man komplett differenziert betrachten. Verschiedene Auftraggeber, Kontrollmechanismen andere Demografie an Leuten, die das durchführen. Ich hoffe, das beantwortet die Frage ein bisschen. Man muss unterscheiden. Offensiv versus defensiv. Wir haben hier also zwei verschiedene Branchen, die in ganz unterschiedlichen Bereichen arbeiten.

Kann hier wirklich so eine Trennlinie gezogen werden? Es heißt schon, dass einige private Sicherheitsfirmen relativ schnell eine private Militärfirmen werden können. Das hängt doch eigentlich nur vom Auftraggeber ab, oder?

Ja, also es gibt ein Spektrum von Firmen. Also es gibt sicher... Eine Firma zum Beispiel, die im Irak tätig ist, in Bagdad. Ich brauche dort gepanzerte Fahrzeuge, Waffen und so weiter und bin trotzdem

defensiv aufgestellt. Control Risks würde als seriöses, großes Sicherheitsunternehmen, das auch im Irak unterwegs ist, niemals, auch wenn ein riesiger Auftrag reinkommt, wechseln und sagen wir gehen von defensiv camp protection etc. auf offensive. Das wäre ein kompletter Bruch mit allen bestehenden Klienten, ich meine, Shell würde nicht mehr mit denen arbeiten, wenn die in Nigeria Terroristen jagen. Also ich glaube nicht, dass es von den großen Sicherheitsunternehmen welche gibt, die von defensiv auf offensiv umschalten. Aber es gibt sicher ein Spektrum von Aufträgen von der klassischen Bedrohungsanalyse bis hin zur Securitykoordination, also dass ich Firmem helfe, eine Firma zu finden, die sie schützt, bis hin zu dem Punkt, wo ich selber Security mache. Wo ich also mit Ausländern Sicherheit mache, das sind dann meine Mitarbeiter. Ich trage dann die Waffen selber etc. Irgendwo beginnt dann der Übergang zur PMC. Ich glaube, dass es im amerikanischen Markt viele gibt, die sich darauf spezialisieren, weil es einfach einen Markt dafür gibt. Das wissen wir. Aber sonst sind das eher sehr kleine Firmen, die im Endeffekt hoffen, dadurch einen Fuß in den Markt zu bekommen, und das deshalb anbieten. Vielleicht auch unter der Hand. Aber das sind kleine No-name-Firmen, in den meisten Fällen. Dann haben wir natürlich die G4S, die ein Loch ist. Über 500.000 Mitarbeiter global, die natürlich in allen möglichen Domänen arbeitet. Die macht armed protection in Somalia für das australische Außenministerium und gleichzeitig die Wachen für ein Krankenhaus in Wien. Arbeitet in Justizanstalten, macht in Israel Grenzkontrollen. Also das sind Unternehmen, wo dieses oben angesprochene Spektrum natürlich schwimmt. Dass es aber generell für die ganze Branche ein ethisches Problem gibt, glaube ich nicht. Aus meiner Perspektive.

Ja, das ist eben eines der großen Probleme. Die großen Konzerne, G4S zum Beispiel, wie geht man damit um. Die machen für einige Organisationen die Wachleute und eben gleichzeitig Grenzkontrollen an der palästinensischen Grenze, zum Beispiel. Das passt halt überhaupt nicht ...

Absolut. Wieder im Hinblick auf Akzeptanz, es ist eine der Hauptaufgaben für Security manager von NGOs zu sagen, wir schauen uns lokal an, wer ist da, was haben wir für Möglichkeiten, ist es besser, auf freelancer zurückzugreifen, die als Individuen da aushelfen können. Sehr oft ist es natürlich so, das ist nicht nur bei NGOs der Fall, sondern auch bei Unternehmen, dass mit lokalen Sicherheitsfirmen zusammengearbeitet wird. Ich sehe das auch bei den globalen Sicherheitsfirmen, dass die sich auch komplett vom Bagdad-Modell entfernen. Das war ja, wir schicken Ausländer mit Waffen rein. Das wurde damals als Standard akzeptiert. Dabei war das eher die Ausnahme. Weil die Regel ist, dass man Expats, also Manager für Sicherheit, hinschickt, also diese Head of country-,

Head of operations-Leute, dass aber die Fußarbeit von lokalen Leuten gemacht wird. Das ist allein schon aus regulatorischen Gründen, Waffenlizenzen... . Stell dir mal vor, in Österreich bewaffnen sich Menschen aus dem Ausland, das würde nie funktionieren. Dass es im Irak funktioniert hat, war eine Ausnahme. Für eine NGO heißt es, vielleicht kann ich das selber abdecken. Brauche ich vielleicht keine große Securityfirma, weil die eh mit lokalen Leuten arbeiten. Das heißt, ich brauche nur meinen Security officer, der dann mit den lokalen Leuten arbeiten kann. Der muss die halt aus-suchen und die Qualität checken. Damit stelle ich sicher, dass ich nicht mit einem großen Konzern arbeite, der mich in eine prekäre Situation bringen könnte, sondern wirklich mit lokalen Unternehmen, und das ist ja auch ein NGO-Ansatz, also das fördern von der lokalen Wirtschaft, die ich selber manage, durch mein eigenes Personal.

Vielleicht noch eine letzte Frage an Sie als Sicherheitsexperte: Warum, glauben Sie, ist die Akzeptanz für diese Organisationen so gesunken? Ist es einfach so, dass die in vielen solchen Gebieten einfach als westlicher Invasor wahrgenommen werden? Warum schützt das Rote Kreuz auf dem weißen Fahrzeug nicht mehr vor Übergriffen?

Ich glaube, das spielt sicher eine Rolle. Es wurde auch ein bisschen zur Hilflosigkeit erzogen, mit sehr gut gemeinten Hilfeleistungen. Also die Leute hatten sehr wohl ihre Rezepte für viele Probleme, aber hier hat sich in den letzten 150 Jahren eine gewisse Hilflosigkeit eingestellt, wodurch NGOs wirklich benötigt werden, weil diese Selbsthilfe zerstört wurde. Dann spielt eine große Rolle eine Angst, die Al-Shabaab in Somalia aufgebracht hat, die auch ganz bewusst gegen NGOs vorgeht, weil man die Leute zur Hilflosigkeit erzieht. Durchaus ein legitimer Ansatz, natürlich nur vom Gedanken. Deswegen Gewalt anzuwenden, ist nicht in Ordnung. Dazu kommt schon auch, dass einige NGOs immer noch verdeckt als christliche Missionare auftreten, muss man ehrlich sagen. Es gibt einige NGOs, die die Missionierung als Mission haben. Dass das von gewissen Gruppierungen mittlerweile erkannt wird, ist klar. Weiteres Problem ist, dass die US-Regierung den Deckmantel der NGOs und Hilfsorganisationen ausnutzt, um eigene Agenden durchzusetzen: von Aufklärungs- und Spionagetätigkeiten bis hin zu der Operation Geronimo (Killing of Osama bin Laden), die – mittlerweile weiß man das ja – durch ein Impfprogramm beziehungsweise eine Aufklärungsoperation getarnt als Hilfsprogramm durchgeführt werden konnte. Und somit natürlich NGO-Tätigkeit auf Jahrzehnte hinweg eigentlich gefährdet wurde, weil das ist natürlich in Ländern, wo Verschwörungstheorien sowieso auf sehr fruchtbaren Boden treffen, teilweise auch gerechtfertigt. Damit werden NGOs natürlich ganz bewusst als targets gesehen, und dann muss man natürlich sagen, um auf die erste Frage zurückzukommen, hat sich die Bedrohungslage erhöht: Ich glaube, die target attrac-

tiveness eines, egal welchen, Ausländers in einer Krisenregion hat sich einfach erhöht. Durch die Erkenntnis: Wir haben dadurch nicht nur schnellen Zugriff zu Waffen und Geld, sondern wir haben ein echtes politisches Druckmittel. Der Medienzirkus bei jedem Kidnapping ist sensationell. Und die Macht ist definitiv da. [...]

Da ist viel Geld und Einfluss dabei. Auch als eine lokale Miliz kann ich da wesentlich mehr Geld rausholen. Der finanzielle Wert ist einfach viel höher. Vor ein paar Jahren musste ich noch lange Verhandlungen führen, hatte immer die Gefahr, dass, wenn ich einen Amerikaner erwische, die Special Forces in der Nacht kommen und mich im Schlaf erschießen, das habe ich alles nicht mehr. Ich kidnappe und verkaufe weiter an Al-Shabaab oder Al-Quaida im Jemen und dann ist es schnelles Geld. Aus all diesen Komponenten heraus hat sich die Gefährdung erhöht.

Und die Bevölkerung nimmt es schon sehr als westliche Intervention wahr und auch als Gefährdung. Sind das doch schließlich Ziele, die ich nicht unbedingt in meiner Nähe haben möchte. Und dieses ganze, ihr kommt da eigentlich nur hin, um euch selbst Gutes zu tun, aber was tut ihr eigentlich für uns. Also die Länder, die mehrere Zyklen von NGO Hilfeleistungen erlebt haben, merken das schon. Also Ressourcen, die man besser vielleicht woanders einsetzen hätte können. Damit ist natürlich die Kernkompetenz einer NGO-Sicherheitsstrategie-Akzeptanz schwerer zu erreichen. Was natürlich bedeutet, wenn ich weniger Akzeptanz habe, muss ich mehr Schutz oder Abschreckung haben, um das Konzept Sicherheit aufrecht zu erhalten. Das ist natürlich ein Problem, weil die tree hugger, Gutmensch-Mentalität hast du bei allen NGOs, die bringt dich in solchen Situationen natürlich nicht sehr weit. Es ist natürlich gut, dass solche Organisationen überhaupt bestehen, aber nach einer gewissen Zeit kommt halt auch der Pragmatismus.

Franz Luef

Advocacy & Humanitarian Affairs Representative. Ärzte ohne Grenzen.

Wien, 17. August 2016

Würden Sie sagen, dass sich die Sicherheitssituation stark verändert hat in den letzten 25 Jahren?

Also, wir selber von MSF haben uns sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt und zu dem Thema ist ein neues Buch herausgekommen. Viele von uns, sei es jetzt in den operationalen Zentren, aber auch Kollegen, die auf Einsatz gehen, haben das subjektive Gefühl: Ja, es hat sich verändert. Die Sicherheitssituation ist, wenn schon nicht schlimmer geworden, dann komplizierter geworden. Unsere Reflexion-unit in Paris hat jetzt diese Studie gemacht und auch dieses Buch herausgebracht. Es gibt grundsätzlich keine Daten, die es objektiv belegen würden. Das heißt, in den letzten 25 Jahren –

Das heißt, es gibt objektiv gesehen keine Daten, die belegen würden, dass die Situation für unsere Arbeit vor Ort, wo auch immer, schlimmer geworden ist. Die Komplexität der Konflikte hat sich schon geändert. Es gibt weniger zwischenstaatliche Konflikte. Ich will nicht sagen ausschließlich, aber ein Großteil sind innerstaatliche Konflikte. Und damit hat sich der Kontext schon geändert. Das heißt, es gibt keine zwei Fronten mehr, mit denen man sich seinen Zugang ausverhandelt. Das heißt, es ist ein multipler, länderübergreifender Konflikt, wo eine Aktion, eine Veränderung auch 2000 km entfernt, in einem anderen Land, Auswirkungen auf dein operatives Tun hat. Das hat sich geändert.

Machen Sie bei Ärzte ohne Grenzen Sicherheitstrainings? Für jene, die in den Einsatz gehen? Sind das nur Besprechungen oder wirkliche Trainings?

Es gibt mehrere Phasen. Zum einen wird versucht, in High-security-Kontexten Jemen, Syrien oder im Norden von Nigeria wird versucht, nur erfahrene Einsatzkräfte hinzuschicken. Das heißt, die schon länger mit uns arbeiten, die auch schon Erfahrungen haben, die schon die Möglichkeit hatten, ein Training zu absolvieren. Das ist das eine. Das heißt, komplett unerfahrene, wie wir sie nennen first missionar in ein höchst security-Kontext-Gebiet zu schicken, wird vermieden. Das lässt

sich aber nicht immer vermeiden, weil eben die emergency zu groß ist, aus welchen Gründen auch immer. Ein gutes Beispiel, das gehört immer ins Sicherheitsmanagement hinein, weniger ins security-management, mehr ins safety-management, dazu gibt es leider keine deutsche Übersetzung, was jetzt Einsatzfelder betrifft Aufgrund des VolumensAlso Prämisse war es immer, als Ebola-Unerfahrener gehst du nie alleine in ein treatment-center hinein, sondern immer in Begleitung eines Erfahrenen. Das Volumen war einfach zu groß. Das heißt, wir haben dann Schulungen extern, also auch intern angeboten, auch extern, um erste Erfahrungen zu sammeln, diese Lernkurve zu verkürzen. Die Trainings, die wir anbieten, sind eigentlich eine Vielzahl von Trainings. Zum einen ist das Konzept selber, wie du vielleicht weißt, ist das Grundkonzept der Sicherheit bei Ärzten ohne Grenzen durch Akzeptanz gebildet und deterrence, also Abschreckung, eigentlich weniger bis gar nicht. Eigentlich nur Akzeptanz. Und das wird in den verschiedenen Trainings geübt, das kann informell, das kann formell sein, wo erst einmal das Konzept unseres Sicherheitsmanagements erklärt wird. Die Einschulungstools, die wir haben... . Es werden bei jedem Antritt eines neuen Projekts, einer neuen Mission, diese Konzepte genau erklärt. Es gibt securityplans, manuels, wo du schon am Anfang vor Ort diese Pläne, Dokumente durchliest, sie dir erklären lässt, um mit der Vorgehensweise der einzelnen tools vertraut zu sein. Das ist auch ein Teil der Vorbereitung. Zusätzlich kommt es auch noch vor, in ganz speziellen Kontexten, Missionen, dass es dann auch Simulationen gibt zu den verschiedensten Aspekten. Simulationen mit dem Team vor Ort. Was machen wir in diesem Team, wenn das Auto, das Fahrzeug angegriffen wird, wie verhalten wir uns bei Einbruch, wie verhalten wir uns bei Kidnapping, wie verhalten wir uns ...?

Greifen Sie da auf Sicherheitsfirmen zurück, die diese Trainings anbieten?

Teils, teils. Also grundsätzlich, was den passiven Schutz unserer Strukturen betrifft: Wir greifen sehr gerne, wenn auch nicht ausschließlich, auf unser eigenes Personal zurück. Das heißt, wir stellen Wachleute ein, die geschult werden und für den passiven Schutz unserer Strukturen zuständig sind. Die sind gekennzeichnet, werden in unserer Philosophie geschult. Bis auf ganz, ganz wenige Ausnahmen – die große Ausnahme war Somalia – sind sie unbewaffnet, weil es einfach darum geht, mit den aus der Bevölkerung rekrutierten Wachmännern, Wachfrauen einen „wirksamen“ Schutz zu erreichen.

Die sind dann bei Ihnen direkt angestellt?

Genau. Die sind bei uns angestellt. Das ist jetzt der große Teil. Es gibt in einigen Städten, wo wir präsent sind, sei es mit einem Koordinationsteam, welches zum Großteil in der Hauptstadt angesiedelt ist oder direkt bei Projekten vor Ort, wo es Service von privaten Sicherheitsfirmen gibt Ich kann mir vorstellen: Nairobi, wo der ganze Komplex, wo jetzt das Büro eingemietet ist, die Wohnung eingemietet ist, der compound selber, vom Eigentümer Sicherheitsfirmen beauftragt sind und dann wird dieser Service übernommen oder wir schließen uns diesem Service an. Es kommt vor... . Wir machen immer wieder Studien, um das zu evaluieren, welchen Nutzen bringt es für uns. Grundsätzlich ist unsere Prämisse, wenn es einen tatsächlichen Nutzen für uns bringt, nach einer genauen Analyse der Sicherheitsfirmen, des backgrounds, des Konzepts, lässt sich ihr Konzept mit unserer Philosophie vereinbaren oder nicht, ihre gesellschaftliche Verankerung, das heisst, welchen Gruppen und politischen Richtungen kann man diese Firma zuordnen. Wie ist ihre Zusammenarbeit mit den offiziellen Sicherheitsbehörden, der Polizei zum Beispiel, und da wird dann entschieden. Okay, es passt. Es stellt einen Zusatznutzen für uns dar. Dann wird Dass wird tatsächlich auch gemacht. Es wird sehr stark von uns, ich war selber lange Einsatzleiter in einem Land, es wird sehr stark von uns versucht, wenn dieser Zusatznutzen nicht ganz so deutlich ist, schon auf unseren eigenen staff zurückgegriffen. Es wird dann oft auch, weil es ganz einfach einfacher ist, mit einer Sicherheitsfirma zu arbeiten Aber es bringt auf lange Sicht nicht dieselben Effekte. Es wird dann oft auch eingestellt, weil es anders läuft, als wie es sich vielleicht anfangs vorgestellt wurde. Da sind dann sehr oft Bereiche dabei, wo es dann auch um das Prinzip duty of care geht: Werden die genügend bezahlt, wie ist ihre Verankerung. Es zeigt sich auch oft, erst beim zweiten oder dritten Hinsehen, eine Verschränkung, eine Verknüpfung von Polizei und diesen Sicherheitsfirmen, die eigentlich von uns nicht gewünscht ist und nicht gefördert wird.

Sie haben bereits Somalia angesprochen, wo kurz vor dem Rückzug 2013 bewaffnete Sicherheitskräfte eingesetzt wurden, in anderen Fällen, wie in Afghanistan, hat man sich direkt entschlossen, das Land längerfristig zu verlassen. Warum wurde in Somalia auf bewaffnete Kräfte zurückgegriffen?

In Somalia selber gab es eine sehr lange Geschichte. In den ersten Jahren der mehr als 30-jährigen Geschichte von Ärzte ohne Grenzen in Somalia waren es durchaus Missionen mit bewaffnetem Schutz. Wurden umgesetzt. Dann hat sich eben mit der Bildung der einzelnen Warlords vor Ort mit den ersten paar Mal, da waren wir nicht die ersten, dieses System eingebürgert. Da gab es dann einfach auch keine andere Möglichkeit mehr. Das heißt, da gab es auch keine Verhandlungsbasis mehr. Tatsächlich versuchen wir im Einklang mit unseren Prinzipien in den Zugangsverhandlungen mit

den verschiedenen Akteuren herauszuverhandeln, wie wir arbeiten wollen. Das war in Somalia nicht mehr möglich. Da hat sich dann eine Praxis in einem ganzen Land, einer ganzen Region etabliert, wo es einfach unmöglich war, sich da herauszuverhandeln. Wie wir leider auf sehr traurige Art und Weise erfahren mussten, dass auch dieser bewaffnete Schutz in Somalia uns nicht davor geschützt hat, sehr kritische Fälle und Sicherheitszwischenfälle zu haben, die sehr traurig geendet haben.

Wenn man gerade die UN anschaut, also ihre humanitären Organisationen, gibt es den Trend der bunkerization. Welche Auswirkungen hat das auf die MitarbeiterInnen von Ärzte ohne Grenzen?

Es ist sehr, sehr schwierig. Wir haben ein sehr, ich möchte nicht sagen zwiespältiges Verhältnis zum System der UN und zu deren Sicherheitsmanagement. Wobei auch vor Ort, von Führungskräften und Verantwortlichen von den UN das eigene System sehr stark kritisiert wird. Da sind einfach Regeln über die Realität drübergestülpt und da kannst du nicht aus. Heißt, ohne Freigabe aus New York kannst du eben nicht für ein Assessment fünf Kilometer weit rausfahren. Wenn die Freigabe, diese Sicherheitsstufe nicht da ist, stößt man selber an seine Grenzen und wir natürlich auch. Und hier ist eigentlich das größte Konfliktpotenzial da. Wenn dann versucht wird, im Rahmen des humanitären Clusters ihr Sicherheitssystem auch allen anderen überzustülpen. Das heißt, wenn dort hin, dann nur mit bewaffnetem Schutz, weil sie ihre Regeln so darlegen. Und alle, die da hingehen, kriegen auch bewaffneten Schutz. Wir sträuben uns dagegen, nicht nur wegen des bewaffneten Schutzes, generell sehen wir diesen übergestülpten, verallgemeinerten Ansatz, sehr kritisch. Es bringt für sie, aber auch für uns, sehr große Einschränkungen mit sich. Ich kann mich erinnern, in Westafrika gab es einen Krieg, wir wollten gemeinsam mit UNICEF und WHO dieses Assessment machen. Und dann hieß es aber, ich kann dort nicht hingehen, kannst du das für mich machen. Dann ist es auch mein Assessment. Da gibt es dann schon die Situation der Zusammenarbeit. Man arbeitet zusammen, aber sie sehen sehr wohl ihre eigenen Einschränkungen, wie sie mit diesem übergestülpten, sehr konservativen System, würde ich jetzt mal sagen, umgehen. Ganz schlimm wird es, wie wir im Frühjahr gesehen haben, wenn mich nicht alles täuscht, im März, im Sudan. Wenn eben diese POC (points of contact), die von der UN geschützt wurden, also diese protected camps, dann aufgrund ihres Sicherheitssystems bei einem Angriff keine weitere Hilfe bekommen. Das heißt, es hat diesen Angriff auf diese protected camps gegeben und aufgrund der Regeln war es dann nicht mehr möglich, dringend benötigte Hilfe hereinzubringen. Da sind wir dann alleine vor Ort gewesen, um mit der Situation fertig zu werden. Das ist dann auch von uns sehr stark kritisiert worden. Eben

auch ein Teil Es geht eventuell in diese Richtung. Man könnte sagen, schon sagen, dass dieses schon eingangs erwähnte subjektive Gefühl, dass der Kontext komplizierter und gefährlicher wird, ist jetzt nicht nur bei unseren KollegInnen vermeintlich der Fall, sondern auch bei allen anderen Organisationen. Und dieser Wirtschaftszweig von privaten Sicherheitsfirmen hat sich in den letzten zehn, 15 Jahren entwickelt. Als ich bei Ärzte ohne Grenzen 2003 begonnen habe, war es noch nicht so. Die Branche selber ist größer geworden, die Branche der humanitären Hilfe und darin ein Nischenprodukt, sehr schlau, daraus entstanden ist, dann diese externen Sicherheits-services anzubieten. Der in sehr viele Bereiche hineingeht. Das kann sein von intelligence, also Informationsbeschaffung, bis hin zu bewaffnetem Schutz für statische und bewegliche Ziele.

Beim Sicherheitstraining für Ihre MitarbeiterInnen – greifen Sie dann durchaus auch auf solche Angebote zurück?

Ja, es gibt in gewissen Bereichen und Regionen Unternehmen, die sich darauf spezialisiert haben. Wo wir nicht auf den Schutz selber zugreifen, sondern auf das Training. Die auch Erfahrung haben, weil eben mit Simulationen gearbeitet wird. Es ist realistischer, wenn es ein externer Partner macht, als es intern zu machen. Ich habe selber nie an so einem Training teilgenommen. Für mich selber und das ist auch die große Herausforderung für Ärzte ohne Grenzen, immer genügend erfahrenes Personal zu haben, welches dann vor Ort dem ganzen Team zur Verfügung steht. Wir sehen doch, dass somit die Erfahrung unser sicherster Schutz ist. Diese Erfahrung, die dir dann auch erlaubt, dein eigenes Netzwerk aufzubauen, um Informationen zu sammeln, und auch erlaubt, vor Ort die red-flags, diese Ampel zu sehen, das kommt leider nur mit Erfahrung. Es ist auch nicht sehr einfach, in allen Projekten die kritische Masse an erfahrenem Personal zu haben.

Ausgehend vom Konzept der Akzeptanz, welches ja vielen Organisationen zugrunde liegt, ist dies nicht gescheitert? Nimmt man die Angriffe der letzten Jahre auf zum Beispiel eben Ärzte ohne Grenzen, sind die zum einen mit der gestiegenen Zahl der Akteure an sich zu erklären, aber nicht auch mit der allgemeinen Bereitschaft, solche Angriffe durchzuführen? Oder ist das auch nur rein subjektives Gefühl?

Ich glaube, Konflikte selber haben sich verändert, die Komplexität ist anders geworden, es gibt diese großen, grenzüberschreitend, von vielköpfigen Akteuren. Wo es dann einfach schwieriger geworden ist, einen Ansprechpartner zu finden, um die Ausgangslage zu verhandeln.

Das Problem liegt also mehr im Konflikt selber?

Ja und auf der anderen Seite sieht man das Phänomen der Radikalisierung des Fundamentalismus. Es ist schwierig, gerade mit diesen Gruppen, die eine solche Charakteristik haben, da einen Ansprechpartner zu finden beziehungsweise aufgrund ihrer eigenen Hierarchien dann auch Verantwortungsträger zu finden, denen man auch so viel vertrauen kann, dass man verhandeln kann. Grundsätzlich würde ich jetzt nicht sagen, dass die Angriffe gestiegen sind, das hat auch diese Studie, die wir gemacht haben, belegt. Nein. Womit wir vermehrt seit zwei Jahren und leider in den letzten sechs, neun Monaten sehr stark ... Sind ganz gezielte Angriffe auf Gesundheitsstrukturen, wo wir sind: Das ist bei Weitem mit großem Unterschied für uns das größte Gefahrenpotenzial, das besteht. Für unsere Patienten, für unsere Kollegen. Wo einfach kein Respekt da ist, und das sind jetzt state und non-state actors und von Einrichtungen, die eigentlich geschützt sind. Da zahlen wir einen hohen Zoll. Gerade vorgestern der Angriff im Jemen auf unser Spital, wo wir einfach keine Mittel sehen. Also, wenn nicht einmal mehr das respektiert wird, dann stellt sich für uns grundsätzlich die Frage. Wo dann? Also Übergriffe hat es immer gegeben. Und in den letzten 13 Jahren, wo ich jetzt mit MSF auf Einsatz bin, in verschiedenen Ländern, hat es immer Übergriffe gegeben. Es war dann einfach der Fall, dass diese Akzeptanz nicht mehr da war, aus opportunistischem Verhalten. Weil es dann einfach um Güter gegangen ist beziehungsweise Gewaltausbrüche stattgefunden haben, die einen gewissen Pegel überschritten haben und es nicht mehr möglich war, diesen einzudämmen. Und so eine gezielte Missachtung von geschützten Strukturen da ist. Und noch schlimmer, wenn es dann state actors, non-state actors haben das eigentlich sowieso nicht, das ganze aus der Luft machen. Wogegen du dann gar nichts machen kannst. Das habe ich gesehen, als ich in Syrien war, du kannst nichts machen. Das ist eine Gewalt. Es ist knapp 500 Meter vor unserer Struktur, unserem Spital, eine Bombe eingefahren. Das hat einen 20-Meter-Krater hinterlassen und die gesamte Struktur des Hauses zerstört. Davor kann man sich nicht schützen. Was jetzt bei anderen Akteuren, vornehmlich non-state actors, die diese Mittel nicht haben Gegen Minen, gegen Angriffe, gegen Schüsse kann man sich wehren, zum Beispiel mit Sandsäcken, also medication machen, also mit passivem Schutz. Aber viel darüber hinaus geht nicht.

Heinz Patzelt

Generalsekretär. Amnesty International Österreich.

Wien, 6. September 2016

Im Vorgespräch haben Sie bereits erwähnt, dass Sie als Generalsekretär von Amnesty International nicht wirklich über „on the ground“-Informationen zum Thema verfügen, aber sich mit dem theoretischen Hintergrund durchaus befassen. Fangen wir vielleicht grundsätzlich mit Amnesty International an sich an.

Einleitend fangen wir dort an, was Amnesty tut, was andere tun. Wir haben selber durchaus research teams on the ground, sogar sehr umfangreich, wenn auch typischerweise nicht in Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten, wohl aber in Hochrisikoländern. Wir haben research teams in Pakistan unterwegs gehabt, wir haben eine researcherIn, die zumindest auch in Teilen von Syrien unter sehr komplexen Arbeitsbedingungen residiert. Wir hatten gerade ein research team in der Türkei, das jetzt nicht unter körperlicher, aber unter Verhaftungsproblematiken gearbeitet hat: Aber wir sind jetzt nicht on the ground in Somalia oder in Afghanistan in dem Sinn tätig. Und ich habe noch nie von einem research team von uns gehört, das mit externer Sicherheitsbegleitung, bewaffneter Begleitung oder sonstwie unterwegs war. Das wäre unserem Selbstverständnis völlig widersprüchlich. Weil wir in Summe, wenn wir Gegenden aufsuchen, um zu dokumentieren, Fakten zu sammeln oder ... Ein vernünftiges Interview mit einem Menschen kann man nur dann führen, wenn man eine halbwegs vertrauensstiftende Atmosphäre hat. Daher ist also unsere Erfahrung, dass die Begleitung durch ein staatliches Sicherheitsorgan, was das primär Sinnvolle wäre, für uns schon einmal diamentral undenkbar ist. Weil das nicht nach Begleitung und Betreuung aussehen würde oder wäre, sondern eher als staatliche Aufsicht von vertraulichen Gesprächen gewertet werden würde. Also, unsere Forderung ist sogar, wenn wir in ein Land gehen, tun wir das eigentlich immer nur mit Erlaubnis der Regierung. Wir schleichen uns nicht als Touristen ein und machen dann undercover research, wir sagen: Das ist eine Amnesty research, und entweder akzeptiert ihr das, oder das Thema ist, warum wir keine Einreisebewilligung kriegen. Und mitunter eine der Bedingungen ist, dass wir vertrauliche, unbeaufsichtigte Gespräche führen dürfen. Daher ein völlig anderer Fokus, als das Tätigwerden einer Organisation. Beispielsweise Rotes Kreuz, MSF, die ich besser kenne als andere Organisationen, die uns auch vertraut und gegenseitig wertgeschätzt sind, wo also auch gute informelle oder auch mal formelle Zusammenarbeit gepflegt wird. Bis zu der häufig genannten Diskrepanz, also der klassischen Journalisten-Ausspielfrage, also wie geht ihr miteinander um. Also dem Roten Kreuz, das zwar überall hin darf, aber nicht darüber redet, was es dann bei diesen Gefängnisbesu-

chen vorfindet oder umgekehrt, zum Roten Kreuz, wie könnt ihr nur über die Fakten, die ihr als internationales Komitee vom Roten Kreuz seht, dann nicht die Öffentlichkeit informieren, wie Amnesty. Aber nicht nur, dass wir in keinsten Weise das Gefühl haben, in Konkurrenz tätig zu sein, ist es eher das Gefühl, dass wir sogar einander bedingen. Also gäbe es den anderen nicht, der nach den genau reziproken Arbeitsbedingungen arbeiten würde, müsste man seine eigenen Arbeitsprinzipien infrage stellen. Also wir wissen, dass wir nicht überall hinkommen, weil wir schonungslos alles, was wir sehen, auch an die Öffentlichkeit bringen, und dann wird man uns nicht in ein geheimes Foltergefängnis führen. Und in dem sitzen aber auch Menschen, die irgendeine Art von Betreuung wollen. Und wahrscheinlich lieber eine anonyme und schweigende Betreuung, als gar keine Betreuung. Umgekehrt wäre es fürs Rote Kreuz nicht hinnehmbar, dass Missstände, die auch sie sehen, nicht früher oder später aufgedeckt werden, wenn auch von einer anderen Organisation. Was jetzt bitte nicht heißt, dass wir Daten oder Fakten austauschen. Das würde dem Grundprinzip des Roten Kreuzes auch widersprechen, die will ich hier nicht diskreditieren. Und für das Rote Kreuz gelten zum Beispiel auch noch die gleichen Regeln. Wir gehen nur in ein Gefängnis, wenn wir dort unkontrolliert und nicht überwacht mit Gefangenen zusammentreffen würden. Und als dritten Fall MSF, deren Gründungsgeschichte genau aus diesem Dilemma heraus kommt. Die damaligen RotkreuzmitarbeiterInnen waren über das Nicht-reden-zu-Können und -veröffentlichen-zu-Können, was wir an unfassbaren Missständen und skandalösen Aktionen sehen, entsetzt. Und es ist uns genau so unerträglich, so geht es jetzt Leuten, die von der Amnesty-Seite kamen, ständig nur zu dokumentieren, ohne sofort Hand anzulegen gegen das Elend. Also auch direkte, persönliche Hilfe zu bringen. Ich habe diese drei unterschiedlichen, aus meiner Sicht, jetzt nicht gegeneinander abwägbaren, sondern gleichermaßen jeweils wichtigen Teilarbeitsbereiche, die sich dann zu einem Ganzen ergänzen. Die sind für mich völlig gleichwertig. Gleich wichtig und finden unter völlig unterschiedlichen Bedingungen statt. Für uns undenkbar: einen Polizisten oder einen Militär dabeizuhaben. Unsere eigenen Leute sind in Sicherheitsstandards gut ausgebildet, aber nicht in der Form der bewaffneten Abwehr, sondern einfach der vorsichtigen Verhaltensweise.

Machen Sie da bestimmte Trainings, Schulungen?

Ja, es gibt ordentliche Trainings. Überlebenstrainings, Risiko-Vermeidungsstrategie und etliches mehr.

Wie führen Sie die durch? Greifen Sie da auf externe Firmen zurück?

Da gibt es einfach Experten, die uns zur Verfügung stehen, die teils langjährige Amnesty-Mitarbeiter, ehemalige Mitarbeiter sind. Man holt sich auch wissende Experten aus dem Bereich. Also da geht es einfach um Qualitätsinformationen. Und da geht es auch um einen einwandfreien Reputationsrekord. Wir würden keine ehemaligen Söldner dafür hernehmen. Das würde sich mit unserem Selbstverständnis nicht vertragen. Also, wenn jemand Dreck am Stecken hat, kann er nicht gleichzeitig Amnesty-Berater oder -Ausbilder sein. Das ist auch klar, würde ich meinen. Und da wir aber an die ganz gefährlichen Plätze typischerweise entweder gar nicht gelassen werden oder auch mangels der entsprechenden Qualifikation nicht dort hingehen. Unsere Leute sind nicht trainiert und werden auch nicht angestellt im Rahmen von Selbstverteidigung. Die lernen jetzt nicht schießen oder Schützengräben ausheben. Die lernen im besten Fall, wann man sich eine Splitterschutzweste anzieht, wie diese Weste funktioniert – und ziehen sich diese an, als zusätzliche Vorsichtsmaßnahme. Aber sie würden jetzt nicht aktiv in eine Gegend gehen, wo geschossen wird. Also unser Thema Sicherheit ist: passive, vorausschauende Hochrisiko-Vermeidungsstrategie. Und das einmal zum eigenen Erfahrungshorizont.

Zweite Ebene, natürlich im völligen Sehen, Wissen, Verstehen und enormen Wertschätzen für Organisationen à la MSF, die in Gegenden weiter Spitäler aufrechterhalten, Ambulanzen aufrechterhalten, Versorgung anbieten, die unter zivilen Bedingungen eigentlich nicht mehr machbar sind. Wo es dann bis zu dem Punkt kommt, dass Bomben auf Spitäler fallen und manchmal nicht so klar ist, war das wenigstens nur eine Unachtsamkeit, ein technischer Fehler oder gibt es sehr wohl Konfliktparteien, die selbst eine breite, offene humanitäre Betreuung à la MSF, die nicht nach Parteienzugehörigkeit, nicht nach Konfliktparteienzugehörigkeit oder sonst was fragt, ist das nicht manchen auch ein Dorn im Auge? Und will man die auch wegbomben, einschüchtern oder vertreiben? Und wenn ich in einem Gebiet wie Somalia oder Afghanistan, wo es de facto keine staatliche Gewalt gibt, irgendeine Art von medizinischer Versorgung aufrechterhalte, heißt das, dass ich dort wertvolle Güter haben muss, wertvolle Geräte? Heißt, dass ich Menschen einsetze, die für bestimmte Gruppen als Geiseln attraktiv sind, und es wäre total fahrlässig, das dann nicht auch zu schützen. Sowohl die Menschen als auch die Hilfsgüter, die ich habe, die ich für medizinische Einsätze brauche, sauber verteilen will, nicht stehlen oder rauben lassen will. Gerade in einem Gebiet, wo es keine staatliche Gewalt und es nicht einmal die Möglichkeit gibt, auf Polizei zurückzugreifen, also wenn, und für uns war das nie ein Diskussionsthema, so eine Organisation in so einer Situation auf private Sicherheitskräfte zurückgreift, kann daran nichts Verurteilenswertes sein.

Aber hier stellt sich doch auch die Frage, warum Sie zurückgreifen müssen auf solche Firmen. Historisch betrachtet sind die Organisationen lange Zeit ohne solche Firmen ausgekommen. Was hat sich geändert?

Also zum Kern: Ist die Welt gefährlicher geworden? Ich glaube nicht, dass es dafür eine geeignete, technische, physikalische, statistische Messmethode als solches gibt. Dass, was aber definitiv beobachtbar ist, ist, dass es zunehmend größere Flächen und damit betroffene Bevölkerungsanteile gibt von Gegenden, wo tatsächlich keinerlei staatliche Ordnungsmacht herrscht. Sei es jetzt hochwertig demokratisch legitimiert, menschenrechtskonform tätig oder auch brutalst polizeistaatlich, diktatorisch tätig – aber noch immer eine zentral gesteuerte Sicherheitsmacht ist. Also, wo echte Anarchie herrscht.

Aber gab es diese Phänomene in den 60er-/70er-Jahren nicht auch? Denken Sie an Südamerika oder Afrika ...

Nein, nein, also das Phänomen der echten failed states ist jedenfalls aus der Zeit nicht beschrieben, vielleicht konnte man mit der Begrifflichkeit ... Oder es hat noch keine solche Begrifflichkeit gehabt. Aber was es, glaube ich, tatsächlich mehr gibt, sind größere zusammenhängende Gebiete auf einer Landkarte, wo es keinerlei zentrale Regierung gibt, die in irgendeiner Form staatliche Anerkennung hat. Geschweige denn demokratische Legitimation. Wenn ich Somalia habe, dort haben wir alle 30 km einen anderen Warlord, der für diesen kleineren oder größeren Flecken alleiniger Machthaber ist. Das wird ihm von seinen Nachbarn streitig gemacht und dann habe ich einen Krieg. Clan gegen Clan, der ohne irgendwelche Regeln, einfach mit der Gewalt des Stärkeren ausgeübt wird und keinerlei, also sicher kein systematisches Gewaltmonopol, Kontrolle. Und wohl auch gar keinen Bedarf seitens der Mächtigen danach. Die in Summe einfach tun und lassen wollen, was sie gerade für opportun halten und jetzt keinerlei Interesse an irgendeiner Art von Regelwerk haben, das vorhersehbar wäre. Was ich damit meine: Der demokratisch legitimierte, perfekte, menschenrechtliche Gewaltmonopol verwaltende Staat, von dem wir in Österreich nicht weit entfernt sind, abgesehen von ein paar kleinen Schwächen, den wir also in Mitteleuropa fast idealtypisch darstellen, mit einigen kleinen Schwächen, ist die Ausnahme und nicht die Regel. Was aber nicht heißt, dass alle anderen außer diesen, sagen wir mal 30 Staaten pi mal Daumen, wo man vom wirklich systematisch, demokratisch kontrollierten Gewaltmonopol-Verwaltung ausgehen kann, heißt noch lange nicht, dass alle anderen 160 Staaten keine Gewaltmonopol-Verwaltung haben. Das ist geradezu Kennzeichen jeder Art von absoluten und diktatorischen Systemen. Sicherheitskontrolle sogar

sehr fest in den Händen zu halten. Und das trifft wahrscheinlich, also sicher, auf die weit überwiegende Anzahl all jener Staaten, die nicht demokratisch legitimiert sind, aber trotzdem systematisch agieren, zu. Und dort habe ich das Problem nicht. Also Klassiker Nordkorea. Fast eigentlich idealtypisch diktatorischer Staat, dort wird es nicht passieren, dass man auf der Straße ausgeraubt wird, wenn man mit Billigung des Regimes dort ist. Wenn man keine Billigung hat, ist man nicht dort. Wenn etwa eine Hilfsorganisation, unwahrscheinlich, aber vielleicht doch hier und da mal, in Nordkorea oder einem Land wie Nordkorea eine Erlaubnis bekommt, tätig zu werden, werde ich ganz sicher von diesem System, das mir diese Erlaubnis gibt, auch einwandfrei geschützt werden. Daher kein Bedarf. Und die Welt der 60er-Jahre mit ihren fest eingeteilten Machtblöcken und Ähnlichem mehr war, das traue ich mich schon zu sagen, definitiv stabiler in dieser Gewaltmonopol-Verwaltung. Ich verwende bewusst einen extrem neutralen, nichtwertenden Begriff und unterscheide zwischen: Gibt es eine Struktur, die irgendwie auch vorhersagbar macht wie sie morgen oder übermorgen funktionieren wird; gibt es einen Adressaten, wo ich hingehen kann und sagen kann, ich fühle mich bedroht, schütze mich; oder gibt es den nicht? Und ich frage überhaupt nicht danach, wer den jetzt einsetzt, wie rechtsstaatlich oder menschenrechtskonform das ist, sondern da geht es wirklich nur um die Strukturfrage: etabliertes System und Vorhersehbarkeit. Und gerade das bieten Diktaturen in einem sehr hohen Ausmaß an. Und ich glaube, dass die Welt heute weniger Diktaturen und mehr zerfallene Staaten hat. Insofern ist der Bedarf, wenn man in diesen Gegenden helfen will, was eine Hilfsorganisation nun mal grundsätzlich anstrebt, die hilft dort, wo die Not am größten ist, und nicht dort, wo die Situation am besten ist, eine Herausforderung.

Aber auch hier, wenn man zum Beispiel Somalia nimmt, haben die Ärzte ohne Grenzen schon lange vor den 90er-Jahren operiert und so wie MSF es beschrieben hat, hat es ganz gut funktioniert damals. Sie mussten zwar mit verschiedenen Warlords verhandeln, konnten aber trotzdem dort arbeiten. Wirklich problematisch ist es geworden mit dem UN-Mandat, dem Eingreifen der USA und der Situation danach. Dann wurde es wirklich gefährlich. Erst Ende der 90er-Jahre wurde MSF und auch das Rote Kreuz dort häufig direkt angegriffen. Das war erst dann der Fall. Obwohl sie davor in diesem „zerfallenen“ Staat jahrzehntelang relativ unbehelligt arbeiten konnten. Das widerspricht Ihrer Theorie doch ein bisschen, oder?

Also ich bin jetzt nicht der große Historiker oder Politologe, aber mein Eindruck ist: Ja, dieses System ist mir, auch in unserer Arbeit, ein vertrautes, dass man mit den De-facto-Machthabern auch kleinerer Teilgebiete Vereinbarungen treffen kann. Und das ging so lange gut, solange es eher eine Ost-West-, denn eine Nord-Süd-Teilung gab auf der Welt. Wenn man so will gesamt gesellschafts-

politisch. Also zwischen dem bipolaren UdSSR- und USA-System konnte man auch als nördlich etablierte Hilfsorganisation oder NGO relativ gut Neutralität zwischen diesen beiden Seiten darstellen. Und damit war man auch für beide Seiten grundsätzlich ein attraktiver Unterstützer. In Teilbereichen. Das wurde auch manchmal schief beäugt, weil nicht klar war, zu wem der jetzt wirklich gehört, aber man wurde zumindest nicht als Bedrohung wahrgenommen. Mittlerweile ist die scharfe Trennlinie der Nord-Süd-Konflikt. Also entwickelte und nicht-entwickelte Länder, wenn man so will, und es gibt keine einzige große Hilfsorganisation, der nicht, richtigerweise auch, das Mäntelchen umgehängt wird, ihr seid in Summe eine kapitalistische, nördliche Industriestaaten-Gründung. Ich glaube, ich kenne nicht eine einzige große Organisation, die nicht nur ihren Sitz im sicheren etablierten Norden hat und von dort aus, nach dortigen Humanitäts- oder Menschenrechtsstandards, gegründet worden ist. In dem Ausmaß, in dem ich den Nord-Süd-Konflikt habe, kann diese Hilfsorganisation jetzt noch so individuell helfen wollen, sie wird von den dortigen Machthabern dem etablierten Norden zugerechnet und ist damit potenzielles Feindbild. Und rechnet sich, solange sie mehr bringt, als sie kostet. Das kann sich aber von heute auf morgen ändern. Und wenn ich jetzt nicht dem Prinzip Vereinbarungen sind einzuhalten als klassischen, nördlichen, kapitalistischen, römischen Rechtsgrundsatz habe, sondern einfach Faustrecht, also attraktiv für mich als Partner ist der, der gerade am stärksten ist. Und ist er nicht mehr stark, ist er nicht mehr attraktiv oder wenn er kein Geld mehr hat, ist er nicht mehr attraktiv, toleriert zu werden, oder wie auch immer, meine ich, dass diese Hilfsorganisationen trotz aller aufrechterhaltender, gesellschaftspolitischer Neutralität zu Recht, oder auch zu Unrecht, wahrscheinlich leider auch oft zu Recht, nicht so sehr individuelle Hilfe bringen, sondern kapitalistisch oder christlich oder de facto in irgendeiner Form ideologisch missionierend verstanden werden. Und damit sind sie denkbare Feindbilder. Und das macht entweder das Arbeiten unmöglich, das ist unsere Konklusion daraus, oder es schafft die Notwendigkeit zu sehr, sehr heiklen Grenzziehungen. Mit wem lasse ich mich auf welchen Deal ein, um dieses oder jenes tun zu dürfen. Also die sehr engagierte Sozialinitiative Concordia von Pater Georg, ein ungeheuer engagierter Jesuitenpater, der zumindest vordergründig überhaupt nicht missioniert, sondern Straßenkinder von der Straße holen will, erzählt, also auch bei offenen Vortragsveranstaltungen, was er auch nur in Bukarest oder diesen Gegenden tun will, dafür muss er sich mit der dortigen Mafia arrangieren. Und nicht so sehr mit dem Staat. Und das ist höllisch natürlich, weil damit lässt man sich vereinbarungsgemäß auf Menschen ein, die zugegebenermaßen schwerste Verbrechen, Menschenhandel und Ähnliches begehen, kommt denen auch in die Quere und versucht sich eine Nische zu schaffen. Und das wird dann nicht mehr so gesagt, aber in meiner Fantasievorstellung heißt das: Ich treffe mit dem Mafiaboss eine Vereinbarung, ich darf die Kinder unter 14 versorgen, wenn er weiter mit allen über 14 seinen Menschen- oder Frauen-Prostitutionshandel oder sonstiges betreiben

darf. Und ob ich unter solchen Bedingungen arbeiten will oder nicht, muss ich mir selber überlegen. Da sind wir immer noch nicht bei den privaten Sicherheitskräften, aber es zeigt, dass ich, je weiter ich in einen Risikobereich hinein will, besonders bei längerfristiger humanitärer Hilfe, nicht bei einer Drei-Tage-Inspektionsvisite à la Amnesty, zu pragmatischen Vereinbarungen kommen muss, zu denen sich Amnesty aufgrund seines Wertekatalogs nicht wirklich in der Lage sehen würde. Ich kann nicht mit dem Herrn Assad eine gegenseitige Duldungsvereinbarung treffen, wenn ich ihn gleichzeitig als Verantwortlichen für schwerste Menschenrechtsverletzungen hinstelle. Der ist nicht deppert, wir sind nicht deppert. Das ist eine klare Sache. Wenn mein Fokus aber ist, Menschen einfach vor dem Verbluten, Verhungern oder sonst was zu retten und ich sage, der Preis dafür ist, dass ich mich jeglicher ideologischer Positionierung oder sonst was enthebe, kann ich mit den heutigen Machthabern wahrscheinlich eine Vereinbarung treffen. Wir reden nicht über die Gräueltaten, die ihr begeht, oder die Kriegsverbrechen, die ihr begangen habt, das interessiert uns nicht, eure Unterstützer genauso wie die anderen Unterstützer profitieren davon, wenn wir allen gemeinsam Hilfe bringen und das Überleben von Menschen sichern. Sogar von vielen Menschen. Wenn das aber auch noch so super schnelllebig ist, dieses ganze System und ich ein längerfristiges Hilfsprogramm aufbauen will, treffe ich eine Vereinbarung mit jemandem, der morgen tot ist und übermorgen von einem Dritten ersetzt wird und etliches mehr, dann wird es sehr, sehr schwierig. Und dann ist die Alternative, ich gehe dort einfach geschützt hinein. Grundsätzlich ist körperliche Sicherheit, also der Bodyguard, wenn man so will, ein völlig menschenrechtskonformes Dienstleistungsgeschäft wie jedes andere auch. Ob ich jetzt die Dienstleistung Anlieferung oder die Dienstleistung Sicherung oder was auch immer in Anspruch nehme, man kann darüber einen völlig menschenrechtskonformen Vertrag erstellen. Die Schwierigkeit fängt bei der Rekrutierung an und hört bei der sogenannten Garantenstellung auf. Das ist auch unser zentraler Kritikpunkt an dem Prinzip der privaten Sicherheit. Anders als ein Polizist oder auch ein Militär, in gewissen Grenzen, der aus dem staatlichen Gewaltmonopol die Garantenstellung einnimmt, dass heißt, er muss Sicherheit garantieren, er ist gesetzlich verpflichtet. Und dafür muss er auch nicht unendlich hohe Risiken in Kauf nehmen. Anders bei Privaten. Es wäre sittenwidrig, einen Vertrag mit jemandem zu schließen, der heißt: Wenn ich in Gefahr komme, riskiere du bitte dein Leben für mich. Das kann der hundertmal unterschreiben und dafür 100.000 Dollar Honorar kriegen im Monat, wenn das Risiko hoch genug ist. Ich kann es nicht einklagen, wenn der sich dann nicht zwischen mich und meinen Angreifer stellt, sondern sich wegduckt und überleben will, ist das nicht belangbar. Und damit ist also jeder Ersatz von privaten Sicherheitskräften für staatliche Polizisten mit einem enormen Qualitätsmangel ausgestattet. Der nicht garantierten Verlässlichkeit. Das ist unsere ganz zentrale Kritik. Zum Beispiel an den Veranstaltern der EURO in Österreich und der Schweiz. Da wurden ganz viele Ordnerdienste von priva-

ten Securitys übernommen. Die aber nicht nur einfach Karten abreißen und die Türe auf und zu machen, sondern auch bei einer Massenpanik vernünftig reagieren sollen und dazu aber de facto nicht verpflichtbar sind. Wenn einmal 100.000 Menschen auf den Ordner zurennen, da braucht noch keine aktive Gewaltanwendung drohen, sondern einfach nur Panik und es ist sein Job, trotzdem noch die Tür aufzumachen und sich dieser Menschenmasse kurz entgegenzustellen und ihnen den Weg freizumachen und der macht das nicht, mit dem Argument, dann wäre ich niedergetrampelt worden, dann ist das so. Der dort tätige Polizist kann nicht einfach sagen: Ich schleich mich. Das ist der eine zentrale Kritikpunkt. Und der andere zentrale Kritikpunkt ist, dass die Arbeitsbedingungen, die ein Polizist vorfindet, wenn er korrekt handeln will, einen relativ klaren und auch transparenten gesetzlich garantierten Verhaltenskodex beinhaltet. Der genau festlegt, was der Polizist machen darf, was er nicht machen darf, was er machen muss und wo er Entscheidungsspielräume hätte. Die private Sicherheitsfirma, die jetzt auch nicht Kanonenfutter an Mitarbeitern hat, sagt ganz klar: Du willst von mir Sicherheit haben, die kann ich dir anbieten, kostet viel Geld, aber die kann ich dir anbieten. Aber die allererste Voraussetzung ist, dass du dich nicht einmischst in die Methoden, die wir anwenden, um diese Sicherheit herzustellen. Das heißt, es ist unsere Entscheidung, ab wann wir jemanden, der sich dir als Schutzobjekt nähert, sofort erschießen, zum Stehenbleiben auffordern oder wie auch immer behandeln, das ist unser Job. Und dein Job ist es, uns zu bezahlen, dich nicht einzumischen und damit zufrieden zu sein. Über die Methoden entscheiden wir. Das ist eine ständige, ganz schwierige Debatte, die Amnesty unter anderem mit großen Erdölunternehmen führt, die an nahezu allen Explorationsstellen, die typischerweise nicht mitten in Frankfurt, Berlin, Wien oder in Niederösterreich liegen, sondern – nahezu nach einer Fügung einer höheren Gewalt – in Gegenden der Welt, wo es problematische Sicherheitsverhältnisse gibt. Der kann dort nicht explorieren, wenn er sich nicht ganz toll bewachen lässt, sonst sind die Geländewagen weg, das explorierte Erdöl weg, seine Sprengstoffmittel, die er für seine Arbeit braucht, weg und er muss sich jemanden danebenstellen, der die fernhält. Und das, was wir dann ersatzweise sagen, liebe Leute, ihr könnt schon private Sicherheitskräfte engagieren, aber dann müsst ihr schon mindestens vertraglich vorgeben, dass sie nach gleichen Menschenrechtsstandards handeln, wie es eine Polizei tun würde. Und wenn ihr dafür keines findet, ist es nicht unser, sondern euer Problem. Aber wenn ihr Securitys einstellt, die schon auf ihrer Homepage stehen haben, unsere Jungs sind tough und toll und sind vor allem darauf trainiert, zuerst zu schießen und dann zu fragen, weil wenn man fragt, ist man schon tot. Blackwater hat in etwa so geworben, als ganz großer, fragwürdiger Dienstleister in dieser Richtung. Da macht ihr euch mitschuldig an der Menschenrechtsverletzung. Und das ist für ein Unternehmen schon bitter und für eine NGO noch bitterer. Das heißt, wenn ich mich in die Lage einer humanitären Hilfsorganisation hineinversetze, das wäre für mich, mit meinem Wertekanon ein nicht lösbares Dilem-

ma. Einerseits effektive Sicherheit für meine Mitarbeiter natürlich haben zu wollen, weil ich mich auch verpflichtet fühle dazu, und die auch noch nach den Wertemaßstäben unserer Organisation. Aber diese Leute werde ich nicht kriegen. Die gibt es am Markt nicht, zumindest mir nicht bekannt. Und das zeigt, also wie rasch dann das nachvollziehbare Vermeiden privater Sicherheitseinrichtungen für Hilfsorganisationen an sehr, sehr heikle Ecken stößt. Deswegen also unser sehr kritisches, behutsam, aber ganz sicher nicht jede unserer Partnerorganisationen oder NGOs Urteil: Passt auf, das Ganze ist nicht so einfach. Sicherheit ist umgekehrt einfach nicht ein Gut wie Bananen oder Schokoladenkekse oder Lebensmittelversorgung oder was auch immer. Wir hatten unter anderem mit der OMV einen sehr langen Diskussionsprozess, die aber dann schon auch sehr lernwillig waren und auch diese Mitverantwortung verstanden haben und sich ein recht beeindruckendes Sicherheitskräfte-Ausbildungsprogramm einfallen haben lassen. Wo, wenn es richtig gemacht wird, sie nach wie vor, sei es auch typischerweise, lokale Sicherheitsorganisationen privater Natur engagieren. Die kennen sich normalerweise am besten aus. Aber die dürfen nur tätig werden, wenn sie – nennen wir es einmal ganz grob, ich weiß jetzt nicht, wie das genau heißt – das Zusatzmodul „Verhältnismäßige Mittel und menschenrechtliche Grundstandards für Sicherheitsdurchsetzungen“ durchlaufen haben. Und wir schauen uns auch häufig an, ob die das einhalten. Bis dorthin war der Standpunkt, das ist nicht unser Problem. Wir haben eine Fördervereinbarung mit den Staaten Südsudan und Sudan. In dem ist inkludiert, dass der Staat Sudan uns schützt, und ob er das jetzt mit eigenem Militär oder Polizeipersonal macht oder mit einer beauftragten Sicherheitsfirma tut, das ist nicht unser Problem, und wie die Gesetze in dem Land ausschauen, ist auch nicht unser Problem. Wir fördern dort nur Öl. Und wir haben eine Garantie der sudanesischen Regierungen, dass unseren Leuten dort, nach menschlichem Vermögen, nichts passieren wird. Wie die das machen, außerhalb unserer Bohrstelle, ob der jetzt zuerst schießt, dann fragt, gleich schießt, dort alle umbringt, die dort in der Gegend auftauchen oder möglicherweise hervorragende Polizeiarbeit macht, da reden sie bitte mit der sudanesischen Regierung, die gehören nicht uns. Was formal richtig war, aber natürlich ist der Grund, warum die dort sind, die Bohrstelle. Die OMV hat – das rechne ich ihnen hoch an – begriffen, zu sagen, das wenn die unsere Sicherheit garantieren, ist es nicht die entscheidende Frage, ob wir formaler Auftraggeber sind oder unserer Lizenzgeber Sudan, sondern es ist unser Problem zu schauen, dass die sich auf eine Art und Weise aufführen, wie wir das als OMV, grundsätzlich auch nach unserem Wertekatalog als österreichisches Unternehmen für richtig halten. Das war jetzt nicht überall perfekt, was dann passiert ist, aber es war ein ganz massiver Vorzeichenwechsel, dass ein Unternehmen sagt: Ja, dafür sind wir verantwortlich und deren Menschenrechtsverletzungen, die gemacht wurden, um unsere Explorationsgebiete zu schützen, fallen auf uns zurück und das wollen wir nicht. Was der Bohrstellenleiter macht, wenn es der Security zu eng wird, ist schwierig. Und auf der ande-

ren Seite kann man sagen, wenn man nach Nigeria schaut in die Boko-Haram-Gegend, wo sich das Militär regelmäßig sofort zurückzieht, wenn sie das Gefühl haben, sie sind etwas weniger, also es kommen 20 Boko-Haram-Autos und der kleine Militärposten hat nur fünf Fahrzeuge mit 20 Soldaten, dann sind das die Allerersten, die weg sind und die Mädchenschule bleibt übrig. Also auch die sogenannte Garantenstellung, die das nigerianische Militär hätte, schützt nicht davor, dass die einfach verletzt wird und dieses Grundprinzip verletzt wird. Und dann aber die von Boko Haram entführten Mädchen, denen nützt es nichts, dass sie das theoretisch irgendwo einklagen könnten, dass das Militär hier versagt hat. Wenn ich die Alternative zwischen nicht mir gehörendem Militär oder wenigstens einer vertraglich gebundenen, etablierten Sicherheitsfirma habe, würde ich wahrscheinlich, wenn ich jetzt nicht gerade Amnesty-Generalsekretär wäre, sondern Leiter einer Brunnenbohr-NGO und einfach dort ungestört Brunnen bohren will, damit die Leute endlich wieder sauberes Trinkwasser kriegen, und ich das eigentlich nur drei Wochen brauche, würde ich also nicht nur vermutlich, sondern ganz sicher zehn Bodyguards besorgen. Die auf mich und meine Mannschaft gut aufpassen und mit denen ich ein kristallklares Vertragsverhältnis habe. Ich würde sie fürstlich bezahlen, wahrscheinlich auch noch erfolgsabhängig, und alles, was mir dazu einfällt, sicherstellen, dass die, wenn es eng wird, nicht wegrennen, ganz sicher uns schützen, nicht unnötig Leute umbringen, aber ganz sicher im Zweifel verhindern, dass auf mich geschossen wird. Wahrscheinlich lieber jemanden anderen erschießen, als da zu sagen: Da habe ich noch nicht schießen wollen, weil ich mir noch nicht sicher war, ob es ein Angreifer war, da haben wir beide Pech gehabt.

Aber man holt sich natürlich eine Branche in den Bereich ...

Aber wenn dann rund um meinen frisch gebohrten Brunnen für die notleidende Bevölkerung plötzlich zehn erschossene Mitglieder genau dieser notleidenden Bevölkerung am Boden liegen, kann es das wohl genau so wenig gewesen sein. Da bin ich im furchtbaren Dilemma. Wenn es denn wenigstens Dilemmata sind. Ich meine, der extreme Auswuchs in die andere Richtung ist das, was die amerikanische Armee und/oder Regierung im Irak gemacht hat. Die dann teilweise hingegangen sind, obwohl sie noch die staatlich organisierten Militärmannschaften zur Verfügung gehabt hätten, hochrangige Politiker oder auch beauftragte Unternehmen à la Halliburton, die de facto Militärlogistik gemacht haben, sich lieber von Blackwater-Leuten, privaten Security, Söldnerfirmen in Summe, bewachen haben lassen als von Soldaten. Weil ziemlich klar war, die Blackwater-Leute, die haben weniger Spielregeln einzuhalten als meine eigenen Soldaten, wenn ich da als StaatsFdelegierter unterwegs bin. Das heißt, die können mich effektiver schützen. Die dürfen schießen, wo ein Soldat noch warten und „Halt, wer da?“ rufen und sich noch überzeugen muss, dass es ein Angriff und

nicht ein ahnungsloser Zivilist ist, der leider nicht mein amerikanisches Stoppschild lesen kann und halt weiterfährt und vielleicht eine Bombe im Auto hat oder auch nicht. Und die entsprechenden Massaker sind ja dann auch durchaus bekannt geworden, nicht? Und die Blackwater-Leute sagen, nicht unser Problem. Unser Job war ausschließlich, den zu schützen. Im ganzen Vertrag steht nichts von Verhältnismäßigkeit drinnen, sondern ausschließlich „Schutzobjekt ist bestmöglich zu verteidigen“. Das ist also dann die totale Perversion des Prinzips als solches. Wenn ich sogar so mächtig bin, beides zur Auswahl zu haben und den privaten Security dem staatlichen vorziehe, weil ich weiß, dass der weniger behindert wird durch irgendwelche mühsamen Menschenrechtsauflagen und sich ausschließlich auf meine Sicherheit fokussieren kann und Dinge in der Abwehr tun darf, die meinen eigenen Soldaten verboten wären. Das ist dann im Prinzip ein Umgehungsgeschäft mit einem schwersten Kriegsverbrechen – genau genommen. Also, das ist das sehr, sehr breite Dilemma, das ich zu dieser Frage sehe. Formell und auch in der Außenkommunikation haben wir einen ganz klaren Standpunkt: Staatliche Sicherheitskräfte, das einzig denkbare und ordentliche Zulässige. Bitte Polizei und nicht Militär. Weil die Arbeitsstandards der Polizei international die weitaus höchsten sind. So betrachtet kommt es dann, vielleicht für manche originell, zu Situationen, dass Amnesty eine polizeifreundliche Organisation ist. Was wahrscheinlich nicht ganz unserem typischen Wahrnehmungsbild entspricht. Aber sehr viel lieber bitte ein Polizist, der nämlich nicht schießen darf, wenn Kollateralschäden drohen, er darf zwar vielleicht, unter bestimmten Bedingungen, den Geiselnnehmer erschießen, er darf das aber schon nicht mehr, wenn eine Geisel dazwischen steht. Die militärischen Arbeitsbedingungen heißen, zivile Ziele nach Möglichkeiten vermeiden, aber das militärische Ziel durchsetzen. Dass heißt, der darf schon Kollateralopfer in Kauf nehmen, was der Polizist nie darf. Und auf dritter Ebene den Privaten, der weiß noch nicht mal, was ein Kollateralopfer ist. Da geht es nur um das Schutzobjekt. Damit ist also ganz klar, wo die menschenrechtliche Wertung steht. Und auf der anderen Seite wissen auch wir natürlich, dass, wenn eins und zwei – aus welchen Gründen auch immer – nicht zur Verfügung stehen, es weiterhin humanitär wertvolle Ziele gibt, die entweder nicht verwirklicht werden oder unter Beisicherung der Kategorie drei, privater Sicherheitsdienst, vielleicht verwirklichtbar sind. Und spätestens dann kann ich ihn nicht einfach nur ablehnen, den privaten Sicherheitsdienst, sondern muss dort anfangen und sagen, vielleicht kann man auch diese Arbeit etwas besser oder schlechter machen. Das ist das, was bei unserem OMV-Projekt war. Also mit der OMV zu beginnen – „Ihr seid Schweine, weil ihr private Sicherheitskräfte verwendet“ – hätte ganz sicher nicht zu irgendeiner Veränderung geführt. Dann hätte man nur ein disagree gehabt und wir hätten uns genau einmal getroffen dazu. In dem Moment, wo wir gesagt haben, wir warnen halt vor privaten Sicherheitskräften aufgrund unserer langjährigen Erfahrung, wenn die aber A, B, C, D einhalten würden, kann man darüber sprechen. Unser Thema ist nicht, ob die jetzt

von ihnen bezahlt werden oder von der sudanesischen Regierung oder sonstwie, unser eigentliches Thema ist, wie sich die aufführen. Wen ihr willig wäret, euren privaten Sicherheitskräften ein Regelwerk mitzugeben, das in Summe dem ordentlicher, staatlicher Polizeiarbeit entspricht, und auch bereit seid, das notfalls ernst zu nehmen, auch mit Druck durchzusetzen, dann haben wir plötzlich wieder eine Gesprächsbasis, und plötzlich redet Amnesty über private Sicherheitskräfte. Das zeigt sehr genau, wo entweder Ambivalenz oder Differenziertheit zum Thema private Sicherheitskräfte aus menschenrechtlicher Verantwortung liegt.

In Großbritannien gab es die Idee von einem ehemaligen Care-Mitarbeiter, der dort auch für Sicherheitsfragen zuständig war, früher auch selbst beim Militär war, eine private Sicherheitsfirma zu gründen, die zugeschnitten ist auf humanitäre Hilfsorganisation ...

À la wir machen eine ethische Security ...

Weil es natürlich ein richtig großer Markt ist.

Da ist also ganz sicher eine sehr spannende Fragestellung. Und ich glaube also, wenn das spruchreif würde, wäre das wohl auch etwas, was Amnesty ... Also, die ganzen ethischen Veranlagungsfonds sind auch etwas, das wir in unserer Arbeit wahrnehmen, aber nicht unser Kernthema. Aber wir haben intern die klare Spielregel: Wenn wir Reserven haben, die bis in ein nächstes Jahr zu veranlagen sind, dann bitte sicher in eine ethische Veranlagung und nicht in irgendwelchen kapitalisierten Waffengeschäftsfonds oder sonst irgendwie. Und parallel dazu ist es wohl logisch zu sagen, wenn es denn ethische Security gibt, wie immer man das nennen will, dann sind natürlich im Zweifel die zu benutzen und nicht die richtig wilden Söldnerhorden ohne Spielregeln. Wobei es typisch ist, dass es in den USA passiert. Und hier ein anderer Kritikpunkt zur österreichischen Situation. In Österreich ist das Prinzip private Sicherheitsdienstleistungen ein nahezu völlig unregelmäßig. Weil sich der Staat einerseits auf die formell sehr naheliegende Formel stützt: Wir haben eine tadellose Polizei, und daher gibt es überhaupt keine Gründe, Unternehmen XY, wenn es sich Sicherheitsunternehmen nennen will, irgendeinen Rahmen, Regelwerk zu geben, weil es sind einfach Zivilisten, die dürfen genau soviel wie jeder andere auch. Sprich, also vielleicht Notwehr unter ganz engen Bedingungen, Nothilfe oder das Hausrecht jedes Wirtens ausüben, als Disco-Security oder sonstwas und natürlich völlig verkennt, dass das längst nicht mehr der Arbeitsnormalität entspricht. Weil sozusagen, ich mache eine Notwehrsituation geltend, weil ich als Security in einer Spitalsambulanz plötzlich angegriffen werde, das geht vielleicht noch, wenn ich persönlich angegriffen werde. Wenn aber

das Personal dort nicht physisch angegriffen wurde, der aber sehr wohl in der Ambulanz randaliert, damit mache ich dann als Beauftragter mein Hausrecht geltend, das funktioniert nicht. Weil der hat kein Hausrecht. Der sitzt genau so als Zivilist dort und darf vielleicht warten, bis er selbst angegriffen wird. Aber die Pflegerin neben ihm, die gerade Kranke pflegt, die zufällig daneben steht, die darf er vielleicht noch schützen, er kann aber nicht aktiv die Gefahrensituation aufsuchen und sagen, ich habe das Notwehrrecht in Anspruch genommen. In Großbritannien ist das anders. Die haben ihr staatliches Lizenzsystem, auch ein abgestuftes, soweit ich weiß, das heißt, dass sie unterschiedliche Aufgaben übernehmen können. Also auch als Mitarbeiter eines solchen Unternehmens erneuern lassen muss, und nur dann darf mich das Unternehmen dafür einsetzen und das kann ich also unterscheiden von Torwache bis zum bewaffneten, individuellen Bodyguard. Und angeblich, ohne das im Detail zu wissen, ist die Ausbildung streng, die Überprüfung exakt und die Vorgaben relativ differenziert. Und auf der anderen Seite sagt man dann, warum macht ihr die Leute nicht gleich zu Polizisten. Weil der britische Staat dem Prinzip des schlanken Staates sich verpflichtet hat, und in Österreich ist es nach wie vor so, wenn ich als Privater nicht bereits aktiv bedroht werde, sondern vorausschauend für meine Aktivität polizeiliche Kontrolle haben will, kann ich diese unter bestimmten Bedingungen mieten, aber ich muss sie wenigstens zahlen. Da sagen wieder einige „Es ist nicht gut, wenn der Staat Unternehmer ist, blablabla“ – diese Diskussion kennen wir alle gut. Es gibt ganz viele Wege, die zum Erfolg führen, der idealtypische Staat hat eine perfekte Polizei, die all das abdecken kann. Flächendeckend in jedem Winkel des Landes, in jeder Situation und trotzdem nur tätig wird, wenn tatsächlich ein Verbrechen passiert und sich sonst nobel im Hintergrund hält. Und das Ganze exzellent steuerfinanziert, damit die Polizisten auch tolle Leute sind.

Was ist zum Beispiel mit den Flüchtlingsunterkünften in Österreich oder in Deutschland, die vom Staat in die Hand von privaten Firmen gegeben werden?

Da sind wir in einer anders kritischen Situation. Dort kommt ein ganz zentraler Punkt. Nicht aus der Perspektive der Hilfsorganisation, die dort von ihrem Selbstverständnis her gern tätig werden will und natürlich dafür auch, was völlig legitim ist, entlohnt werden will, weil es eine staatliche Aufgabe ist. Verantwortlich für die korrekte Verpflegung von Flüchtlingen in einem Aufnahme-, Transit- oder sonstigen Lager ist die Bundesregierung. Das in Form ihres Innenministers. Das ist nun mal die Lage. Ob der das A mit Beamten, B mit Caritas, Diakonie, Volkshilfemitarbeitern, C mit privaten Dienstleistern, kleinerer oder größerer Natur, einzelnen Pensionswirten, engagierten Pensionisten, die zu viel Platz in der Wohnung haben, oder einem riesengroßen Schweizer Generaldienstleistungsunternehmen macht, ist menschenrechtlich vollkommen gleichwertig. Da gibt es keine Präfe-

renz. Es muss nach guten Standards passieren, dafür muss man entsprechend viel Geld bereitstellen. Denn die berühmt-berüchtigte ORS (Asyldienstleister), wird grundsätzlich kein Problem haben, hochqualifizierte Dolmetscher, sozial perfekt ausgebildete, psychologisch geschulte Krankenschwestern und Krankenpfleger in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen. In Traiskirchen nicht zwei, sondern 30 Ärzte aller Fachrichtungen, und das auch noch mehrsprachig, zu beschäftigen. 24-Stunden-Ambulanz offen zu halten, die dort auch Dolmetscher haben. Wenn man es ihnen zahlt. Wenn der Auftrag heißt, Minimal-Versorgung mit Minimal-Entgelt, wird eine ORS als Dienstleister sagen: Kein Problem. Bitte sehr. Halber Arzt, zwei Stunden am Tag. Wenn das der Auftrag ist, machen wir das. Weil wir sind ausschließlich gegenüber dem Auftraggeber verpflichtet. Wir machen das, solange es sich rechnet. Eine NGO, die mit einem eigenen Wertemaßstab kommt, sagt, entweder wir machen es ordentlich oder wir machen es gar nicht. Da ist mir die NGO natürlich lieber, weil sie ein Sicherheitsgerüst mit eigenen Wertvorstellungen hat und der zweite wesentliche Punkt, die NGO arbeitet kostendeckend, darf nicht gewinnorientiert arbeiten. Jedes Unternehmen, sei es ein kleiner engagierter Sozialbetrieb oder eine riesengroße Firma – ORS hat Eigentümer, die neben der Bezahlung ihrer Mitarbeiter für die Dienstleistung, irgendeine Gewinntangente erwirtschaften müssen. Die kommt also immer dazu. Weil grundsätzlich wird der engagierte ORS Mitarbeiter, der dort Kranke pflegt, genau so viel kosten wie der engagierte Caritas-Mitarbeiter, Rotkreuzmitarbeiter, der genauso gut Kranke pflegt. Wenn sie die gleiche Ausbildung haben, werden sie in etwa gleich viel kosten. Bei einem brauch ich eine Gewinntangente dazu, beim anderen nicht. Das heißt, die private Dienstleistung wird grundsätzlich immer die teurere sein. Ein Innenminister, der behauptet, zu wenig Geld zu haben für ordentliche Flüchtlingsbetreuung, dann das teuerste Modell anwendet, das wirft Fragezeichen auf. Das ist aber nicht das Problem der Firma ORS. Die Firma ORS ist für uns nicht das Problem, sondern das Symptom eines Versagens des Innenministeriums. Thema ist für uns die unkorrekt erbrachte, menschenrechtliche Umsetzung des beauftragten verantwortlichen Innenministeriums.

Ich wollte hier weniger auf das Thema der Betreuung hinaus, sondern, dass eben dort ganz konkret Sicherheitsaspekte ausgelagert werden. Also private Sicherheitsfirmen, dort quasi im „humanitären Raum“ arbeiten.

Das ist ein Punkt, der natürlich gar nicht geht. Dort wird es ganz, ganz problematisch. Das ist extrem gut zu sehen gewesen, bei den komplexen Spielregeln für dieses neue Schubhaftgefängnis. Mit dem eklatanten Ziel, wir haben zu wenig Polizisten. Polizisten sind teuer. Wir wollen für ein Haftzentrum, das, glaube ich, immerhin 200 Plätze hat, nicht die üblichen 100 Polizisten, im Radldienst

dort haben, sondern zehn Polizisten im Radl. Und lösen das durch gemeinsames Tätigwerden von privaten und governmental staff. Das kann nicht funktionieren, weil es schon einmal nicht glaubwürdig ist, wenn ein Polizist unter dessen staatlichen Gewaltmonopol Mandat dann bestimmte Dinge passieren, 15 Mitarbeiter beaufsichtigt, die noch dazu in unterschiedlichen Gebäudeteilen tätig sind. Spätestens dann beginnt dort jemand Gewaltmonopol zu vollstrecken, der dafür schlichtweg nicht zugelassen ist. Ein banales Umgehungsgeschäft. Das ist unser ganz zentraler Punkt. Also wenn ihr anfangt, lieber Staat, auch in menschenrechtlich sensiblen Bereichen auszulagern, könnt ihr Verwaltungstätigkeiten auslagern, könnt ihr Logistik auslagern, könnt ihr Service und Technik auslagern. Also der Essensverteiler muss kein Polizist sein. Der Arzt und die Krankenpfleger, die dort tätig sind, müssen keine Polizisten sein. Aber der, der das Auf- und Zusperrren der Türen zumindest anordnet, idealerweise schon auch der, der den Schlüssel dreht und ganz sicher der, der mit Pfefferspray und Knüppel in die Zelle geht, wenn sich dort zwei anfangen zu prügeln, das ist nicht delegierbar. Davor warnen wir. Also das ist jetzt nicht explizit verboten, aber das Privatisieren hoheitlicher und nichtwirtschaftlicher Tätigkeiten des Staates ist der letzte Schritt vor dem staatlichen Verantwortungsrückzug. Und spätestens in den USA, die Boot-Gefängnisse, also der Bootcamps, die nichts anderes sind, als dieses System zu Ende gedacht ... Argumentiert dann der amerikanische Staat, damit haben wir nichts zu tun. De facto hat nämlich dieses Camp eine direkte Vereinbarung mit den Eltern des angeblich erziehungsschwierigen Kindes. Und was sich die ausmachen, da hat der Staat nichts zu sagen. Dass davor ein komplettes Schul- und Betreuungssystem, ein komplettes jugendamtliches Kriseninterventionssystem komplett versagt, oder gleich abgeschafft worden sind, weil man das staatlich nicht machen will, weil es ja private Anbieter gibt, die deinen Sohn erziehen, wenn du es selber nicht schaffst, ist eine lächerliche Argumentation seitens des Staates. Das ist eine staatliche Aufgabe, wenn es der Staat nicht selber ausübt, sind zumindest alle Schwächen des Ersatzsystems ihm weiter zurechenbar. Und die Argumentation des Innenministeriums, wenn ein ORS-Mitarbeiter sich falsch benimmt, sie können nichts dafür, das greift einfach zu kurz. Sie sind Auftraggeber, sie bezahlen die ORS. Das heißt, das sind ihre direkten Fehler, wenn ihr Erfüllungsgehilfe dann Mist baut. Deshalb immer die Warnung: Solche Tätigkeiten sind nicht auslagerbar. Theoretisch vielleicht, es ist nicht an sich eine Menschenrechtsverletzung, das trotzdem zu tun. Aber die Praxis zeigt, dass es einfach nicht funktionieren kann und damit wird es menschenrechtsverletzend. Wenn ein Staat Menschenrechte verletzen will, kann ihn niemand aufhalten, außer die eigene Bevölkerung. Das, wovor wir warnen, ist, dass es angeblich billiger ist, mit privaten Securitys zu arbeiten. Der gut ausgebildete Beamte, der vielleicht sogar noch eine halbwegs ordentliche Pension krieg, der kostet deswegen mehr, weil ich über dieses gute Bezahlungs- und Ausbildungsmodell halbwegs sicherstellen kann, dass der sich auch regelkonform verhält. Wenn der schwarzgekleidete

Zellenaufsperrer oder der dort für Ruhe-und-Ordnung-Sorger 1.300 netto im Monat kriegt, jeden 1. kündbar ist, wird der nicht zu einem zeitaufwendigen Mediations- und Beruhigungsgesprächsverfahren greifen, um in der Zelle Frieden herzustellen, sondern mit dem Knüppel. Die tatsächliche Tücke liegt im Detail. Und Gemeinden, wie Gmunden, oder die Stadt Gmunden, die wegen Kosten für ihre Stadtpolizei, wo keiner weiß, warum die das haben, die ihnen mittlerweile budgetär so über den Kopf gewachsen sind, dass sie sie fast nicht mehr nachbesetzen und jetzt in sogenannten gemeinsamen Streifengängen, private Security plus Polizist, wo es genau ein Team in der Nacht gibt, patrouillieren. Und spätestens wenn der zweite Notruf kommt, was wird dann passieren. Dann sagen beide, wir machen aber zuerst nur den ersten Job fertig, weil wir dürfen uns gar nicht trennen, weil ich darf ohne den Polizisten neben mir nicht tätig werden, ich darf nur helfen, die Handschellen anzulegen. Geht der eine zum einen Fall und der andere zum anderen, dann gibt es keine Spielregeln mehr. Da kann man nicht einmal mehr so tun, als ob das eigentlich die Handlung des dafür bestellten Polizisten war. Und wenn dann die Stadtgemeinde auch noch argumentiert, was sie sicher früher oder später tun würde, das ist nicht uns zurechenbar, dass der jetzt gebrochene Knochen hat, obwohl er eigentlich nur angetrunken war, dass müssen sie mit der Firma XY besprechen, weil das ein Mitarbeiter der Firma war, unser Polizist war gar nicht dabei. Kommt dann als Rechtfertigung. Der massive Fehler aus dem Ressourcenmangel wird dann typischerweise sofort wieder mit dem Argument der Nichtzuständigkeit gerechtfertigt. Waren ja nicht wir. Haben wir bezahlt, aber wir bezahlen ihn nicht dafür, dass er prügelt, sondern dafür, dass er Ordnung stiftet. Das steht auch im Vertrag drin. Und wenn er das nicht einhält, dann bitte wenden Sie sich an das Unternehmen, wenn das Amnesty nicht passt.

Das ist das große Problem.

Das wird nicht gut zu Ihrer Diplomarbeit passen, nur als Gedankenspiel ein kleines Paradoxon: Eine sehr engagierte Menschengruppe von zivilgesellschaftlichen, meist sehr informell organisierten Menschen schreit gerne: No border! No nation! Und die muss man dann aus menschenrechtlicher Sicht darauf hinweisen, wenn man sagt no borders, dann gibt es bitte auch keine Nationalstaaten mehr, dann kann es auch keine nationale Regierung mehr geben, und blöderweise ist die Stelle nach allen Menschenrechtsprinzipien, die Menschenrechte tatsächlich garantieren soll oder durchsetzen muss, die nationale Regierung, auf ihrem nationalstaatlichen Gebiet. Dort beginnen dann die sehr sozial und breit Bewegten, in Summe das einzig grundsätzlich anerkannte Schutzsystem für Menschenrechte abzuschaffen. Weil no borders, no nation würde früher oder später heißen, private Migrationskontrolle. Dann werden sich 50 Leute, die das vielleicht nicht ganz so haben wollen, zusammenschließen und plötzlich ein privates Asylamt aufmachen. Und sagen: Du bist ein armes Schwein, dich nehmen wir, du hast eine gute Geschichte, wir wollen nicht in der Zeitung stehen.

Aber die anderen 90 Prozent werden abgewiesen, weil sie nicht imagefördernd sind. Dann habe ich plötzlich anstelle des staatlichen Prinzips kommerzielle Interessen. Die jungen, kräftigen, halbwegs Aufnahmefähigen, die nehmen wir als billige Arbeitskräfte, und bei allen anderen handeln wir anders. Ich habe schließlich ein wirtschaftliches Interesse.

Das sind die Punkte, wo diese Welt mit sich selber so unehrlich ist. Das ist im Kern das, warum private Sicherheitskräfte für uns definitiv ein Dorn im Auge sind. Nicht das Prinzip als solches, das ist zulässig, da braucht man gar nicht anders zu tun. Selbst wenn der mit der Waffe dann ein nicht mehr engagierter Irgendetwas, sondern ein spezialisierter Hilfsorganisation-XYZ-Mitarbeiter ist. Also MSF unterscheidet in Logistiker, Ärzte und Pfleger. Da lässt sich ganz leicht eine vierte Gruppen einführen, Security. Aber auch der braucht irgendwelche Prinzipien, nach denen er vorgeht. Und wenn die nicht kristallklar menschenrechtskonform sind, kann man es vergessen. Hatten sie nicht bereits ein Gespräch bei MSF? Was ist dort der Fokus?

Ich glaube, der Sicherheitsbegriff ist auch entscheidend. Bei MSF war es besonders interessant, dass dort argumentiert wird, dass es überhaupt nicht gefährlicher geworden ist, für humanitäre ArbeiterInnen. Es sind einfach viel mehr AkteurInnen unterwegs, deshalb gibt es einfach mehr Zwischenfälle. Das Hauptproblem ist ein subjektives Unsicherheitsgefühl ...

Genau wie in der Bevölkerung.

Das wird dann insofern problematisch, weil durch Sicherheitstrainings und Übungen verändert sich auch die Sichtweise der AkteurInnen. Wenn du beigebracht bekommst, der Truck am Straßenrand ist eine potenzielle Gefahrenquelle, bleibt nicht stehen etc. Das ist natürlich problematisch, weil sich die Wahrnehmung ändert. Von den MitarbeiterInnen der Organisationen selbst, aber auch nach außen hin und für die EmpfängerInnen der Hilfe. Hier gibt es auch das Beispiel aus dem Südsudan, wo die UN eine richtige bunkerization betreibt, sich abschotten und so natürlich ein Distanzverhältnis herstellen. Hier ist eben die Frage, ob es sinnvoll ist, dort so zu arbeiten oder ...

Da gibt es natürlich einerseits das Killerargument. Gar nicht helfen kann nicht die Alternative sein.

Naja, gar nicht helfen nicht, aber MSF oder das Rote Kreuz sagen dann in der Regel, wir ziehen uns zurück für ein paar Monate und warten ab. Das ist vielleicht mal die bessere Lösung.

Ja, natürlich. Ich mein, man kann noch so humanitär engagiert sein, spätestens als Organisation, also wenn ich nicht als Einzelperson engagiert bin, die Verantwortung meiner MitarbeiterInnen gegenüber, selbst wenn die sagen, wir wollen da hin, habe ich eine Schutzfunktion als Arbeitgeber. Dazu gehört auch zu sagen, da können wir nicht hingehen. So wie jeder Feuerwehrmann lernen muss, gehe nicht ins brennende Haus hinein, wir haben nichts davon, wenn du tot bist, selbst wenn du vielleicht jemanden retten könntest. Die Grenzziehung, wie viel Risiko kann ich durch Begleitung wie auch immer soweit minimieren, dass ich arbeitsfähig bleibe und wo ist der Punkt zu sagen, trotz aller Mission und Bedürftigkeit der Menschen vor Ort – hier kann ich nicht mehr vertreten, dass meine Leute in meinem Auftrag, auf meinen Befehl, meine Dienstanweisung dort weiterhin hingehen. Die ist ganz schwierig. Auf der anderen Seite haben wir die Erfahrung, wenn unser research-Verantwortlicher sagt, dort geht ihr nicht hin, das haben wir nicht nur einmal gehabt, das Leute gesagt haben, okay, dann nehmen wir uns Urlaub. Die Antwort war dann: Nehmt euch Urlaub. Was ihr in eurem Urlaub macht, das geht uns nichts an. Wir hatten heftige Debatten, ob man die im Urlaub gesammelten Ergebnisse trotzdem entgegennimmt, wir haben es dann abgelehnt. Uns war klar: Wenn wir das jetzt annehmen, wird uns erstens vorgeworfen, dass wir uns der Verantwortung entziehen und die Leute im Urlaub hinschicken, und zweitens etablieren wir damit ein System, das wir so nicht haben wollen. Und das Argument der jungen, sehr engagierten Leute: Ihr seid feige, das ist unser Auftrag – wir wissen selbst, was für uns am besten ist, warum engt ihr uns ein, wir sind eine Menschenrechtsorganisation ... Es gibt keine perfekte Antwort darauf. Deswegen ist mir auch die ganz puristische private „Security ist pfui und aus“-Meinung, die grundsätzlich die Amnesty Lehrmeinung ist, eigentlich zu undifferenziert.

Problematisch ist halt, dass es leider nicht sehr transparent gehandhabt wird. Dadurch wirkt es natürlich noch anstößiger. Es redet keine Organisation gerne darüber...

Selbst Amnesty hat inklusive seiner internationalen Büros in London ... Aber ich schätze mal grob, sicher ein Drittel unserer Büros hat eine private Torwache. Und das ist kein Amnesty Mitarbeiter. Und es würde auch keinen Unterschied machen, ob es ein Mitarbeiter ist oder nicht. Typischerweise sind die nicht bewaffnet oder maximal so pseudo-defensiv bewaffnet mit Pfefferspray. Aber im Prinzip ist das ein privater Security, der auch im Notfall physisch und mit Gewalt eingreifen soll, wenn sich jemand Zutritt verschaffen will, Ausweise kontrolliert, der Macht ausübt. Und der grundsätzliche Unterschied zwischen dem und seinem Klienten zentrierten Handlungsauftrag und der Blackwater-Partie, der ganz grundsätzlich den möchte ich mal sehen. Das ist nur mehr graduell. Zwischen einer Torwache, die nur Polizei rufen soll, wenn sich jemand daneben benimmt und dem

bis an die Zähne bewaffneten Blackwater Typen ist ein riesengroßer relativer Unterschied. Aber auch wir könnten sagen, wir leben in einer Weltstadt, wir verlassen uns darauf, dass sich bei uns keiner gewaltsam Zugang verschafft und wenn doch, rufen wir die Polizei und die löst das für uns. Ist wahrscheinlich auch immer praktisch genug.

Zum Beispiel G4S arbeitet für viele Hilfsorganisationen, ist aber ein riesiges Unternehmen und da wird es problematisch. Der eine, der für die GIZ in Ruanda vor der Türe steht und das Büro bewacht, arbeitet für dieselbe Firma, die in Israel Menschenrechtsverletzungen begeht und auch anderswo in Kampfhandlungen involviert ist.

Wenn ich einmal in die Situation komme, wirklich einen Personenschützer haben zu wollen, das musste ich schon überlegen, dann will ich, dass der effektiv arbeitet. Ich werde ihn nicht engagieren, damit er im Zweifelsfall nicht dazwischen geht und dann eine Teeparty mit mir macht, ob das jetzt verhältnismäßig war oder nicht.

Man hat halt schnell Leute bei sich mit einer fragwürdigen Vita.

Also, wenn ich es mir aussuchen könnte, würde ich immer lieber einen privaten Personenschützer haben als einen Polizisten. Weil die sind zach. Ich kenne einen Kollegen, der Personenschutz durch die Cobra hatte, und der hat Dinge erlebt, also es gibt wenig lebenseinschränkenderes als polizeilichen Personenschutz zu haben.

Ethisch wird es beim Privaten problematisch.

Ja, genau. Typischerweise war er die letzten Jahre nicht als Sozialarbeiter tätig.

Thomas Preindl

Emergency Response Office. Caritas Österreich.

Wien, 1. September 2016

Ich bin mir nicht wirklich sicher, ob ich Ihnen so viele Informationen gebe, wie Sie sich das erhoffen für Ihre Masterarbeit. Aber wir können uns gerne unterhalten. Thomas Preindl, bin jetzt seit sechs Jahren bei der Caritas, sehr viel im Ausland im Rahmen der humanitären Hilfe, und meine Erfahrung mit Militärs und zum Teil auch mit Sicherheitsfirmen kommt hauptsächlich aus Afghanistan. Ich war dort zwei Jahre in einem sehr schwierigen Umfeld. Auch Südsudan ist sehr schwierig, also von der Sicherheitslage her.

Grundsätzlich würden Sie sagen, dass sich die Sicherheitslage bei humanitären Einsätzen stark verändert hat in den letzten 25 Jahren?

Die Sicherheitslage hat sich massiv verändert, massiv verschlechtert. In den 70er-Jahren, Beginn der 80er-Jahre, waren humanitäre Organisationen, also Leute vor Ort, ein Tabu. Man hat sich respektiert und nicht in den Konflikt hineingezogen. Da hat man eine rote Linie nicht überschritten. Sie wissen das wahrscheinlich. Entführungen, Bedrohungen aller Art bis hin zu Leuten, die umkommen beziehungsweise erschossen werden. Haben wir auch wieder kürzlich gehabt im Südsudan. Also insofern ist es ein aktuelles Thema und wir haben als Caritas Österreich eine eigene Sicherheitspolicy seit ein paar Jahren. Aus der Verantwortung heraus. Leute gehen auf Einsatz und müssen sich mit dem Thema Sicherheit auseinandersetzen und auch die Organisation.

Gibt es hier Sicherheitstrainings oder Schulungen?

Ja.

Die machen Sie intern?

Die organisieren wir in Absprache mit anderen österreichischen NGOs, Rotem Kreuz, SOS Kinderdorf, MSF usw., da gibt es immer wieder so Trainings nach Bedarf, wo wir einerseits theoretischen Input vermitteln, aber auch praktische Feldübungen machen. Die Bandbreite durch – von Verhalten bis hin zur Kommunikation.

Wird da auf private Firmen zurückgegriffen? Zum Beispiel bei MSF wird auf private Sicherheitsfirmen zurückgegriffen, die solche Trainings anbieten und dann mit denen Übungen durchführen. MSF führt die Übungen lieber extern durch, damit es realistischer ist.

Ich glaube also, da gibt es verschiedene Möglichkeiten, natürlich kann man das tun. Ich weiß es vom Roten Kreuz, die machen das zusammen mit der Cobra, WEGA, also mit der Polizei. Die Kollegen in Deutschland machen das mit der deutschen Bundeswehr. Da habe ich selbst auch einmal daran teilgenommen. An einem einwöchigen Sicherheitstraining. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Oder wir es machen über Berater, Ex-Militärs, die dann eine Zeit lang beim Militär waren und dann privat irgendwo solche Services anbieten.

Ihr Kollege hat als Beispiel genannt, dass es von der Caritas Österreich eine direkte Kooperation gab mit einer privaten Sicherheitsfirma im Irak.

Dazu kann ich Ihnen leider nichts sagen, weil ich damals nicht dabei war. Da müssten Sie versuchen, den Kollegen persönlich noch mal zu erreichen. Ich kann Ihnen meine Erfahrung hauptsächlich aus Afghanistan sagen. Aber generell eine Frage: Sie haben geschrieben, dass NGOs verstärkt auf Sicherheitsfirmen zurückgreifen. Ist das eine Wahrnehmung oder haben Sie eine Publikation dazu?

Es gibt verschiedene Publikationen und Studien, die das belegen.

Weil mir wäre das eigentlich so nicht aufgefallen, unbedingt. Weil, es sind ja zwei Aspekte. Der eine ist, es ist extrem teuer und NGOs schwimmen nicht in Geld, und das andere ist, es ist immer eine Frage der Distanz zu bewaffneten Kräften. Deswegen wundert es mich schon ein bisschen, selbst im Südsudan habe ich es nicht beobachten können, muss ich sagen. Aber es kann natürlich sein, dass es so ist. Geht es bei Ihnen um Militär plus private Sicherheitsfirmen oder nur um die Privaten?

Private Sicherheitsfirmen.

Weil wir haben natürlich sehr viel zu tun mit Militärs, aber das ist natürlich eine andere Schiene. Also grundsätzlich ist es einmal so, man muss sich immer die Frage stellen: Welche Rolle spielen diese Firmen – und viele sind ja auch direkt im Kampfgeschehen, wie im Irak, beteiligt. Und da

muss man sich schon als NGO die Frage stellen, welche Wahrnehmung nach außen hin wird hier erzeugt? Das ist das große Thema. Wir haben unsere Erfahrungen mit privaten Sicherheitsfirmen nur insofern, dass wir unsere Unterkünfte schützen. Es gibt also Situationen, in denen wir auf private Sicherheitsfirmen zurückgreifen, das sind aber nicht schwer bewaffnete Leute, sondern mehr guards, die unseren compound bewachen. Das war in Haiti so, da geht es um Raubüberfälle, bewaffnete Raubüberfälle. Aber wir haben es nicht, zumindest als Caritas Österreich, dass wir mit bewaffnetem Schutz in die Projektgebiete fahren. Das tun wir nicht.

Auch keinen Konvoischutz?

Nein, das tun wir auch nicht. Wenn wir in so eine Situation kommen, also wenn wir vor dieser Entscheidung stehen, dann würden wir uns, das ist die Vorgabe, würden wir das nicht tun. Als Caritas Österreich, das heißt nicht, dass nicht andere Caritas-Organisationen das tun würden. Das ist unsere Entscheidung. Und zwar, weil es einfach große Auswirkungen hat. Erstens können sie in einer Konfliktsituation auch mit bewaffnetem Schutz letztendlich nicht wirklich Sicherheit erzeugen. Sie können mit bewaffneten Leuten rausfahren, aber wenn sie da einen Konvoi von schwer bewaffneten Soldaten haben, die teilweise betrunken sind, wie zum Beispiel im Südsudan, dann nutzen ihnen die fünf bewaffneten auch wenig im Grunde genommen. Also das ist nicht wirklich Wir glauben, es ist nicht sinnvoll. Aber wir wollen auch, wenn wir sagen, wir arbeiten neutral und wir wollen auch so wahrgenommen werden. Deshalb wollen wir uns nicht in diesen Bereich begeben.

Also das lehnen Sie strikt ab?

Ja.

Warum, glauben Sie, funktioniert das Sicherheitsmodell der „Akzeptanz“ für viele NGOs heute nicht mehr?

Es gibt ein sehr gutes Buch, das vor vielen Jahren herausgekommen ist, da fragt der amerikanische Autor: What went wrong? Da stellt sich so generell die Frage, was läuft schief und mit was hat es zu tun. Da spielt viel rein, mit der Politik des sogenannten Westens, der Amerikaner, der EU gegenüber anderen Ländern, arabischen Ländern. Die Kriege im Irak und in Afghanistan, diese Interventionen, diese massiven Menschenrechtsverletzungen, diese Schweinereien vom Westen, die sich abgespielt haben. Ich war in Afghanistan und die Amerikaner haben zu dieser Zeit einen Hochzeits-

konvoi bombardiert mit hundert Toten. Es gab von den Amerikanern keine einzige Entschuldigung. Damals noch der Bush. Und diese Dinge haben sich gehäuft. Im Irak auch, Abu-Ghraib. Da könnten wir jetzt lange diskutieren. Und die Wahrnehmung der Leute ist eben so geworden. Da sind Vorbehalte, da ist Hass entstanden. Was glauben Sie, was das heißt für Afghanen, wenn da hundert Leute umgebracht werden. Wenn sie sich erinnern, die deutsche Bundeswehr hat einen Konvoi bombardieren lassen in Kunduz ...

Sie meinen den Luftangriff bei Kunduz auf die Tanklastwagen beim Kunduz-Fluss?

Ja, da wissen Sie eh Bescheid. Und solche Dinge hat es zu Hunderten geben. Vieles war gar nicht in den Medien, in der Öffentlichkeit. Und da ist die Stimmung gekippt im Lauf der Jahre. Da ist Hass entstanden. Und NGOs vom Westen, also ich sage jetzt Westen im Sinne von Amerika, Japan, Europa usw., also alle Länder, die dem Westen zugeordnet werden, unserem Lebensstil, unserer Lebensweise. Ganz egal, ob wir jetzt neutral sind oder nicht oder ob wir versuchen, das zu sein, wir sind Teil des Systems und werden so auch wahrgenommen. In Afghanistan wird eine NGO aus Amerika oder Europa, als Teilnehmer der Invasion, der Amerikaner, Briten, NATO etc. wahrgenommen. Das ist so. Also wir sind Teil des Systems geworden. Also von der Wahrnehmung her.

Wie ist das für Sie, als jemand, der in Einsätze geht und humanitäre Hilfe leistet? Wie gehen Sie damit um? Welche Auswirkungen hat das?

Zunächst zur Reaktion der Leute. Sie meiden jeden Kontakt. Da ist Distanz da, vielfach, nicht nur, aber schon. Bis hin zu konkreten Fragen und Arbeitsverweigerung, Kooperationsverweigerung bis hin zu Entführungen. Also das ist ganz komplex geworden alles. Ich würde sagen, die Stimmung ist gekippt mit Afghanistan und Irak. Und dann auch diese, ich meine die Rolle der Geheimdienste der CIA, dieser Special Forces, die abseits der Armee im Dienst sind. Also es gibt die reguläre Armee, aber eben auch diese vielen Sonderaktionen. Ich meine, auch abseits der parlamentarischen Kontrolle, darüber wird nicht berichtet, da wird auch keine Rechenschaft darüber abgelegt. Daheim in Amerika, im Kongress, ist alles verdeckt. Und dann kippt einmal die Stimmung.

Und das hat dann wiederum massive Auswirkungen auf den gesamten Sektor der humanitären Arbeit?

Ja, genau. Massiv. Ja, der Respekt ist nicht mehr da. Der Respekt vor der Arbeit der NGOs, vor der humanitären Arbeit, der ist verloren gegangen. Das ist das eine und das andere, natürlich ist der ganze humanitäre Sektor in den letzten 20 Jahren gewachsen. Es ist auch sehr viel Geld im Spiel und die bewaffnete Kriminalität oder die Kriminalität gegen NGOs hat damit zu tun, dass viel Geld, viele Ressourcen, Autos, Handys, Laptops, Lebensmittel vor Ort sind. Das schafft Anreiz für Raub. Das ist so. Und wenn Sie in Afghanistan unterwegs sind mit einem supertollen Auto, dann fallen Sie auf.

Ist das bei der Caritas der Fall? Es schwebt oft das Bild im Raum, von den EmpfängerInnen von humanitärer Hilfe und den lokalen NGOs mit ihren MitarbeiterInnen und dann hat man viele Expats, die sich nur in teuren SUVs bewegen und damit ein Distanzverhältnis erzeugen.

Also, das ist jetzt nicht so zu verstehen, dass NGOs oder die UNO in Super-Limousinen herumfahren ...

Nein, so war das auch nicht gemeint.

Aber es ist natürlich so, es sind gute four-wheel-drive, massive, starke Autos mit einem gewissen Komfort. Ist einmal so. Und da heben wir uns ab von einem normalen Afghanen, der mit seinem halb kaputten Auto noch Hunderte Kilometer zurücklegt, den er sich irgendwo noch zusammenschraubt, wenn er auseinanderfällt. Denn sie sind ja sehr geschickt. Aber da fällt man auf. Auf der anderen Seite, jeder vor Ort ist in einem schwierigen Kontext. Hat das Recht auf die bestmögliche Sicherheit. Und ein gutes, sicheres Auto hat sehr viel mit Sicherheit zu tun. Es ist nicht zumutbar, jemanden in ein halb kaputtes Auto zu setzen, das geht nicht. Das ist so. Aber man fällt auf, das ist klar.

Weil Sie zum Beispiel den Südsudan vorhin angesprochen haben. Es gibt dort den Trend der bunkerization, also dass die UN-Gebäude, in denen auch teilweise NGOs arbeiten, alle mit hohen Mauern, Stacheldraht und guards abgesichert werden. Hier gibt es Kritik, dass dies erst recht ein Distanzverhältnis schafft zu den EmpfängerInnen.

Ja, das ist so. Aber das hängt natürlich auch zusammen Ja, das ist ein Problem, da tun wir uns auch schwer. Ich weiß nicht, waren Sie schon mal in so Ländern? Es gibt ja Hunderte von UNO-Mitarbeitern, die aus ihrem compound nie herauskommen, also das sind Bürokraten, die sitzen hin-

ter Stacheldraht in ihren Containern. Machen ihre Dinge und kennen das Land nicht. Das ist eigentlich voll tragisch. Aber da wird Distanz erzeugt. Das ist ganz klar. Da tun wir uns als NGO leichter, weil unsere Aufgabe ist es, vor Ort zu gehen. Und wer es nicht schafft, ist halt für den Job nicht geeignet. Wer sich das nicht zutraut, muss halt wieder gehen. Das ist schließlich unsere Aufgabe. Aber auch die UNO ist ja in den letzten Jahren, denken Sie an den Irak, Bombenanschläge, UN-Büros in die Luft gegangen, dass wissen Sie eh wahrscheinlich. UN ist auch Ziel geworden. Schon lange.

Wenn wir zu den privaten Sicherheitsfirmen zurückgehen: Es gibt immer wieder Versuche, aus Großbritannien zum Beispiel private Sicherheitsfirmen zu gründen beziehungsweise zu etablieren, die zugeschnitten sind auf die Bedürfnisse von NGOs. Würden Sie so etwas befürworten? Oder generell jeder NGO abraten, auf solche Dienste zurückzugreifen?

Also wir haben da unsere Vorbehalte. Ich denke, wir würden nicht so weit gehen. Wobei das nicht meine Entscheidung ist. Wir würden das nicht tun, glaube ich. Das ist nicht unser Arbeitsverständnis. Wenn man in Konfliktgebieten arbeitet und der halbwegs sichere Zugang ist nicht mehr gewährleistet, dann würden wir uns zurückziehen. Wie das auch leider Ich meine, die MSF-Leute, die sind wirklich hardcore, die schenken sich nichts. Aber die haben sich selbst auch jetzt zurückgezogen aus dem Jemen. Da sehen Sie schon, wie komplex und schwierig es geworden ist. Also wenn sich MSF mal zurückzieht, dann kann man nicht mehr von einer Sicherheitslage ausgehen. Da muss man sich auch die Frage stellen, ob noch sinnvolles Arbeiten möglich ist. Wenn Sie dann nur mehr auf Schritt und Tritt mit Sicherheitskräften unterwegs sein können. Und das ist auch teuer. Wer soll das zahlen – langfristig? Es vermittelt auch die falsche Botschaft letztendlich. Also an diejenigen, die am Konflikt beteiligt sind. Also wir würden es nicht tun. Das Problem ist bei privaten Sicherheitsfirmen: Viele von diesen Leuten, die da auf Einsatz sind, das sind Ex-Militärs, die sind in ein gewisses Alter gekommen, nicht mehr bei den berühmten Special Forces dabei, bei den Sondereinsatzkräften, die verlassen dann ihr Militär und heuern irgendwo an in einer privaten Sicherheitsfirma. Aber die sind ja eigentlich extrem, ich würde sagen, extrem fokussiert auf Waffen, auf Gewalt, gewaltbereit. Alleine schon, wie die auftreten. Diesen Stil, das wollen wir nicht in unserer Arbeit. Und das können sie Es gibt so viele Firmen aus Südafrika, die waren auch in Afghanistan, das sind einfach gewaltbereite Leute, die natürlich sehr schnell auch bereit sind zu schießen. Das wollen wir nicht. Wir wollen dieses Näheverhältnis nicht.

In diesem Zusammenhang wäre natürlich die Kooperation der Caritas mit einer Sicherheitsfirma im Irak interessant.

Da müssen Sie den ■■■■ fragen. Ja, das weiß ich gar nicht genau. Und dann gibt es auch Situationen wie in Darfur, da hat sich MSF auch zurückgezogen. Ich meine, da muss man dann schon auch fragen, was ist die Rolle der Regierung. Ich meine, inwieweit ist die bereit, ein sicheres Umfeld zu schaffen, wo NGOs arbeiten können. Und es ist ja nicht unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass es sicher ist. Das ist Aufgabe der Regierung. Aber Sie wissen eh, wie das läuft.

Wobei sich auch immer die Frage stellt, inwieweit eine Regierung überhaupt vorhanden ist.

Ja, genau. Also ich sehe da zwei Vorbehalte: Das Finanzielle, ich meine, ich möchte nicht wissen, was das für ein Tagessatz ist, von so einer Firma und dann dieses, wir haben humanitäre Prinzipien, Neutralität, Unabhängigkeit, diese Dinge. Und dann lässt sich meiner Meinung nach Da kommt man in eine sehr gefährliche Situation, wenn man sich da zu stark, mit solchen Kräften einlässt.

Auch wenn das jetzt auf ein anderes Thema hinführt, aber mit dem österreichischen Bundesheer gibt es ja sehr wohl Kooperationen, oder?

Das ist was anderes. Ja, deswegen hab ich auch zuerst gefragt, was Ihr Fokus ist. Ja, das gibt es. Das ist auch ein großes Thema geworden, weil Militärs engagieren sich auch in der humanitären Arbeit. Grundsätzlich muss man mal immer fragen, was ist das Mandat. Warum ist eine fremde Armee in einem bestimmten Land. Hat die ein Mandat von der UNO? Wenn das so ist, wie die KFOR im Kosovo, dann ist das zumindest völkerrechtlich klar. Dann würden wir sagen, okay, also da gibt es zumindest so gesehen keine Probleme. Und wenn dann eine konkrete Kooperation Sinn macht, weil wir zum Beispiel logistische Unterstützung brauchen oder Transportkapazitäten, dann würden wir sagen, also als Caritas Österreich, wir haben hier ein Positionspapier verfasst, und ich denke, da sind wir auch auf einer Höhe mit dem Roten Kreuz und MSF, werden wir zurückgreifen auf die Kapazitäten des Militärs. Voraussetzung, die sind nicht unmittelbar in einem Kampfgeschehen.

Werden logistische Aufgaben manchmal auch an private Firmen ausgelagert?

Nein, weil das ist nicht finanzierbar. Das ist ja extrem teuer. Das können Sie vielleicht einmal vereinzelt, in einer bestimmten Situation machen, wenn die humanitäre Lage schon ganz kritisch ist.

Aber wir würden das nicht tun, glaube ich. Man weiß bei diesen Leuten ja auch gar nie genau, was das für Leute sind, die dann neben ihrer Sicherheitstätigkeit noch geheimdienstlich arbeiten. Ich meine, da läuft ja so viel. In Afghanistan, die Amerikaner haben dort bombardiert und gleichzeitig leisten sie humanitäre Hilfe und spannen NGOs ein. Stellen Sie sich einmal dieses Bild vor. Und auch wenn wir sagen, es ist zugunsten der Bevölkerung. Aus der Wahrnehmung eines Afghanen ist dies nicht so. Er sieht uns als Teil des Systems. Ganz egal was wir darstellen. Und da unterscheidet auch niemand, ob wir Europäer sind oder Amerikaner, wir sind der Westen. Der verhasste, böse Westen. Und wenn sie dann noch darüber hinaus NGOs haben, die auch noch missionieren, war auch in Afghanistan so, dann können Sie sich vorstellen, in welches Dilemma Sie da hineinkommen. Auch als Caritas, weil wir das eigentlich streng ablehnen. Aber wir sind halt Teil der katholischen Kirche, das weiß auch jeder, und wir werden dann auch dem Vorwurf ausgesetzt, obwohl wir es gar nicht tun. Was ist so Ihre Erfahrung aus der Literatur heraus?

Also kurzgefasst, dass es hoch problematisch ist und das Hauptproblem sind die Auswirkungen auf den Sektor der humanitären Arbeit an sich. Es lässt sich halt ablesen, dass es seit den 90er-Jahren einen klaren Anstieg gibt, dass auch NGOs auf solche Dienstleister zurückgreifen. Da gibt es einige Beispiele, auch von kleinen NGOs, wo dann noch eine Problematik deutlich sichtbar wird, weil teilweise bis zu 30 Prozent des Budgets in solche Sicherheitsdienstleistungen fließen und dann natürlich die Frage nach den Spenden aufkommt.

Gibt es da eine Aufschlüsselung? Ich weiß schon, CARE macht es, aber gibt es eine Aufschlüsselung? Ich nehme mal an, es sind verstärkt amerikanische NGOs.

Meistens sind es amerikanische, aber nicht nur.

Ich kann mir schwer vorstellen, dass europäische NGOs das in großem Maßstab tun. Ich habe es nie beobachtet. Das Rote Kreuz hat es in Somalia gemacht, aber auch nur in ganz extremen Fällen. Aber das Rote Kreuz ist auch keine NGO, in dem Sinne ...

Es geht aber auch weniger um diese Einzelfälle, schon auch, aber nicht nur. Der Rückgriff auf bewaffnete guards ist weltweit, für alle Organisationen eher die Ausnahme, denn die Regel. Aber die Kooperation mit solchen Firmen geht ja viel weiter, deswegen habe ich Sie zum Beispiel vorhin auch gefragt nach der Logistik, unbewaffneter Schutz ist gang und gäbe. Es ist ein riesiger Markt, aber im Endeffekt sind es nur ein paar Firmen weltweit. Und es stellt sich

halt die Frage, ob man mit einer Firma zusammenarbeitet, in welcher Weise auch immer, die gleichzeitig in anderen oder im selben Gebiet auch Kampfeinsätze unterstützt.

Also wir haben, ich weiß es, wir haben in Kabul eine Sicherheitsfirma gehabt, die unseren compound bewacht hat, aber die waren unbewaffnet. Das Gleiche in Haiti. Die englische Caritas hat diese G4S, solche Leute engagiert. Ja, das kommt vor, aber mehr kann ich Ihnen nicht Also, naja, die amerikanische Caritas in Kabul, die haben bewaffneten Schutz gehabt. Da waren Leute mit Pistolen, die den Eingang bewacht haben. Aber letztendlich ist das Pseudo-Abschreckung. Aber sonst wüsste ich nicht, das die Caritas Ich würde vorschlagen, rufen Sie den [REDACTED] noch mal an und sprechen ihn noch mal drauf an. Sonst fällt mir eigentlich nichts mehr ein. Aber Militär ist nicht Ihr Thema, oder? Weil da haben wir mehr ...

Nein, es war eine Überlegung am Anfang, sich auch mit der zivil-militärischen Zusammenarbeit zu beschäftigen, aber dazu gibt es schon sehr viele wissenschaftliche Arbeiten und das Thema wäre ein anderes.

Es hat sich schon viel getan in den letzten 20 Jahren, es ist auch so, dass die Konkurrenz innerhalb des NGO-Sektors massiv zugenommen hat, letztendlich geht es um Fördertöpfe. Die Problematik ist, man hat ein Mandat, aber man hat auch den Druck, man muss vor Ort sein, man muss raus, man muss den Medien verkaufen, dass man präsent ist, der spendenden Bevölkerung zeigen, dass man dort ist, etwas tut, etwas bewirkt. So läuft ja das ganze Fundraising. Und es gibt genügend Situationen, wo man dann einfach die Sicherheit hinten anstellt und sagt: Das Risiko gehen wir jetzt noch ein. Da fahren wir noch hin. Aber dann ist es schon passiert. Oder man fährt noch in der Nacht, weil es ganz so wichtig ist. Diese Dinge. Deswegen haben wir die policy, genau deshalb. Weil wir sagen, es gibt einfach Dinge, die müssen im Vorhinein klar sein, wie sie laufen sollen oder wie sie nicht laufen sollen. Das ist auch ein Problem. In Afghanistan zum Beispiel. Wir sitzen in Kandahar und schicken andere raus. Unsere policy erlaubt es uns nicht, hinzugehen. Die Lokalen dürfen. Die werden dann erschossen ...

Es gibt ja auch Ansätze, die sagen, es ist nicht wirklich gefährlicher geworden. Es gibt zwar schon mehr Übergriffe, aber auch sehr viel mehr Leute im humanitären Sektor. Die Frage ist also, ob es wirklich viel gefährlicher geworden ist?

Natürlich, das geht Hand in Hand. Aber ich glaube, was sich schon sehr stark geändert hat, ich mein früher Stellen Sie sich vor: in Syrien gibt es jetzt 6000 verschiedene islamistische, gewaltbereite Gruppen. Stellen Sie sich das einmal vor. Die sich gegenseitig bekämpfen, die Bevölkerung terrorisieren, das ist ja hochkomplex. In Darfur waren es, glaube ich, 36, ich meine, das waren auch genug. Und da haben Sie keinen Überblick mehr, was da abgeht. Früher war es doch mehr Da war auch der Kalte Krieg, da waren die Stellvertreterkriege, da war es viel übersichtlicher, viel einfacher zu handhaben und jetzt, diese ganzen Rebellengruppen und wie sie sich alle nennen. Das ist extrem komplex und niemand weiß, was da abgeht. Ich meine Südsudan, es ist unglaublich. Aber es ist sehr viel schwieriger geworden. Komplex. Ich glaube, wenn es einmal soweit kommt Wir würden es ablehnen. Wir tun es nicht de facto. Jetzt nicht und das wird auch in Zukunft so bleiben.

Security Advisor. International NGO.

Wien, 31. Oktober 2016

As an expert for security, would you say that the work for aid workers and humanitarian organizations has become more dangerous in the last years?

Absolutely. The stats in the aid worker security database speak for themselves. Of course, one has to be a little cautious in interpreting statistics - there are also more aid workers in the sector now than there were 10 or even 5 years ago so the number of incidents of violence should also be expected to rise somewhat. Nevertheless, I think the main shift in recent years has been the way in which aid workers are perceived in conflict environments. No longer viewed as outside the conflict, instead aid workers are often viewed as actors in that conflict, especially where the organisation either appears to represent a global actor (e.g. US-based organisations) or where local aid workers (including those employed by local NGOs) are aligned with a particular religious or ethnic group. South Sudan is the perfect example of this, where certain ethnic groups simply cannot work in parts of the country. From a more corporate point of view, there is also increasing pressure to work in unstable environments. A conversation has been ongoing for a while now about whether INGOs are 'risk averse' - that we should be pursuing our humanitarian objectives no matter what the risk. It is increasingly difficult to meet both the humanitarian expectations and our organisational duty of care.

Can humanitarian organizations at all work in “high risk” environments without professional security? Almost all the organization I’ve talked to, said they don't work with private security companies, except for some unarmed guards on the compounds or something like that. But all the other people, I interviewed, who are not currently employed at an NGO or aid organization, but worked in “high-risk” environments like Somalia for example, told me, it is quite normal to hire local security guards, also armed. So, I think there is a gap between the official policy and the reality. What is your view on this topic?

It is usually policy not to employ armed guards, except perhaps under extreme and usually very short-term conditions if a specific threat manifests. This is standard humanitarian practice to avoid being perceived as a party to any conflict. But using unarmed guards is acceptable for most organisations, regardless of if they are private security company employees. Using armoured vehicles also happens in some conflict environments (though without armed security personnel - armed personnel in any vehicle is strictly against policy). It is also possible to work without

professional security. In many high risk environments we have 'watchmen' on staff, they are trained by our security teams and are [REDACTED] employees. In some cases, such as Afghanistan, this is because it is safer and simpler to control the actions and skill-sets of guards internally rather than relying on an outside party to meet expectations. We can also control employee screening more easily. Furthermore, our security unit (of which I am part) is 'professional security' in that.

If [REDACTED] works in "high risk" countries/environments like South Sudan, Afghanistan or Yemen, countries where the government cannot guarantee for any security, how does [REDACTED] provide security for their employees, compounds and facilities?

Note the point above about Afghanistan and the fact that [REDACTED] does employ unarmed guards. We also have to be more careful about things like compound security - both in terms of physical security such as HESCO barriers, blast film etc - and procedures such as access control, vehicle checks, guard training. We also have detailed and auditable SOPs and contingency plans in place. But what really underpins security in conflict environments (and [REDACTED] works in all the examples you mention) is acceptance by the local community. We have worked in all these places for 50 years and have built relations with the community that help to ensure the safety of staff. This is not fail-safe and the point I made above about the perception of aid workers in conflict environments is posing an increasing challenge to acceptance strategy but I believe at some level acceptance will always underpin our safety. We have lots of example of where this has been the difference in terms of safety of staff or assets.

Have [REDACTED] ever had a contract with any local or international private security company?

Yes, in many offices we contract unarmed guards via private security companies (either local companies or international like G4S). We also use the services of organisations like Control Risks for information, training and certain technical areas. We hire external risk management consultancies to conduct audits or conduct training.

Hilde Van Der Molen

Safety and security coordinator. CARE International.

Wien, 17. Oktober 2016

How does CARE provide security for their employees and facilities in "high risk" countries like South Sudan, Afghanistan or Yemen, where the government/state cannot guarantee for any security?

So, CARE International. We work in 90 countries around the world and obviously we do work in high-risk environments as well and how we are structured and organized is, that we basically have an overarching structure for safety and security. That means we have policies, we have principles, we have standards, we have protocols, we have a whole set of documents to ensure, that we can work as best as possible in the high-risk environment. So that can, you know, reach from training, providing training for every employee that start working for CARE, having in-house training as well, to prepare people for working in high-risk environments. For example the hostile environment awareness training. We provide that as well, to having a handbook that all employees carry on them with lists of do's and don't, with regard to certain areas, certain threats or certain situations that they may encounter in field. And obviously we have safety and security instructors within the countries. So we have an overarching set of policies, procedures and tools for the whole of the CARE organizations and every country, where we are working, they have their own plan, their safety and security managing plan, their protocols, what to do in the event of et cetera. There is a lot of things articulated in that, when it regards evacuation protocols, what to do in an case of an incident, what to do in a case of a medical injury et cetera. Through our different layers and different support system within the organization, we prepare our staff to work in high-risk environments, we have the right structures to respond to incidents. I do feel, CARE has a good degree of policies and protocols to ensure that our staff can do their work safely and secured in the field.

Okay, so we have the policies, protocols, handbooks et cetera, but are you hiring local or international companies to protect your camps and stuff in countries like South Sudan or Afghanistan?

No, we do not. We have a policy, that we do not work with armed escorts. This is really one of our main principles, we do not work with armed escorts, we do not go to camps with armed escorts. We really work with the principle of acceptance, being accepted by the communities we serve.

And unarmed protection?

Yes, we do have guards for our compounds and guest houses in some areas and they can be either CARE trained and CARE hired or, like in some countries, we have contracts with an external provider, but those are not armed security companies. So we use them to guard over the parking place et cetera. We do not work with armed guards or armed escorts in that sense. However, there are situations where it is discussed or it is debated or we need to comply with rules or regulation, that have been set up by the host government in the countries where we work. For example Kenya, as you might know, in the Dadaab refugee camp, the Kenyan government does not allow humanitarian organizations to be transported between the two big refugee camps without armed escorts. So in those kinds of situations, we are sort of...

forced?

Yes, or in order to work there, we need also to comply with the regulation of those governments, of the country where we work and we can not drive there without being escorted by the Kenyan army, because that is their rule and regulation, in order for us to provide our work there. So to say, every conflict, every context, every humanitarian operation is different. So also if we have that general policy, we don't work with armed escorts, there are situations where we need to discuss with the government of the country where we work, to still provide aid and serve the communities.

Okay. So one last quick question: Would you say it is nowadays more dangerous to work in these high-risk environments for aid workers? Does the acceptance security model for NGOs still work?

Well that debate has always two sides, I feel. Yes, twenty years ago, not even ten, but twenty, twenty-five years ago, humanitarian aid workers and also other groups working in conflict areas like journalists... Humanitarian aid workers were more considered as people doing good, as people coming there doing good and were more protected or less targeted. Obviously we do see a difference nowadays, where aid workers or aid warehouses or hospitals where aid workers work, are being targeted, are being attacked. However, I also see at the same time the number of aid workers worldwide is on the rise, as well as the number of aid workers working in difficult environments and hard environments. I guess, we always have to keep that in mind. Yes, it is getting more dangerous out

there, also for aid workers, but we also work in more dangerous areas and environments and we are more aid workers and aid agencies to go somewhere. So, we are maybe also at higher risk. I always find that important to highlight. And I don't think there is any NGO that is only working on acceptance, it is always... We have the triangle and in recent years there were more concepts added, so it is not only acceptance. It is also protection, in some certain ways, like I just mentioned in Kenya. Or deterrence. The other is the new concepts added with tolerance and risk transfer. That is also something we do a lot. Because in many areas we work more and more with partners, and we basically transfer the risk from our NGO to other NGOs. So it is never just one concept alone, we use a little bit of that and of that. Because we cannot work only on acceptance. Yes, our warehouses are being guarded as well. Yes, in some areas we do... Like in Afghanistan we do have other meditating measures in order to make sure that our staff is protected or our assets are protected.